



**Israel-Mythen:
Die größten Lügen
im Faktencheck**

SEITE 30-31

**Politisches Erdbeben
in den Niederlanden:
Haushoher Wahlsieg des
konservativen Politikers
Geert Wilders**

SEITE 3



**Chanukka –
Warum wir das
Lichterfest feiern**

SEITE 46-47



KOLUMNE DES
HERAUSGEBERS
DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und Leser,
inzwischen betreiben unsere und viele der
übrigen westeuropäischen Mainstream-Me-
dien in vertrauter Opfer-Täter Umkehr Israel-
Bashing wegen der Selbstverteidigungs-Re-
aktion Israels auf die von Gaza gebrochene
Feuerpause.

Die Gazaner feuern weiterhin und wieder
unprovokiert aus dem ihnen von Israel und
nicht etwa von einem ihrer arabischen Brü-
der vor knapp 20 Jahren geschenkt, ach so
paradisisch judenreinen Gaza Raketen aus-
schließlich und vorsätzlich auf die israelische
Zivilbevölkerung. Gleiches tun ihre Terror-
kumpane aus Syrien und Libanon im Norden
Israels mit modernsten vom Steinmeiers und
Gabriels Favorit-Mordregime Iran gelieferten
Raketen, die weit in die Mitte des winzigen
jüdischen Staates reichen.

Die Menschen in Israel und ihre Kinder müs-
sen nahezu täglich um ihr Leben laufen, um
rechtzeitig zu jeder unangekündigten Zeit in
Bunkern Schutz vor dem seit Jahren anhalten-
den Raketenbeschuss aus Gaza zu suchen.

Die Israelis gewähren den bestialischen und
sich der Morde rühmenden Schlächtern, Ver-
gewaltigern, Enthauptern und Geiselnemern
jüdischer Kinder, Frauen und Männer Feuer-
pausen und humanitäre Korridore aus Sorge
um die vermeintlich unschuldige und unbetei-
ligte gazanische Zivilbevölkerung, die sich aber
in ihrer überwiegenden Mehrheit ihrerseits
keinerlei Sorge um die am 7. Oktober wehrlos
in ihren Häusern überraschten, abgeschlachte-
ten und die seit zwei Monaten verschleppten
und barbarischer Gewaltwillkür ausgelieferter
jüdischen Menschen macht und in Wahrheit
mehrheitlich weder unschuldig noch an den
Verbrechen gegen jede Form der Mensch-
lichkeit unbeteiligt ist.

► Fortsetzung auf Seite 2



Genauere Erscheinungstermine unter
[https://juedischerundschau.de/service/
erscheinungsplan.html](https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html)

Österreich 4,90 €; Italien 4,70 €; Schweiz 6,20 CHF;
Luxemburg 4,90 €; Belgien 5,00 €; Niederlande 5,90 €;



Krieg gegen Israel und die Juden



Von Maya Zehden

Entlarvung eines Propagandisten

Es wird von den Vereinten Nationen
aktuell beklagt, dass in Gaza zivile Ein-
richtungen wie Krankenhäuser von Is-
rael beschossen werden, dass Hilfslie-
ferungen nicht ausreichen. Es wird von
den Vereinten Nationen nicht beklagt,
dass immer noch täglich Raketen auf
israelische Städte von der Hamas abge-
schossen werden.

An die Adresse Israels wird der Ap-
pell gerichtet, eine Feuerpause einzule-
gen. Ich höre nichts von einem Appell
an die Hamas, eine Feuerpause einzu-
legen.

Es ist die Hamas, die Krankenhäuser
und Schulen als Abschussrampen be-
nutzt und nicht aus Versehen – sondern
mit kalkulierter Absicht, möglichst
viele „palästinensische“ Opfer zu pro-
duzieren. Sie schreckt auch nicht davor
zurück, von ihr verursachtes friendly
fire – den Einschlag einer „palästinens-
sichen“ Rakete in ein Krankenhaus
- Israel anzulasten. Aber diesmal gibt
es einige unabhängige Akteure aus Eu-
ropa und Kanada, die bestätigt haben,
dass es nicht Israel war. Eine Ohrfeige
für einige Medien, die vorschnell die
„palästinensische“ Version verbreitet
haben. Was sie nicht davon abhält, das
immer noch zu tun, ohne zuverlässige
Quellen zu prüfen, ob eine Meldung
der Wahrheit entspricht.

Haben Sie von Gaza Joe gehört? Ein
Influencer, der Millionen Follower hat.
Saleh Aljafarawi wird vom ZDF und
von der Zeitung DIE WELT als Ha-
mas Unterstützer entlarvt: Ich zitiere
Ausschnitte aus dem Beitrag des ZDF:
„In seinen millionenfach geteilten
und kommentierten Beiträgen posiert
er mal martialisch mit einem Maschi-
nengewehr in der Hand, mal feiert er
den Kampf der Hamas: Als die Ter-
rororganisation am 7. Oktober Israel
angreift und hunderte Zivilisten er-
mordet, jubelt er in einem Video bei In-
stagram, schreibt dazu: "Wie stolz wir
sind - möge Gott uns stärken, beschüt-
zen und uns den Sieg schenken." Nach
einem israelischen Gegenschlag postet
er ein Video, in dem er hemmungslos
weint. ... Viele seiner Videos zeigen
offenbar das Grauen des Krieges, sind
nur schwer zu ertragen: Er filmt augen-
scheinlich schwerstverletzte Kleinkin-
der oder rennt schreiend direkt nach
Explosionen durch die Trümmer, hält
die Handykamera direkt auf Leichen
und Verletzte...

Mit seinen dramatischen und er-
schreckenden Videos sorgt er für Propa-
gandamaterial für die Hamas und spielt
deren Medienstrategie in die Karten:
Sie will mit solchen Bildern Wut auf Is-
rael erzeugen, das Land an den Pranger
stellen. Das ist auch der Grund, warum

die Hamas in der Vergangenheit bei-
spielsweise zivile Opferzahlen deutlich
übertrieben hat.“ ZITAT ENDE

Im Krieg mit der Hamas werden
nun in den Medien die Opfer gezählt.
Der Iron Dome hält die vom Iran ge-
lieferten und aus Katar bezahlten Ra-
keten größtenteils ab. Nie wird von
der Hamas gewarnt, wo diese Raketen
einschlagen werden. Israel konzent-
riert seine Angriffe auf den Norden
von Gaza. Zivilisten haben die Mög-
lichkeit, sich im Süden in Sicherheit
zu bringen. In den Medien werden
Einzelschicksale der „Palästinenser“
gezeigt mit dem Hintergrund, die
menschliche Tragödie der „Palästi-
nensischen“ Bevölkerung zu doku-
mentieren. Ich habe von keinem, nicht
einem einzigen dieser Porträtierten,
in seinem Wortbeitrag gehört, dass er ver-
steht, dass seine eigene Führung dieses
Schicksal verursacht hat. Verlange ich
zu viel? Oder zeigt dieses Denken nicht
auch, dass wir davon ausgehen müssen,
dass die Überlebenden und ihre Für-
sprecher nur darauf warten, wieder mit
dem Finger auf Israel zu zeigen?

Jeder und jedem, der sich Sorgen
um die Menschen in Gaza macht, sei
gesagt: Israelsympathisanten ver-
gessen es selten, ihr Mitgefühl für
die „Palästinenser“ zu äußern, die
von ihrer eigenen Führung als Gei-
seln und Opfer genommen werden.

► Fortsetzung auf Seite 2

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Krieg gegen Israel und die Juden

Israel kämpft nicht nur gegen die islamische Terror-Organisation Hamas - auch die Medien, die UN und links-grüne NGO's attackieren den jüdischen Staat. Dabei werden die unsäglich grausamen Verbrechen der mörderischen Hamas gegen unschuldige Zivilisten, insbesondere die Bestialitäten gegenüber Kindern und Frauen, ausgeblendet und die haarsträubende anti-israelische Propaganda der Terroristen verbreitet. Kaum jemand hinterfragt die Absurdität, dass die sogenannten „Palästinenser“ ihren erfundenen Flüchtlingsstatus seit 1948 vererben und die Hamas ganz bewusst mit toten arabischen Zivilisten arbeitet, um ihre gänzlich unprovokierte Barbarei gegen Israel zu rechtfertigen. (JR)

Von den arabischen Menschen hier in Deutschland – auch von den angeblich gemäßigten – höre ich nur ein verschämtes: Ich lehne jede Form von Gewalt ab. Wo ist das Mitgefühl mit den massakrierten Israelis? Wo ist die Forderung zu hören, dass Hamas aufhören muss mit dem Beschuss, damit der humanitäre Korridor geöffnet werden kann? Wo ist von den Sympathisanten der „Palästinenser“, die die Hamas angeblich ablehnen, die Forderung zu hören, die israelischen Geiseln freizulassen? Und wo vor allem die Forderung, dass endlich die arabischen Brüder und Schwestern, rund 445 Millionen Menschen, ihre „palästinensischen“ Brüder und Schwestern aufnehmen?

Flüchtlingsstatus vererbbar

Und wo ist die Forderung, die „palästinensischen“, sogenannten Flüchtlinge, endlich aus der Perspektivlosigkeit ihres Lebens in dritter und vierter Generation aus den Lagern zu befreien? Es gibt so ein Lager auch in Gaza. Das ist doch pervers. Da leben seit 75 Jahren „Palästinenser“ Seite an Seite: Die einen sind immerhin Bürger dieses Gebiets, während die anderen, nebenan, rechtlos, perspektivlos und eingesperrt sind. Das ist Apartheid! Und logischerweise entsteht hier Ohnmachtsgefühl und Hass. Diese Menschen leben ausschließlich vom Geld der „palästinensischen“ Flüchtlingsorganisation UNRWA und von Spenden,

also von Steuergeldern anderer Länder. Wie lange soll das noch so weitergehen? Der vererbte Flüchtlingsstatus für „Palästinenser“ ist einmalig in der Welt. Diese vergessenen Lager und ihre Menschen sind der grausame Versuch der Vereinten Nationen, ein Ziel zu erreichen: Israel eine Verantwortung zuzuweisen, die es nicht hat und niemals hatte, und schließlich seine Existenz zu zerstören. Den sogenannten Flüchtlingen in dritter und vierter Generation wird eine Rückkehr ins Kernland Israel eingeredet, die es niemals geben kann und wird. Und wir reden hier von rund 6 Millionen „Palästinensern“ weltweit.

Der einzige Ort, wo „Palästinenser“ gleiche Rechte haben wie die Mehrheitsgesellschaft ist: ISRAEL. Von den 9 Millionen Einwohnern haben 20 % einen arabischen Hintergrund, christlich oder muslimisch. Sie sind Ärzte, Richter, Abgeordnete der Knesset. Wie viele Juden kennen Sie in den arabischen Ländern mit gleichen Rechten? Wie viele „Palästinenser“?

Guterres muss zurücktreten!

UN-Generalsekretär Antonio Guterres hat eine ganz besondere Agenda. Seine Anmerkung Ende Oktober bei einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats, der Terror der Hamas sei eine Folge von Besetzung und Unterdrückung, ist eine bewusste Falschaussage und zeigt seine einseitige Haltung gegen Israel. Auch ich fordere – wie der israelische

Botschafter bei den Vereinten Nationen, Gilad Erdan – den Rücktritt dieses voreingenommenen Politikers. Und ich fordere eine grundlegende Reform der Vereinten Nationen: Sie haben bisher eine so krasse Voreingenommenheit gegen Israel an den Tag gelegt mit monatlichen Sitzungen ausschließlich zum israelisch-„palästinensischen“ Konflikt und regelmäßiger Verurteilung Israels, dass sie sich völlig unglaubwürdig gemacht haben. Und Deutschlands Abstimmungsverhalten war und ist in diesem Zusammenhang eine Katastrophe.

Aktuell besteht die Gefahr, dass auch andere arabische Länder und Parteien, besonders die auch vom Iran finanzierte Terrororganisation Hisbollah, in den Konflikt eingreifen könnten. Die Hisbollah hat im Libanon die Kontrolle übernommen und das Land seitdem in den wirtschaftlichen Untergang geführt. Das sind die Gruppen, die Israel zerstören wollen. Weder der Hisbollah noch der Hamas geht es darum, Verbesserung des Lebens ihrer Bürger herbeizuführen. Welchen Sinn macht das alles also?

Nur einen einzigen: Je mehr Tote es auf israelischer Seite gibt, desto mehr steigt die Anerkennung durch antisemitische, frauen- und israelfeindliche Menschen in der arabischen Welt. Und auch viele sogenannte Zivilisten heißen den Terror gegen Israel gut. Sie werden durch gezielte Propaganda aufgehetzt.

Der Grund: Die Normalisierungsbestrebungen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrein, Sudan und Marokko, die sogenannten Abraham Accords, vermittelt durch die USA, sollen keinen Erfolg haben. Der israelische Historiker Yuval Noah Harari hat einen wichtigen Punkt in einer Analyse erwähnt: Saudi-Arabien hat tatsächlich einen Friedensschluss mit Israel erwogen. Dies zu verhindern war wohl mehr das Ziel der Hamas als die Abraham Accords.

Je mehr Tote es auf der „palästinensischen“ Seite geben wird, desto größer wird die Zahl der Stimmen sein, die Israel dafür verantwortlich machen. Mein Apell lautet, im Gedächtnis zu behalten, wer und wie diese Eskalation begonnen hat. Und zu verstehen, dass Israel mit seinen Werten die westliche Welt vertritt. Genau das ist der Stachel im Fleisch der rückwärtsgewandten Regime im Nahen Osten. Israel gegenüber stehen entmenslichte, brutale Terroristen. Und wer die Frage nach der Verantwortung stellt: Israel hat sich aus Gaza vor 15 Jahren zurückgezogen. Seitdem wurde dort weder etwas aufgebaut noch auf Frieden hingearbeitet. Es wurden Tunnel gebaut, Waffen angeschafft und Energie in Terror gesteckt.

Maya Zehden ist stellv. Vorsitzende der DIG Berlin und Brandenburg e.V. und freie Journalistin, u.a. für mena-watch.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Jedenfalls haben es die Gazaner nicht einmal bis heute geschafft, ihrer Mordbande von Anführern die abartigen Vergewaltigungen und Schändungen jüdischer Frauen und die unaussprechlichen Mordverbrechen an arglosen und wirklich unschuldigen jüdischen Kleinkindern übel zu nehmen oder gar zu verurteilen – natürlich auch nicht die Verschleppung der seit bereits zwei Monaten Höllequal leidenden jüdischen Geiseln, vor allem der Kinder, was sie mit dem viel zu zahlreich eingelassenen islamischen Mob in Berlin Neukölln und anderswo in Westeuropa und Amerika aber auch mit den Useless Nations, ihrem Israelfeindlichkeit versprühenden Chef, den UNO Frauenverbänden, ganz vielen Mitgliedern des UNICEF Kinderhilfswerks und natürlich auch der UNRWA aber auch vielen Lehrern an den UNO-Schulen und sonstigen UNO-Mitarbeitern in Gaza gemeinsam haben.

Wir sollten endlich aufhören dem ewig gleichen Narrativ unserer Mainstreammedien und Teilen der Politik hier und weltweit aufzusitzen und stattdessen der Wahrheit ins Auge sehen:

Wer sich glücklich erregt, deutlich und lauthals mit Jubel und Bonbonverteilungen über jedes ermordete, enthauptete vergewaltigte und ver-

schleppte jüdische Opfer freut und gefesselte und verletzte jüdische Geiseln auf ihrem öffentlich zur Schau gestellten Gang in Verschleppung und Misshandlung aus der Menge heraus zur eigenen Belustigung und zur Erniedrigung prügelt, bespuckt, bewirft und mit Handys fotografiert, der ist ganz einfach nicht unschuldig.

Schon gar nicht braucht er irgendwelchen Strom, um etwa die Handy-Akkus für weitere Demütigungsfotos der jüdischen Opfer laden zu können.

Komplizenschaft der Gazaner

Nicht nur, dass die Gazaner die Bande ruchloser Mörder und Sadisten, von denen sie vertreten und angeführt werden, aus freien Stücken gewählt haben.

Sie haben Geiseln, die dem Zugriff der Hamas innerhalb Gazas entlaufen konnten wieder ihren Peinigern ausgeliefert, sympathisieren mit den verbrecherischen Absichten der sie anführenden Mordbande und begrüßen ganz offensichtlich einvernehmlich und voller Stolz die widerwärtigen und unsäglich Mord-Perversitäten und das unsäglich vorsätzliche Blutbad, das am 7. Oktober heimtückisch an vielfach sogar in ihren eigenen Häusern im Schlaf überraschten wehrlosen jüdischen

Menschen in Israel von den aus Gaza kommenden Mördern verübt worden ist.

Und noch etwas haben alle diese Heuchler und Terror gegen Juden Unterstüzer mit den gazanischen Mördern gemeinsam. Alle die, für die Menschlichkeit gegenüber jüdischen Opfern und die Sicherheit des jüdischen Staates ganz offensichtlich nichts bedeuten, schreien nun unter dem Deckmantel der Menschlichkeit nach Waffenpausen, die in Wirklichkeit die Hamas stärken. Dabei haben die Gazaner, für alle, die es sehen wollen unmissverständlich, freudig und mit hämischem Stolz gezeigt, was sie wirklich unter Menschlichkeit verstehen, wenn sie erst einmal jüdische Menschen in ihre Gewalt bekommen.

Die in Gaza verbliebenen jüdischen Geiseln durchleben die Hölle. Die freigekommenen Kinder sind nach Aussagen der sie behandelnden Ärzte nur noch verängstigte Schatten kindlicher Existenzen, die das Lachen verlernt haben und darunter ein Leben lang leiden werden.

Aber ohne jede Empathie für die jüdischen Opfer schwadronieren unsere öffentlich-rechtlichen Nachrichten und Talkshows von Geiseltausch, ganz so als hätte Israel oder die Juden jemals irgendwelche Geiseln ge-

nommen oder als gäbe es überhaupt eine zulässige Äquivalenz zwischen den in Haft gelangten arabischen Terroristen und den unschuldigen als Geiseln verschleppten und malträtierten jüdischen Menschen.

All das steht nicht im Fokus der westlichen Islam-Appeaser und Israel- und Judenfeinde jeder Couleur. Unsere Medien und die Politik verlangen scheinheilig, wenn Israel mit Erfolg auf die Atrozitäten aus Gaza reagiert, eine andauernde Feuerpause für Gaza, obwohl diese ohne Rüge unserer Medien von den Gazanern gebrochen wird und die von der einschlägig gleichen Heuchel-Klientel auch nie für die Menschen in Israel verlangt worden ist, als die Gazaner jahrelang und nahezu täglich jüdische Menschen in Israel unter Raketenbeschuss hielten und bis heute halten.

Dabei wäre die Sache mit dem Ceasefire sogar ganz einfach und kein gazanisches und israelisches Kind müsste sich mehr vor Krieg, Raketen und Bomben fürchten.

Die Welt unterstützt die Selbstverteidigung der israelischen Demokratie und ihrer Menschen und fordert wie weiland von Nazi-Deutschland die bedingungslose totale Kapitulation der Hamas und Gazas, sowie die

►► Fortsetzung auf Seite 10

Politisches Erdbeben in den Niederlanden: Haushoher Wahlsieg des konservativen Politikers Geert Wilders

Das bisherige politische Establishment in den Niederlanden ist erschüttert worden. Die Parteien, die seit dem Zweiten Weltkrieg regiert haben, sind nach den Parlamentswahlen am 22. November, in der Minderheit. Vor allem die Linke hat massiv verloren. Dem europäischen Trend entsprechend, gewinnt mit Geert Wilders von der Partij voor de Vrijheid (Partei für die Freiheit) ein weiterer konservativer Politiker, der dem sich gegen Holland und Europa richtenden Islam-Einlass-Irrsinn der bisherigen Politik den Kampf erklärt hat. Dabei ist Wilders nicht nur ein Islamkritiker, sondern auch ein klarer Befürworter der Integrität Israels und des jüdischen Volkes. Die Verteidigung Israels sieht er als Teil des notwendigen Bollwerks gegen die gewaltsamen Bestrebungen des Islam, in den Westen vorzudringen und Westeuropa der Gewaltherrschaft der Straße und der Scharia zu unterwerfen. (JR)

Von Syp Wynia

Das Wahlergebnis in den Niederlanden ist mehr als ein Erdbeben für Wilders. Es kann fast als eine Kulturrevolution betrachtet werden. Nie zuvor ist eine Partei, die nicht zum Establishment gehört, stärkste Kraft im Unterhaus in Den Haag geworden. In gewissem Sinne gehen die 1960er Jahre zu Ende.

Das politische Establishment in den Niederlanden ist erschüttert worden. Die Parteien, die die Niederlande seit dem Zweiten Weltkrieg regiert haben, sind nach den Parlamentswahlen am 22. November, in der Minderheit, vor allem die Linke hat verloren. Der unerwartete große Gewinner ist Geert Wilders von der Partij voor de Vrijheid (Partei für die Freiheit), die üblicherweise als „rechtspopulistisch“ bezeichnet wird und mit 37 der 150 Sitze nun die mit Abstand stärkste Kraft in der „Zweiten Kammer“ in Den Haag ist.

Die Frage ist, ob Wilders nun fähig ist, eine Koalition zu bilden, eine Rechtskoalition mit den konservativen Liberalen, der neuen Partei der Mitte von Pieter Omtzigt und der jungen Bauernpartei Bauer-Bürger-Bewegung (BoerBurger-Bewegung). Bei den Liberalen und bei Omtzigt ist das Regieren mit Wilders nicht ganz unumstritten, insbesondere wegen seiner islamfeindlichen Ansichten. Wilders selbst sagt, er wolle „Ministerpräsident aller Niederländer“ werden und seine Ansichten zum Islam – er ist gegen Kopftücher, gegen Moscheen, gegen den Koran – auf Eis legen.

Wahlergebnis hat Schock ausgelöst

Das Wahlergebnis hat in den Niederlanden einen Schock ausgelöst: Freude bei den einen, große Enttäuschung bei den anderen. Noch nie zuvor ist eine Partei, die nicht zum Establishment (links, liberal oder christdemokratisch) gehört, stärkste Kraft im Unterhaus in Den Haag geworden.

Die auf dem Papier rechtsliberale VVD des Rekord-Premierministers Mark Rutte (seit 2010) regiert seit 2012 mit linken Parteien, verfolgt eine überwiegend linke Politik und zahlt nun einen hohen Preis dafür: sie schafft es mit 24 Sitzen nur auf Platz drei im Parlament. Die neue rot-grüne Kombination unter Führung des ehemaligen EU-Kommissars Frans Timmermans kommt nicht über 25 Sitze hinaus. Und die Christdemokraten, die Partei, die bis 2010 an der Macht war, wurde praktisch ausgelöscht: 5 Sitze. Viele dieser CDA-Wähler fühlten sich von ihrer Partei nicht mehr vertreten und wechselten in den letzten Monaten zur BBB (7 Sitze) und insbesondere zur neuen Partei des ehemaligen CDA-Politikers Pieter Omtzigt (20 Sitze).

Das Wahlergebnis in den Niederlanden ist mehr als ein Erdbeben für Wilders (und in geringerem Maße für Omtzigt). Es kann fast als eine Kulturrevolution betrachtet werden. In gewissem Sinne gehen die 1960er Jahre in den Niederlanden



Geert Wilders ist der unerwartete Gewinner bei den niederländischen Parlamentswahlen.

zu Ende. Fast sechzig Jahre lang dominierten linke, progressive und kosmopolitische Ideen. Die Niederlande schienen ein „Leitland“ mit fortschrittlichen Idealen (Homo-Ehe, Abtreibung, Euthanasie, Drogen) sowie einer großzügigen Politik gegenüber dem Ausland und Ausländern sein zu wollen.

Die Niederlande waren nie so links wie unter Rutte

Im Jahr 2010 war Geert Wilders bei den nationalen Wahlen ebenfalls sehr erfolgreich, aber nach eineinhalb Jahren als „Toleranzpartner“ landete seine Partei in der Opposition. Der liberale Premierminister Mark Rutte regierte weiter, zunächst mit den Sozialdemokraten und dann mit den Linksliberalen von D66 (die jetzt eine große Wahlniederlage erlitten haben und nur noch 9 Sitze bekommen). Der Einfluss der D66 auf die Politik war stark: mehr Europa, die Niederlande als Vorreiter in Sachen Klima und Natur, keine Maßnahmen zur Begrenzung der Rekorderwanderung und eine Reihe „woker“ Maßnahmen unter der Leitung von D66-Ministern.

Auf diese Politik wurde bei den Wahlen nun reagiert. Die Niederlande waren nie so links wie die Politik der Rutte-Kabinette. Unter den Rutte-Kabinetten regierte die linke Minderheit mit den rechten Stimmen von Ruttes Wählern. Im Juli ließ Rutte sein letztes Kabinett fallen – er kündigte auch seinen eigenen Abschied an –, weil D66 und der kleine Koalitionspartner ChristenUnie nicht genügend Maßnahmen gegen den Familiennachzug von Asylbewerbern ergreifen wollten.

Rutte mag gedacht haben, dass seine Nachfolgerin, die türkischstämmige Di-

lan Yesilgöz, mit der Asylpolitik als Wahlkampfthema Unterstützung gewinnen würde. Sie schlug daraus Kapital, indem sie eine mögliche Zusammenarbeit mit Geert Wilders nicht mehr ablehnte. Doch beides erwies sich als Schub für Wilders: Schließlich gehört ihm das Thema Einwanderung mehr als der VVD unter Rutte. Dass Yesilgöz dann anfang, darüber zu streiten, ob sie mit Wilders regieren sollte, hat ihr auch nicht geholfen.

„Die Amsterdamer Seifenblase ist geplatzt“

So erlebte die Partei für die Freiheit von Geert Wilders am 22. November 2023 ihren endgültigen Durchbruch in den Niederlanden. Nie zuvor wurde ein angeblicher „Rechtspopulist“ nach dem Zweiten Weltkrieg die größte Partei in den Niederlanden – oder in Westeuropa überhaupt. Es war ein echter Durchbruch: Hatten sich die Niederländer bisher mit ihrer Entscheidung für Wilders' PVV zurückgehalten, so wurde sie in den Wochen vor dieser Wahl offen ausgesprochen. Die Linke ist in den Niederlanden klein (ein Drittel der Bevölkerung), aber wenn sie mit den Liberalen von Rutte (dann mit den Christdemokraten) regiert, könnte sie das Land trotzdem regieren.

„Die Amsterdamer Seifenblase ist geplatzt“, schrieb die sozialdemokratische Amsterdamer Heimatzeitung Het Parool nach den Wahlen. Diese Schlagzeile bringt die Wahlrevolution in den Niederlanden auf den Punkt. Jahrzehntlang waren die großen Städte mit ihren Universitäten und ihren linken Stadträten auch im Zentrum der Regierung in Den Haag entscheidend. Von Den Haag aus hat die Linke dem Rest des Landes ihren Willen

aufgezwungen, mit teuren Klimaplänen, mit strengen Stickstoffmaßnahmen gegen Landwirte, mit offenen Grenzen für Einwanderer, ohne Häuser zu bauen, mit der Abschaffung einer Folklorefigur wie dem Zwarte Piet und großzügigen Reparationszahlungen für die niederländische Sklavenvergangenheit.

Ein übersehener Effekt könnte durch den Pogromangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober und die Reaktion der Linken, der Medien und eines Teils der niederländischen Politik auf die israelischen Angriffe auf die Hamas im Gazastreifen verursacht worden sein. Hamas-freundliche Demonstrationen wurden bisher verschont, während jüdische Schulen geschlossen werden mussten und auch die Kristallnacht-Gedenkfeiern ausfielen. Das kam Geert Wilders sehr gelegen: Er ist nicht nur ein Islamkritiker – und wird aus diesem Grund seit 20 Jahren massiv geschützt –, sondern auch ein klarer Befürworter Israels. Das Land sieht er als Bollwerk gegen die Bestrebungen des Islam, in und gegen den Westen vorzudringen.

Schärfere Politik gegenüber Brüssel ist wahrscheinlich

Es ist durchaus möglich, dass Wilders' Sieg und der Rechtsruck in den Niederlanden auch außerhalb des Landes Auswirkungen haben werden – vor allem in den Nachbarländern. Während sich die Parteien der Mitte in anderen europäischen Ländern verängstigt in die Ecke drängen, sieht die populistische Rechte neue Chancen. Nach dem Brexit in Großbritannien und dem Sieg von Donald Trump in den Vereinigten Staaten im Jahr 2016 jubelte die populistische Rechte in Europa, gekrönt von einer Kundgebung in Koblenz im Januar 2017. Doch trotz großer Erfolge der Rechten in Frankreich und Italien schien diese Bewegung zu stagnieren.

Wie sich der Sieg von Wilders auf die niederländische Außenpolitik auswirken wird, ist ungewiss, aber zwei Aspekte sind sicherlich zu erwarten. Der erste betrifft die Europapolitik. Das letzte Kabinett Rutte war dank der D66 das europafreundlichste Kabinett, das die Niederlande je hatten. Wilders wollte eigentlich den Austritt der Niederlande aus der EU oder zumindest eine Ausnahmeregelung bei den Themen Migration und Euro. Dazu wird es – zumindest nicht sofort – kommen, aber eine schärfere Politik gegenüber Brüssel ist wahrscheinlich.

Zweitens: Die letzte Rutte-Regierung bezeichnete sich selbst als „Verstärker“ bei der Bewaffnung der Ukraine und stellte erst 2024 weitere 2 Milliarden Euro für Waffenlieferungen zur Verfügung. Wilders ist dagegen und hat sich in der Vergangenheit auch gegenüber Putin nachsichtig gezeigt. Das wird eine gewisse Wirkung haben und könnte der Selenskyj-Regierung in Kiew Sorgen bereiten, zumal die Unterstützung für die Ukraine auch anderswo immer unsicherer wird.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Biden verschafft der gefährlichen Fantasie von einer Zweistaatenlösung neue Aufwertung

Der linke Flügel der Democrats besteht darauf, dass der Preis für die weitere Unterstützung der USA für Israels Krieg gegen die Hamas, die Wiederbelebung der Zweistaatenlösung ist. Doch dies wäre ein Rezept für einen weiteren 7. Oktober. Ein sogenannter „palästinensischer“ Staat im strategisch wichtigen und historisch legitimierten Kernland von Judäa und Samaria wäre noch verheerender als Ariel Sharons Fehlentscheidung, den Gazastreifen 2005 zu räumen und den Arabern zu überlassen. Seither ist Gaza ganz im Sinne der dort vielfach verehrten Nazis nicht nur „judenrein“, sondern auch eine, mit Hilfe von UNO, USA und EU finanzierte riesige Raketenab-schussrampe im fanatischen Krieg gegen den jüdischen Staat. (JR)

Von Jonathan S. Tobin/JNS.org

Auch Wochen nach den Hamas-Gräueltaten vom 7. Oktober hält die Biden-Administration immer noch an ihrer Politik der Unterstützung für Israels Krieg zur Beseitigung der terroristischen Bedrohung im Gazastreifen fest. Entgegen den Erwartungen vieler Beobachter sind sowohl Präsident Joe Biden als auch Außenminister Antony Blinken in ihrer Unterstützung nicht nur für Israels theoretisches Recht auf Selbstverteidigung, sondern auch für seine Offensive gegen die Hamas nicht ins Wanken geraten.

Gleichzeitig sehen sie sich einem fast unerträglichen Druck von Mitgliedern ihrer eigenen Partei ausgesetzt, die mit ihrer Unterstützung für Israel nicht einverstanden sind, und dem Wunsch fast aller Linken nach einem Waffenstillstand in dem Konflikt. Das würde es der Hamas im Grunde erlauben, mit Massenterror davonzukommen. Dies ist mehr als nur ein vorübergehender Streit mit der Parteibasis. Ein Großteil der liberalen Mainstream-Medien hat sie in den letzten Wochen immer wieder daran erinnert, dass dies die Wiederwahlchancen des Präsidenten erheblich beeinträchtigen könnte. Infolgedessen haben sie versucht, der linken Basis der Demokraten zu beweisen, dass sie die diskreditierten Visionen vom Frieden im Nahen Osten, die frühere Regierungen in der Vergangenheit gefördert haben, nicht aufgegeben haben.

Das ist der Kontext für die Erklärung des Präsidenten Mitte November, die besagt, dass die Nachwehen der Kämpfe zur Schaffung eines „echten“ „palästinensischen“ Staates an der Seite Israels führen müssen. Sie scheint ein Echo auf die Nahost-Friedensrezepte des Lieblingskolumnisten der Regierung, Thomas Friedman von der New York Times, zu sein, der, obwohl er in allen denkbaren außenpolitischen Fragen so konsequent falsch liegt wie Biden im Laufe der Jahre, sowohl seinen prestigeträchtigen Sitz als auch das Ohr der Entscheidungsträger behalten hat. Friedman drängt Biden, dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu die Leviten zu lesen und darauf zu bestehen, dass der Preis für die weitere Unterstützung der USA die Zustimmung des jüdischen Staates zu einem amerikanischen Diktat für eine Zweistaatenlösung nach dem Gaza-Krieg ist.

Bidens politische Probleme

Dass Biden sich so äußert, hat vor allem mit seinen politischen Problemen zu tun. Seine Unterstützung für Israel wurde durch ständige Tugendhaftigkeit in Bezug auf die Vermeidung ziviler Opfer im Gazastreifen relativiert - ein Ratschlag, den die israelischen Verteidigungskräfte, die vom US-Militär als Vorbild für ihre diesbezüglichen Praktiken angesehen werden, nicht brauchen. Und während die Regierung mit ihrem Drängen auf „humanitäre Pausen“ und die Wiederaufnahme der Treibstofflieferungen in die noch von der Hamas kontrollierten Gebiete dazu beitragen soll, Leben zu retten, ist es ebenso wahr, dass diese Unterbrechungen den Konflikt



U.S. Präsident Joe Biden in Tel Aviv am 18. Oktober 2023.

verlängern, indem sie den Terroristen eine Atempause von den Bemühungen der IDF verschaffen, sie aus den Tunneln zu vertreiben, wo sie sich hinter ihren menschlichen Schutzschilden verstecken.

Dennoch ist Bidens Weigerung, Israel im Stich zu lassen und zu versuchen, ein Ende der Offensive gegen die Hamas zu erzwingen, eine Überraschung, vor allem für die liberale Basis der Demokratischen Partei, die deswegen wütend auf ihn ist. Die groß angelegte Revolte unter den Mitarbeitern der unteren Ebenen in der gesamten Verwaltung sowie unter denjenigen, die für die Demokraten im Kongress arbeiten, ist nur ein Anzeichen dafür, wie sehr sich jüngere Mitglieder seiner Partei die intersektionellen Lügen über Israel zu eigen gemacht haben. Sie haben sich eindeutig auf die Seite der „Palästinenser“ und der Hamas-Terroristen geschlagen. Dies wird durch die Umfragen deutlich, die zeigen, dass Bidens Unterstützung bei jüngeren Demokraten und Minderheiten schrumpft.

Eine Generation von Demokraten, die mit den - in der kritischen Rassentheorie verwurzelten - Lügen aufgewachsen ist, Israel sei ein „weißes“ Kolonialland und ein „Apartheidstaat“, ist nicht so sehr am Frieden interessiert, sondern vielmehr daran, den „palästinensischen Widerstand“ zu unterstützen. Bidens Vision eines künftigen „palästinensischen“ Staates ist also zumindest eine Geste in die Richtung, in die die Basis seiner Partei gerne gehen würde.

Friedmans Vorschlag ist auch Musik in den Ohren des Alumni-Clubs der Obama-Administration, der Bidens außenpolitisches Team bildet, und könnte dazu beitragen, das Feuer auf der Linken, das den Demokraten so viel Kummer bereitet, zu beschwichtigen, wenn nicht gar ganz zu löschen. Friedman behauptet, dass der einzige Grund, warum Netanjahu erklärt hat, dass Jerusalem nach dem Krieg die

Sicherheitskontrolle im Gazastreifen behalten muss, darin besteht, seine rechten Verbündeten mit derselben Art von oberflächlicher Argumentation über Israel zu beruhigen, die im außenpolitischen Establishment vorherrscht.

Aber sowohl Biden als auch seine Muse liegen nicht nur falsch, was die Zukunft des Gazastreifens oder zweier Staaten angeht. Sie sind völlig realitätsfremd in einer Weise, die es selbst einem politisch schwachen Netanjahu oder einem denkbaren Nachfolger leicht machen wird, „Nein“ zu Ratschlägen zu sagen, die nicht so sehr schlecht durchdacht als vielmehr verrückt sind.

Wiederholung von Sharons Experiment

Was auch immer dem Ende der Kämpfe in Gaza folgen mag - und es gibt keine Gewissheit darüber, wie lange es dauern wird, bis die IDF ihre lebenswichtige Mission der Zerstörung der Hamas erfüllt haben -, einige Dinge sind sicher. Dazu gehört vor allem, dass nach der Erfahrung, dass der Gazastreifen sowohl judenfrei als auch eine No-Go-Zone für das israelische Militär ist, keine israelische Regierung, unabhängig von ihrer politischen Zusammensetzung, eine Wiederholung des Experiments des verstorbenen Premierministers Ariel Sharon im Sommer 2005 zulassen wird, bei dem alle Soldaten, Siedler und Siedlungen aus dem Gazastreifen abgezogen wurden.

Sharon und die Militärstrategen versicherten den Israelis wiederholt, dass der jüdische Staat keine Probleme haben würde, den Prozess rückgängig zu machen, wenn die „Palästinenser“ so dumm wären, die Gelegenheit zu verpassen, den Abzug und die versprochenen westlichen Investitionen in dem Gebiet zu nutzen, um einen Brutkasten für den Frieden zu schaffen, und es stattdessen als Abschussrampe für den Terrorismus zu nutzen. Dies war

ein katastrophaler Fehler in Bezug auf die Erwartungen an die „palästinensischen“ Absichten, die internationale Meinung und die Fähigkeit Israels, den Terrorismus im Gazastreifen einzudämmen oder eine Abschreckung zu schaffen.

Jeder weiß, was geschah, nachdem Sharon seine Versprechen gegenüber seinen Likud-Wählern gebrochen und genau den Plan umgesetzt hatte, gegen den er sich bei seiner Wiederwahl im Jahr 2003 ausgesprochen hatte. Die „palästinensischen“ Wahlen, die von Präsident George W. Bush während seines naiven Kreuzzugs zur Förderung der Demokratie erzwungen wurden, führten 2006 zu einem Sieg der islamistischen Terroristen der Hamas. Im Jahr darauf ließen sie diesem Triumph einen blutigen Staatsstreich folgen, bei dem sie die Kontrolle über den Gazastreifen übernahmen, während die korrupte Fatah-Partei des Nachfolgers von Jassir Arafat, Mahmoud Abbas, die in Judäa und Samaria lebenden Araber weiter regierte.

16 Jahre lang versuchte Israel, mit der Hamas-Regierung im Gazastreifen zu leben, die dort einen im Grunde genommen unabhängigen „palästinensischen“ Staat nur dem Namen nach regierte. Der Raketenbeschuss, der dem Süden Israels und schließlich auch einem Großteil des übrigen Landes das Leben zur Hölle machte, wann immer sich die Hamas und ihre terroristischen Rivalen vom „Palästinensischen“ Islamischen Dschihad entschlossen, eine Runde von Kämpfen zu beginnen, erwies sich als ein Problem, das Jerusalem niemals lösen konnte. Auch konnte es nichts gegen die Fähigkeit des Irans unternehmen, seinen Stellvertreter in Gaza zu unterstützen. Israel konnte auch nicht verhindern, dass die Milliarden an „humanitärer Hilfe“, die in die Küstenenklave flossen, den Bau des Tunnelsystems der Hamas finanzier-

ten, mit dem der Streifen gegen Angriffe gesichert wurde. Wiederholte Kampagnen, die das Militär als "Grasmähen" bezeichnete, konnten nicht die Abschreckung bewirken, von der das israelische Sicherheitsestablishment - ebenso wie Netanjahu und seine politischen Rivalen - überzeugt waren.

Das größte Massengemetzel an Juden seit dem Holocaust

Dieses Problem gipfelte in der Katastrophe vom 7. Oktober und den abscheulichen Gräueltaten der Hamas, bei denen mehr als 1.200 Menschen starben, Tausende verwundet wurden und bis zu 240 Männer, Frauen und Kinder in die Gefangenschaft des Gazastreifens verschleppt wurden. Auch wenn ein Großteil der Welt sich nicht über die schrecklichen Verbrechen der „Palästinenser“ an diesem Tag empört hat, zu denen Gruppenvergewaltigungen, Folter und die Ermordung ganzer Familien gehörten, wird das jüdische Volk das größte Massengemetzel an Juden seit dem Holocaust nie vergessen.

Die Vorstellung, dass Israelis davon überzeugt werden können, dass der Gazastreifen wieder zu einer Terroristenbastion wird, ist ein Trugschluss. Aber der Biden-Friedensplan, wie er von Friedman und den anderen "Weisen", die seit 30 Jahren für eine Zweistaatenlösung eintreten, ins Auge gefasst wird, ist sogar noch verrückter als das. Er läuft darauf hinaus, dass Israel Scharons Fehler von Gaza im weitaus größeren und strategisch wichtigeren Westjordanland

und sogar in einem Teil Jerusalems wiederholen soll.

Ein Frieden, der auf den Ideen der Teilung, der Koexistenz und des gegenseitigen Respekts beruht und in dem sowohl Juden als auch Araber die Souveränität über einen Teil des kleinen Landes, das sie gemeinsam bewohnen, haben, war der Kern jedes Plans zur Lösung des Konflikts seit den 1930er Jahren. Doch alle sind trotz der jüdischen Akzeptanz dieses Konzepts gescheitert, weil die Mehrheit der „palästinensischen“ Araber nie an irgendetwas davon interessiert war. Deshalb haben sie den "arabischen Staat" in „Palästina“, für den die Vereinten Nationen 1947 stimmten, ebenso abgelehnt wie die wiederholten israelischen Angebote für einen unabhängigen Staat im Laufe des letzten Vierteljahrhunderts.

Die „palästinensische“ Meinung hat sich nicht geändert

Es mag für viele im Westen und für liberale Juden schwer zu akzeptieren sein, aber die unwiderlegbaren Beweise des letzten Jahrhunderts der Geschichte haben gezeigt, dass der „palästinensische“ Nationalismus untrennbar mit einem Krieg gegen den Zionismus verbunden ist, der es keinem ihrer Führer erlauben wird, auch nur die günstigste Zweistaatenlösung zu akzeptieren. Der Grund dafür ist, dass dies bedeutet, dass sie die Legitimität eines jüdischen Staates akzeptieren müssen. Das ist etwas, was Generationen von „Palästinensern“ abgelehnt haben, ganz gleich, wo die Grenzen dieses jüdischen Staates gezogen werden

könnten.

Daran haben auch die Ereignisse der letzten Wochen nichts geändert. Die Pläne von Biden und Friedman beruhen auf der fast religiösen Überzeugung, dass die „Palästinenser“ den Frieden wollen, obwohl sie ihn im letzten Jahrhundert immer abgelehnt haben. Die Regierung glaubt auch, dass die meisten „Palästinenser“ nichts mit der Hamas zu tun haben. Doch wie eine neue Umfrage der Arab World for Research and Development zeigt, unterstützen die Bewohner des Westjordanlandes die Hamas trotz ihrer Gräueltaten und des Unheils, das sie über ihr eigenes Volk gebracht hat. Etwas mehr als drei Viertel von ihnen stehen der Hamas positiv gegenüber, und etwa ebenso viele billigen die am 7. Oktober begangenen terroristischen Verbrechen. Wenn Abbas sich seit 2005 weigert, eine weitere Wahl im Westjordanland abzuhalten, dann deshalb, weil er glaubt, dass die Hamas gewinnen wird. Und diese Überzeugung wird durch diese und praktisch jede andere Umfrage zur „palästinensischen“ Meinung bestätigt.

Der gesunde Menschenverstand sagt, dass es keine Alternative zur israelischen Sicherheitskontrolle im Gazastreifen gibt. Alternativen wie eine gemeinsame Truppe der arabischen Staaten sind ein Hirngespinnst, da diese Länder verständlicherweise nichts mit den „Palästinensern“ und ihrer unnachgiebigen Weigerung zu tun haben wollen, ihren Traum von der Auslöschung Israels aufzugeben. Auch die Vereinigten Staaten oder ande-

re westliche Länder werden sich nicht auf diesen Weg einlassen. Die einzigen Optionen sind eine Rückkehr zur Situation vor dem 6. Oktober, in der die Terroristen den Gazastreifen beherrschen und freie Hand haben, ihre Versprechen einzulösen und das Blutbad vom 7. Oktober immer wieder zu wiederholen, oder die Kontrolle durch Israel.

Das ist vielleicht nicht das, was Biden, das außenpolitische Establishment und die Medien, die den Mainstream-Antisemitismus oder die internationale Meinung unterstützt haben, hören wollen. Aber es ist die nackte Wahrheit.

Leider gibt es keine "Lösung" für den Konflikt zwischen Juden und Arabern um den winzigen Streifen Land zwischen "dem Fluss und dem Meer". Solange die Araber hinter dem verrückten völkermörderischen Krieg der Hamas zur Vernichtung Israels stehen, besteht die einzige Antwort für den jüdischen Staat darin, stark zu sein, sich zu verteidigen und auf eine Zukunft zu warten, in der sich die politische Kultur der „Palästinenser“ so verändert, dass sie ihren Traum von einem judenfreien „Palästina“, das durch einen zweiten Holocaust erreicht wird, aufgeben. Jeder, dem daran gelegen ist, weitere terroristische Gräueltaten und Kriege zu verhindern, muss sich hinter Israel und gegen die gefährlichen Illusionen einer Zweistaatenlösung stellen.

Jonathan S. Tobin ist Chefredakteur von JNS (Jewish News Syndicate).

Dublin: Die Iren haben genug von tödlichen islamischen Messerattacken auf Kinder

Ein algerisch-stämmiger Mann war am 23. November in eine irische Grundschule eingedrungen und mit einem Messer auf die Kinder losgegangen. Dabei wurden mehrere Menschen verletzt - ein 5-jähriges Mädchen und ihre Betreuerin sogar schwer. Nur etwa eine Woche später, am 2. Dezember ist ein junger deutscher Tourist, der mit seiner Freundin den Eiffelturm besuchen wollte, bei einer Messerattacke ermordet worden. Während Frankreich dabei ist, in einer Flut islamischer Gewalt unterzugehen und sich offensichtlich damit abzufinden scheint, kam es nach dem islamischen Anschlag in Dublin zu erheblichen Ausschreitungen gegen die andauernden islamischen Gewaltexzesse in Irland und in großen Teilen Westeuropas. Die Sorgen um die Sicherheit der eigenen Kinder nährte die Wut der entsetzten irischen Bevölkerung auf die Verantwortlichen der bisherigen entseelten Migrationspolitik in nahezu allen Ländern Westeuropa. (JR)

Von Matthias Nikolaidis

Die Iren sind als eher hitzköpfige, emotionale Insulaner bekannt, sozusagen die Südländer im westlichen Meer. Doch die nun gesehene Reaktion auf einen Messerangriff an einer Schule im Zentrum von Dublin könnte man schon beinahe als verständlich ansehen. Ein Algerier, der seit einiger Zeit in Irland leben, angeblich auch schon die irische Staatsbürgerschaft besitzen soll, war in die Schule eingedrungen und stach anscheinend wahllos auf Schüler und Lehrer ein.

Fünf Personen wurden verletzt, darunter drei kleine Kinder und eine Frau. Ein fünfjähriges Mädchen ist seitdem in Notfallbehandlung in einem Krankenhaus. Ein Junge und ein Mädchen (fünf und sechs Jahre alt) erlitten Verletzungen. Auch die dreißigjährige Hort-Mitarbeiterin wurde schwer verletzt, sie war angeblich dazwischen gegangen, um die Kinder zu schützen. Ein Mann in seinen Fünfzigern wurde anscheinend leichter verletzt. Passanten gelang es, den Angreifer zu überwinden. Sie hielten ihn bis zum Eintreffen der Polizei fest.

Die Polizei sagte, der Angriff habe keinen terroristischen Bezug - obwohl man sich fragt, wie so etwas so schnell ausgeschlossen werden kann. Denn laut

anderen Nachrichten hatte der in der Zwischenzeit festgenommene Täter einen psychotischen Anfall, was einen Teil der Erklärung ausmachen mag, aber nicht jeder Psychotiker attackiert Krippekindern mit einem Messer. Hier sollten sich Polizisten allgemein etwas mehr zurückhalten mit ihren Einordnungen, vor allem mit den Ausschlüssen.

Und tatsächlich: Später stellte Polizeichef Drew Harris klar, dass in alle Richtungen ermittelt wird. Er habe nie etwas anderes gesagt. Zuvor hatte allerdings der Superintendent Liam Geraghty gesagt, dass es sich dem Anschein nach um einen Einzeltäter handele - auch das wird meist als Fehlen einer terroristischen Motivation missverstanden, was aber als Argument nicht trägt. Denn auch ein Einzeltäter kann terroristisch motiviert sein und sich zu einer Gruppe zählen, seit das Internet Menschen auf dem gesamten Globus im Sekundentakt miteinander verbindet.

Justizministerin: Es geht nicht um allgemeine Sicherheit

Eindeutig war für die irische Polizei hingegen, dass die Hooligans, die in der Nacht auf Dublins Straßen strömten und durchaus ihr Unwesen trieben, „rechts-extreme Schlägertypen“ (far-right thugs)

seien. Die Zuweisung der Randalierer in das rechte Lager und spezifisch in dessen extremen Ausläufer führt aber nicht nur nicht weiter, sie könnte auch irreführend sein. Oder mehr über die Sprecher aussagen als über die Besprochenen. Denn auch wenn die gewählten Mittel der Randalierer nicht die richtigen waren, muss man ihre Motive nicht als „extrem“ abqualifizieren.

Polizeichef Harris sprach von einer „verrückten, von rechtsextremer Ideologie getriebenen Hooligan-Gruppe“. Es kam zu zahlreichen Zusammenstößen mit Polizisten, 50 Protestlern gelang es, eine Polizeibarriere zu durchbrechen. Einige sollen gerufen haben: „Get them out.“ - „Schiebt sie ab.“ Verschiedene Gegenstände und Feuerwerkskörper wurden auf die anrückende Bereitschaftspolizei geworfen. Am Höhepunkt waren 400 Polizisten im Einsatz, die das Parlamentsgebäude abriegelten. Allerdings gab es keine ernststen Verletzungen, weder bei Polizisten noch Zivilisten. Angeblich wurde auch ein einzelner Laden geplündert. Daraus machen manche Medien „Plünderungen“ in BLM-Manier. Angeblich gab es auch einen Angriff auf ein Migrantenzentrum. Polizeiwagen wurden zum Ziel der Aggression. Die Netto-Zuwanderung nach Irland ist in

diesem Jahr auf einen Beinahe-Rekordwert gestiegen.

Die Justizministerin, Helen McEntee, beschrieb die Protestler oder Randalierer als „raubeiniges und manipulatives Element“, das nur Chaos und Verwüstung anrichten wolle. McEntee bestritt sogar, dass es bei den Unruhen um Einwanderung ging. Das würde die Gewalttäter dann gewissermaßen politisch unschuldig machen: „Hier geht es nicht um Einwanderung, hier geht es nicht um die kleinen Kinder, die heute Abend im Krankenhaus liegen, das sind Kriminelle und Verbrecher. Hier geht es nicht darum, dass sich die Menschen sicher fühlen oder sicher sind, das sind Kriminelle und Verbrecher. (...) Hier geht es nicht um allgemeine Sicherheit.“ Der monotone Vortrag deutet schon auf eine gewisse Gedankenarmut hin. Die Dame scheint eine ziemliche Fehlbesetzung zu sein. Die volle Schwere des Gesetzes solle die Übeltäter treffen. Dabei ging es für die revoltierenden Iren durchaus um die „allgemeine Sicherheit“, wie man annehmen muss, zum Beispiel die Sicherheit der eigenen Kinder vor derartigen Gewalttätern.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Mit Terroristen kann und darf man nicht „auf Augenhöhe“ verhandeln – Gaza und ihre Terrorführung müssen bedingungslos kapitulieren!

Es hat nur wenige Tage gedauert, bis die linke und antizionistische Öffentlichkeit die Bilder der ermordeten, vergewaltigten und geschändeten Frauen, Männer und Babys wieder ausgeblendet hat und von Israel einen Waffenstillstand im Kampf gegen die terroristische Hamas forderte. Dabei vergessen all die Terror-Verharmloser und -Relativierer, dass man mit entmenschten Terroristen nicht „auf Augenhöhe“ verhandeln darf und/oder kann. Jede Waffenruhe gibt den islamischen Hamas-Schergen Gelegenheit, dies als Ergebnis der eigenen Stärke zu propagieren und sich neu aufzustellen, um weiterhin Raketen auf Israel abzuschießen. (JR)

Von Thilo Schneider

Der November war die Zeit der beliebten Hohlphrasen. Während sich Israel und die IDF Mühe geben, allzu viele zivile Tote im Kampf gegen die Hamas in Gaza zu vermeiden, kommen aus Europa und insbesondere ausgerechnet aus Deutschland viele gut gemeinte Ratschläge: Man müsse doch „die Verhältnismäßigkeit wahren“ und solle doch lieber „auf gleicher Augenhöhe verhandeln“ und „eine Friedenslösung anstreben“. Und wer denkt an „die unschuldigen Kinder“ (als ob es auch „schuldige Kinder“ gäbe) und die „unbeteiligten Zivilisten“ (als ob es nicht auch „beteiligte Zivilisten“ gäbe)?

Der Tenor lautet in den sozialen Medien und im Bekanntenkreis so: „Die Überfälle am 7.10. waren sehr unschön („... und durch nichts zu rechtfertigen“, wenn Sie ein GANZ „neutraler“ Diskutant sind), aber muss Israel da gleich zu Raketen, Panzern und Bodentruppen greifen? Das fördert doch nur eine Spirale der Gewalt, da muss es doch andere Wege geben.“ Oder, wie es UN-Generalsekretär Guterres formulierte: „Die Anschläge geschehen nicht im luftleeren Raum.“ Da hat er recht, aber dazu gleich mehr.

Auf die Frage, wie sie denn aussehen sollen, die „anderen Wege“, kommt dann meist irgendein Gewäsch von wegen „respektvoll auf gleicher Augenhöhe verhandeln“ oder „Zwei-Staaten-Lösung anstreben“ oder „im Einklang mit dem Völkerrecht und dem Recht auf Selbstbestimmung der Palästinenser handeln.“ Es scheint wirklich Leute zu geben, die glauben, es gäbe mit ihrem Mörder irgendeine Möglichkeit „auf gleicher Augenhöhe zu verhandeln“, in der Hoffnung, dann nicht ganz tot, sondern nur halbtot geschlagen zu werden. „Gleiche Augenhöhe“ wäre sogar sehr sehr schlecht für die Hamas und die Parteigänger. Dann würden ihre Kämpfer nicht nur getötet werden, sondern auch an Pickups gebunden durch die Straßen von Haifa und Tel Aviv gezogen werden, würden ihre zivilen Opfer bei lebendigem Leib verbrannt werden und würden „palästinensische“ Kinder und Großmütter als Geiseln gehalten und ihre Frauen vergewaltigt. Das wäre „gleiche Augenhöhe“, wenn die gleiche bestialische Barbarei ausgeübt würde. Die Hamas hat eben nicht „auf gleicher Augenhöhe“ angegriffen, sondern unmenschlich und grausam ein paar Stufen darunter. Jetzt wirkt es so, als wäre hier jemand mit einem Messer zu einer Schießerei gekommen und beschwert sich nun, dass der Angegriffene einen Revolver einstecken hat.

Liebe „neutralen“ Ratgeber und Friedensfreunde: Ihr möchtet einen „Waffenstillstand“ oder ein „Ende des Krieges“ (gerne auch von den Nichtwissern und Laubbläsern als „Genozid“ bezeichnet, gerade im Zusammenhang mit Juden im Allgemeinen und Israel im Besonderen ein sehr gerne gebrauchter Begriff, der ein „Israel ist wie Nazi-Deutschland, nur ohne Gaskammern“ impliziert)? In Ord-



Selbst während des Gegenschlags der IDF feuerte die Hamas Raketen auf Israel.

nung. Hier ist der Weg dorthin:

1. Die Hamas lässt sofort und bedingungslos alle Geiseln frei und übergibt sie dem Roten Kreuz oder was auch immer mit roten Zeichen durch die Gegend fährt.

2. Die Hamas legt sofort und bedingungslos die Waffen nieder und liefert sämtliches schwere Gerät, vom Mörser bis zur Kassam- und Fadsch-Rakete den IDF aus.

3. Israel übernimmt ab sofort die Verwaltung des Gaza-Streifens und strebt dort Neuwahlen ohne die Hamas als Partei an.

4. Sämtliche Täter, deren Führungskräfte und deren Befehlshaber sind, sofern nicht schon eliminiert, dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag auszuliefern

Das Ganze könnte 48 Stunden dauern: Und wird nicht stattfinden. Zu tief ist der Hass der „palästinensischen“ Bevölkerung gegen Israel, zu tief die Solidarität mit den Mörderbanden der Hamas, zu feige sind die Hamas-Kämpfer und, am schlimmsten, zu egal sind der Hamas die Toten unter der eigenen Zivilbevölkerung. Sie hocken – und hier passt sie wieder, die Analogie mit dem Dritten Reich – in ihren Bunkern oder im angenehmen Katar und scheren sich einen feuchten Dreck um die zivilen Opfer, die ihr eigenes Handeln ausgelöst haben. Und so, wie damals Hitler in den letzten Kriegsmonaten 14-Jährige in die viel zu großen Uniformen gesteckt und gegen die Russen ins Feuer befohlen hat, nimmt die Hamas heute zivile Opfer nicht nur billigend in Kauf, sondern benutzt sie, ganz im Gegenteil, sogar als menschliche Schutzschilde und Propaganda-Mittel. Getreu dem Motto: „Wenn wir als Hamas untergehen, dann nehmen wir möglichst viele Leute mit. Und wenn

es die eigenen sind.“

Manipulierte Kriegspropaganda

Warum aber ist das so? Zum einen weiß man auf „palästinensischer“ Seite ganz genau, welche Gefühle die Bilder toter und verletzter Kinder im Westen auslösen: Eine Welle des Mitleids mit den Mördern der Hamas und Zorn auf Israel, das ja „zu unmenschlichen Mitteln greift“, um die eigenen Bürger zu schützen. Dass die Hamas gezielt und in voller Absicht Kinder bis hin zu Babys ermordet hat, während sich Israel bemüht, derartige Opfer zu vermeiden, fällt dabei komplett unter den Tisch oder wird absichtlich ignoriert. Egal, was die israelische Regierung oder die Führung der IDF verlauten lassen oder an Beweisen des Gegenteils auf den Tisch der internationalen Gemeinschaft legen. Tatsächlich wird den von der Hamas geschaffenen KI-Bildchen mehr geglaubt als den echten Bildern der IDF oder sogar den Bodycam-Bilder der Schlächter vom 7.10. selbst.

Da kommt es dann schon einmal vor, dass das blutende Kind, dessen tote Mutter in den Trümmern daneben liegt, trotz der Hand ins Bild mit dem Untertitel „Hands up for Palestine“ hält. Kleiner Schönheitsfehler: Die Hand hat sechs Finger, Mama eine Monobraue quer über die Stirn. Das hätte dem „Künstler“ auffallen müssen. Sprechen Sie einen Hamas-Apologeten übrigens darauf an, dann wird er behaupten, „die Juden“ hätten das Bild geschaffen, um damit die „Palästinenser“ zu diskreditieren. Egal, was Israel tut oder nicht tut – es ist immer schuld. Irgendwie.

Lassen Sie uns in diesem Zusammenhang auch darüber reden, warum denn die Bevölkerung Gazas so fein differen-

ziert von der Hamas getrennt wird. Bei allem Verständnis, dass es für Ahmed Normalpalästinenser nicht so ganz ungefährlich ist, im Gaza-Streifen gegen die Hamas zu demonstrieren oder sich wenigstens zu enthalten, wenn das Rudel seiner aufgepeitschten Landsleute brüllend um Pickups mit verletzten israelischen Geiseln marodiert: Hier in Europa, in Deutschland, wären Demos gegen die Hamas und Mörderbanden sehr einfach möglich. Hier wäre eine gute Gelegenheit für die hierher geflohenen „Palästinenser“, sich ganz klar und eindeutig von der Hamas zu distanzieren. Zu zeigen, dass man selbst mit dem Vorgehen der Hamas in keinsten Weise einverstanden ist.

Wer distanziert sich?

Nun mag man einwenden, was denn die hier lebenden, geflohenen „Palästinenser“ und Araber mit der Politik der Hamas zu tun hätten? Schätzungsweise das Gleiche, was deutsche Juden mit der Politik Israels zu tun haben. Denn die werden hier von den Pali-Tuch-Trägern in Sippenhaft genommen. Sind eben Juden. Kennt man ja. Kennt man ja. Und da es den tapferen Hamas-Parteianhängern hierzulande zu riskant ist, sich in den Gaza-Streifen zu verkrümmeln und da den Terroristen beim Verteidigen zu helfen, greifen sie sich lieber und bequemer in Deutschland lebende Juden und bedrohen diese hier. Das ist einfacher, ungefährlicher – und bei der Lachheit der Justiz hierzulande auch charmanter, als sich einem Merkava-Panzer entgegenzustellen. Es könntet da unten sein, dass „die Juden“ zurückschießen. Hier nicht.

Was stattdessen stattfindet, sind Pro-Hamas-Demonstrationen, ja, sogar Pro-

Kalifat-Demonstrationen. Von Frieden oder Distanzierung keine Spur! Ganz im Gegenteil! Jetzt stelle man sich – und auch hier passt die Analogie – vor, die Auslandsdeutschen in Südamerika oder Afrika hätten 1945 für das Dritte Reich demonstriert, hätten Schilder mit Hakenkreuzen in die Höhe gehalten und dazu „von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“ skandiert und dabei öffentliche Bauwerke bestiegen. Was glauben Sie? Wie hoch wäre die Halbwertszeit einer solchen Demo zu Recht gewesen?

Und: Wäre der Landverlust nach mehreren selbst angefangenen und verlorenen Kriegen gegen Israel ein Argument für bestialischen Terror, also den „nicht luft-

leeren Raum“ – hätten dann nicht auch die Deutschen das Recht auf terroristische Anschläge gegen Frankreich, Polen, Tschechien und Russland?

Nein? Warum nicht? Weil sie selbst den Krieg angefangen haben, gnaden- und wahllos Menschen bis hin zur gezielten Vernichtung umgebracht haben? Weil sie dann, als wirklich gar nichts mehr ging, bedingungslos kapituliert haben? Weil sich ihr Führer am Ende eine Pistole in den Hals gesteckt hat und sich wie ein tollwütiges Tier selbst gerichtet hat?

Sehen Sie: Hier liegt das Rezept. Sofern und bis die eingangs genannten Punkte 1-4 nicht erfüllt sind, kann es nur einen, leider wirklich traurigen und blutigen Weg mit vielen militärischen und, unver-

meidlich bei Kämpfern ohne Uniform, zivilen Opfern geben: Die totale und bedingungslose Niederlage der Hamas und ihrer Parteigänger.

Nach 1945 gab es in Frankreich, Polen, Tschechien und Russland keine nennenswerte Anzahl von Deutschen mehr. Vielleicht war exakt dies der Grund, warum weder Bundesrepublik noch DDR ernsthaft Gebietsansprüche gegen die genannten Staaten erhoben haben oder diese sogar durch Terrorismus versucht haben, durchzusetzen. Und vielleicht – aber auch nur vielleicht – waren die Deutschen nach 1945 auch einfach nur damit beschäftigt, ihr Land unter Aufsicht der Alliierten wieder aufzubauen und Wohlstand zu schaffen. Bei dem Geld, das die

„Palästinenser“ bisher durch die internationale Staatengemeinschaft bekommen haben, wäre dies auch in Gaza und der Westbank recht problemlos möglich gewesen. Stattdessen wurden Tunnel gebaut und Raketen zusammengebastelt. Gaza hätte ein zweites Singapur werden können. Aber auch die Hamas war nicht „auf einmal da“, sondern wurde, das wird gerne vergessen, mit mehr Prozenten als seinerzeit die NSDAP in Deutschland gewählt. Liebe „Palästinenser“: Ihr wollt nicht, dass die Hamas kapituliert? Eure „Ehre“ verbietet das? Ihr wollt keine Geiseln freilassen und die Hintermänner des 7.10. ausliefern? Dann eben nicht. Dann die harte Tour.

Frankreich: Migranten überfallen Dorffest und erstechen 16-jährigen Besucher mit Küchenmesser

Frankreich beklagt ein weiteres Opfer der islamischen Kriminellen aus den Banlieues, die sich mittlerweile auch auf dem flachen Land und kleineren Dörfern breit machen. Wie zwischenzeitlich tausende Male jährlich und typisch für islamische Angriffe, ist die tödliche Waffe ein Messer. Wie üblich drücken sich die Medien auch hier wieder vor der richtigen Einordnung der islamischen Gewalttaten. Wie soeben bereits in Irland erlebt, beginnen sich aber nun auch in Frankreich die Stimmen zu mehren, die von einem heraufziehenden Bürgerkrieg sprechen und Bereitschaft zeigen, die bisherigen westlichen Lebenswerte und die Demokratie gegen den rückschrittlichen islamischen Atavismus zu verteidigen. . (JR)

Von Matthias Nikolaidis

Das Département Drôme liegt zwischen Avignon im Süden und Grenoble im Norden in der historischen Landschaft Dauphiné. Nah bei der Mittelstadt Romans-sur-Isère (33.000 Einwohner) liegt hier das Dörfchen Crépol mit gerade einmal etwas über 500 Einwohnern. In der Nacht vom 18. auf den 19. November fand ein „Wintertanz“ in der Kommune statt. Veranstalter war das Freizeitkomitee des Dorfes. Rund 350 Personen zwischen 16 und 65 Jahren kamen, wohl nicht nur aus Crépol, sondern auch aus den umliegenden Ortschaften. Ein klassisches Dorffest eben, nicht anders als die Schützen- oder Weinfeste Deutschlands.

Gegen 1.30 Uhr erschien eine Gruppe von zehn bis zwanzig ortsfremden Jugendlichen, kommend aus Romans-sur-Isère, genauer gesagt der Neubausiedlung La Monnaie. Zwei von ihnen durften den Festsaal betreten, nachdem die Türwachen ihnen zwei Messer abgenommen hatten. Zur gleichen Zeit soll auf dem Parkplatz ein Streit zwischen den anderen Neuankömmlingen und einem Erwachsenen entbrannt sein. Immer mehr Feiernde kommen aus dem Saal. Mehrere Messer werden gezückt, das Geschehen gleitet nach allgemeinem Übereinkommen in „Barbarei“ ab.

Laut einer Zeugin, Martine, hatte die fremde Gruppe nur darauf gewartet, dass die Feiernden den Saal verließen. „Dann fingen sie an, Menschen zu töten, so ist es passiert.“ Ihre Identität ist noch nicht eindeutig festgestellt, aber laut Augenzeugen handelte es sich um arabischstämmige Jugendliche im typischen Vorstadt-Outfit, in Sportkleidung mit typischen Hosen und Schuhen.

Die Folgen: Insgesamt 17 Personen wurden verletzt, acht erlitten einen Schock. Zwei Personen (23 und 28) wurden als Notfallpatienten ins Krankenhaus Valence gebracht. Den 16-jährigen Thomas aus dem Nachbardorf Chalon traf ein Messerstecher in Brust und Herz, vielleicht auch am Hals. Er starb auf dem Weg ins Krankenhaus von Lyon. Ein enger Freund von Thomas erzählt im Video, dass alles sehr schnell ging. „In ein oder zwei Minuten wurde überall mit dem Messer



Der Sarg von Thomas, einem Jugendlichen, der am 19. November 2023 nach dem Angriff in Crépol verstarb

zugestochen.“ Auch einige Finger wurden abgetrennt. Am Ende waren 39 Feuerwehrmänner nötig, um den Verletzten und Traumatisierten zu helfen. Bei ihrer Flucht schossen die arabischstämmigen Täter noch einige Male in der Nähe des Rathauses in die Luft.

Marion Maréchal:
Das ist erst der Anfang

Als eine der ersten in der nationalen Politik reagierte Marion Maréchal auf das Geschehen. Am Tag danach fragte sie den Innenminister Darmanin, warum er über den Vorfall schweige. Am Folgetag spießte Maréchal eine Meldung auf, die Darmanin schockiert vom TGV-Tod einer Katze zeigt. Die Worte des Innenministers zum Massaker in der Drôme ließen da noch einige Zeit auf sich warten. In einem Video hielt die Politikerin der Zemmour-Partei Reconquête fest, dass es sich um „Rassismus gegen Weiße“ handle, dem sich weder der Staat noch die Justiz noch die politischen Verantwortlichen entgegenstellen, die stattdessen die Existenz dieses Rassismus verneinten. Maréchal sagt voraus, dass das erst der Anfang sei. Es werde mehr davon geben, auch die ländlichen Gemeinden würden nicht mehr davon ausgenommen. So begännen Bürgerkriege.

Das entspricht der Analyse des aus Kanada stammenden Moderators Ma-

thieu Bock-Côté im Nachrichtensender CNews: „Der Angriff hatte eine Dimension der Eroberung. Das nächste Mal werden sie in die Häuser eindringen.“

Marine Le Pen twitterte, dass Dorffeste, Hochzeiten, Geburtstagsfeiern schon seit einigen Jahren wahren „Razzien“ – zu Deutsch „Raubzügen“, eher schon Mordzügen – zum Opfer fallen. Es komme immer häufiger zu „Messerangriffen, Aggressionen von nicht gesehener Brutalität“.

Niemand mehr, nirgendwo, sei sicher davor. Dazu teilte sie den Bericht des Nachrichtensenders BFM TV, der von einer „Prügelei“ (rix) sprach, während doch im Beitrag selbst festgestellt sei, dass hier „eine Bande gekommen (sei), um zu töten“.

„Rauferei“, „Zoff“, „Zusammenstoß“ – Medien meiden Benennen der Realität

Die Bürgermeisterin von Crépol, Martine Lagut, sagte laut France Bleu: „Ich fühle mich deprimiert. Das ist nicht normal, dass so etwas in unseren kleinen ländlichen Dörfern passiert. Es ist ein Drama, das wir erleben. Das war sinnlose Gewalt, es war sehr brutal und sehr gewalttätig.“ Auch Lagut ist der Meinung, dass die Bande junger Männer eigens nach Crépol gekommen sei, um zu töten: „Sie kamen nicht, um sich zu amüsieren, sondern um Schaden anzurichten“, schrieb die Bürgermeisterin in

der Tageszeitung Le Dauphiné libéré. Eine Nachbarin des Festsaaus sagte der Zeitung, anfangs habe sie das Geschehen sogar für einen Terror-Angriff gehalten.

In den großen Medien kam das Thema zunächst kaum vor, wurde als „Rauferei“, „Zoff“ oder „Zusammenstoß“ verharmlost. Es brauchte soziale Netzwerke und neue Medien, um den Vorfall in die allgemeinen Schlagzeilen zu bringen und klar zu machen, worum es hier wirklich ging. Demnach handelt es sich schlicht um Vorstadtgesindel, welches in das Dorf Crépol gekommen sei, um dort gezielt Franzosen anzugreifen und umzubringen. Ein hartes Urteil über die Zustände im Herzen Frankreichs, die aber durch verschiedene Hinweise gestützt wird. Zum einen ist das die von einem Zeugen überlieferte Aussage eines der Täter: „Wir sind hier, um Weiße zu erstechen.“

Darauf stützte auch Marion Maréchal ihr Urteil. Am Montag nach dem Gewalt-Wochenende schrieb Éric Zemmour auf der Plattform X: „Der 16-jährige Thomas wird vermutlich keine Schweigeminute im Parlament erhalten. Seine Angehörigen werden würdevoll bleiben und keinen Aufruhr verursachen. Wie üblich werden einige seine Ermordung durch das Lumpengesindel verschweigen, das nach Crépol, einem Dorf in der Drôme, gekommen waren, um französische Jugendliche zu töten.“ Und Éric Zemmour zählt die Opfer auf: Sie heißen Lola, Laura, Maurane, Julien, Dominique – nicht alle sind auch in Deutschland bekannt geworden.

Sucht man auf der Plattform nach Crépol, dann findet man Videos, in denen ein junger Maghrebstämmiger zwar das Land mit der kostenlosen Krankenversicherung schätzt, aber die Franzosen als „Rassisten“ von seiner Zuneigung ausnimmt. Dass er zur Tätergruppe gehört oder ihr nahesteht, kann man wohl nicht beweisen. Aber er exemplifiziert eventuell gut. In einem weiteren Video bekennt der junge Mann freimütig, dass er nie ohne Messer unterwegs sei: „Von Schlägereien verstehe ich nichts, ich lege dich einfach um.“ Dafür seien Messer schließlich da. Das war offenbar die Methode in Crépol.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Was wollen die sogenannten „Palästinenser“ eigentlich?

Eine in der arabischen Birzeit-Universität von Ramallah vorgenommene Umfrage unter Tausenden Arabern in ganz Judäa und Samaria sowie an drei Orten im südlichen Gazastreifen ergab, dass mindestens 75 % der Befragten das von der Hamas verübte bestialische Gemetzel an unschuldigen und teilweise schlafenden Israelis vom 7. Oktober dieses Jahres vorbehaltlos unterstützen. Im Westen geht man trotz vieler anderweitiger Beweise immer noch unbelehrbar davon aus, dass die sogenannten „Palästinenser“, wie die meisten Menschen im Westen, eine Zukunft in Wohlstand, Freiheit und Frieden anstreben. Wie die genannte Umfrage zeigt, entspricht aber diese irriige Annahme keinesfalls der Realität. Das Gegenteil ist der Fall: Die Vorstellung der überwiegenden Mehrheit der sogenannten „Palästinenser“ von einem besseren Leben ist ganz offensichtlich ein Leben im Dschihad, was das Einverständnis mit dem Töten von Ungläubigen beinhaltet. Nicht das Streben nach Glück und Wohlstand für sich und ihre Familien treibt die Mehrheit der Befragten an, sondern der Hass auf alle Ungläubigen und vor allem der Genozid an den Juden. Was Israel und das jüdische Volk von den „Palästinensern“ zu erwarten hat, belegen die kaum auszusprechenden Bestialitäten an jüdischen Frauen, Männern und vor allem auch Kindern am 7. Oktober, sowie der weltweite islamische Jubel und die Freude über die Ermordung und Misshandlung jedes einzelnen jüdischen Opfers. (JR)

Von Caroline Glick/JNS.org

Mehr als eine Generation lang haben die israelische Linke und westliche Führer darauf bestanden, dass die „Palästinenser“ Frieden wollen. Sie wollen einen eigenen Staat. Sie wollen, dass Israel den Gaza-Streifen, Judäa, Samaria und Jerusalem verlässt. Und wenn sie diese Dinge bekommen, werden sie in Frieden mit Israel leben.

Die aufeinanderfolgenden US-Regierungen haben ihre Unterstützung für Israel davon abhängig gemacht, wie sie die Bereitschaft der israelischen Regierung zu territorialen Zugeständnissen an die „Palästinenser“ einschätzten. Diejenigen, die bereit waren, Judäa, Samaria, den Gazastreifen (den Israel 2005 aufgab) und Jerusalem an die „Palästinensische“ Autonomiebehörde abzutreten, wurden unterstützt. Diejenigen, die nicht bereit waren, Land an die „Palästinensische“ Autonomiebehörde abzutreten, wurden geächtet, verurteilt und unterwandert.

Im Laufe der Jahre haben israelische Politiker, Militärs, Akademiker und Journalisten umfangreiche Berichte verfasst, die die Unterstützung der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde und ihre Verwicklung in den Terrorismus aufdeckten. Sie haben Enzyklopädie-lange Dossiers, Dokumentarfilme und Geheimdienstberichte verfasst, die aufzeigen, wie das israelische Bildungssystem Kinder von Geburt an indoktriniert, sich die Sache der Vernichtung Israels zu eigen zu machen, und die gesamte „palästinensische“ Gesellschaft mit einer völkermörderischen, dschihadistischen Weltanschauung im Stil der Nazis durchtränkt, die die völlige Auslöschung des Judentums und der Juden vom Angesicht des Planeten anstrebt.

Abgesehen von ein paar halbherzigen Verurteilungen durch Beamte des US-Außenministeriums im Laufe der Jahre - und ein paar noch weniger engagierten Lachern von Vertretern der Vereinten Nationen und der Europäischen Union - hat keiner dieser Berichte, Dokumentationen oder Enthüllungen die Hingabe des Westens an die so genannte "Zweistaatenlösung" oder die Neigung des Westens, das Ausbleiben des Friedens auf "rechte" oder "rechtsextreme" Israelis zu schieben, die territoriale Zugeständnisse an eine Gesellschaft und eine Regierungsbehörde ablehnen, die danach streben, Israel von der Landkarte zu tilgen.

In den letzten 30 Jahren hat die israelische Linke gelegentlich Lippenbekenntnisse zu diesem Problem abgegeben. Doch aufgrund einer Kombination aus politischen Interessen, ideologischer Brüchigkeit und der Abhängigkeit von westlichen Verbündeten weigerte sich der Großteil der israelischen Linken, die strategischen Implikationen des Fehlens einer „palästinensischen“ Führung - oder einer Gesellschaft, um genau zu



Die öffentliche Mehrheit der Menschen in Gaza steht hinter der Hamas.

sein - zu akzeptieren, die bereit ist, das Existenzrecht Israels zu akzeptieren, mit oder ohne Judäa und Samaria, mit oder ohne Jerusalem.

Umdenken bei den israelischen Linken?

Am 7. Oktober schockierte der Sadismus und das Ausmaß des Hamas-Massakers die gesamte israelische Gesellschaft bis ins Mark. Umfragedaten zeigen, dass sich die Meinung der israelischen Linken über die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz mit den „Palästinensern“ grundlegend geändert hat.

Das Gleiche kann man vom Westen nicht sagen. Angeführt von der Regierung Biden haben die westlichen Regierungen einheitlich darauf bestanden, dass die Hamas nicht die „Palästinenser“ vertritt. Die meisten „Palästinenser“, auch die im Gazastreifen, wollen einfach nur Frieden mit Israel schließen, der einen „palästinensischen“ Staat einschließt, sagen sie.

Seit dem 8. Oktober haben US-Beamte - und ihre Amtskollegen in der Europäischen Union, den Vereinten Nationen und darüber hinaus - fast jeden Tag darauf bestanden, dass Israel, wenn es im Gazastreifen zu hart zuschlägt, wenn es der Bevölkerung des Gazastreifens die so genannte "humanitäre Hilfe" verweigert, diese armen Menschen zur Hamas ziehen wird, was eine weitere Generation des Krieges garantieren würde.

Mit anderen Worten: Bis zum Gegen-schlag Israels im Gazastreifen waren die „Palästinenser“ gegen die Hamas und wurden zu deren unfreiwilligen Opfern. Doch sobald Israel seine Bodentruppen in Gaza einsetzte, wurden diese Menschen in die wartenden Arme der Hamas gezwungen. Präsident Joe Biden und seine Berater haben wiederholt gesagt: "Die Hamas repräsentiert nicht das palästinensische Volk. Sie steht nicht für

die Würde der Palästinenser".

Abwägen der Ergebnisse einer Meinungsumfrage

Am 16. November veröffentlichte die Birzeit-Universität in der Nähe von Ramallah eine Meinungsumfrage unter „Palästinensern“, die auf diese zentrale westliche Behauptung antwortete. Ihre Antwort war so nuanciert wie ein Ziegelstein.

Die Forscher von Birzeit sammelten die Daten durch persönliche Interviews mit Tausenden von „Palästinensern“ in ganz Judäa und Samaria sowie an drei Orten im südlichen Gazastreifen. Sie sprachen auch mit Bewohnern des südlichen Gazastreifens und mit Evakuierten aus den Kampfgebieten im nördlichen Gazastreifen.

Etwas 75 % der „Palästinenser“ unterstützen das von der Hamas geführte Gemetzel vom 7. Oktober. Weitere 11 % haben keine Meinung dazu. Sie sind neutral in der Frage, ob es eine gute Idee ist, Frauen, Männer, Kinder und Säuglinge zu vergewaltigen, zu foltern, zu enthaupen, lebendig zu verbrennen und zu entführen. Dennoch halten drei Viertel der „Palästinenser“ dies für eine großartige Errungenschaft. Ebenso wollen 75 % der „Palästinenser“ die Vernichtung Israels. Sie wollen ein Palästina "vom Fluss bis zum Meer". Diese Position unterscheidet sich von der Unterstützung eines jüdisch-arabischen Staates vom Fluss bis zum Meer oder der so genannten "Einstaatenlösung", die nur 5,4 % der „Palästinenser“ befürworten. Weitere 17,2 % unterstützen die Zweistaatenlösung (13,2 % in den von der PA kontrollierten Gebieten in Judäa und Samaria und 22,7 % im Gazastreifen).

Wer vertritt eigentlich wen?

Wenn die Hamas die „Palästinenser“ nicht vertritt, ist es schwer zu verstehen, wer sie vertritt. Sechundsiebzig Prozent der „Palästinenser“ unterstützen die Hamas. Achtundachtzig Prozent der „Palästinenser“

in Judäa und Samaria unterstützen die Hamas, und 60 % der Bewohner des Gazastreifens unterstützen die Hamas. Die „Palästinensische“ Autonomiebehörde genießt die Unterstützung von nur 10 % der „Palästinenser“.

Die einzigen Gruppen, die mehr Unterstützung als die Hamas genießen, sind die Terrorgruppen, die nichts anderes im Sinn haben, als Juden zu töten - der Islamische Dschihad des Iran, die Al-Aqsa-Brigaden der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde (PA) und die Terrorzellen der Hamas, die Izz al-Din al-Qassam-Brigaden, genießen alle eine noch größere Unterstützung als die Hamas selbst.

Die „Palästinenser“ glauben, dass es für niemanden einen glaubwürdigen Grund gibt, Israel zu unterstützen. Soweit Israel von westlichen Staaten unterstützt wird, führen die „Palästinenser“ dies auf antisemitische Verschwörungstheorien über jüdische Macht und Geld zurück. Insgesamt 92 % glauben, dass die "jüdische Lobby" hinter der westlichen Unterstützung für Israel steht. Und 96 % glauben, dass die westliche Unterstützung für Israel auf wirtschaftliche Interessen zurückzuführen ist.

Was die Westler betrifft, die darauf bestehen, dass die „Palästinenser“ friedlich sind und die Hamas hassen, so hassen die „Palästinenser“ sie genauso sehr wie sie Israel hassen: 98 % der „Palästinenser“ hassen die Vereinigten Staaten und 97 % hassen Großbritannien.

Auf der anderen Seite sind die „Palästinenser“ hoffnungsvoll. Achtundsiebzig Prozent der „Palästinenser“ sagen, dass die pro-„palästinensischen“ Demonstrationen, die unter dem Motto "Vom Fluss bis zum Meer, Palästina wird frei sein" stattfinden, sie mit Hoffnung für die Zukunft der Menschheit erfüllen. Kurz gesagt, die Ergebnisse der Birzeit-Umfrage zeigen kein friedliches Volk, das an Koexistenz und Frieden interessiert ist. Sie zeichnen

ein klares Bild einer völkermordenden Gesellschaft.

Wirksame Abschreckung

Wenn es einen Hoffnungsschimmer in den Daten gibt, dann ist es die Diskrepanz zwischen den Positionen der „Palästinenser“ in Gaza und denen in Judäa und Samaria. Während 88 % der „Palästinenser“ in Judäa und Samaria die Hamas unterstützen, sind es im Gazastreifen nur 60 %.

Der Grund dafür ist zweifellos die Operation der israelischen Verteidigungskräfte (IDF) im Gazastreifen. Wenn die Bewohner des Gazastreifens sehen, wie ihre Häuser zerstört werden und sie zur Evakuierung gezwungen sind, wird ihre Unterstützung für den Völkermord und seine Verursacher etwas gedämpft. Die operativen und strategischen Folgen dieser unterschiedlichen Ansichten für die Gegenwart und die Zukunft sind ziemlich offensichtlich. Die einzige Möglichkeit, ihre völkermörderische Einstellung zu erschüttern, besteht darin, sie zu bestrafen. Der einzige Weg, ihren Wunsch, den jüdischen Staat zu vernichten, zu dämpfen, besteht darin, ihnen die Hoffnung zu nehmen, dass sich Völkermord lohnt. Diese Einsicht muss die israelische Politik und unsere Gesellschaft leiten.

Siebenundachtzig Prozent der „Palästinenser“ gaben an, dass ihr Glaube an eine friedliche Koexistenz mit Israel nach dem 7. Oktober abgenommen hat. Einundsiebzig Prozent sagten, dass die Ereignisse dieses Tages ihre Unterstützung für die völlige Vernichtung Israels und ein Palästina „vom Fluss bis zum Meer“ verstärkt haben. Achtundneunzig Prozent sagten, sie seien stolz darauf, „Palästinenser“ zu sein.

Alle Antworten deuten daraufhin, dass der Holocaust vom 7. Oktober sie davon überzeugt hat, dass sie Israel besiegen und nicht friedlich mit ihm koexistieren müssen. Um diese Einstellung zu ändern, sollte die israelische Politik nicht darauf ausgerichtet sein, ihnen Hoffnung auf einen Staat zu machen, sondern sie eher dazu zu bringen, Bestrafung zu fürchten. Das ist freilich das, was die viel gescholtene israelische Rechte die ganze Zeit behauptet hat.

Die „Palästinenser“ wurden gefragt, was ihrer Meinung nach die Motivation der Hamas war, in Israel einzumarschieren und ihr sadistisches Gemetzel zu veranstalten. Die Antworten sind bemerkenswert. Eine Mehrheit der „Palästinenser“ - 35 % - gab an, dass der Grund für den Angriff darin bestand, „Verletzungen der Al-Aqsa zu beenden“. Weitere 29 % sagten, es gehe um die „Befreiung Palä-

stinas“. Und 21 % sagten, es gehe darum, „die Belagerung des Gazastreifens zu beenden“.

„Sie wollen einen Völkermord“

„Verletzungen der Al-Aqsa-Moschee“ auf dem Tempelberg in Jerusalem zu beenden, ist eine andere Art, „Dschihad“ zu sagen. Im Islam gibt es nur eine Rechtfertigung für die vorübergehende Beendigung eines Dschihad. Wenn die Kräfte des Dschihad zu schwach sind, um ihn fortzusetzen, kann eine vorübergehende, 10-jährige Hudna oder Waffenruhe vereinbart werden. Der Waffenstillstand kann um weitere Jahrzehnte verlängert werden, wenn die Schwäche anhaltend ist. Der Waffenstillstand kann jederzeit gebrochen werden, wenn die Dschihadisten die nötige Stärke erlangen, um voranzukommen.

Wenn Westler sich den „Palästinensern“ nähern, tun sie dies durch das Prisma ihrer eigenen Vorlieben und Werte und mit einem Tropfen (oder einem Ozean) an Feindseligkeit gegenüber dem jüdischen Staat.

Im Westen geht man davon aus, dass die „Palästinenser“ eine Zukunft in Wohlstand, Freiheit und Frieden anstreben, weil sie das auch für sich selbst anstreben. Aber das ist nicht der Fall - zumindest

nicht so, wie die Westler denken. Die „Palästinenser“ wollen ein besseres Leben. Aber ihre Vorstellung von einem besseren Leben ist ein Leben im Dschihad, im Töten von Ungläubigen. Was sie antreibt, ist nicht Wohlstand, sondern Völkermord. Und deshalb muss ihre Hoffnung ausgelöscht werden.

Die Israelis haben am 7. Oktober Maß genommen an den „Palästinensern“, und die Meinungen haben sich stark in Richtung der Positionen verschoben, die die israelische Rechte seit mehr als einer Generation vertritt. Die Welt als Ganzes täte gut daran, sich ebenfalls ein Bild von ihnen zu machen. Die Taten lügen nicht, und die Daten auch nicht. Die „Palästinenser“ sind eine Gesellschaft, die durch ihr gemeinsames Ziel, Israel zu vernichten, geeint wird. Das ist es, was sie sind. Das ist es, was sie wollen.

Caroline B. Glick ist die leitende Redakteurin von Jewish News Syndicate und Gastgeberin der „Caroline Glick Show“ auf JNS. Sie ist außerdem diplomatische Kommentatorin des israelischen Senders Channel 14 und Kolumnistin für Newsweek. Glick ist Senior Fellow für Angelegenheiten des Nahen Ostens am Center for Security Policy in Washington und Dozentin am Israel's College of Statesmanship.

Der „Alternative Nobelpreis“ gibt „israelischer Besatzung“ Schuld am Hamas-Blutbad

Seit dem barbarischen Terroranschlag vom 7. Oktober trennt sich auch bei uns und im gesamten Westen in aller Deutlichkeit die Spreu vom Weizen: Man kann nun sehr gut erkennen, wer mehr oder minder offen an der Seite des Terrors gegen Israel und der Hamas-Mörder und Kinder-Enthaupter steht, wer das grauenvolle Massaker in Israel relativiert oder rechtfertigt und wer nicht. Zuerst outetet sich die „Klimaaktivistin“ Greta Thunberg als Hamas-Unterstützerin, nun taten sich auch ihre Freunde vom „Alternativen Nobelpreis“ dazu. Jurymitglied Luisa Neubauer wollte uns auch auf Nachfrage nicht mitteilen, ob sie dem Israel-feindlichen Verein weiterhin angehören will. Interessanterweise herrscht auch ohrenbetäubendes Schweigen bei „UN Women“ und anderen sonst sehr lauten Frauenrechtsorganisationen und auch bei BLM. Ihre Reaktion auf die entsetzlichen Sexual-Verbrechen an jüdischen Frauen ist, wenn es nicht gerade darum geht, sich über die erfolgreiche israelische Gaza-Offensive zu beklagen, mehr als enttäuschend und dürftig. (JR)

Von Collin McMahon

Der sogenannte „Alternative Nobelpreis“ trägt eigentlich den maoistisch klingenden Namen „Right Livelihood Award“ (Rechtschaffenes Leben) und wurde 1980 vom Grünen-Politiker Jakob Freiherr von Uexküll ins Leben gerufen. Seitdem zeichnet er obskure Menschenrechtsaktivisten und ein paar engagierte Promis wie Bianca Jagger und Edward Snowden aus.

Doch nun outen sich die „Rechtschaffenen“ als moralische Relativisten der schlimmsten Sorte, und werfen den israelischen Verteidigungskrieg in Gaza mit den bestialischen und beinahe unbeschreiblichen Gräueltaten der Hamas-Schlächter in einen Topf.

„Right Livelihood“ verurteilt aufs Schärfste die Tötungen von Zivilisten in Israel/Palästina und fordert das sofortige Ende der jahrzehntelangen illegalen Besetzung des palästinensischen Gebiets durch Israel als wichtigste und notwendige Lösung, um weitere Gewalt und den Verlust von Zivilistenleben zu verhindern,“ so die „Right Livelihood Foundation“ in einer Presseerklärung vom 11.10.2023. „Wir fordern alle Parteien auf, die Angriffe auf Zivilisten unverzüglich einzustellen und das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen einzuhalten.“

Seit dem 7. 10. 2023 hätten „die israelischen Besatzungstruppen“ mit „wahllosen Luftangriffen auf Wohngebäude, Schulen und Krankenhäuser im gesamten Gazastreifen ... mehr als tausend palästinensische Zivilisten getötet und mehr



Ole von Uexküll

als 250.000 vertrieben, wobei die Zahl von Minute zu Minute zunimmt,“ so die vermeintlich Rechtschaffenen, die der Heinrich-Böll-Stiftung der Grünen nahe stehen.

Zweierlei Maß

Anstatt den barbarischen Angriff der Hamas zu verurteilen, eine Freilassung der Geiseln oder ein Ende von Raketenangriffen und Terroranschlägen in Judäa und Samaria zu fordern, verurteilt der „Alternative Nobelpreis“ die „seit dem 7. Okto-

ber begangenen Verbrechen auf das Schärfste und fordern alle Parteien auf, das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen einzuhalten. Das gezielte Angreifen von Zivilisten ist illegal, unmenschlich und unmoralisch.“

Das Gremium unter dem Neffen des Gründers, dem 45-jährigen, gibt den Juden die Schuld am blutrünstigen Massaker vom 7.10., da die „aktuelle Eskalation der Gewalt“ nicht von der „historischen und politischen Realität der 56-jährigen illegalen Besetzung Palästinas durch Israel getrennt werden“ könne. Es nennt die angebliche „Besatzung“ (Gaza wurde 2005 geräumt) „ein System der Unterdrückung und Herrschaft, das der Apartheid gleichkommt.“

Nun hat sich die Parlamentsgruppe „Alternativer Nobelpreis/Right Livelihood“ des Deutschen Bundestags von den skandalösen Aussagen distanziert. Die Vorsitzende Bärbel Kofler (SPD) sagte dem Berliner „Tagesspiegel“, sie verurteile die Attacken der Hamas „in aller Schärfe“: „Israel hat das völkerrechtlich verbrieftete Recht, sich und seine Bürgerinnen und Bürger gegen diesen barbarischen Angriff zu verteidigen und die Sicherheit in und für Israel wiederherzustellen.“ Den Äußerungen stimme sie „ausdrücklich“ nicht

zu. Sie seien weder mit ihr noch mit der Parlamentsgruppe abgesprochen gewesen, so Kofler.

Zynismus und Einseitigkeit

Der CDU-Abgeordnete Michael Brand erklärte seinen Rücktritt vom Vorstand und aus der Parlamentsgruppe „Alternativer Nobelpreis“ „aus Protest gegen eine zynische, einseitige und die Wahrheit auf den Kopf stellende Haltung der Organisation Right Livelihood“. Die Verbreitung der Propaganda der Hamas sei „unentschuldig“, so Brand, der die Verantwortlichen von „Right Livelihood“ aufforderte, Konsequenzen zu ziehen, „um großen Schaden“ für die Glaubwürdigkeit der Organisation abzuwenden. Wer sich „nicht eindeutig gegen Propaganda und Lüge“ stelle, „der handelt nicht righteous, sondern blind gegenüber Terror und Eskalation“.

Die Fridays-for-Future Aktivistin und Grünen-Politikerin Luisa Neubauer gehört der Jury des „Right Livelihood Award“ an. Neubauer musste sich bereits von den israelfeindlichen Ausfällen ihrer Fridays-for-Future Kollegin Greta Thunberg distanzieren. Thunberg erhielt 2019 trotz ihrer Unterstützung für linksradikale Organisationen wie die rassistische, antisemitische Black Lives Matter Bewegung den „Alternativen Nobelpreis“. Wir wollten wissen, ob Neubauer vorab von der Presseerklärung von „Right Livelihood“ gewusst hat, wie sie dazu steht und ob sie weiterhin der Jury angehören wird.

Bis Redaktionsschluss haben wir keine Antwort von Neubauer erhalten.

◀ Fortsetzung von Seite 2

bedingungslos, sofortige und vollständige Herausgabe aller 137 noch in gazanischer Willkür befindlichen Geiseln und die ebenfalls sofortige Einstellung aller feindlichen Handlungen aus Gaza.

Wenn die Gazaner wirklich so unschuldig an den unerträglichen Verbrechen ihrer Mordanführer sind, wie die westlichen Medien und ihre linke Unterstützungsklientel uns glauben machen wollen, dann unterstützen sie dieses Anliegen ebenfalls und setzen es gegebenenfalls mit der kraftvollen Wucht von zwei Millionen guten, unschuldigen und anständigen Gazanern gegenüber ihrer eigenen Mörderbande durch.

Den wirklichen Waffenstillstand und Frieden gewährt Israel unzweifelhaft noch am gleichen Tag, was endlich ein wirklicher Grund für gazanischen Jubel und das Verteilen von Bonbons wäre.

Die Qual der Angehörigen

110 der während des gazanischen Mordhorror vom 7. Oktober unter großem Jubel der Gazaner aus Israel nach Gaza verschleppten Geiseln wurden freigelassen. Die israelische Regierung vermutet laut der „Times of Israel“, dass sich noch etwa 86 israelische Geiseln im Gazastreifen befinden.

Die entmenschten Sadisten aus Gaza, die auch vor der Enthauptung von Kindern nicht zurückgeschreckt sind, spielen auf Zeit und machen sich lustig über das unendliche und unsägliche Leid der gepeinigten und traumatisierten Angehörigen der Geiseln, zu denen auch kleine Kinder gehören.

Die Guterresse, die Macrons, die UNO, die EU und große Teile der übrigen Welt schauen mit Wohlgefallen zu und klatschen Beifall -- natürlich nicht dem nahezu ebenso irrationalen wie übermenschlichen Überwindungs-Kraftakt Israels, den es für die Freiheit jeder einzelnen Geisel aufbringt, ja einfach aufbringen muss, weil für Israel und seine Menschen jedes einzelne Leben der Geiseln zählt.

Der Beifall der Heuchler und Israelfeinde gilt natürlich den Gazanern und ihren Mordanführer von der Hamas. Weil sie gerade dabei sind den Lohn ihres bestialischen Verbrechens zu kassieren und offensichtlich genau das die weltweiten Heuchler und Judenhasser freut. Sie wissen genau, dass Israel und das jüdische Volk diese unverdiente Verschnaufpause für die gazanischen Mörder teuer bezahlen werden mit neuen unschuldigen jüdischen Opfern und mehr gefallenen Soldaten. Und genau das scheint freut sie. Da unterscheiden nicht wenige Politiker der UNO, wie sie auch alle heißen mögen, kein Stück von den islamischen Freude-Bonbons-Verteilern aus Neukölln, Paris, London und sonst wo, für die jeder gemeichelte Jude eine orgastische Freude ist.

Dabei sollte eigentlich allen klar sein, dass das auch nur ansatzweise nicht das Ende ist. Die Araber bekamen damals und haben auch heute noch ein Vielfaches mehr an Land als Israel. Aber das reicht ihnen nicht, sie wollen alles und sagen und skandieren es sogar völlig ungeniert.

Mit diesen Menschen gibt es keinen Frieden, denn sie verwandeln die Gebiete, die sie erobert, gestohlen und usurpiert haben, in eine Kloake der Gewalt, der Ungerechtigkeit und der Missachtung der Menschenrechte.



ALEX WONG GETTY IMAGES NORTH AMERICA/Getty Images via AFP

Deshalb sind und werden sie niemals zufrieden sein solange der Staat Israel existiert und darüber hinaus, und natürlich auch nicht mit einer Zwei-staatenlösung. Es ist naiv, selbstmörderisch fahrlässig oder bösartig oder eher noch alles zusammen, etwas anderes zu glauben!

Und wenn jemand glaubt, dass dies ein israelisches oder jüdisches Problem ist - Er könnte nicht falscher liegen.

Herrschaftsanspruch des Islam

Der Islam ist sichtbar gerade dabei, die dekadente und verteidigungsunwillige westliche Welt zu erobern.

Beträchtliche Teile Westeuropas sind bereits gefallen und werden in nicht allzu ferner Zukunft vollständig vom Islam beherrscht werden, wenn der Westen nicht anfängt sich zu verteidigen und den fortschreitenden vielfältigen Angriff abwehren. Aber ein Karl Martell oder Eugen von Savoyen sind nirgendwo in Sicht und Israel legt man ja gerade seitens des Westens Fesseln an. Auch wenn es noch viele der selbsternannten Bessermenschen mit antijüdischem Vorbehalt nicht glauben wollen.

Man sehe sich nur den Irrsinn an, dass sich Queer-Freaks und Klimajunkies auf die Seite der Hamas anstatt auf die Seite Israels gestellt haben. Das ist nicht anders, als wenn die Afro-Amerikaner sich für den Ku-Klux-Klan einsetzen würden. Die atavistische islamische Finsternis kann und wird nicht mit gutem Zureden überwunden werden. Das werden auch diejenigen noch merken, die sich gerade über die Pein der Opfer und den existentiellen Kampf des jüdischen Volkes freuen.

Die tägliche islamische Gewalt und die Messerangriffe auf unseren Straßen und öffentlichen Plätzen weisen bereits deutlich hin auf das, was wohl noch kommen wird.

Nur eines dürfte zum Trost aller redlichen Antisemiten sicher sein – auch an dem aus Dummheit und eigenem Verschulden voraussehbaren Niedergang unserer westlichen Lebenswelt werden ganz eindeutig wieder die Juden schuld sein. Wer denn sonst?

„Jesus war palästinensischer Moslem“

Das christliche Weihnachtsfest und somit die Geburtstagsfeier von Jesus Christus, den die Römer vor seiner Hinrichtung verächtlich „INRI“ (Jesus Nazarenus Rex Judaeorum) nannten, steht in dem anbrechenden Monat Dezember vor der Tür. Da ist es nur richtig, sich über die Person des von den Christen sogar zum Sohn G'ttes erhobenen Wanderpredigers einige Gedanken zu machen.

„Es gab eine Kette von Propheten des Islam, von Adam bis Muhammad. Sie repräsentierten alle den Ruf nach dem Einen Gott und die Mission des Islam. Sie gehörten alle der gleichen Religion an, dem Islam. Jesus wurde in diesem Land, in Bethlehem geboren. Er lebte in Nazareth, zog um nach Jerusalem, also war er ein Palästinenser.“

Das hat der Mufti von Jerusalem, Muhammad Hussein, im offiziellen „palästinensischen“ Fernsehen am 21. April 2009 verkündet. Am 18. November 2005 erinnerte das offiziöse Blatt der Autonomiebehörde, „Al-Hajjat al-Dschadida“, daran: „Wir sollten nicht vergessen, dass der Messias (Jesus) ein Palästinenser war. Er war ein Sohn der Maria, einer Palästinenserin“.

Allerdings haben, was dem Mufti entgangen sein mag, die Römer ihre eroberte Provinz Judäa erst im Jahre 136 nach Christus in „Palästina“ umbenannt, um jede Erinnerung an die jüdischen Vorbesitzer zu tilgen. Christus wurde also im Königreich Judäa geboren und war veritabler Jude.

Den sich erst seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts „Palästinenser“ nennenden Arabern geht es aber darum, Jesus in einen „Schahid“ zu verwandeln, einen muslimischen Märtyrer, ähnlich wie die modernen Selbstmordattentäter, die von der Autonomiebehörde auch als „Märtyrer“ verehrt werden.

Der für ein islamisches Palästina stehende Abgeordnete Mustafa Barghuti behauptete sogar allen Ernstes Jesus sei der erste Palästinenser gewesen, der in diesem Land „gefoltert“ worden sei, womit er

wohl die Behandlung des jüdischen Wanderpredigers durch die Römer meinte.

Trotz des Islam-freundlichen Wohlverhaltens der christlichen Kirchen, werden auch Christen in islamischen Ländern benachteiligt und teilweise sogar in großer Zahl verfolgt. (Berichte der weltweit mit der Registrierung von Christenverfolgung befassten christlichen Organisation Open Doors 2023) Die radikal-islamische Mordorganisation Hamas und der Islam wollen auch die christliche Welt ihrem Glauben unterwerfen. „Alles wird in Rom beginnen“, heißt es in einem der Hamas-Texte. Zuvor sollen jedoch alle Juden getötet und das jüdische Volk vernichtet werden.

Tolle Aussichten für alle noch unter dem Tannenbaum kommenden saisonalen Jahresend-Geburtstagsfeiern für den „palästinensischen“ Islami Jesus !!

Trotz all der Gewalt und Schreckensnachrichten wünschen wir unseren christlichen Lesern ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest.

Unseren jüdischen Lesern im gleichen Sinne ein schönes Chag Chanukah Sameach.

Vor allen aber sind unsere Herzen bei den jüdischen Opfern und den verschleppten Geiseln, sowie ihren Familien. Ihnen gilt anlässlich des diesjährigen Chanukka-Festes und des ausklingenden Jahres unsere gesamte Anteilnahme und unser Mitgefühl.

Aus ganzem Herzen wünschen wir den Geiseln und uns allen eine schnelle und vollständige Befreiung aus der sadistischen Willkür ihrer ruchlosen Entführer.

Dem Staat Israel und seinen Menschen wünschen wir ein Ende der Bedrohung und eine schnelle und erfolgreiche Beendigung des Krieges ohne weitere Opfer.

Uns allen gesunde Feiertage und einen bereits friedlichen Jahreswechsel sowie ein friedvolles und gesundes Jahr 2024.

Am Israel Chai!

Dr. Rafael Korenzecher

Der umstrittene Diplomat: Das Kissinger-Jahrhundert geht zu Ende

1923 im mittelfränkischen Fürth als Heinz Alfred Kissinger geboren, musste er als Jude 1938 noch als minderjähriger Jugendlicher vor den Nazis in die USA fliehen. 1943 kam der junge Henry Kissinger als US-Bürger und -Soldat zurück nach Deutschland und half mit seinen Deutsch-Kenntnissen bei der Überführung der Nazi-Verbrecher. 1969 holte der republikanische Präsident Richard Nixon den Politikwissenschaftler als Sicherheitsberater ins Weiße Haus, wo er später als erster Einwanderer sogar US-Außenminister wurde. Kissingers ideologiefreie Realpolitik, die nicht selten als Empathielosigkeit und Verrat von humanistischen Idealen gesehen wurde, brachte ihm sowohl in den USA als auch in Israel teilweise erhebliche Kritik ein. Mit seinem Tod geht nicht nur eine diplomatische Jahrhundertfigur, sondern auch eine Polit-Ära zu Ende. (JR)

Von Collin McMahon

Henry Kissinger ist am 29.11.2023 mit 100 Jahren in den USA verstorben. Der Begründer der US-Realpolitik war bis zu seinem Tod und danach heftig umstritten. Biograf Niall Ferguson sprach von einem „Kissinger-Jahrhundert“.

Heinz Alfred Kissinger wurde am 27.5.1923 in Fürth, Bayern geboren, sein Vater Louis war Geschichtslehrer am Gymnasium. Kissinger spielte in der Jugendliga der Sportvereinigung Greuther Fürth, bis die Familie 1938 aufgrund des Naziterrors nach Manhattan auswanderte. Seinen fränkischen Akzent legte er nie ab.

1943 wurde er US-Bürger und wurde in die Armee eingezogen. Da er Deutsch sprach, wurde er Nachrichtenoffizier beim Counter Intelligence Corps (CIC), wo er ähnlich wie Simon Wiesenthal nach dem Krieg in Hannover und Bensheim Nazis jagte. Obwohl er bei der Befreiung des KZ-Außenlagers Hannover-Ahlem dabei war, versuchte er die deutsche Bevölkerung zu schonen. „Beweist ihnen, dass ihr hier in Deutschland seid, weil ihr besser seid, und nicht, dass ihr besser seid, weil ihr hier seid“, so Kissinger.

Er diente als Nachrichtenoffizier am berüchtigten Camp King in Oberursel, ein ehemaliges Verhörlager der Nazis, an dem BND-Begründer Reinhard Gehlen mit dem CIA seine Organisation Gehlen

gründen sollte, dann in Oberammergau am European Theater Intelligence School. Der Schwerpunkt der USA-Geheimdienste wandelte sich bald vom Kampf gegen Nazis zum Kampf gegen Kommunisten, und Kissinger auch.

Schritt in die Politik

1947 kehrte Kissinger in die USA an die Harvard University zurück, wo er 1954 über Metternich und den Wiener Kongress promovierte und bis 1971 lehrte. 1957 veröffentlichte er das Buch „Atomwaffen und Außenpolitik“, in dem er gegen die Doktrin der atomaren Abschreckung für die Möglichkeit eines „begrenzten Atomkriegs“ argumentierte. Das Buch machte ihn als außenpolitischer Denker bekannt, und er wurde der außenpolitische Berater von Gouverneur Nelson Rockefeller in New York. Als Rockefeller 1968 im Rennen um die republikanische Präsidentschaftsnominierung gegen Richard Nixon verlor, wurde Kissinger von Nixon angeworben.

Er war der erste Einwanderer, der je als Nationaler Sicherheitsberater (1969-1973) und US-Außenminister (1973-1977) diente. Er verhandelte die Öffnung Chinas, den Abrüstungsvertrag über ballistische Raketen mit der Sowjetunion, das Ende des Yom-Kippur-Krieges und das Ende des Vietnamkrieges, was ihm den Friedensnobelpreis einbrachte. 1972 nannte er mit China, Moskau und

Vietnam seinen „three out of three“ (Hat-trick).

Umstritten und respektiert

Kissingers ideologiefreie Realpolitik brachte ihm Kritik sowohl von rechts wie links ein.

Autor Christopher Hitchens zichtigte ihn in „Die Akte Kissinger“ 2001 der „Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Indochina, Chile, Argentinien, Zypern und Osttimor“. „Diese Anschuldigungen blieben wie Schmutz an ihm hängen – Kissinger sah sich bei seinen öffentlichen Auftritten regelmäßig Protesten ausgesetzt –, doch stehen sie im Widerspruch zur historischen Bilanz“, so sein offizieller Biograf Niall Ferguson (Ehemann von Ayaan Hirsi Ali).

Nach dem Sturz von Richard Nixon geriet auch Kissinger in die Kritik. Enthüllungen über seine Bombardierung des Ho-Chi-Minh-Pfades in Kambodscha oder die Invasion auf Ost-Timor trübten das öffentliche Bild Kissingers. „Nach dem Untergang der Sowjetunion 1991 war es einfach, die kleineren Übel anzuprangern, die die USA während des Kalten Krieges begangen hatten“, so Ferguson.

Im Mai 2022 wurde der Elder Statesman der USA wieder ins Rampenlicht katapultiert, als er (per Videoschleife) auf dem World Economic Forum in Davos für Friedensverhandlungen in der Ukraine eintrat.



Heinz Alfred Kissinger war der erste Einwanderer, der als US-Außenminister diente.

„In den nächsten zwei Monaten müssen Verhandlungen beginnen“, so Kissinger im Mai 2022, „bevor es zu Umwälzungen und Spannungen kommt, die nicht leicht zu überwinden sind. Idealerweise sollte das Ziel eine Rückkehr zum Status quo ante sein. Bei einer Fortsetzung des Krieges über diesen Punkt hinaus ginge es nicht um die Freiheit der Ukraine, sondern um einen neuen Krieg gegen Russland selbst“, so Kissinger.

Das letzte Urteil über Heinz Alfred Kissinger muss noch gesprochen werden.

Wahl-Beben in Argentinien: Ein Freund Israels wird Präsident

Der konservative Javier Milei hat in dem zweitgrößten Staat Südamerikas die Wahlen klar für sich entschieden und wird Argentiniens neuer Präsident – sehr zum Missfallen seiner, das Land immer mehr herunterwirtschaftenden, linken Gegner. Milei bezeichnet sich selbst mit dem interessanten Begriff „Anarchokapitalist“. Er will die staatlich nicht selten fehlgeleitete Zentralbank zerschlagen und äußerte bereits die Absicht, die argentinische Botschaft, ganz auf den Spuren der USA, von Tel Aviv nach Jerusalem verlegen zu wollen. (JR)

Von Filip Gašpar

Der projüdische und proisraelische libertäre Ökonom Javier Milei hat die Stichwahl bei der argentinischen Präsidentschaftswahl mit 55,7% der Stimmen deutlich gewonnen. Sein Gegenkandidat der Mitte-Links-Koalition „Unión por la Patria“ (Union für das Vaterland), Sergio Massa, kam auf 44,30% der Stimmen. Argentinien bekommt damit nicht nur einen Libertären, sondern auch einen Präsidenten, der eine enge Beziehung zum Judentum hat. Dies beweisen mehrere seiner Aussagen und Taten in der Vergangenheit.

Obwohl er sich zum katholischen Glauben bekennt, ist sein Verhältnis zur Kirche nicht das Beste. In diesem Sinne kritisiert er oft Papst Franziskus, den er als „Jesuiten, der den Kommunismus fördert“, als „unvorstellbaren und katastrophalen Charakter“ und sogar als „Repräsentanten des Bösen auf Erden“ beschrieb.

Das bedeutet jedoch nicht, dass in seiner Politik kein jüdischer Einfluss vorhanden wäre.

Darüber hinaus gab Milei im Ge-

spräch mit der argentinischen Tageszeitung „La Nación“ im Jahr 2021 zu: „Ich bin kein Jude, aber ich bin ein Fan Israels, ich habe tiefe Bewunderung. Ich bin Katholik und jeden Tag knie ich vor einem Juden nieder.“ „Ich bin katholisch, aber das bedeutet nicht, dass ich kein großer Bewunderer des jüdischen Volkes und seiner Lehren bin“, bemerkte Milei im selben Jahr auf seinem X-Account, ehemals Twitter. In diesem Sinne ertönte zum Abschluss der Kampagne im Movistar-Arena-Stadion der Schofar am Ende seiner Rede.

Ein Freund Israels

Ebenso äußerte er vor der Wahl bei zahlreichen Gelegenheiten seine Absicht, Israel zu seinem „Hauptverbündeten“ zu machen und die argentinische Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen. Er erklärte sogar, dass seine erste internationale Reise im Falle seiner Wahl nach Israel führen würde, mit dem Wunsch, „nach Jerusalem zu reisen, um sein Studium der Thora, des Talmuds und anderer jüdischer Schriften zu vertiefen“.

„Eines der Dinge, die ich gesagt habe, ist, dass meine internationale Ausrich-

tung auf den Westen und die Werte des Westens ausgerichtet ist. Ich habe bereits gesagt, dass meine beiden großen Verbündeten die Vereinigten Staaten und Israel sind. Darüber hinaus habe ich sogar definiert, wohin ich gehe.“

Seine Nähe zum Judentum veranlasste den Kandidaten auch dazu, seine Führung mit der Geschichte von Moses zu verknüpfen. „Mein größter Bezugspunkt, auf den ich mich ständig beziehe: Moses“, sagte er. Auf die Frage, ob er sich wie der „Moses der argentinischen Politik“ fühle, antwortete der Abgeordnete: „Ich bin dieser Aufgabe nicht gewachsen. Moses besaß eine unendliche Demut. Ich arbeite daran, demütig zu sein, ein ständiger Kampf, den man gegen das Ego, die Gier und die Lust führen muss.“

Beratung mit Oberrabbiner

Der Oberrabbiner der jüdisch-sefardischen marokkanischen Gemeinschaft Argentiniens, Shimon Axel Wahnish hat es geschafft, eine Person zu werden, die Mileis größtes Vertrauen genießt. Milei bezeichnete ihn gar als seinen „spirituellen Führer“. Aus diesem Grund ist Wahnish einer der wichtigs-

ten Berater des Präsidenten. Mit ihm führt er regelmäßige Gespräche, in denen der Oberrabbiner sein Wissen über das Judentum, die Thora und Schlüssel zur Bewältigung der Herausforderungen weitergibt, die Mileis politische Tätigkeit mit sich bringt.

„Er ist ein Mensch, den ich sehr liebe, den ich regelmäßig zu Rate ziehe.“ sagte er. Eine der Antworten, die Milei in einem Interview mit dem jüdischen Radiosender „Jai“ aus Buenos Aires gab, als er nach Wahnish gefragt wurde. Mit seiner Hilfe durchläuft Milei den Alltag seiner politischen Karriere, geplagt von Herausforderungen, die mit seinem Interesse, Präsident zu werden, einhergehen.

Argentinien steht vor großen Herausforderungen. Das Land ist beim Internationalen Währungsfonds (IWF) hoch verschuldet bei einem zugleich aufgeblähten Staatsapparat. Der Peso hat in der Vergangenheit gegenüber dem Dollar immer weiter an Wert verloren, was zu Massendemonstrationen und Protesten führte. Man kann Milei nur prophetische Gaben wünschen, all diese Herausforderungen zu meistern.

Rabbi Abraham Cooper: „Juden sind jetzt wieder Freiwild“

Rabbi Abraham Cooper ist Mitbegründer des Simon-Wiesenthal-Centers Los Angeles und Vizevorsitzender von Joe Bidens Ausschuss für internationale Religiöse Freiheit. Ende November besuchte er Berlin, um sich mit führenden Vertretern der Politik und Gesellschaft zu treffen und über den grassierenden Antisemitismus und Israelhass in Deutschland zu sprechen. Die Jüdische Rundschau traf Rabbi Cooper zum Interview. (JR)

Von Collin McMahon

Jüdische Rundschau: Was ist Ihr Eindruck der aktuellen Lage in Deutschland?

Rabbi Cooper: Der Aufruf des Bundeskanzlers Olaf Scholz an die Bürger Deutschlands im Oktober, Solidarität mit ihren jüdischen Nachbarn zu zeigen, war wichtig, aber gleichzeitig gibt es immer noch grundlegende Fragen. Es gab zwar Razzien gegen Hamas-Zellen in Deutschland, aber welche konkreten Ergebnisse hatten diese?

Es gab diesen Vorfall in Norddeutschland, wo eine Kindertagesstätte den Namen von Anne Frank ablegen wollte. Ich denke nicht, dass wir es bei so etwas mit Neo-Nazis zu tun haben, sondern mit den geänderten Bedingungen des 21. Jahrhunderts. Es besteht offenbar eine Kluft zwischen dem, was der Staat in Bezug auf ein kollektives Gedächtnis erreichen möchte, und dem realen Ist-Zustand.

Offensichtlich müssen die Behörden neue Wege gehen, um Erwachsene zu schulen, insbesondere viele der Flüchtlinge und Wirtschaftsmigranten, die ihren Weg nach Deutschland gefunden haben. Das sind oft Menschen, die aus Ländern kommen, die den Holocaust nicht direkt erlebt haben und oft antisemitischen Ballast mit sich bringen. Die eigentliche Herausforderung liegt also nicht bei den kleinen Kindern. Wie wäre es mit einem Abend für die Eltern? Bei Bedarf können wir Exemplare vom "Tagebuch der Anne Frank" spenden.

Wir müssen den Bürgern das Werkzeug in die Hand geben, nicht nur um die ferne Vergangenheit vor 80 Jahren zu verstehen, sondern auch zu verstehen, dass dieser Konflikt zwischen Israel und der Hamas nicht nur eine weitere Runde in einem immerwährenden Konflikt ist. Der 7. Oktober hat die Psyche der Menschen in Israel und der Juden auf der ganzen Welt für immer verändert.

Wir haben den größten Massenermord an Juden seit dem Holocaust erlitten, in einer besonders schockierenden Art und Weise, mit einem Angriff auf einen Rave für den Frieden, mit der Vergewaltigung von Frauen – und dennoch gab es von Frauenorganisationen weltweit keine Verurteilung. Schweigen im Walde. Das ist im Prinzip ein moralischer Freibrief, um so weiterzumachen.

Wir haben Kontakt mit UNICEF, Save the Children und anderen aufgenommen. Wo waren sie? 40 kleine Kinder waren in Geiselhaft, und dennoch haben wir nichts gehört.

JR: Wie sollten Deutsche Ihrer Meinung nach reagieren?

Rabbi Cooper: Was sollten Deutsche an Kristallnacht tun? Eine Kerze an der Synagoge anzünden, ob sie nun wieder aufgebaut wurde oder noch nicht. Schreiben Sie an das Deutsche Rote Kreuz. Es sind immer noch Kinder in Geiselhaft. Was tun Sie für diese Kinder? Konzentrieren Sie sich auf die Kinder. Wenn es uns gelingt, das



Rabbi Abraham Cooper

Schicksal des israelischen Volkes den Menschen in Deutschland und Europa näherzubringen, ist das ein wichtiger Schritt.

In vielen Europäern gibt es eine Binsenweisheit: Was die Nazis in den 1930er und 40er Jahren den Juden angetan haben, tun die Israelis jetzt im 21. Jahrhundert den „Palästinensern“. Das wird sich nicht über Nacht richten lassen. Nicht, wenn die BBC einen Weg findet, sie weiterhin nicht als Terroristen zu bezeichnen. Genau wie das, was UNRWA und die „Palästinenser“ tun, um verzweifelt ihren Flüchtlingsstatus in ihrem eigenen Zuhause aufrechtzuerhalten.

JR: Ist das Problem in den USA anders als in Europa?

Rabbi Cooper: Es gibt einen enormen Anstieg von Antisemitismus in den Vereinigten Staaten, im Vereinigten Königreich, in Europa und darüber hinaus. Es ist schockierend in Bezug auf seine beispiellose Brutalität. Ich wurde von vielen Europäern interviewt, die sagen, dass sie sich auf die Seite der „Palästinenser“ stellen.

In den Vereinigten Staaten kommt dieser genozidale Hass von den Elite-Universitäten. Es gab den Fall eines Professors, der zum Mord an einem jüdischen Journalisten aufrief. Die Universitäten haben die Darstellungen der Hamas übernommen. Während sie früher über die Details einer

möglichen Friedenslösung sprachen, skandieren sie heute an den Top-Eliteunis "From the River to the Sea..."

Als die Invasion der Ukraine begann, haben sich viele CEOs großer Unternehmen im Namen der Ukraine und der sozialen Gerechtigkeit geäußert. In Bezug auf den 7. Oktober hören wir jetzt allerdings von denselben Leuten sehr wenig. Deren Empathie ist plötzlich verschwunden. Von den Universitäten bis zu den großen Unternehmen ist der Aufschrei ausgeblieben. Dies kam für viele amerikanische Juden als großer Schock und als Weckruf.

Als das Ausmaß des Massakers bekannt wurde, empfanden Juden Abscheu – und Verständnis für Israels Entscheidung, die Verantwortlichen zu töten. Die Menschen in Israel wissen ganz genau, warum sie eine Armee haben.

Jetzt gibt es immer wieder diese Rufe nach einem Waffenstillstand. Das bedeutet, dass Israel die Waffen ruhen lassen soll. Die Israelis unterstützen voll und ganz den Krieg gegen die Hamas. Es gab auch sehr viel Unterstützung unter amerikanischen Juden, aber jetzt unterstützen einige den Aufruf von Außenminister Antony Blinken nach einem Waffenstillstand.

JR: Wie sehen Sie die Rolle Deutschlands?

Rabbi Cooper: Deutschland hat nun seine finanziellen Beiträge an UN-

RWA erneuert. Wir bitten Deutschland: Berufen Sie eine unabhängige Gruppe von Pädagogen ein, um den Lehrplan der „palästinensischen“ Kinder und die Materialien, die von Lehrern verwendet werden, vollständig zu überprüfen, in denen Massenmörder als Helden gefeiert werden und in einem ihrer Schulbücher Israel nicht einmal auf der Landkarte eingezeichnet ist.

Wir können nicht Betroffenheit mimen und die Menschen auffordern, für Ihre jüdischen Nachbarn einzustehen, und gleichzeitig für Israel und „Palästina“ zweierlei Maß anlegen. Das ist eine Denkweise, die Israel und das jüdische Volk jetzt vollständig ablehnt.

Mein Vorschlag wäre: Halten Sie das Geld in Treuhand. Geben Sie das Geld der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde, um ihr eigenes Bildungssystem zu gestalten. Schlimmer als die UNRWA kann es ja nicht sein.

Warum wollen sie das nicht? Was ist an der UNRWA so wichtig? Die UNRWA-Bürokratie ermöglicht es der Hamas zu sagen: „Die Zivilisten im Gazastreifen sind nicht unser Problem, das liegt in Israels Verantwortung.“ 75% der Bewohner von Gaza sind immer noch „Flüchtlinge“, während ihre Anführer in Doha ein Leben in Luxushotels führen und mit ihren Kindern in Privatjets um die Welt jetten.

Um die wichtige Aussage des deutschen Kanzlers konkret zu machen, muss man hinterfragen, warum das alles geschieht. Auf der Seite der Außenpolitik haben wir den Iran. Wir wissen, dass es sehr starke deutsch-iranische Handelsbeziehungen gibt, die bisher nicht angetastet wurden.

JR: Ist Katar Teil des Problems?

Rabbi Cooper: Katar ist wie ein Brandstifter, der sich als Feuerwehrmann tarnt. Sie haben Milliarden ausgegeben, um die amerikanischen Elite-Unis zu unterwandern. Sie haben der Hamas-Führung Zuflucht gewährt, anstatt sie vor Gericht zu stellen. Als Rechtfertigung sagen sie dann, die Amerikaner wollten das so, und die Israelis baten uns, Bargeld nach Gaza zu schicken.

Sie spielen so alle Seiten gegeneinander aus. Das wird so weitergehen, bis Katar Al Dschasira einstellt oder es grundlegend verändert, damit es nicht mehr die Antisemitismus-schleuder Nummer 1 ist. Katar ist, zusammen mit dem mörderischen iranischen Regime, der Hauptverantwortliche.

JR: Wieviel Bedrohung geht vom Iran aus?

Rabbi Cooper: Es ist immer noch nicht klar, inwieweit der Iran die Hisbollah mobilisieren wird. Hoffentlich werden sie den Krieg nicht mehr ausweiten als bisher. Im Jemen schießen die Huthis Marschflugkörper ab. In Algerien unterstützt das Parlament den Krieg gegen Israel. Aber der Hauptfokus liegt jetzt auf dem Iran und der Frage, ob sie die Vereinigten Staaten als echte rote Linie sehen.

Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah behauptet nun sogar, dass der 7. Oktober von Israelis durchgeführt wurde. Die Iraner haben nun den Vorsitz im UN-Menschenrechtsrat in Genf. Der Menschenrechtsrat hat eine Schweigeminute zu Ehren der „palästinensischen“ Opfer abgehalten, aber die israelischen Opfer der Hamas nicht erwähnt. Und UNICEF hat auch nichts gesagt. UNRWA-Einrichtungen im Gazastreifen wurden ganz offen zu Abschussorten für Raketen umgewandelt.

Die Hamas-Terroristen ähneln den Schlächtern der SS, die nach dem Zweiten Weltkrieg als kriminelle Organisationen vor Gericht standen. Woher kam der Hass? Von ihrer Bildung. Sie wurden so erzogen. Ich habe mich mit dem UN-Generalsekretär Antonio Guterres getroffen, aber leider hat er es nicht verstanden, er weigerte sich, seine Weltsicht zu ändern. Diese Diplomaten, Sonderberichterstatter und Untersuchungskommissionen leben in ihrer eigenen Blase.

Es erinnert mich an einen der ersten Holocaust-Leugner: Einmal zeigte ihm ein CNN-Moderator Filmmaterial aus Auschwitz und fragte, wie er leugnen könne, was passiert sei. Er antwortete: Ich glaube nicht an die Beweise, weil es mir angenehmer ist zu glauben, dass Auschwitz nicht stattgefunden hat. Viele Menschen haben Schwierigkeiten, ihre Weltsicht über die „Palästinenserführung“ zu ändern. Deshalb ist es einfacher zu behaupten, dass Israel den „Palästinensern“ antut, was die Nazis den Juden angetan haben.

Simon Wiesenthal wurde einmal gefragt, ob er überrascht war, wie viele Nazis es gab. Er sagte: „Nein, ich war überrascht, wie wenig Gegner der Nazis es gab.“

JR: Wie sehen Sie die Zukunft? Was

muss geschehen?

Rabbi Cooper: Ich bin kein Militärmensch, aber was wir tun können, ist neue Allianzen, neue Freundschaften zu schaffen, die das Rückgrat für einen echten Frieden im Nahen Osten bilden werden. Ich bin seit 15 Jahren in der Annäherung an Golfstaaten involviert, was zu den Abraham-Abkommen führte. Wenn man die anderen trifft und die Stereotypen überwindet, kann sich alles ändern. Deshalb möchte der Iran verzweifelt verhindern, dass Saudi-Arabien Frieden mit Israel schließt. Der Ayatollah wünscht den Juden den Tod. Er will seine Theokratie exportieren, um eine dominante Weltmacht zu werden. Aber er fürchtet Israel und die Vereinigten Staaten.

Israel braucht keine Vorträge darüber, was jetzt getan werden muss. Jeder verlorene Soldat bedeutet eine verlorene Welt. Israel ist keine militaristische Gesellschaft. Viele Menschen denken, die „Palästinenser“ hätten einen moralischen Freibrief. Das ist es, was Israelis und Juden auf der ganzen Welt jetzt so wütend macht.

Es ist auch wichtig, im Auge zu behalten, was in den sozialen Medien passiert. Übeltäter auf der ganzen Welt kriegen ganz genau mit, was seit dem 7. Oktober passiert: Wenn man die fundamentalsten Grenzen menschlichen Anstands so missachtet, ist es eine Gefahr für die gesamte Menschheit. Viel steht hier auf dem Spiel, allen voran das jüdische Volk, aber auch alle Demokratien.

JR: Es gibt in Deutschland 16 „Antisemitismusbeauftragte“, und dennoch nimmt der Antisemitismus zu. Was machen diese Leute falsch?

Rabbi Cooper: Der Kampf gegen Antisemitismus ist mehr als nur das Zählen von Statistiken. Zumindest versteht man jetzt langsam, dass man nicht alle Hassverbrechen einfach den Neo-Nazis zuschreiben kann. Es muss ein realistisches Verständnis für den Einfluss des Irans geben, für Menschen, die aus Gesellschaften stammen, die es nicht besser wissen. Es muss eine Neubewertung der Einwanderungspolitik geben.

Ein oder zwei dieser Antisemitismusbeauftragten scheinen schlicht überfordert zu sein. Insbesondere dieser Michael Blume in Baden-Württemberg – warum ist er immer noch im Amt? Wo sind die Sprecher der jüdischen Gemeinde, um dagegen zu protestieren? Der Protest ist sehr gehalten. Ich verstehe das nicht.

Ich glaube, in Deutschland sagen sich viele Menschen: „Was wollt ihr denn? Wir kümmern uns doch schon um den Antisemitismus. Wir haben einen Antisemitismusbeauftragten.“ Deshalb war das, was der Bundeskanzler gesagt hat, so wichtig. Es geht nicht nur um Balkendiagramme, wie viele antisemitische Vorfälle Verbrechen es dieses und letztes Jahr gab. Es muss menschlicher Kontakt von Person zu Person sein und tägliche Entscheidungen, die getroffen werden. Und es geht um Bildung, nicht nur der Kinder an dieser Anne-Frank-Schule, sondern auch der Eltern.

JR: Viele Menschen wurden in Deutschland durch die pro-Hamas-Kundgebungen aufgeschreckt. Was kann man dagegen tun?

Rabbi Cooper: Die deutschen Behörden und die Polizei ließen diese

Leute jahrelang ungestraft auf den Straßen von Berlin und anderen Städten „Tod den Juden“ rufen. Warum sollte also jemand, der pro-Hamas ist, jetzt auch nur einen Moment lang zögern, wieder auf die Straße zu gehen und es wieder zu rufen? Dabei ist es schon illegal. Man braucht in Deutschland keine neuen Gesetze. Was man braucht, ist der politische und soziale Wille, das anzupacken. Das ist ein Art politische Führung, die von oben kommen muss. Und nicht nur Rhetorik. Sie wissen ja längst, wo die Hamas-Zellen sitzen.

Es ist schön, dass die Hamas jetzt verboten wurde. Und nun? Raus! Werft diese Leute aus dem Land. Das wäre ein deutliches Signal an die Nachschublinien des Terrorismus und des Antisemitismus, dass Deutschland diese schockierende Entwicklung wirklich ernsthaft angreifen will. Und es ist ja nicht nur in Deutschland ein Problem, wir haben es auch in Los Angeles.

Man sieht Leute ohne Konsequenzen auf die Straße gehen, die die Ha-



MdB Frank Müller-Rosentritt (FDP), Rabbi Abraham Cooper, Armin Laschet (CDU).

mas-Propaganda verinnerlicht haben und wiedergeben. In den USA kommen die Universitätspräsidenten ihrer Verantwortung nicht nach. (Die „palästinensische“ Kongress-Abgeordnete) Rashida Tlaib nutzt den Kongress als Plattform für ihren Judenhass, und die Führung der Demokratischen Partei tut nichts dagegen. Wir haben in den USA also genug Probleme.

JR: Der Rentner Paul Kessler wurde am 5.11. in Los Angeles von einem pro-„palästinensischen“ Demonstranten mit einem Megafon auf den Kopf geschlagen und starb.

Rabbi Cooper: Ich konnte kurz darauf mit einem leitenden Polizeibeamten sprechen. Es scheint, dass es zwei Gruppen waren, die an einer sehr bekannten und stark befahrenen Kreuzung im Norden von Los Angeles aufeinandertrafen. Es kam zu einer Konfrontation, und eine pro-Hamas-Person nahm ihr Megafon und schlug Herrn Kessler, 65 Jahre alt, der rückwärts fiel, mit dem Kopf auf den Boden aufschlug und im Wesentlichen verblutete. Er starb kurz darauf im Krankenhaus. Abhängig von den Beweisen stellt sich die Frage, ob es schwere Körperverletzung oder Mord sein wird.

Der Kern des Problems ist: Die „pa-

lästinensischen“ Demonstranten haben die Sprache als Waffe entdeckt. Sie gehen auf die Straße und wiederholen Lügen über das jüdische Volk und den Staat Israel. Wenn man die Gewalt der Hamas bejubelt, dürfen wir nicht schockiert sein, dass ein 65-Jähriger für das Verbrechen, sich für das jüdische Volk in Israel einzusetzen, sterben muss. Es ist einfach empörend.

JR: Der Täter war ein 50-jähriger Professor. Was ist an den amerikanischen Universitäten los?

Rabbi Cooper: Das ist eine Entwicklung, die sich schon seit Jahren anbahnt, ob in London auf den Straßen oder an den amerikanischen Elite-Universitäten. Israel wird alles tun, um die Täter und Hintermänner des 7.10. zur Strecke zu bringen. Es wird vielleicht drei oder vier Monate dauern, aber es wird passieren. Was schwieriger wird, ist die Hamas- und BDS-Propaganda zu bekämpfen, die sich jetzt breitgemacht hat: Die Hamas als Freiheitskämpfer für ein armes, unterdrücktes indigenes Volk, das in Gaza in einem riesigen Freiheitsgefängnis wohnt. Wenn man das zu Ende denkt, gibt es keinen Platz für Israel mehr. Die Kindermörder vom 7.10. nennen die Israelis jetzt Kindermörder. Und wenn die Israelis jetzt die „neuen Nazis“ sind, was macht man mit Nazis? Man bekämpft sie und zur Not bringt man sie um, denn sie sind das Böse.

Hier treffen die Studentengruppen für „Palästina“ auf die Exil-„Palästinenser“ im Westen, und das ergibt eine toxische Mischung. Heute werden Studenten an der USC aus der Asta gesäubert, weil sie Juden sind, so wie unter Stalin und Mao. Professoren müssen sich stundenlang in eine Kammer einsperren, weil draußen ein Mob tobt. An der MIT wurde jüdischen Studenten gesagt, ihr müsst den Hintereingang nehmen, weil der Haupteingang blockiert ist. Warum räumt die Polizei diese Leute nicht? Juden sind heute wieder Freiwild. Sowas gab es in den

USA noch nie, denn das geht nicht vom Pöbel aus, sondern von der Elite. Das müssen und werden wir bekämpfen. Großspender springen ab, Eltern schicken ihre Kinder nicht mehr nach Harvard. Niemand hat die Geschwindigkeit und die Wucht kommen sehen, mit der das passiert ist. Aber diese Entwicklung gibt es schon seit 20 Jahren.

Das ist jetzt der Perfekte Sturm, der uns trifft. Man muss das sehr ernst nehmen, und das wird es auch. Ich war eben in Jerusalem, wo ich den Diaspora-Minister (Amichai) Chikli getroffen habe.

Wenn es an diesem ganzen Wahnsinn etwas Positives gibt, ist es die Solidarität, die es jetzt unter Juden und Israelis gibt. Man sieht es den Leuten ins Gesicht geschrieben: Der 7.10. darf sich niemals wiederholen. Wenn der Militäreinsatz vorbei ist, wird eine ganze Generation von politischen und militärischen Anführern in Israel ausgewechselt werden. Die Menschen in Israel haben eine Entschlossenheit und eine Unbeugsamkeit, und sie werden sie brauchen, denn es wird einige Monate dauern, und Israel wird in der PR-Schlacht viel zurückstecken müssen. Aber wir werden gewinnen.

Wer sind die Zivilisten im Gazastreifen?

Die Bevölkerung Gazas hilft nachweislich und bereitwillig der Hamas, ihre Schulen, Moscheen und Krankenhäuser als Waffenlager und Raketenabschussrampen zu nutzen. Die Hamas könnte sich ohne die Zustimmung der gazanischen Einwohner ebenso wenig an der Macht halten, wie es seinerzeit die Nazis ohne begeisterte Mitwirkung des überwiegenden Teils des deutschen Volkes gekonnt hätten. Wer die Hamas wählt und nach dem bestialischen Abschlachten von über 1200 unschuldigen israelischen Zivilisten, darunter auch Kinder und viele Frauen, jubelnd in den Straßen feiert und gefesselte jüdische Geiseln zur eigenen Belustigung und zur deren Entwürdigung anspuckt und schlägt, der ist nicht „unschuldig“. Daran ändert auch die falsche Berichterstattung der westlichen Main-Stream-Medien und die Kritik der UNO, der EU und der Kirche an Israels Militäreinsatz nicht das Geringste. (JR)

Von Mitchell Bard/JNS.org

Lassen Sie uns zu Beginn ein paar Dinge festhalten. Viele „Palästinenser“ lehnen die Hamas und Gewalt ab. Es sollte alles getan werden, um die Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen zu schützen.

Niemand, der im Gazastreifen wohnt, wäre in Gefahr, wenn die Hamas nicht Raketen auf Israel abgefeuert und ein Massaker an Juden verübt hätte, wie es seit dem Holocaust nicht mehr vorgekommen ist.

Was wissen wir noch über die Menschen in Gaza?

Bei den letzten Wahlen in der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde hat das Volk die Hamas gewählt, und Umfragen haben immer wieder gezeigt, dass Hamas-Führer Ismail Haniyeh im September beliebter ist als „Palästinenser“-Chef Mahmoud Abbas (58 % zu 37 %). Abbas ist der Mann, der nach Ansicht des Westens Israels Friedenspartner sein sollte, obwohl er ein fanatischer Antisemit ist, der eine Kleptokratie führt und von 78 % der Öffentlichkeit aufgefordert wurde, zurückzutreten.

Gibt es irgendeinen Zweifel daran, dass die Menschen im Gazastreifen wissen, für wen und was sie ihre Stimme abgeben? Sie können die Hamas-Charta lesen, die eine Passage enthält, die oft in Schulbüchern und Predigten zu finden ist:

„Der Prophet Allahs, segne ihn und schenke ihm Heil, hat gesagt: Der Tag des Gerichts wird erst kommen, wenn die Muslime gegen die Juden kämpfen (die Juden töten), und der Jude wird sich hinter Steinen und Bäumen verstecken. Die Steine und Bäume werden sagen: ‚O Muslime, o Abdullah, hinter mir ist ein Jude, kommt und tötet ihn.‘“

In der Charta heißt es: "Es gibt keine Lösung für die Palästina-Frage außer durch den Dschihad. Initiativen, Vorschläge und internationale Konferenzen sind allesamt Zeitverschwendung und vergebliche Mühe. Palästina ist ein islamisches Land."

Angesichts der diktatorischen Herrschaft der Hamas, die jede abweichende Meinung unterdrückt, ist es schwer zu sagen, wie viele „Palästinenser“ sich ihrer Herrschaft widersetzen. Wir wissen, dass es bei den seltenen Protesten, die es in diesem Jahr gab, nicht um den Terrorismus der Hamas ging, sondern um die Versorgung mit Strom und Gas. Sie protestieren auch gegen die Abzweigung von Millionen von Dollar aus Katar, die für humanitäre Hilfe bestimmt sind und von der Hamas für ihre Zwecke abgezweigt werden. Die Hamas zieht etwa 15 % der katarischen Gelder ab, die für die Armen bestimmt sind.

Wo ist die Friedensdemo in Gaza?

Gab es irgendwelche Proteste, als die Terroristen eine der Tausenden von Raketen auf Israel abfeuerten, obwohl die Gazaner wussten, dass die Angriffe israelische Luftangriffe provozieren würden, die ihr Leben verschlechtern würden? Gibt es weinende Mütter, die die Hamas dafür verurteilen, dass sie am 7. Oktober israeli-



Mitgefühl mit den ermordeten israelischen Zivilisten sieht anders aus.

sche Kinder abgeschlachtet hat? Wie viele sorgen dafür, dass ihre Kinder zu Hause bleiben, anstatt sich den Terroristen anzuschließen? Wie viele loben ihre Kinder, wenn sie Juden ermorden?

Können Sie sich daran erinnern, jemals eine Friedensdemonstration in Gaza gesehen zu haben? Ich erinnere mich an die Kundgebungen, auf denen die Terroristen am 11. September jubelt wurden. Die „Palästinenser“ und ihre Unterstützer rechtfertigen den Terrorismus der Hamas als Widerstand gegen die „Besatzung“. Nur dass Israel nicht einen Zentimeter des Gazastreifens besetzt hält. Und wie kommt es, dass Christen, die im Gazastreifen und im Westjordanland unter den gleichen Umständen leben, niemals Terror ausüben?

Alle Hamas-Mörder waren einmal Kinder. Wie sind sie zu Monstern geworden? Könnte es an der ständigen antisemitischen Indoktrination liegen, die sie von Imamen in Moscheen, von Lehrern und Lehrbüchern in UNRWA-Schulen und in Sommertrainingslagern erhalten haben? Nehmen Sie den der Hamas nahestehenden Imam, der sagte: "Unsere Doktrin im Kampf gegen euch [die Juden] ist, dass wir euch vollständig ausrotten werden. Wir werden keinen einzigen von euch am Leben lassen, denn ihr seid fremde Usurpatoren des Landes und ewige Söldner".

UNRWA-Schulen "rufen regelmäßig zur Ermordung von Juden auf und erstellen Unterrichtsmaterialien, die den Terrorismus verherrlichen, zum Märtyrertod ermutigen, Israelis dämonisieren und zum Antisemitismus aufstacheln", heißt es im jüngsten Bericht von UN Watch und IMPACT-se. Eltern aus dem Gazastreifen schicken ihre Kinder in Sommerlager, die in diesem Sommer unter dem Motto "Jerusalem Shield" standen. Der „palästinensische“ Wissenschaftler Basam Tawil berichtet, dass die Camper in Gaza eine militärische Ausbildung erhalten, "wie z. B. Übungen mit Messern und Schusswaffen, Nahkampf sowie Marsch-

und Fußübungen. Die Kinder führen auch Theaterstücke auf und stellen Szenen dar, in denen sie israelische Soldaten bekämpfen und gefangen nehmen oder Raketen auf Israel abfeuern". Sie lernen, Waffen zusammenzubauen und zu zerlegen, auf israelischen Flaggen herumzutampeln und Bilder von Terroristen zu sehen, die Israelis ermordet haben, um zu ihnen aufzuschauen.

Was würden die Kinder des Gazastreifens angesichts dieser Erziehung mit den Juden anstellen, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten? Dank eines Hamas-Videos, das „palästinensische“ Kinder zeigt, die ein entführtes israelisches Kind terrorisieren, müssen wir nicht raten.

Bevölkerungsmehrheit stützt Hamas

Israel versucht, zivile Opfer zu vermeiden, aber was machen die Menschen im Gazastreifen? Viele fliehen, sobald Israel Vergeltung für die Angriffe übt, aber bis dahin lassen sie zu, dass die Hamas an der Macht bleibt. Sie erlauben der Hamas, ihre Schulen, Moscheen und Krankenhäuser als Hauptquartiere, Waffenlager und Raketenabschussrampen zu nutzen.

Paradoxerweise zeigt die Reaktion in Gaza auf die Rakete des „Palästinensischen“ Islamischen Dschihad, die im Oktober auf ein Krankenhaus einschlug und Hunderte von Menschen tötete, vielleicht am besten, dass sie mitschuldig sind. Anstatt die Terroristen für diese Gräueltat verantwortlich zu machen, zeigen sie sofort auf Israel. Sie brauchen keine ausgefeilte Technologie oder Radare, um zu wissen, dass Israel nicht verantwortlich war, denn sie konnten mit eigenen Augen sehen, dass es keine israelischen Jets oder Drohnen gab, die eine Bombe abgeworfen hätten. Sie wissen auch aus Erfahrung, dass israelische Luftangriffe präzise sind und dass die Luftwaffe keinen Parkplatz bombardieren würde, schon gar nicht einen neben einem Krankenhaus, ohne Vorwarnung und ohne Terroristen in der Nähe.

Im Fernsehen berichten Ärzte und Krankenhauspersonal in Gaza über die Bedingungen, unter denen sie arbeiten, und über ihre Ängste. Die Reporter ignorieren die Tatsache, dass Krankenhäuser und Krankenwagen häufig von der Hamas genutzt werden, was sie nach internationalem Recht zu legitimen Zielen macht. Obwohl nur wenige westliche Medien darüber berichteten, war bekannt, dass die Hamas während der "Operation Protective Edge" im Jahr 2014 das Shifa-Krankenhaus in Gaza als Operationsbasis/Bunker nutzte. Im Krankenhaus wurden weiterhin Patienten behandelt, während sich die Hamas-Agenten in dem darunter liegenden Bunker versammelten. Eine finnische Reporterin berichtete aus dem Krankenhaus, als sie Zeuge des Abschusses einer Rakete vom Parkplatz wurde. Dennoch bombardierte Israel das Krankenhaus nicht.

Hamas-Basis im Shifa-Krankenhaus

Das Krankenhaus war jahrelang ein Hauptquartier der Hamas und 2006 strahlte PBS einen Dokumentarfilm aus, der zeigte, wie Terroristen durch die Flure und Büros des Krankenhauses streiften. In der Vergangenheit beschuldigte das „palästinensische“ Gesundheitsministerium (im Unterschied zum Hamasgeführten Gesundheitsministerium im Gazastreifen) die Hamas, die Kontrolle über Bereiche des Shifa-Krankenhauses zu übernehmen und Räume für Verhöre, Folter und Inhaftierungen zu nutzen.

Niemand, schon gar nicht Israelis, möchte, dass Nichtkombattanten zu Schaden kommen, aber wir sollten nicht den Fehler machen, alle Menschen in Gaza als „unschuldig“ zu betrachten.

Mitchell Bard ist ein außenpolitischer Analyst und eine Autorität auf dem Gebiet der Beziehungen zwischen den USA und Israel, der 22 Bücher geschrieben und herausgegeben hat, darunter The Arab Lobby, Death to the Infidels: Radical Islam's War Against the Jews und After Anatevka: Tevye in Palestine.

Der chronische Antisemitismus der Documenta

Statt mit Kunst und avantgardistischen Akzenten Schlagzeilen zu machen oder die Künstler für eine Solidaritätsaktion für Israel zu gewinnen, fällt die Documenta ein wiederholtes Mal in kurzer Folge mit massivem Antisemitismus auf. Ausgerechnet in der Findungskommission, die die künstlerische Leitung der kommenden documenta 16 auswählt, saß ein BDS-Unterstützer. Der indische Israel-Hasser, Schriftsteller und Kunstkritiker Ranjit Hoskoté ist nach jetzt aufgekommener Kritik an seiner Gesinnung aus der Kommission ausgetreten. Daraufhin erklärte das gesamte Gremium seinen Rücktritt. (JR)

Von Julian M. Plutz

Die Krise um die Documenta reißt nicht ab. Nachdem die gesamte Findungskommission der Ausstellungsreihe zurückgetreten ist, ist unklar, ob und wie die nächste Veranstaltung im Jahre 2027 in Kassel überhaupt stattfindet. Die Stellungnahme auf der Homepage der Veranstalter liest sich schmallippig.

„Unter dem Eindruck der Terrorattacken der Hamas am 7. Oktober 2023 und dem zunehmenden Antisemitismus in Deutschland sowie den polarisierten Debatten darüber ist der Arbeitsprozess der Findungskommission für die Künstlerische Leitung der Documenta 16 in den vergangenen Wochen immer mehr unter Druck geraten“, heißt es. So wurden nach den Rücktritten „intensive Gespräche“ über mögliche Konsequenzen geführt. „Erwogen wurde seitens der Geschäftsführung daher die Aussetzung des Findungsprozesses aufgrund der besonderen Weltlage nach dem Terrorangriff der Hamas in Israel“, schreibt das Kuratorium weiter.

Es ist ein bemerkenswerter Vorgang. Am 7. Oktober töteten islamische Aktivisten so viele Juden, wie seit der Shoah nicht mehr. Währenddessen verfangt sich die Documenta in kleinteiligen Peinlichkeiten, was selbst den Grünen – jenseits von Claudia Roth – aufgefallen ist. So warnte die grüne Kunstministerin aus Hessen, Angela Dorn, vor einem „wachsenden intellektuellen Antisemitismus“. Dieser stellt den Terror der Hamas als legitime Antwort auf die Politik Israels dar. Es dürfe nicht sein, dass Juden in aller Welt jeden Tag um ihr Leben fürchten müssten. Die letzte Aussage ist zwar korrekt, aber inwieweit es „intellektuell“ ist, eine tumbe Täter-Opfer-Umkehr zu zelebrieren, weiß nur Frau Dorn allein.

Keine Distanzierung, nirgends

Immerhin sprach sich die Ministerin für eine gründliche Aufarbeitung aus. „Der Schatten der Documenta 15 darf nicht auf der Documenta 16 liegen“, sagte sie. Doch der Schaden ist längst angerichtet. Spätestens im Jahr 2022 überschritten Künstler, Kuratoren und am Ende des Tages auch die Kulturstaatsministerin rote Linien, als antijüdische Ressentiments als Kunst verkauft wurden.

Man darf es nicht vergessen und sollte es immer wieder betonen: Bevor sich die Politikerin gestenreich und viel zu spät, dafür umso pathetischer von der Documenta 15 distanzierte, lobte sie die Ausstellung über den sprichwörtlichen grünen Klee, noch bevor die Veranstaltung für das Publikum zugelassen war.

Zurück in die Gegenwart. Als im November der Druck auf den Kulturtheoretiker Ranjit Hoskoté zu groß wurde, trat dieser aus der Findungskommission für die Documenta 16 aus. Hätte man sich nicht denken können, dass Fragen aus der Medienlandschaft aufkommen, wenn ein Mitglied der Kommission einmal eine BDS-Petition unterschrieben hat? Gerade wenn es um die skandalträchtige Documenta geht?

Der Geschäftsführer der Documenta, Andreas Hoffmann, hat dafür wenig Verständnis. Laut Hessischer/Niedersächsi-



Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Die Grünen) hat den Antisemitismus in der Kunstszene offensichtlich nicht im Griff.

scher Allgemeine (HNA) berichtete die Süddeutsche Zeitung, dass sie versuchte, Ranjit Hoskoté zu einer Distanzierung zu bewegen, was dieser ablehnte.

Ein BDS-Freund in der ehemaligen Findungskommission

In einem Interview für die HNA schilderte Hoffmann seine Sicht der Dinge: „Als wir von der Journalistin der 'Süddeutschen' dazu befragt worden sind, war uns weder das Statement noch die Unterzeichnung bekannt. Wir haben dann Kontakt zu Ranjit Hoskoté aufgenommen und um seine Position gebeten. Er hat sich daraufhin klar grundsätzlich von Antisemitismus und den Zielen der BDS-Bewegung distanziert. Er hat die Terrorakte der Hamas vom 7. Oktober verurteilt. Für uns war dann sehr nahelegend, dass wir die Nachfrage stellen, ob wir es richtig verstehen, dass er sich von den antisemitischen Passagen des 2019er-Statements distanziert“, so der Geschäftsführer.

Es ist wie immer. Nachdem ein jüdenfeindlicher Skandal enthüllt ist, wird sich fleißig distanziert. Während viele die Methodik des billigen Zurückruderns längst durchschaut haben, flüchtet sich Hoffmann in Allgemeinplätze und gibt den überraschten Geschäftsführer: „Es muss klar sein, dass antisemitische Positionen, Äußerungen, Werke keine Rolle spielen auf der Documenta. Das war auch allen Mitgliedern der Findungskommission klar, mit denen intensiv darüber gesprochen wurde, während z.B. der Letter Against Apartheid gemeinsam gelesen wurde. Von daher waren wir auch überrascht über Ranjit Hoskotés Unterzeichnung der Petition.“

Kann man angesichts der jüdenfeindlichen Geschichte der Documenta tatsächlich noch „überrascht“ sein? Hoffmann kann. Und er legt sogar noch einen drauf. Auf die Frage, ob sich der Geschäftsführer von Hoskoté hintergangen fühlt, antwortete er so: „Bei der Frage, ob ich mich getäuscht fühle, muss

man aber berücksichtigen, dass er selbst, so scheint es, diese Passagen nicht als antisemitisch empfindet. Das muss ich akzeptieren, obwohl ich es als zwingend sehe, das gänzlich anders zu bewerten.“

Roger Waters als Künstler für die Documenta?

Wie praktisch: So lange der Judenfeind jüdenfeindliche Aussagen nicht selbst jüdenfeindlich sieht, so lange muss man das berücksichtigen. Was antisemitisch ist und was nicht, bestimmt laut dieser Logik immer noch der Antisemit selbst. Demnach gibt es überhaupt keine Judenfeindlichkeit mehr, denn sie wurde ja nicht von den Tätern als solches erkannt. Praktisch.

Vielleicht könnte die nächste Ausstellung ja auch etwas Musik vertragen. Roger Waters böte sich hier als Klangkünstler der besonderen Art an. Im Londoner „Palladium“ redete sich der Pink Floyd Sänger, der nie ein Geheimnis über seinen Alkoholkonsum gemacht hat, einmal mehr in Rage. „Ich stehe uneingeschränkt an der Seite des gesamten unterdrückten palästinensischen Volkes“, sagte der Musiker nur wenige Tage nach dem 7. Oktober. Ferner forderte er „keine Kriegsverbrechen mehr“, selbstverständlich nur von der israelischen Seite. „Kommen wir zum letzten Samstagmorgen“, gemeint war der 7. Oktober.

„Hatten die palästinensischen Widerstandskämpfer, die aus dem Freiluftgefängnis Gaza ausgebrochen sind, ein gesetzliches Recht und eine moralische Verpflichtung, sich gegen den Besatzer ihres Landes zu wehren? Ja, das hatten sie!“

Ferner sollten die Juden endlich akzeptieren, „dass das zionistische Experiment gescheitert ist, weil es nur mit mehr Tötungen fortgesetzt werden kann.“ Weiterhin sei Gaza ein „Freiluftgefängnis“. Damit hat sich Waters definitiv für die nächste Ausstellung in Kassel qualifiziert.

Mehr als 40 Millionen Steuergeld für die Documenta

Ob und in welcher Form die Documenta 16 stattfindet, ist derzeit völlig offen. Warum man eine sechsköpfige Findungskommission für eine Ausstellung benötigt, die erst in vier Jahren stattfindet, scheint dem Laien wenig verständlich. Doch Hoffmann gibt sich kämpferisch. Für die Neubesetzung der Findungskommission, die offenbar dringend erforderlich ist, wünscht sich der Geschäftsführer „einen Diskussionsprozess mit der Öffentlichkeit“, um „Vertrauen zurückzugewinnen.“ Denn die Documenta braucht „Offenheit, Transparenz“ und „Klarheit“.

Man gewinnt den Eindruck, die Documenta sei ein totgerittenes Pferd, das auf der Intensivstation mit Beatmungsgerät unbedingt künstlich am Leben gehalten wird, damit die Welt sieht, dass nicht nur die Stadt Kassel existiert, sondern dass Deutschland ein Hort progressiver Kunst ist, die den Puls der Zeit erkennt und politische Diskurse mit bunt bemalten Wänden für den gemeinen Zuschauer möglich macht. Vielleicht ist der Zeitgeist jüdenfeindlich, dann war eine Documenta 15 nötig und dann ist auch eine Documenta 16 notwendig.

Doch inwieweit die Stadt Kassel, das Land und der Bund, also die Steuerzahler, Judenhass finanzieren müssen, darf und muss kritisiert werden. Immerhin kostete die Documenta 15 mehr als 42 Millionen Euro. Doch im Land, in dem wenige Wochen nach dem 7. Oktober wieder Geld in den Gaza-Streifen floss, braucht man sich über nichts mehr wundern. Da bleiben die Worte staatstragender Politiker der Grünen Partei nichts als Worte ohne Sinn und Verstand, die nur zur eigenen Befriedung dienen. Vielleicht kann ja alternativ der alternde Multimillionär und Judenhaser Roger Waters einspringen. Das Kleingeld hierzu dürfte vorhanden sein.

Linker Judenhasse bedroht uns alle

Linke haben die sogenannten „Palästinenser“ zur Gallionsfigur ihres Kampfes gegen den vermeintlichen und schon längst nicht mehr existierenden westlichen Kapitalismus und Kolonialismus auserkoren und sehen die verbrecherischen Mord-Organisationen Hamas und Hisbollah mit Begeisterung als Teil der „globalen Linken“. Das Erwachen wird vor allem für die Linken und die Grünen schrecklich sein: Offensichtlich will dort keiner verstehen, dass es längst nicht mehr alleine um die israelische, sondern auch um die Zukunft der gesamten westlichen Welt und besonders Westeuropas geht, dessen Unterwerfung unter islamischer Gewalt und Scharia bereits in vollem Gange ist. (JR)

Von Dr. Alexander Meschnig

Am 9. November 1969 deponieren Mitglieder der linksextremen Tupamaros Westberlin eine Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, die während einer Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht 1938 explodieren soll. Zum Glück für die Anwesenden ist der Zünder nicht intakt und so kommt niemand zu Schaden. In einem Bekennerscheiben der Gruppe heißt es unter „Schalom + Napalm“:

„Jede Feierstunde in Westberlin und in der BRD unterschlägt, dass die Kristallnacht von 1938 heute täglich von den Zionisten in den besetzten Gebieten, in den Flüchtlingslagern und in den israelischen Gefängnissen wiederholt wird. Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen.“

Nach dem Massaker der Hamas an Zivilisten in Israel am 7. Oktober 2023 vergingen nur wenige Tage und die über 1.400 jüdischen Opfer, erschossen, vergewaltigt und bei lebendigem Leib verbrannt, waren vergessen. Stattdessen setzte das Klagen über die Lage der „palästinensischen“ Zivilbevölkerung ein, eine Bevölkerung, die in weiten Teilen ein paar Tagen zuvor die Ermordung Unschuldiger frenetisch in den Straßen Gazas gefeiert hatte. Jetzt waren sie in den Augen der Weltmeinung wieder ausschließlich die Opfer einer überlegenen israelischen Militärmacht. Dass unmittelbar nach den Massenmorden der Hamas von einer Mitschuld Israels die Rede war, UN-Generalsekretär Guterres sprach davon, dass der Angriff nicht in einem „luftleeren Raum“ erfolgte, passte in das übliche Narrativ: die „Palästinenser“ als Opfer der jüdischen Politik. Die Juden sind, siehe das Eingangszitat, selbst zu Faschisten geworden die, auch ein Gemeinplatz, einen Genozid an den unschuldigen „Palästinensern“ begehen, der wohl einzige Genozid in der Geschichte bei dem die Bevölkerungszahl sich nicht verringert, sondern vervierfacht hat.

Israel-Hass in der RAF

Der aktuell oft gehörte Vorwurf, Israel sei ein Apartheidstaat und verübe einen Massenmord an der arabischen Bevölkerung, hat auf Seiten der Linken eine lange Vorgeschichte. Viele Mitglieder der Roten Armee Fraktion (RAF), etwa Baader, Ensslin und Meinhof, wurden in arabischen Ausbildungscamps auf den bewaffneten Kampf gegen die „Zionisten“ vorbereitet. Ein Hauptziel ihrer Aktionen lag darin, Flugzeuge der israelischen El Al zu kapern, Piloten, Stewardessen und Passagiere zu ermorden und den jüdischen Staat zu erpressen, um Gefangene frei zu bekommen. Ein tief sitzender Hass auf alles Jüdische fand in der Erklärung der RAF nach dem Anschlag auf die israelische Olympiamannschaft 1972 in München seinen deutlichen Ausdruck. Die Ermordung der israelischen Sportler durch das „palästinensische“ Kommando „Schwarzer September“ galt in den Augen der RAF als „gleichzeitig antiimperialistisch, antifaschistisch und



Terroristen der Hamas und der RAF haben viele Schnittmengen

internationalistisch.“ „Israels Nazifaschismus“ habe nur erhalten, was er verdiene. Die von vielen Linken noch heute verehrte Ulrike Meinhof verstieg sich sogar zu der These, die israelische Regierung habe ihre Sportler „verheizt wie die Nazis die Juden“.

Im Prinzip haben wir es hier mit einer einfachen Schuldumkehr zu tun, die psychische Entlastung bringt. Wenn das einstige Opfer heute eine große Schuld auf sich lädt, sind wir als ehemalige Täter davon befreit, denn es zeigt nur deutlich, dass die Juden „nicht besser“ als wir sind, im Gegenteil: „wir“ haben unsere historische Lektion längst gelernt, während sich die Juden nach Auschwitz immer noch als lernresistent erweisen. Indem man die israelische Politik mit dem nationalsozialistischen Deutschland gleichsetzt, wird die historische Verantwortung für die Verfolgung der Juden verkleinert.

Die Deutschen, „die aus ihrer Geschichte gelernt haben“, werten sich, wie auch in der sog. Flüchtlingskrise 2015 zu beobachten, selbst zu den moralisch besseren Menschen auf. Die eigene Schuld kann psychisch bewältigt werden, indem man die Opfer des Holocaust nun selbst ihr Täterschaft überführt, da die Juden ihre (arabischen) Nachbarn unterdrücken und sich wie Kolonialherren, ja schlimmer noch, wie Nazis benehmen. In den Augen vieler Deutscher ist Israel ein Apartheidstaat, der die „Palästinenser“ seit ewigen Zeiten unterdrückt, ihnen ihr Land genommen hat und sie in ihrer Entfaltung behindert. Die „Heiligsprechung“ der „Palästinenser“ durch die europäische und amerikanische Linke dauert nun schon Jahrzehnte an und selbst die grausamsten Taten, wie die vom 7. Oktober, ändern daran nichts.

Täter-Opfer-Umkehr

In dieser Logik geht die begehrte Opferposition auf die „Palästinenser“ und generalisiert auf alle Muslime über. Das erklärt auch die ungeheure Nachsicht die man den größten Massakern und Anschlägen der Islamisten entgegenbringt, denn sind sie ja selbst nur der Ausdruck der Verzweiflung eines durch Israel (und die USA) drangsalieren Volkes und insofern folgerichtig da nur noch Gewalt und Terror ihnen Gehör verschafft. Für die in den westlichen Universitäten blühenden „Post Colonial Studies“ gilt Israel als Kolonialmacht und seine Bewohner als „weiß“, also per se als schuldig. Das weit verbreitete Narrativ, das sich quer durch unsere Gesellschaften zieht, ist die psychisch tief verankerte Vorstellung von Unten und Oben, Arm und Reich, das Gefühl auf Kosten anderer zu leben, auf die einfache und eingängige Formel gebracht: „Da wir so reich sind, sind sie so arm“.

Der „Antikolonialismus“, der auf die Verbrechen der weißen Europäer – und Israel gilt als „weißes Land“ - zielt, deren Expansion sozusagen das Grundübel in die Welt brachte, bedient sich dieser Formel auf exzessive Weise und besteht im Kern, so der Althistoriker Egon Flaig, aus einer „emotionalisierten Solidarität mit den sogenannten Unterdrückten“ die jederzeit abgerufen werden kann. Zwar ist die religiös begründete Erbsünde heute in den westlichen Ländern nicht mehr von Bedeutung, sie kehrt aber, gewissermaßen säkularisiert, in Schulbekenntnissen für die Benachteiligten und Unterdrückten, etwa in Afrika oder der islamisch-arabischen Welt, zurück. Der israelische Autor Mordechai Lewy schreibt in seinem Aufsatz Orient und Okzident:

„Der Antikolonialismus, der Antikapitalismus und der Affekt gegen die Globalisierung speisen sich aus solchen Schuldgefühlen, die man gegenüber der Dritten Welt empfindet. Trotz seines Erdölreichtums ist der Orient in dieses Opferbild eingeschlossen. Damit hat er Anteil an der Schlüsselgewalt der zu vergebenden Absolution.“

Fragwürdiger Schulterschluss

Symbolisch dafür steht eine kurz nach dem 7. Oktober stattfindende Sitzblockade vor dem Auswärtigen Amt, bei der etwa 100 junge Menschen gegen die deutsche Unterstützung Israels demonstrierten. Ihr Motto lautete: Free Palestine from German guilt, was schon ziemlich genau der rechtsradikalen Forderung, sich endlich vom Schuld kult zu verabschieden, entspricht. Die jungen Antisemiten mit Immatrikulationshintergrund treffen derzeit auf eine Menge Gleichgesinnte: Araber, Türken, linke Politiker, LGBTQ-Bewegte aber auch biedere Bürger, die lautstark die Verbrechen der Israel Defense Forces (IDF) beklagen und die Juden als die neuen Nazis sehen, die nichts aus ihrer Geschichte gelernt haben. Die Solidarität mit „Palästina“ wird lautstark skandiert und Israel als Kindermörder denunziert. Dabei kommt es vielfach zu absurden Szenen, so sah man etwa bei den Massenaufmärschen gegen den israelischen Staat Plakate mit der Aufschrift: „Queers for Palestine.“ Dass die hier Protestierenden im Gazastreifen unter der Herrschaft der Hamas kaum einen Tag überleben würden, dieser offensichtliche Widerspruch fiel niemandem der Beteiligten auf.

Die populäre linke Erzählung vom Aufstand der Unterdrückten fand, nachdem der Proletarier abgedankt hat, im

„Palästinenser“ und allgemein im Islam ein neues revolutionäres Subjekt. Der mit der Revolution im Iran in das westliche Bewusstsein tretende Islam kann als die Fortschreibung der großen Erzählung von der Erhebung der Erniedrigten und Beleidigten interpretiert werden. Die iranische Revolution war streng antiwestlich, antikapitalistisch und anti-amerikanisch ausgerichtet. Der französische Soziologe Pascal Bruckner verweist zu Recht auf den fast nahtlosen Übergang der Linken vom Kommunismus zum Islam als Ersatzobjekt der eigenen Wunschphantasien:

„Ein Teil der amerikanischen und europäischen Linken hat sich zur Verteidigung dieses rückwärtsgewandten Islams mobilisieren lassen. Man könnte das die neobolschewistische Bigotterie der verirrten Anhänger des Marxismus nennen. Die Linke, die alles verloren hat, die Arbeiterklasse und die dritte Welt, klammert sich an diese Illusion: Der Islam, zur Religion der Armen erhoben, wird für die desillusionierten Kämpfer zur letzten Utopie, zum Ersatz für Kommunismus und Entkolonialisierung.“

Auch wenn der Iran danach, wie davor schon die meisten Tropensozialismen und Drittwelt-diktaturen, seine ehemaligen Bewunderer enttäuscht hat, das Bild der islamischen Welt ist bis heute, siehe etwa die erfolgreichen Bücher des ehemaligen CDU-Politikers Jürgen Todenhöfer oder des als Islamexperten ho-

fierten Michael Lüders, eines des Opfers jahrzehntelanger imperialer Dominanz und Gewalt geblieben, mit den „Palästinensern“ als neuer Gallionsfigur. Die Gender-Ikone der Linken, Judith Butler, kann deshalb öffentlich erklären: „Ja, ich glaube, es ist extrem wichtig, Hamas und Hisbollah als soziale, progressive Bewegungen zu verstehen, die zur Linken gehören, die Teil der globalen Linken sind.“

Greta Thunberg hat sich geoutet

Nicht umsonst bejubelte die linke und zutiefst rassistische „Black Lives Matter“ Bewegung das „palästinensische“ Massaker durch die Hamas in Israel auf ihrer Website und auch für die antikapitalistischen Klimahysteriker von „Fridays for Future“ (FFF) ist Israel ein Land des „Neokolonialismus“ und der „Apartheid“. Schon einige Monate vor dem Angriff der Hamas, Anfang 2023 schrieb FFF offiziell auf den sozialen Medien: „Wir als Fridays for Future, als anticoloniale, internationalistische Klimagerechtigkeitsbewegung, stehen vereint auf der Seite der Palästinenser und des palästinensischen Widerstands gegen diese unmenschlichen Verbrechen. Viva Palästinensische Freiheit! Yallah Intifada!“

Nach dem Massaker vom 7. Oktober konnte sich auch der Klima-Ikone Greta Thunberg nicht zurückhalten und leitete auf Instagram einen Aufruf zum Generalstreik für Gaza weiter. Zumindest disanzierte sich aber der deutsche Ableger

von FFF, namentlich Luisa Neubauer, von ihrer weltweiten Schwesterorganisation, beklagte aber zugleich den „steigenden anti-muslimischen Rassismus“ in Deutschland.“

Entscheidend für die Sicht der politisch Linken ist heute, dass der Staat Israel als ein (weißes) Kolonialprojekt betrachtet wird, was Selbstmordattentate und grausamste Anschläge gegen ihn legitimiert, da den unterdrückten Arabern gar keine andere Wahl bleibt. Die sog. „Postcolonial Studies“ folgen der einfachen und manichäischen Formel einer Spaltung der Welt in den reichen Norden und den armen Süden, in Unterdrücker und Unterdrückte, in denen die Rollen ein für alle Mal klar verteilt sind. Oben und Unten, Täter und Opfer sind in dieser Logik trennscharf zu unterscheiden, Ambivalenzen und sichtbare Widersprüche werden einfach beiseitegeschoben. Israel ist der Kolonialherr und seine Staatsgründung ein (neo)kolonialer Akt, der im Kern die (halluzinierte) Vernichtung der „Palästinenser“ zum Ziel hat. In Deutschland sind sehr viele Bürger der Meinung, dass Israel derzeit in Gaza zahlreiche Verbrechen an unschuldigen Zivilisten verübt und die Welt dazu schweigt. Die dem Angriff der IDF vorangegangenen grausamen Taten der Hamas sind inzwischen kaum mehr Thema und längst - unter dem Druck der Straße und der Massenproteste in unseren Städten - vom „palästinensischen“ Leid abgelöst.

Für viele postkoloniale Linke (nicht nur in Deutschland) verkörpert Israel das Böse schlechthin. Der vielbeschworene Antikolonialismus dient dabei der Rechtfertigung „palästinensischen“ Terrors, denn es ist ja das unterdrückte Opfer das sich mit allen Mitteln gegen einen übermächtigen Gegner wehrt. Das Fatale ist, dass der Israelhass, der von den linken Anhängern der „Decolonize-Bewegung“ ausgeht, in den letzten Jahren Universitäten, Publizistik, die (sozialen) Medien und Kultureinrichtungen erfasst hat und auf breite Zustimmung stößt, wie jede Recherche etwa auf Facebook, Twitter (X) oder in den Leserkommentaren der Zeitungen zum gegenwärtigen Krieg Israels gegen die Hamas zeigt. Von einer Solidarität mit Israel und der jüdischen Bevölkerung sind wir weit entfernt und es ist insbesondere die Linke, die nicht verstehen will, dass es schon längst nicht mehr alleine um die israelische sondern auch um unsere Zukunft geht, wenn es uns nicht gelingt den islamistischen Terror einzudämmen.

Dr. Alexander Meschnig studierte Psychologie und Pädagogik in Innsbruck. 1992 Umzug nach Berlin und Promotion in Politikwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Neben kulturwissenschaftlichen Veröffentlichungen arbeitet er v.a. zu den Themen Nationalsozialismus, Militär- und Kriegsgeschichte.

Judenhass in Schulen mit hohem Islam-Anteil immer offensichtlicher

Wie die Jüdische Rundschau und ihr Herausgeber Dr. Rafael Korenzecher bereits seit Jahren mahnen und warnen, zeigt sich nunmehr der demographische Wandel mit zunehmender Geschwindigkeit vor allem in den Schulen, wo in manchen Stadtteilen bereits über 90 Prozent Schüler mit muslimischem Hintergrund vertreten sind. Schon in der Vergangenheit kam es ohne jeden Schutz und Gegenmaßnahmen für die jüdischen Schüler seitens der Elternvertretung bei nahezu vollständigem Versagen der Schulleitung und der zuständigen Behörde zu anti-jüdischen und Israel-feindlichen Zwischenfällen. Seit dem mörderischen und bestialischen Überfall der Terror-Hamas auf unschuldige israelische Zivilisten hat sich die Aggression muslimischer Schüler erheblich vergrößert. Nichtmuslimische und die wenigen, noch an den öffentlichen Schulen verbliebenen, jüdischen Kinder haben mittlerweile Angst vor Mobbing und körperlichen Angriffen. Die Situation eskaliert weiter. (JR)

Von Petra Drews

Nach dem barbarischen Überfall der Hamas auf Israel stellt man sich an Schulen die Frage, wie man dem Antisemitismus von Seiten muslimischer Schüler in Zukunft begegnen soll. Ob mehr Schulsozialarbeit und veränderte Lehrpläne ausreichen, ist fraglich.

Dass Schulen mit der zunehmenden Ablehnung westlicher Werte von Seiten muslimischer Schüler Probleme haben, ist nicht neu. Doch seit dem 7. Oktober 23 offenbart sich ein nicht akzeptabler Hass auf Juden und ihre Unterstützer. Spätesten seit der Attacke eines Schülers auf einen Lehrer in Neukölln, der ihm das Schwenken einer „palästinensischen“ Flagge untersagen wollte, sollte man sich über das Ausmaß der Probleme, mit denen Schulen in Zukunft konfrontiert sein werden, im Klaren sein.

Der Wunsch nach friedvollen Schulen bleibt allerdings unrealistisch, wenn wieder nur auf das Narrativ „Prävention durch Bildung“ gesetzt wird. Als wären Schulen, deren Aufgabe schon lange die Vermittlung freiheitlicher Werte ist, damit bisher bei ihrer muslimischen Klientel sonderlich erfolgreich gewesen. Und der Zugang zu Kindern und Jugendlichen, in de-

ren Familien das Wort der Eltern hoch gehalten und an feste religiöse Wahrheiten geglaubt wird, ist in den letzten Jahren noch schwieriger geworden.

Mit der Zuwanderung aus arabischen und streng islamischen Ländern ist nun eine große Anzahl an Kindern und Jugendlichen hinzugekommen, die bereits mit einem unverhohlenen Hass auf Juden und die westliche Welt aufgewachsen ist. Nun erleben sie, wie sich ihr bisher ungesteuerter Antisemitismus auf pro-„palästinensischen“ Demonstrationen in einer sie beeindruckenden Geschlossenheit einer nahezu homogenen Gruppe, die sich innerhalb kurzer Zeit weltweit mobilisieren lässt und bereit ist, ihre Forderungen notfalls mit Gewalt durchzusetzen, auf unseren Straßen manifestiert. Unterstützt von Influencern, Sendern und KI-generierten Bildern.

Dieser Sogwirkung etwas entgegenzusetzen, ist schwer. Wünschenswert wäre, wenn Staat und Schulen, die



Seit dem Überfall der Hamas haben sich auch viele muslimische Schüler radikalisiert.

von muslimischen Schülern ohnehin meist als schwach und nicht durchsetzungsfähig empfunden werden, unmissverständlich klar machen würden, dass sie es mit dem Schutz von Juden ernst meinen. Für Schulen hieße das konsequentes Handeln nach antisemitischen Äußerungen, dem Zeigen von Symbolen und nach jedem „Du Jude“ als Beschimpfung. Ein „Über-

hören“ sollte es nicht mehr geben. Dabei sollte der bisher zu vermeidende Schulverweis nicht mehr allerletztes Mittel der Wahl bleiben.

Die größte Verantwortung liegt nun allerdings bei den Lehrern. Sie werden entscheiden müssen, ob eine Schüleraussage als Meinungsäußerung akzeptiert werden kann, oder ob sie Grenzen überschreitet. Das gilt auch für die in Schulen so beliebte Bereitschaft zur Relativierung. Denn dass mit der geforderten Befreiung „Palästinas“ auf jihadistischen Flaggen eines laut grölenden Mobs nicht unbedingt gemeint sein muss, Israel das Existenzrecht abzuspochen, sondern auch die Befreiung von der Hamas gemeint sein könnte, ist mehr als zweifelhaft.

Alles schon gehört.

Petra Drews, geboren 1960, arbeitete zunächst als Innenarchitektin und studierte später Lehramt. Als Autorin für Jugendbücher erschienen von ihr im Rowohlt Taschenbuch Verlag: Glamour Fisch (2008), Einfach abgehoben! Ein Jahr USA (2009) und Kurzgeschichten.

Razzia gegen „Islamisches Zentrum Hamburg“

Bei einer bundesweiten Großrazzia gegen das „Islamische Zentrum Hamburg“ (IZH) wurde, wie zu Recht erwartet, Material zum Verbot des Vereins sichergestellt. Das IZH wird seit langem vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet, ohne es jedoch an seinen Aktivitäten zu hindern, obwohl das Zentrum als verlängerter Arm des iranischen Mullah-Regimes und als Hisbollah- und Hamas-nah gilt. (JR)

Von Birgit Gärtner

Der 7. Oktober 2023 wirkt wie ein Dammbbruch: Statt Solidarität mit Israel – oder zumindest den Opfern des Massakers der HAMAS und ihrer brandschatzenden Gefolgschaft – erleben wir einen regelrechten Tsunami von offen zur Schau gestelltem Antisemitismus. Vor allem junge Migranten halten die „Free-Palästina“-Fahne hoch und skandieren israelfeindliche Parolen; flankiert von linken, alternativen und christlich geprägten Friedensbewegten, moralisch unterstützt von Kunst- und Kulturschaffenden sowie Intellektuellen. Diese halten sich für unglaublich progressiv, doch im Grunde sind sie Lautsprecher einer Organisation, die in der ideologischen Linie Adolf Hitlers und dessen „Endlösung“ steht.

Die Losung „From the River to the Sea, ...“ taucht zum ersten Mal 1988 in einem Flugblatt der HAMAS auf, in dem ein islamisches „Palästina“ propagiert wurde. Die „islamische Widerstandsbewegung“ lässt keinen Zweifel daran, dass genau das auch heute gemeint ist – und das nicht nur für Juden, sondern auch für nicht-muslimische Unterstützer – vor allem Unterstützerinnen – der „unterdrückten Palästinenser“ nichts Gutes heißt. Denn zu diesem Milieu gehörten die Kibuzze an der Grenze zu Gaza, die am 7. Oktober brutal überfallen und deren Bewohnerinnen regelrecht massakriert wurden. Darunter beispielsweise die Feministin Vivian Silver, eine der prominentesten Friedensaktivistinnen Israels, die noch wenige Tage zuvor an der Organisation einer Demo von israelischen und arabischen Frauen gegen die „israelische Besatzung“ beteiligt war.

„From the River to the Sea“ = „Endlösung“, nur anders ausgedrückt

Europäischer und arabisch-orientalischer Antisemitismus waren und sind sich sehr ähnlich. Adolf Hitlers „konsequenter“ Umgang mit den europäischen Juden brachte ihm viele Anhänger in der Region ein, die wir heute als Naher Osten bezeichnen. Zu ihnen gehörten u.a. der Ägypter Hasan al-Banna, Gründer der Muslimbruderschaft (MB), aus der später die HAMAS hervorging, und Mohammed Amin al-Husseini, bekannt als der „Mufti von Jerusalem“, Sprössling eines in der arabischen Welt einflussreichen Clans. Letzterer nahm Kontakt zu Hitler-Deutschland auf, wurde sowohl von der Regierung Benito Mussolinis als auch Adolf Hitlers mit Waffen und vom „1000jährigen Reich“ üppig mit Geldern ausgestattet. Ziel des Muftis war es, Adolf Hitlers Konzept der „Endlösung“ auch in der Levante zu realisieren.

Während Adolf Hitler ein unrühmliches Ende nahm, die unter seiner Regentschaft begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufgearbeitet wurden – mehr schlecht als recht, wie wir aktuell beobachten können – machte Mohammed Amin al-Husseini seinerzeit seinen Einfluss geltend und sorgte dafür, dass die arabischen Staaten den UN-Teilungsplan ablehnten. Dieser trotz dessen am 29. November 1947 von der UNO beschlossene Teilungsplan sah die Gründung zweier Staaten – Israel und Palästina – vor. Die arabischen Staaten überfielen den jungen Staat Israel, statt sich an den Aufbau des Staates Palästina



Das „Islamische Zentrum Hamburg“ ist seit langem im Visier der Verfassungsschützer.

zu machen. Israel konnte sich dagegen erfolgreich militärisch zur Wehr setzen. Diese Niederlage hat die islamische Welt bis heute nicht verkraftet.

Von 1945 bis 1947 entstanden in der Region Palästina Gruppen der Muslimbrüder, die Al-Banna dem exilierten Großmufti von Jerusalem Amin al-Husseini unterstellte. Nachdem die MB 1948 in Ägypten verboten wurde, setzte sie ihre Aktivitäten als „Verein des Einheitsglaubens“ im Gazastreifen fort, der damals noch unter ägyptischer Herrschaft stand. Als Folge des Sechstagekriegs kam Gaza 1967 unter israelische Militärverwaltung. Diese erlaubte den Muslimbrüdern unter Scheich Ahmad Yasin Koran- und Sportunterricht. Der 1970 von ihm gegründete „Islamische Verein“ konnte mit Unterstützung von Saudi-Arabien Moscheen bauen und sich als Wohltätigkeitsorganisation etablieren. Der „Islamische Verein“ nahm nicht nur finanzielle Unterstützung aus Saudi-Arabien an, sondern auch die Sitten und Gebräuche, sprich Geschlechtertrennung und strenge Kleidervorschriften für Frauen: Schwarze Gesichtsschleier. 1970 wurde der Verein offiziell zugelassen.

Nach der „Islamischen Revolution“ im Iran kam es zu Übergriffen auf badende Frauen und Nachtclubs durch Anhänger des „Islamischen Vereins“. Es kam zu brutaler Konkurrenz zwischen den Muslimbrüdern und der FATAH, diese wurden letztlich gewaltsam vertrieben und die Bindung an das Mullah-Regime in Teheran enger. Am 8. Dezember 1987 begann die erste Intifada, zwei Tage später gründete Ahmad Yasin die HAMAS. Schon im ersten Flugblatt der neugegründeten Organisation wurden Juden als „Brüder der Affen, Prophetenmörder, Blutsauger, Kriegstreiber“ bezeichnet und zum Dschihad gegen Israels Besatzung „bis zum Sieg“ aufgerufen. Wenig später beschrieb die HAMAS sich selbst in ihren Publikationen als „mächtiger Arm“ der MB. In einem Flugblatt von 1988 wurde ein „islamisches Palästina vom Meer bis zum Fluss“ propagiert. Dahinter steht nichts anderes als das Ziel, den Staat Israel auszulöschen. Das ist der Ursprung der Losung, die wir aktuell auf unseren Straßen und in den Unis sehen. Den sich progressiv wahnenden willigen Helfern der Terrororganisation ist nicht bewusst, dass sie mit dieser Parole im Grunde in der „Tradition“ der Hitlerschen „Endlösung“ stehen.

Sunniten und Schiiten vereint im Judenhass

Unabhängig von den inneren theologischen Widersprüchen eint große Teile der muslimischen Welt der Judenhass. Als 1979 nach der „islamischen Revolution“ ein schiitischer Gottesstaat errichtet wurde, lobte der religiöse und politische Führer Ruhollah Musawi Chomeini einen Feiertag aus, den al-Quds-Tag, an dem die Vernichtung Israels gefeiert wird. Seit 1988 die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIZ) einen entsprechenden Beschluss fasste, wird dieser „Feiertag“ auch in anderen islamischen Staaten begangen. Unterdessen wurde er auch bis nach Deutschland exportiert. Seit Mitte der 1990er Jahre fand der al-Quds-Marsch zu Ende des islamischen Fastenmonats Ramadan in Deutschland statt. Zunächst kleinere, dezentrale Veranstaltungen in Hamburg, Bonn und Bottrop sowie weiteren Orten. Von 1995 bis 2019 gehörte er als fester Termin zur politischen Agenda Berlins. Zu Beginn der Pandemie war der Marsch wie alle größeren Menschenansammlungen verboten, 2021 wurde er ins Internet verlagert, möglich machten das der Bruder der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Aydan Özoğuz (SPD), Yavuz und dessen Sohn Hüseyin. 2023 wurde der al-Quds-Marsch ohne Angabe von Gründen abgesagt.

Der Berliner Quds-Tag geriet als Stelldichein von HAMAS- und Hisbollah-Anhängern in die Schlagzeilen, immer wieder wurden hochrangige Vertreter des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH) dort gesehen. Das IZH

<<ist nach der Bewertung der Sicherheitsbehörden neben der Botschaft die wichtigste Vertretung der Islamischen Republik Iran in Deutschland und eines ihrer wichtigsten Propagandazentren in Europa.>>

Das geht aus der Antwort auf eine Kleine Schriftliche Anfrage der Fraktion der Piratenpartei im Berliner Abgeordnetenhaus im April 2018 hervor.

Dem Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Hamburg für das Jahr 1993 zufolge waren zunächst

<<maßgeblich [...] U.I.S.A.-Mitglieder in der Vorbereitung und Durchführung der alljährlich im Bundesgebiet stattfindenden Großdemonstration zum „Jerusalemstag“ (auch Ghods-Tag genannt) beteiligt, an der jährlich bis zu 5.000

Muslime teilnehmen, zuletzt in Berlin am 20. März. Der Leiter des „Islamischen Zentrums Hamburg e.V.“ hielt, wie in den vergangenen Jahren, auch während dieser Demonstration eine Rede.>>

U.I.S.A. ist der Dachverband „Union islamischer Studentenverein in Europa“, laut LfV verkehrten dessen Anhänger im IZH. Dessen Leiter war zu dem Zeitpunkt der in Qom ausgebildete und von Teheran eingesetzte Hodschatoleslam Mohammad Bagher Ansari. Schon vor der islamischen Revolution 1979 gründete er ein „Büro für Internationale Islamische Beziehungen“. Von 1982 bis 1992 war er stellvertretender Vorsitzender der „Organisation für Islamische Verbreitung“.

Laut Verfassungsschutzbericht Hamburg für das Jahr 1994 versammelten sich am 12. März 1994 rund 2.500 Anhänger Chomeinis in Hamburg. Beteiligt an der Planung und Durchführung waren demnach erneut U.I.S.A.-Aktivisten. Das IZH brachte sich dem LfV zufolge inhaltlich ein und soll in einem Flugblatt „das von einem radikalen israelischen Siedler in der Ibrahim-Moschee in Hebron am 25. Februar verübte Massaker an betenden Muslimen als Resultat des „menschenverachtenden Zionismus“ angeprangert haben.

Laut einer Antwort der Berliner Senatskanzlei auf eine Kleine Schriftliche Anfrage der Fraktion der Piratenpartei im Berliner Abgeordnetenhaus im April 2018 fand das IZH einen gangbaren Weg, offiziell die Verantwortung für den al-Quds-Marsch zu delegieren:

<<Über ihren Ableger „Islamische Gemeinde der Iraner in Berlin-Brandenburg e. V.“ organisiert das „Islamische Zentrum Hamburg e. V.“ den jährlich auch in Berlin stattfindenden „Al-Quds-Tag.“>>

Die „Islamische Gemeinde der Iraner in Berlin-Brandenburg e. V.“ wurde 2003 gegründet. Einen Vorstandsposten bekleidete Bahman Berenjian, einer der führenden U.I.S.A.-Aktivisten in den 1990er Jahren. Die „Islamische Gemeinde der Iraner in Berlin-Brandenburg e. V.“ ist deren Angaben zufolge Mitglied in der „Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands“ (IGS), die laut Welt 2009 im IZH gegründet wurde. Auf die erwähnte Kleine Schriftliche Anfrage der Fraktion der Piratenpartei im Berliner Abgeordnetenhaus bestätigte die Berliner Senatskanzlei im April 2018:

<<Die „Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden in Deutschland e. V.“ (IGS) wurde auf Initiative des „Islamischen Zentrums Hamburg e. V.“ (IZH) gegründet (vgl.: Verfassungsschutzbericht 2015 des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz).

>> Im Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Bayern für das Jahr 2015 war zu lesen:

<<So wurde auf Initiative des IZH im März 2009 die Islamische Gemeinschaft der Schiiten in Deutschland e.V. (IGS) mit Sitz in Berlin gegründet. Dem Dachverband trat eine Vielzahl von schiitischen Vereinen aus ganz Deutschland bei.>>

Bahman Berenjian meldete später selbst den al-Quds-Marsch an, wurde Geschäftsführer der „Orient-Okzident-Gesellschaft für Kulturaustausch GmbH“

mit Sitz in Berlin, Betreiberin der Webseite der „Quds AG“, die ihn vermutlich als offiziellen Anmelder der Protestmärsche ablöste. Die „Orient-Okzident-Gesellschaft für Kulturaustausch GmbH“ wurde 2012 aufgelöst, verantwortlich für die Webseite Qudstag ist unterdessen die „Quds-AG der Islamischen Gemeinden der Schiiten in Deutschland“.

Medienberichten zufolge war Bahman Berenjian

<<in den neunziger Jahren auch Mitarbeiter des iranischen Geheimdienstes Vevak und enger Kontaktmann von Kazem Darabi, der als Anführer der Attentäter gilt und 1997 wegen vierfachen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Das Terrorteam um Darabi soll bei der Vorbereitung eines früheren tödlichen Überfalls auf oppositionelle iranische Studenten in einem Mainzer Studentenheim gar zeitweise in einem Haus untergekommen sein, das Berenjian gehörte.>>

Wo Hasstiraden gegen „den Zionismus“ zu hören sind, dürfen Deutsche nicht fehlen. So ist beispielsweise der Sprecher der „Quds AG“ Deutscher: Jürgen Grassmann, ein Ikonenhändler aus Charlottenburg, der zum Schiitentum konvertierte.

Laut Tagesspiegel bewundert er <<... den verstorbenen iranischen Revolutionsführer Ayatollah Chomeini, hielt vor dessen Mausoleum eine Lobrede.>>

Razzia gegen das IZH

Am 16. November 2023 ließ das Bundesministerium des Inneren und für Heimat (BMI) unter Ministerin Nancy Faeser (SPD) eine großangelegte Razzia gegen das IZH und verschiedene Unterorganisationen durchführen. Insgesamt wurden 54 Objekte in sieben Bundesländern durchsucht. Laut Pressemitteilung führt das BMI

<<gegen den Verein "Islamisches Zentrum Hamburg e.V." (IZH) und fünf weitere Vereinigungen ein vereinsrechtliches

Ermittlungsverfahren. Das IZH steht im Verdacht, sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und gegen den Gedanken der Völkerverständigung zu richten und damit die Verbotsgründe nach Artikel 9 Absatz 2 des Grundgesetzes und § 3 Absatz 1 des Vereinsgesetzes zu erfüllen. Zudem gehen die Sicherheitsbehörden dem Verdacht nach, dass das IZH die in Deutschland verbotenen Aktivitäten der libanesischen Terrororganisation "Hizb Allah" unterstützt. Bei den weiteren Vereinigungen besteht der Verdacht, dass sie Teilorganisationen des IZH sind.

Die Aktivitäten des IZH, das Träger der "Imam-Ali-Moschee" mit Sitz in Hamburg ist, sind darauf ausgerichtet, das Revolutionskonzept der Obersten (iranischen) Führer zu verbreiten, das im Verdacht steht, gegen die verfassungsmäßige Ordnung in Deutschland und den Gedanken der Völkerverständigung zu verstoßen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz geht davon aus, dass das IZH auf bestimmte Moscheen und Vereine großen Einfluss bis hin zur vollständigen Kontrolle ausübt. Innerhalb dieser Kreise ist häufig eine deutliche antisemitische und antiisraelische Grundeinstellung feststellbar, die auch in verschiedenen Medienkanälen propagiert wird.>>

Das im Rahmen der Razzia beschlagnahmte Material soll diesen Vorwurf nun erhärten und gegebenenfalls ein Verbotverfahren ermöglichen.

„Antizionismus“ – verkappter linker Judenhass

Doch nicht nur streng gläubige Muslime sind von dem von den iranischen Theokraten, Hisbollah und HAMAS propagierten Israelhass befallen, sondern auch Linke mit iranischen Wurzeln, selbst wenn deren Eltern aus politischen Gründen nach 1979 aus dem Iran geflohen sind. Ein Beispiel dafür ist die Frankfurterin Aitak Barani, Anmelderin der pro-„palästinensischen“ Demos

in der Mainmetropole – und eigenen Angaben zufolge auch der spontanen Demo auf der Sonnenallee am Abend des 7. Oktober 2023 unter dem Motto „Ein freies Palästina“.

Wie kam die Frankfurterin so schnell nach Bekanntwerden des Massakers nach Berlin, quasi pünktlich zu Tee und Baklava auf der Sonnenallee? Vermutlich nicht zufällig, denn in Berlin fand von Freitag, dem 6. bis Sonntag den 8. Oktober 2023, der „Kommunismuskongress2023“ statt – und zwar in dem Gebäude, das der „Grundstücksgesellschaft Franz-Mehring-Platz 1 mbH“ untersteht. Gemeinhin bekannt als Verlagshaus der Tageszeitung Neues Deutschland (ND). Zur Ehrenrettung des ND muss gesagt werden, dass es sich anschließend öffentlich von der fragwürdigen Zusammenkunft distanzierte.

Ein Blick auf die Webseite der Organisatoren „Kommunistische Organisation“ hätte indes jeden vernünftigen Menschen von der Vermietung abhalten sollen. Spätestens jedoch ein Blick auf die Tagesordnung der Konferenz. Denn als Referenten waren u.a. Zaid Abdunnasser von „Samidoun“ sowie der Österreicher Willi Langthaler von der „Antiimperialistischen Koordination“ (AIK) Wien geladen. Dieser ist „Antizionist“ und die AIK Herausgeberin der Zeitschrift Intifada. AIK und auch Langthaler persönlich unterhalten beste Kontakte zu „Friedensgruppen“ in Israel und auch zu „palästinensischen“ Gruppierungen. Aktuell ist Willi Langthaler einer der Organisatoren der Pro-„Palästina“-Demos in Wien.

Es darf also vorausgesetzt werden, dass sich unter dem Banner des „Kommunismuskongress2023“ ein entsprechendes HAMAS freundliches Publikum versammelte, darunter vermutlich auch Aitak Barani.

Die „Kommunistische Organisation“, die den Kongress organisierte, solidarisierte sich am 10. Oktober erstmalig in ei-

ner Stellungnahme unter dem Titel „Solidarität mit dem kämpfenden Palästina“. Darin wird das Massaker vom „Schwarzen Samstag“ in Israel zum heroischen Widerstand umgedeutet:

<<Der Aufstand des palästinensischen Widerstands hat aller Welt vor Augen geführt, dass die zionistische Ordnung in Palästina auf Sand gebaut ist. Die Palästinenser leisten dem übermächtigen Feind seit mehr als 100 Jahren Widerstand. Und obwohl jedem klar sein muss, dass kein Unterdrückungsregime auf ewig Bestand haben kann, obwohl bekannt war, dass der Widerstand in Gaza militärisch immer stärker wird, und obwohl die palästinensische Freiheitsbewegung mit der seit 2021 anhaltenden Intifada in der Westbank eine neue Qualität gewonnen hat, kam dieser Schlag nun überraschend. Für die Zionisten und ihre Verbündeten, die westlichen Imperialisten, ist diese Überraschung ein Alptraum. Sie merken, wie fragil ihre Herrschaft ist. Tausende Siedler verlassen derzeit fluchtartig das Land. Das siedlerkoloniale Projekt, das die Zionisten mittels brutalster, genozidaler Gewalt und Landraub wahr werden lassen wollen, wird zutiefst erschüttert.

Der Aufstand vom 7. Oktober ist ein historisches Ereignis – ein massiver Anschlag antiimperialistischer und anticolonialer Kämpfe.>>

Dass auf der Sonnenallee an jenem Samstag spontan Baklava verteilt wurde, aus Freude über das Massaker, kommentierte Aitak Barani laut Zeit:

<<... Ich kenne diese Tradition und ich finde sie ganz toll. Man verteilt Baklava, wenn der Widerstand Fortschritte macht.>>

„Widerstand“, an dem Blut klebt. Doch solange es israelisches Blut ist, offenbar ein Grund zur Freude. Was jedoch weder Aitak Barani noch Willi Langthaler noch ihre Entourage begriffen haben: Es könnte auch das ihre sein ...

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen

in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre
JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Wer sich gegenwärtig mit Juden und Israel solidarisiert, erfährt den geballten Antisemitismus aus jeder politischen Richtung am eigenen Leib

Nachdem der deutsch-persisch-jüdische Künstler Cyrus Overbeck in der ostfriesischen Stadt Esens ein neonazistisches Netzwerk rund um den damaligen NS-Rassenmaler Wilhelm Petersen aufgedeckt hatte, bekam er die aggressive Judenfeindlichkeit aus rechtsextremer Richtung in Form von Hassmails und sogar durch Gewaltdrohungen zu spüren. Das Fenster an seinem Atelier wurde mit „Judensau“ beschmiert und sogar sein Auto manipuliert. Seit dem Hamas-Massaker am 7. Oktober ist nicht nur der linke und islamische Antisemitismus eskaliert, sondern es häufen sich wieder die rechten antisemitischen Angriffe auf Cyrus Overbeck. Die JR traf den Maler zum Gespräch. (JR)

Von Dr. L. Joseph Heid

Cyrus Overbeck gehört zu den führenden bildenden Künstlern der Bundesrepublik Deutschland. Als Maler, Gestalter der Gesellschaft, durch seine sozialen Plastiken von nationaler Relevanz, mit der er die mangelnde Aufarbeitung des Nationalsozialismus thematisiert, als Objektkünstler und Holzschnitter hat er seinen künstlerischen Mittelpunkt in Düsseldorf und Duisburg und ist darüber hinaus in New York, in Salzburg und im ostfriesischen Esens künstlerisch zu verorten. Overbeck, 1970 als Sohn eines persischen Vaters und einer deutschen Mutter geboren, hat einen familiären christlichen, islamischen und jüdischen Hintergrund. Er musste schon vielfach diverse judenfeindliche Attacken über sich ergehen lassen. Er wurde beleidigt, angegriffen, körperlich bedroht. Derzeit muss er sich in einem antisemitisch motivierten Beleidigungsprozess vor dem Duisburger Landgericht verantworten. Der Fall erinnert gewissermaßen an die Dreyus-Affäre am Ende des 19. Jahrhunderts und wirft zugleich ein bezeichnendes Schlaglicht auf die gegenwärtig antisemitisch aufgeladene Stimmung in Deutschland.

JR: Zwischen 2003 und 2020 arbeiteten Sie auf Einladung der Stadt Esens als Künstler in Ostfriesland und lebten dort in unmittelbarer Nachbarschaft mit dem Maler Hans-Christian Petersen, Sohn des berühmten NS-Rassemalers Wilhelm Petersen, den Sie, so wurde Ihnen vorgeworfen, verunglimpft haben sollen, indem Sie ihm eine ideologische Nähe zu seinem Vater vorwarfen und herausfanden, dass er den väterlichen Nachlass über rechtsextreme Foren vertrieben hat. Wie hat die Stadt Esens auf diese Anwürfe reagiert?

Overbeck: Ich sah mich Anfeindungen und Angriffen aus der rechtsextremen Szene ausgesetzt, nachdem ich die ideologische Nähe Hans-Christian Petersens zu seinem Vater, dem NS-Rassemaler Wilhelm Petersen - dessen Kunstwerke Adolf Hitler persönlich kaufte - angeprangert hatte. Als die Stadt Esens sich auf mein Verlangen hin weigerte, dessen Kunst aus dem öffentlichen Raum zu verbannen und meine Vorwürfe als unbegründet und „absurd“ zurückwies, warf ich dem Stadtrat vor, neonazistische Strukturen zu decken. Ich hatte nämlich herausgefunden, dass Hans-Christian Petersen 1993 zusammen mit dem Vordenker der Neuen Rechten in Frankreich, Alain de Benoist, die Biografie seines Vaters im rechtsextremen Grabert-Verlag veröffentlicht und sich damit selbst im neo-nazistischen Milieu positionierte hatte. Zudem bietet er noch immer die NS-kontaminierten Bilder von seinem Vater Wilhelm Petersen über rechtsextreme Foren - wie z. B. Galeria Thule Italia oder dem Nordland-Verlag - zum Verkauf an - ohne historische Einordnung. Als Mitglied einer Spezialeinheit der SS hatte Wilhelm Petersen am Überfall auf Polen teilgenommen. Das gesamte Werk W. Petersens ist antisemitisch, rassistisch, völkisch identitär,



Cyrus Overbeck (re.) und Dr. L. Joseph Heid (li.) im Atelier

Kriegs- und Gewalt-verherrlichend. Er hat nie, auch nach 1945 nicht, von seiner nationalsozialistischen und antisemitischen Gesinnung gelassen. Selbst in seine harmlos wirkenden „Mecki“-Zeichnungen, die in dem TV-Magazin „Hörzu“ und in Kinderbüchern veröffentlicht wurden, ließ er seine NS-Weltbild einfließen.

JR: Ihre Vorwürfe schlugen in Esens hohe Wellen, die Presse berichtete und selbst der Stadtrat beschäftigte sich mit dem Fall. Was kam dabei heraus?

Overbeck: Der Stadtrat lehnte quer durch alle Parteien meine Forderung ab und damit deckte er ein rechtsradikales Verhalten innerhalb seiner Stadtmauern. Zu meinem Entsetzen deckt hier die bürgerliche Mitte die Petersen'sche Gesinnung.

JR: Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen wurden Sie vom Pfarrer der Esenser St. Magnus-Kirche zu einer Predigt zum Reformationstag 2018 eingeladen. Sie haben von der Kanzel aus den Elie Wiesel-Satz, dass „das Gegenteil von Liebe nicht Hass, sondern Gleichgültigkeit“ sei, zitierend - die dunkle Vergangenheit Esens angeprangert und angemahnt, sich dieser zu stellen. Wie war die Reaktion?

Overbeck: Es gab tumultartige Szenen in der Kirche, man buhte mich quasi von der Kanzel. Der ehemalige Vorsitzende des Esenser „Ökumenischen Arbeitskreis Juden und Christen“ rief: „Entfernt den Mann aus der Kirche! Der hat hier nichts zu suchen! Mir ist der rechtsextreme Hintergrund von H.C. Petersen bekannt, aber der Mann ist doch immer so nett.“ Unglaublich!

JR: Auch die rechte Szene hatte es auf Sie abgesehen: Mehrfach warf man Ihnen die Scheiben des Ateliers ein, griff Sie persönlich körperlich an, lockerte die Rad-schrauben an Ihrem Auto. 2020 kehrten Sie dann der Stadt Esens den Rücken und zogen zurück nach Duisburg.

Overbeck: Aber auch hier perpetuierten sich die antisemitischen Anfeindungen an meinem Duisburger und Düsseldorf-Atelierstandort. Mir lauerte z.B. ein Mann auf, der mit „Blut und Ehre“ am Hals tätowiert war - ein nationalsozialistisches Schlagwort, das unter anderem in der Hitlerjugend verwendet wurde.

JR: Sie werden seit langem von Rechtsradikalen drangsaliert, bedrängt und bedroht. Aber seitdem Sie Ende November 2022 vom Amtsgericht Duisburg-Ruhrort vom Vorwurf der üblen Nachrede freigesprochen wurde, haben die Drohszenarien wieder zugenommen. Was ist seitdem passiert?

Overbeck: Zwei Tage nach meinem Freispruch fand ich Flugblätter in meinem Hausportal, die zur Auslöschung meiner Familie aufrufen. Mir wurden nachts die Fenster eingeworfen. Der Fall ist Polizei bekannt. Passiert ist gleichwohl bislang nichts.

JR: Sie haben zwei bekannte Bürger Ihrer ehemaligen Wahlheimat, die Hans-Christian Petersen einen „Persilschein“ ausgestellt hatten, des Antisemitismus bezichtigt, die Sie daraufhin verklagten. Der Richter sprach Sie mit Verweis, dass Ihre Haltung von der Meinungsfreiheit gedeckt sei, frei.

Overbeck: Ja. Das stimmt. Aber die Staatsanwaltschaft verfolgt mich dennoch weiter und deckt damit mittelbar Hans-Christian Petersen, der mit neo-nazistischen Leitfiguren wie Alain de Benoist, Dr. Pierre Krebs, Nadine und Thorsten Heise die Darstellungen nationalsozialistischer Werte über rechtsextreme Foren verbreitet.

JR: Nach Ihrem Freispruch haben Ihre Prozessgegner Widerspruch eingelegt, woraufhin das Duisburger Landgericht das Verfahren wiederaufgenommen hat. Wie hat der Richter am 14. November 2023 entschieden?

Overbeck: Nach acht Stunden vertagte sich das Gericht als herauskam, dass der Esenser Altbürgermeister und eine weitere Person ein schriftliches Gesprächsangebot an den Kläger, Jens Ritter, vom „Ökumenischen Arbeitskreis Juden und Christen“ und die SPD-Fraktion gestellt hatte. Dies wurde jedoch abgelehnt. Ebenso wie das Angebot, Antisemitismus-Experten wie Prof. Dr. Hajo Funke oder Prof. Dr. Peter Alter nach Esens zu holen, um den antisemitischen und rechtsextremen Gehalt auszuleuchten.

JR: Vor ihrem Atelier wurden unlängst rund 30 Zettel mit der israelischen Fahne auf dem Boden verteilt, darauf die Worte: „Tretet darauf auf die Flagge, spuckt darauf, verbrennt die Flagge: Free Palestine.“ Was unverhohlener Antisemitismus ist und ganz offensichtlich im Zusammenhang mit dem Hamas-Pogrom vom 7. Oktober 2023 steht. Was hat das mit Ihnen gemacht?

Overbeck: Ich bekam weiche Knie, mir wurde schlecht und ich habe angefangen zu zittern. So habe ich es dem WDR, der über den Fall berichtet hat, über mein Empfinden nach dem Fund der antisemitischen Zettel mitgeteilt. Wer die Blätter vor dem Atelier verteilt haben soll - unklar. Die Polizei ermittelt unter Hochdruck. Ich fasse die Flugblätter als konkrete Bedrohung für mich und meine Familie auf. Ich denke, dass nach dem Holocaust gerade wir in Deutschland eine besondere Verantwortung gegenüber dem Staate Israel haben - und wenn jetzt Flugblätter verteilt werden "Tretet auf die Flagge" wird der Nahost-Konflikt auch nach Deutschland getragen und wir erleben so lebendigen Antisemitismus nach Auschwitz direkt vor Ort, dann verunsichert mich das sehr.

Mit dem Künstler Cyrus Overbeck sprach Dr. L. Joseph Heid.

Eklat um Umbenennungspläne der Kindertagesstätte „Anne Frank“

Angeblich „ohne politische Hintergründe“ und „kindergerechter“ sollte der Name nach dem Wunsch seiner Islam-affinen Leitung ausgerechnet der Kindertagesstätte der weltweit durch ihr Tagebuch bekannt gewordenen von den Nazis verfolgten und ermordeten Anne Frank werden. Zudem könnten viele Eltern mit Migrationshintergrund nichts mit dem Namen „Anne Frank“ anfangen, kommentiert die Kita-Leitung in Tangerhütte die gewünschten Namensänderungspläne. Erst nach einer breiten Empörungswelle gab das Kuratorium die in Wirklichkeit der Anbietung an die vielfach Islam-migrantischen Eltern dienenden Pläne auf, den Namen der Kita „Anne Frank“ durch „Weltentdecker“ zu ersetzen. (JR)

Von Miriam Sofin

Hitzige Diskussionen rund um den Namen einer Kindertagesstätte in Tangerhütte in Sachsen-Anhalt sorgten im November für Trubel weit über die Kleinstadt hinaus und zogen sogar die Aufmerksamkeit der internationalen Presse auf sich. Die Kleinkinder, die in der Anne-Frank-Kita betreut werden, haben von der Aufregung bestenfalls nichts mitbekommen. Sie können in den farbenfrohen Räumlichkeiten ausgiebig toben und nach dem Spielen im eigens dafür konzipierten Snoezelenraum Ruhe und Entspannung finden. Selbst Saunabesuche stehen bei der städtischen Einrichtung regelmäßig auf dem Programm.

Anfang November berichtete erstmals die „Magdeburger Volksstimme“ darüber, dass der Kindergarten, der rund 100 Kilometer westlich von Berlin entfernt liegt, seinen berühmten Namen nach 53 Jahren ablegen wolle. Benannt wurde er einst nach dem jüdischen Mädchen und Holocaust-Opfer Anne Frank, deren Tagebuch durch ihren Vater, Otto Frank, nach ihrem Tod kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit erst 15 Jahren im Konzentrationslager Bergen-Belsen Weltruhm erlangte.

Etwas „ohne politische Hintergründe“

Nun sollte der Name jedoch weg, darin waren sich sowohl die Erzieher als auch die Eltern der Kinder einig und legten den Vorschlag zum Namenswechsel dem Stadtrat zur Entscheidung vor. Ein neuer Name war auch schon gefunden: „Weltentdecker“. Die „Magdeburger Volksstimme“ zitierte Kita-Leiterin Linda Schichor mit folgender Begründung: „Wir wollten etwas ohne politische Hintergründe.“ Einen Namen, der kindgerechter sei, denn die Geschichte von Anne Frank sei für kleinere Kinder nur schwer fassbar. Zudem könnten Eltern mit Migrationshintergrund oft nichts damit anfangen. Ihre Argumentation zog eine regelrechte Welle der medialen Empörung nach sich. Auch in sozialen Netzwerken wurde erbittert darüber debattiert. Dabei ist es nur natürlich, dass Immigranten, die nicht durch ihre Vorfahren und Heimatländer mit der Shoah verflochten sind, keinen Bezug zu jüdischen Opfern, wie beispielsweise Anne Frank, haben. Die Verantwortung der Deutschen gegenüber jüdischem Leben setzt ein deutsches Volk voraus, das historisch mit den Gräueltaten des Dritten Reiches verbunden ist. Man kann Einwanderern zwar einen deutschen Pass geben, doch die deutsche Staatszugehörigkeit ersetzt eben keine Volkszugehörigkeit, welche sich aus einer gemeinsamen Geschichte, Tradition, Kultur und ja, auch aus generationsübergreifenden Traumata zusammensetzt.

Erschwerend kommt hinzu, dass die überwältigende Mehrheit der Zuwanderer der letzten Jahrzehnte Muslime sind und der Islam keine sonderlich judenfreundliche Religion darstellt. So hat schon der Religionsstifter Mohammed



Anne Frank starb mit 15 Jahren im Konzentrationslager Bergen-Belsen.

während seiner Wirkzeit als „Prophet“ und Staatsoberhaupt jüdische Stämme vertrieben oder gar ausgelöscht. Das alles schafft natürlich keine guten Voraussetzungen dafür, die historische Verantwortung des deutschen Volkes gegenüber den Juden als islamisch geprägter Einwanderer anzunehmen, mitzutragen und an die nächsten Generationen weiterzugeben. Ein ethnisch und kulturell vielfältiges Volk wird das moralische Erbe der Deutschen, das sich zwangsläufig aus der Shoah ergibt, nicht fortführen können und will dies mehrheitlich auch überhaupt nicht. Haben doch die letzten Wochen eindrücklich bewiesen, dass nicht wenige Muslime in Deutschland offen von einem zweiten Holocaust träumen.

Breiter Protest

Der parteilose Bürgermeister von Tangerhütte, Andreas Brohm, sagte gegenüber der Presse, die Kindertagesstätte „Anne Frank“ habe in den letzten 14 Monaten einen „Erneuerungsprozess durchlaufen“. Daher sei bereits Anfang 2023 die „Diskussion aufgekommen, diese grundlegende Konzeptionsänderung durch einen anderen Namen der Einrichtung auch nach außen hin sichtbar zu machen“. Den Namen „Weltentdecker“ hatten Eltern und Erzieher dem Stadtrat vorgeschlagen. Kaum wurde das bekannt, folgten jedoch heftige Proteste. Viele wiesen darauf hin, dass es angesichts des wachsenden Antisemitismus in Deutschland - befeuert durch den wieder aufgeflamten Nahostkonflikt - der falsche Weg wäre, den Namen „Anne Frank“ abzulegen. „Die CDU im Stadtrat von Tangerhütte wird einer Umbenennung der 'Anne Frank'-Kita selbstverständlich nicht zustimmen. Hoffe, alle weiteren Stadträte auch nicht. Nicht nur in der heutigen Zeit, sondern generell ist solch ein Vorschlag völlig abwegig, instinktlos und kleingeistig“, schrieb z. B. Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminis-

ter Sven Schulze auf X (ehemals Twitter).

Auch Exekutiv-Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees, Christoph Heubner, ermahnte die Stadt, die Entscheidung zu überdenken. „Wenn man die eigene Geschichte gerade in diesen Zeiten von neuem Antisemitismus und Rechtsextremismus so leichtfertig abzuräumen bereit ist und der Name von Anne Frank im öffentlichen Raum als ungeeignet wahrgenommen wird, kann einem im Blick auf die Erinnerungskultur in unserem Lande nur angst und bange werden“, schrieb er in einem offenen Brief.

Max Privorozki, der Vorsitzende des Landesverbandes jüdischer Gemeinden in Sachsen-Anhalt, sagte gegenüber der „Bild“-Zeitung: „Ich bin mir nicht sicher, dass gerade jetzt der passende Moment gekommen ist, um den seit mehr als 50 Jahren existierenden Namen der Kita zu ändern.“ Eine Namensänderung erzeuge „gerade jetzt einen ungenuten Beigeschmack“. Sogar die Linke-Landtagsabgeordnete Henriette Quade sagte der „Tageszeitung“ („Taz“): „Die Kita umbenennen zu wollen, halte ich angesichts des allgegenwärtigen Antisemitismus für ein falsches Signal.“ Ihr Kollege von den Grünen, Sebastian Striegel, forderte, der Name solle bleiben: „Über die Person Anne Frank kann eine Beschäftigung mit Menschenwürde und universalen Werten auch kindgerecht vermittelt werden.“

Der Stadtrat positionierte sich ebenso einstimmig gegen die Namensänderung. In einer Stellungnahme hieß es, die Behauptung der Kita-Leitung, der Name „Anne Frank“ sei ungeeignet und Kindern schwer vermittelbar, zeuge „eher von einer Geschichtsvergessenheit der Verantwortlichen“. Diese Geschichtsvergessenheit sei ein „Nährboden für Verschwörungstheorien und Demokratiefeindlichkeit bis hin zum Antisemitismus. Erinnerungskultur hat

einen Sinn, denn wir sind es unseren Kindern und nachfolgenden Generationen schuldig zu erklären, was es bedeutet, in Frieden und Freiheit zu leben.“ Auch die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem positionierte sich klar gegen den Namenswechsel.

Doch die Anne-Frank-Kita in Tangerhütte ist nicht die erste, die mit ihrem Namen hadert. Schon vor gut zwei Jahren gab es einen medialen Shitstorm, als sich die „Anne Frank“-Kita im thüringischen Elxleben umbenennen wollte. Auch sie behielt letztendlich ihren Namen bei.

Der Vorsitzende des Stadtrats von Tangerhütte, Werner Jacob (CDU), kündigte mögliche Konsequenzen für das Namensdebakel an. Auch wenn die Umbenennung vom Tisch sei, werde das Thema innerhalb der Stadt weiter besprochen werden müssen, fand er. Einige Stadträte forderten Bürgermeister Brohm sogar zum Rücktritt auf. „Moralisch hat er komplett versagt und das wird Konsequenzen haben“, so Jacob.

Geschichtliche Verantwortung

Die Jüdin Anne Frank wurde 1929 in Frankfurt am Main geboren. 1934 floh sie mit ihrer Familie vor dem nationalsozialistischen Regime in die Niederlande. Dort versteckten sich die Franks über zwei Jahre lang von 1942 bis 1944 in einem Hinterhaus. Während diesem Zeitraum entstand Anne Franks Tagebuch, welches später dank ihrem Vater zu einem der bekanntesten und auflagestärksten Bücher der Welt wurde. Bis heute wurde es ca. 30 Millionen Mal verkauft und in mehr als 70 Sprachen übersetzt. Nach dem Verrat ihres Verstecks wurde das junge Mädchen zunächst in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert, wo es Zwangsarbeit verrichten musste. Im Alter von nur 15 Jahren starb es mutmaßlich an Fleckfieber im Konzentrationslager Bergen-Belsen - wenige Wochen vor der Befreiung des Lagers durch die britische Armee.

Auf dem Gelände der Gedenkstätte Bergen-Belsen befindet sich bis heute ihr Grab. Angehörige hatten dort nach dem Krieg einen Gedenkstein für sie und ihre Schwester Margot errichtet. Nur Annes Vater, Otto Frank, überlebte den Holocaust. Anne Frank gilt bis heute als Ikone und international bekanntes Symbol für die Gräueltaten der Nazidiktatur. Das Schicksal von Anne Frank sowie den anderen sechs Millionen ermordeten Juden in Europa darf niemals vergessen werden. Dafür zu sorgen, ist unser aller Verantwortung und sollte auch die Verantwortung derer sein, die Teil unseres Landes und unserer Gesellschaft sein wollen.

„Oh ja, ich will nicht umsonst gelebt haben wie die meisten Menschen. Ich will den Menschen, die um mich herum leben und mich doch nicht kennen, Freude und Nutzen bringen. Ich will fortleben, auch nach meinem Tod.“

(Tagebucheintrag von Anne Frank, 5. April 1944)

Olaf Scholz: Die Cum-Ex-Affäre lässt den Kanzler nicht los

Neuere Entwicklungen in der Cum-Ex-Affäre, des größten Steuerbetrugsskandals in der deutschen Geschichte, werfen immer mehr Fragen auf die Beteiligung und die Aufrichtigkeit des Bundeskanzlers hinsichtlich seiner behaupteten Erinnerungslücken auf. Nachdem auch noch zwei Laptops mit mehr als 730.000 heiklen E-Mails für 20 Tage „verschwunden“ waren und dann rauskam, dass ausgerechnet der von der SPD berufene Chefermittler Steffen Jänicke die Laptops vermutlich versteckt hatte, liegt es auf der Hand, dass gewisse Akteure keinesfalls an einem Vorankommen der Ermittlungen interessiert sind. (JR)

Von Sebastian Biehl

Der sogenannte Cum Ex Skandal taucht seit Jahren immer mal wieder in den Medien auf und besteht aus so vielen Facetten, dass viele die ganze Dimension nicht begreifen. Als Cum-Ex Skandal wird ein Geflecht von Banken, Aktienhändlern, Steuerberatern und Anwälten bezeichnet, welche Beihilfe zu einer speziellen Art des Steuerbetruges leisteten. Dieser Skandal betraf mehrere europäische Länder, denen etwa 55 Milliarden Euro Steuergeld verloren gegangen sind. Deutschland ist am stärksten betroffen mit etwa 32 Milliarden Euro Schaden für den Fiskus. Es handelt sich um den größten Steuerskandal der Geschichte und die Aufarbeitung wird wohl noch Jahre dauern.

Zusammengefasst geht es bei dem Skandal um die fälschliche Rückforderung von Kapitalertragssteuer auf Aktiendividende, welche einmal gezahlt wurde, aber durch Verschieben der Aktien zwischen verschiedenen Eigentümern mehrmals erstattet wurde. „Cum“ (Lateinisch „mit“) verweist auf Aktien mit Dividende, also vor dem Ausschüttungstermin, „ex“, (lateinisch „ohne“), auf Aktien nach der Dividendenausschüttung. Das Steuerschlupfloch dabei war, dass Aktien mehr als einen Eigentümer haben können, und Steuererstattung auf dieselbe Kapitalertragssteuer von unterschiedlichen Eigentümern beantragt wurde, nachdem die Aktien zwischen verschiedenen Eignern verschoben wurden. Von den Akteuren wurde es als legaler Steuerspartrick vermarktet und die Gesetzeslage war damals nicht eindeutig. Allerdings müsste den betroffenen Personen schon damals klar gewesen sein, dass es Betrug ist, wenn etwas, was einmal gezahlt wurde, mehrmals erstattet wird.

Noch kein Politiker verurteilt

Es handelt sich um einen doppelten Skandal: der Steuerbetrug von Finanzinstituten und deren Beratern, und die Verstrickung von Politikern, welche die Akteure deckten und die Aufklärung behinderten. Während bisher schon einige der Cum-Ex Finanzakteure verurteilt wurden, wie der Steueranwalt Hanno Berger, welcher 2022 acht Jahre Haft bekam, wurde noch kein Politiker verurteilt. Gegen einige laufen allerdings Ermittlungsverfahren.

Das betrügerische System wurde über Jahre praktiziert, im Wesentlichen von 2001 bis 2011. Anfang 2012 wurde die Gesetzeslage geändert, um Cum-Ex Geschäfte zu unterbinden. Im Juli 2021 entschied der Bundesgerichtshof, dass das Cum-Ex Steuererstattungs-geschäft strafbare Steuerhinterziehung ist. Mehrere involvierte Banken zahlten daraufhin die erschlichenen Erstattungen an den Fiskus zurück.

Interessant ist die Rolle der Hamburger Privatbank MM Warburg & Co. Die Bank soll sich zwischen 2006 und 2011 insgesamt 169 Millionen Euro an Ka-



Bundeskanzler Olaf Scholz beruft sich im Cum-Ex-Skandal auf „Erinnerungslücken“.

pitalertragssteuer aus den Cum-Ex Geschäften erstattet haben lassen. Zurzeit läuft die Verhandlung gegen Christian Olearius, Miteigentümer und bis 2019 Aufsichtsratsvorsitzender der Warburg Bank, wegen schwerer Steuerhinterziehung in 14 Fällen. Bisher bleibt Olearius dabei, dass er unschuldig sei und wissentlich nichts Falsches getan habe. Interessant ist die Frage, ob Olearius etwas zur Rolle von Bundeskanzler Olaf Scholz aussagt.

Scholz war von 2011 bis 2018 erster Bürgermeister von Hamburg und der heutige erste Bürgermeister Peter Tschentscher war damals Finanzsenator. Beide waren mutmaßlich im Cum-Ex Skandal involviert. Scholz konnte aufgrund von Kalendereinträgen nachgewiesen werden, dass er sich mindestens dreimal mit Olearius traf, etwas, was Scholz anfangs bestritt. Das entscheidende Treffen fand im Oktober 2016 statt. Es ging im Kern um eine Verteidigungsschrift, worin die Warburg Bank ihre angebliche Unschuld bei den Cum-Ex Geschäften darlegte. Scholz soll Olearius empfohlen haben, die Verteidigungsschrift an Tschentscher zu schicken, der sie unter Augen hatte, einen Vermerk dazuschrieb und an das Finanzamt weiterleitete. Das Hamburger Finanzamt verzichtete kurz darauf, im November 2016, auf Steuerrückforderungen in Höhe von 47 Millionen Euro, angeblich weil es nicht genug Beweise für ein betrügerisches Agieren der Bank gegeben habe. Zu dieser Zeit liefen allerdings bereits Ermittlungen gegen die Bank. Erst durch Intervention des Bundesfinanzministerium wurden die unrechtmäßigen Zahlungen zurückge-

fordert und die Warburg Bank erstattete einen großen Teil im Jahr 2020 zurück, klagte allerdings dagegen vor Gericht. Kürzlich entschied das Gericht, dass die Warburg Bank die Gelder zu Recht bezahlen musste. Die entscheidende Frage ist, ob Scholz nach dem Treffen mit Olearius seinem Einfluss geltend gemacht hat, so dass das Hamburger Finanzamt auf die Forderungen verzichtete.

Kanzlerische Erinnerungslücken

Scholz musste schon mehrmals zu dem Treffen mit Olearius vor dem Hamburger Cum-Ex Untersuchungsausschuss aussagen, blieb dabei aber sehr wortkarg und berief sich auf Erinnerungslücken. Er könne sich nicht mehr an den Inhalt des Gesprächs erinnern, wisse aber ganz bestimmt, dass es zu keiner politischen Einflussnahme kam. Die Strategie von Scholz scheint zu sein, so wenig wie möglich zu sagen und zu hoffen, dass die Untersuchung zu seiner Rolle aus Mangel an Beweisen eingestellt wird. Bisher fehlt auch ein wirklicher „whistleblower“ oder belastende Akten. Mitarbeiter von Scholz decken ihn bislang. Olearius, der zurzeit verhört wird, hat Scholz bisher nicht belastet. Allerdings kann sich noch etwas aus der Sichtung von Olearius' beschlagnahmten Tagebüchern oder aus zwei Laptops mit 700.000 E-Mails, welche dem Hamburger Untersuchungsausschuss vorliegen, ergeben.

Während Scholz und Tschentscher bisher nichts nachgewiesen werden kann, und beide auch keine Angeklagten im Cum-Ex Verfahren sind, wurde von der Staatsanwaltschaft Köln, welche den Cum-Ex Skandal untersucht,

Anklage gegen die Hamburger SPD-Politiker Alfons Pawelczyk und Johannes Kahrs erhoben. Pawelczyk hatte das Treffen zwischen Scholz und Olearius arrangiert, nachdem die Warburg Bank zuvor der Hamburger SPD eine Spende über 45.500 Euro zukommen ließ. Kahrs traf sich 2017 mit Olearius, um den Cum-Ex Skandal zu besprechen. Kahrs' Wahlkreis Hamburg-Mitte erhielt 2020 eine Spende von der Warburg Bank in Höhe von 38.000 Euro. Kahrs habe sich als Gegenleistung bei verschiedenen Instanzen für die Warburg Bank eingesetzt. Bei Kahrs fanden sich nach einer Durchsuchung im Jahr 2021 auch 210.000 Euro in seinem Schließfach. Bis heute ist nicht geklärt, woher das Geld stammt. Ein Zusammenhang mit dem Cum-Ex Skandal und eine Belohnung für Dienste an die Warburg Bank liegen nahe, es gibt aber keine Beweise. Auch Scholz wusste nichts von der Bargeldsumme in Kahrs' Schließfach.

Werden die Ermittlungen behindert?

Problematisch ist auch, dass die Cum-Ex Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Köln, mit der Chefermittlerin Staatsanwältin Anne Brorhülker, von der Politik behindert wurden. Brorhülker ist die Schlüsselperson bei der Aufdeckung und Ermittlung zum Cum-Ex Skandal. Die Hauptabteilung mit 32 Staatsanwälten untersuchen 120 Ermittlungsverfahren mit 1700 Beschuldigten. Der zuständige Justizminister von Nordrhein-Westfalen, Benjamin Limbach (Grüne), wollte allerdings die Ermittlungen „umstrukturieren“, sprich es in zwei Hauptabteilungen aufteilen,

weil die Arbeit für eine Hauptabteilung zu viel wäre. Allerdings wird die Arbeit durch eine Aufteilung nur bürokratischer und umständlicher. Auch wäre Brorhilker, die wie niemand sonst den Fall kennt und an einer Aufklärung interessiert ist, damit eines großen Teils ihrer Zuständigkeiten beraubt. Nach Protesten wurde diese Umstrukturierung zurückgenommen.

Auch der Untersuchungsausschuss der Hamburger Bürgerschaft zum Cum-Ex Skandal, wo die SPD dominiert und auch den Chefermittler Steffen Jänicke stellt, scheint nicht das ideale Instrument zur Aufklärung zu sein. Es ist ein Landes-Untersuchungsausschuss mit beschränkter Macht. Ein Untersuchungsausschuss des Bundestages wurde mit den Stimmen der Koalition abgelehnt, da dies eine

Hamburger Angelegenheit sei, für die der Bund nicht zuständig ist. Die CDU-Fraktion im Bundestag, die den Ausschuss beantragt hatte, klagte gegen die Ablehnung beim Bundesverfassungsgericht. Scholz war zwar zur Zeit des Skandals ein Hamburger Landespolitiker, allerdings würde ein damaliges korruptes Verhalten ihn als heutigen Bundeskanzler disqualifizieren.

Beweismaterial verschwunden

Kürzlich machte Jänicke von sich reden, weil er zwei Laptops mit über 700.000 E-Mails an Beweismaterial, auch Korrespondenz von den Büroleitern von Scholz und Tschentscher, aus einem Tresor des Untersuchungsausschusses entwendet und an einen unbekanntenen Ort brachte. Die Laptops waren für 20

Tage verschwunden. Mittlerweile sind sie zwar wieder aufgetaucht, aber die Frage ist, warum er dies tat und ob die Laptops manipuliert und E-Mails gelöscht wurden.

Es bleibt erstaunlich, wie sehr dieser Skandal gerade von den Medien als Nebensache behandelt wird, und wie leicht Scholz mit Ausreden und angeblichen Erinnerungslücken davonkommt. Man vergleiche dies mit anderen Skandalen in der Vergangenheit, wo Politiker wegen geringerer Vergehen nach einem Medienrummel aufgrund des großen öffentlichen Drucks zurücktreten mussten. Man denke hier an Ex-Bundespräsident Christian Wulff, oder die Ex-Minister Jürgen Möllemann oder Karl-Theodor zu Guttenberg. Gerade wenn es um Steuerhinterziehung, Korruption und Vorteil-

nahme im Amt geht, ist man in Deutschland normalerweise sehr streng. Liegt es daran, dass es momentan in Deutschland und der Welt an allen Ecken brennt und kaum jemand die Zeit und Nerven hat, sich mit dem komplizierten Cum-Ex Skandal zu befassen? Oder ist das Argument hier, dass eine Verwicklung von Scholz in einem Skandal, welcher zu seinem Rücktritt und möglicherweise Neuwahlen führen könnte, um jeden Preis vermieden werden muss, weil es „den Falschen“ nützen würde?

Sebastian Biehl, Jahrgang 1974, wuchs in Südhessen auf. Zum Studium ging er nach Südafrika, wo er 23 Jahre blieb und lange Zeit als Rechner und Journalist arbeitete. Seit 2019 wohnt er mit seiner Familie in Berlin.

„Ruanda-Modell“: Drittstaaten-Lösung könnte Entlastung schaffen

Ausgerechnet die CDU, die Partei der ehemals ewigen Kanzlerin und Migrations-Patronin Angela Merkel, wirbt für das sogenannte „Ruanda-Modell“, das Asylverfahren künftig auch außerhalb der EU vorsieht. Die CDU versucht angesichts hoher Umfragewerte für die AfD sichtlich verkrampft den Islam-lastigen Scherbenhaufen aufzukehren, den sie unter 16 Jahren Merkel-Kanzlerschaft selbst verschuldet hat und von dem sie sich bisher nicht wirklich befreien konnte. Vollkommen geirrt hat sich auch der damalige Bundespräsident Christian Wulff (CDU) mit seiner Aussage, der Islam gehöre zu Deutschland - in Wirklichkeit gehört Deutschland längst und immer mehr zum Islam. (JR)

Von Regina Bärthel

Angesichts der fortschreitenden Probleme durch die illegale Massenmigration regt sich inzwischen breiter Widerstand gegen die Einwanderungspolitik Deutschlands. Da sich dies nicht zuletzt in den wachsenden Zustimmungswerten für die AfD niederschlägt, kann auch die Politik nicht länger die Augen verschließen. Freilich gilt dies nicht für die regierende Ampelkoalition. Mit ihrem sogenannten Vorstoß zur Abschiebungserleichterung hat sie bekanntermaßen erreicht, dass künftig ganze 600 abgelehnte Asylantragsteller mehr aus Deutschland rückgeführt werden sollen. Pro Jahr. Während an Spitzentagen bis zu 1.000 neue Migranten ins Land kommen.

Doch möglicherweise hat sich nun die CDU ihrer Verantwortung als oppositionelle Kraft erinnert - neuerdings schlägt sie Maßnahmen zur Bewältigung des Migrationsproblems vor. Welches unbestreitbar nicht erst die Ampel-Koalition verursachte, sondern die Vorgängerregierung unter Kanzlerin Merkel. Dennoch: Anfang November haben sich die CDU-geführten Bundesländer auf der Ministerpräsidentenkonferenz dafür eingesetzt, Asylverfahren außerhalb der EU zu ermöglichen. Womit sie allerdings lediglich den EU-Innenministern folgen, die sich hierauf bereits im Juni in einer Neuregelung des Asylrechts verständigt hatten.

Alle Augen auf Großbritannien

Als Drittstaaten-Lösung ist zur Zeit das sogenannte „Ruanda-Modell“ Großbritanniens in aller Munde. Die Hoffnung, durch den Brexit wieder mehr Kontrolle über die Zuwanderung zur Insel zu erlangen, wurde nicht erfüllt: 2022 zeichnete Großbritannien die höchste Zahl illegaler Migranten aller Zeiten. Bereits der frühere Premierminister Boris Johnson hatte ein Abkommen mit Ruanda abgeschlossen: Im Rahmen eines fünfjährigen Programms sollten illegal eingereiste Migranten in den afrikanischen Staat ausgeflogen werden, um dort ihren Antrag auf Asyl zu stel-



Der britische Premierminister Rishi Sunak bei einer Pressekonferenz nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofs zur Ruanda-Politik.

len und dessen Ausgang abzuwarten. 120 Millionen Pfund waren bereits vom Vereinigten Königreich an den afrikanischen Staat geflossen, der Unterbringungsmöglichkeiten für die Antragsteller bereithielt sowie mit dem Bau einer Wohnanlage begann.

Der für Juni 2022 geplante erste Flug wurde jedoch in letzter Minute – nach einer Klage von Betroffenen, bzw. ihrer juristischen Berater - vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gestoppt: Die Abschiebung von Asylsuchenden nach Ruanda verstoße gegen die Europäische Menschenrechtskonventionen. Eine Entscheidung, die nun vom Supreme Court, dem britischen Obersten Gerichtshof, bestätigt wurde: Ruanda steht laut Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) im Verdacht, Flüchtlinge wieder in ihre Herkunftsländer abzuschicken. Bei anerkannten Asylsuchenden wäre dies ein Verstoß gegen internationales Recht, da ihnen dort Gefahr für Leib und Leben drohen könnte. Eine Entscheidung, die

Premierminister Rishi Sunak jedoch nicht hinnehmen will. Per „Notfallgesetzgebung“ soll das britische Parlament nun Ruanda als sicheres Drittland einstuft.

Die Drittstaaten-Lösung

Die Idee der Drittstaaten-Lösung stammt aus Australien: Hier werden Asylsuchende, die das Land illegal mit Booten zu erreichen versuchen, in zwei Haftzentren auf Inseln im Südpazifik verbracht. Zudem ist es ihnen verboten, sich jemals in Australien niederzulassen. Das UNHCR kritisiert diese Maßnahme als menschenunwürdig – doch der dadurch erreichte Abschreckungseffekt funktionierte offenkundig. Ein Effekt, den nun auch Großbritannien zu nutzen beabsichtigt.

Auch innerhalb der EU gibt es Vorstöße zur Drittstaaten-Lösung: Auf Initiative der sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Mette Frederiksen verabschiedete das dänische Parlament ein Gesetz, wonach Asylbewerber ohne

Verfahren in Länder außerhalb der EU abgeschoben werden können, bis über ihren Antrag entschieden wurde. Gespräche mit möglichen Aufnahmeländern werden bereits geführt - unter anderem mit Ruanda. Auch Italien, bei weitem stärker von illegaler Zuwanderung betroffen als Großbritannien, setzt auf eine Drittstaatenlösung: Die Regierung unter Giorgia Meloni plant, Auffanglager für Asylbewerber in Albanien einzurichten. Das südosteuropäische Land ist zwar EU-Beitrittskandidat, doch noch unterliegt es nicht dem EU-Recht.

Macht das britische „Ruanda-Modell“ nun also Schule? Sicherlich wäre es ein erster Schritt, längerfristig Menschen von illegaler Migration und deren Gefahren abzuschrecken. Doch

die strengen Vorgaben des UNHCR bezüglich in Frage kommender Drittstaaten werden mit großer Wahrscheinlichkeit eine rasche Durchführung solcher Pläne verhindern. Zudem fordert auch dies zusätzliche Verwaltungsarbeit und enorme finanzielle Mittel. Inzwischen wird Deutschland innerhalb der EU immer häufiger dafür kritisiert, mit seinen hohen Sozialleistungen für Neuankommlinge – unabhängig von deren Asylstatus – immense Anreize für Migranten zu schaffen und so den Zustrom in die EU massiv zu befeuern. Das zu beenden wäre der dringlichste Schritt. Neben umfassenden Grenzkontrollen und der Einleitung von Asylverfahren außerhalb der EU.

Regina Bärthel studierte Kunstwissenschaften und Germanistik. Sie leitete den Kommunikationsbereich verschiedener Kultureinrichtungen und veröffentlichte Texte zur bildenden Kunst. Heute ist sie als Journalistin und Essayistin tätig, unter anderem für die „Junge Freiheit“.

Wo sind jüdische Menschen heute eigentlich noch sicher?

Die Gründung eines starken und wehrhaften jüdischen Staates, in dem alle Juden dieser Welt in Sicherheit leben können, war neben der dominierenden Grundidee Herzls auch eine entschiedene Antwort an den Holocaust. Doch nach dem verbrecherischen Massaker der Hamas am 7. Oktober, hat sich in Israel eine greifbare Verunsicherung breitgemacht. Gleichzeitig marschieren vorwiegend islamische und linke Judenhasser durch die Straßen der europäischen Metropolen und in den US-amerikanischen Universitäten werden jüdische Studenten inzwischen offen bedroht. Wo in der Welt stellt man sich nun derart infam und offen angestrebten Endlösung der sogenannten „Judenfrage“ durch den Islam entgegen? Die Antwort darauf ist für jüdische Menschen wieder vorrangig und existenziell geworden. (JR)



Von Simone Schermann

In Israel rücken die Menschen lagerübergreifend zusammen.

Das Ausmaß der von Hamas-Terroristen und hunderten „Zivilisten“ aus Gaza begangenen Gräueltaten mag in Deutschland wenig bekannt sein, es wird geflissentlich ignoriert, von vielen Medien und der Zivilgesellschaft. Jedoch für Israel markiert genau dieses Ausmaß einen historischen Wendepunkt, denn Israel zeigte sich auf ungeahnte Weise verwundbar.

Die Israelis reden darüber unverhohlen, sie sagen es ganz unverblümt, dass ihr Weltbild und ihr Vertrauen zerstört und in Stücke gerissen wurden. Linke und Rechte in Israel solidarisieren sich seitdem aus ein und demselben Grund: Beide Seiten sind verunsichert, sie haben den Glauben in ihre jeweilige Seite verloren, sie fühlen sich von beiden politischen Seiten getäuscht, ihre Weltbilder sind nicht nur erschüttert, sie sind zerborsten.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Der 7. Oktober 2023 war ein unendlich friedlicher Schabbat-Morgen, an dem die israelischen Familien in den südlichen Kibbuzim noch schliefen, als ihre muslimischen „Nachbarn“ in einer blutrünstigen Invasion über sie herfielen.

Für Israel ist der Tag ein kollektives Trauma, eine nationale Katastrophe. Aber nicht nur für Israel, sondern für Juden weltweit. Durch den Hamas-Massenmord an rund 1400 Israelis an einem einzigen Tag, wurde für die Juden auf der ganzen Welt das Shoa-Höllentor erneut geöffnet. Es wurden abscheuliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen, es war ein Zivilisationsbruch, als schon wieder das Regelwerk der Menschlichkeit ver-

sagte und sich gegen die Juden als solche wandte.

Die Frage, wo in dieser Welt Juden überhaupt noch sicher sind, ist daher berechtigt und doch obsolet. Vielleicht ist die Frage angesichts des schwarzen Schabbats, eines neuen massenhaften Judenmordes, nicht mehr zeitgemäß. Auch Israel zeigte sich verwundbar. Das jüdische Volk, Israels Zivilisation, wurden angegriffen. Wo in der Welt stellt man sich nun aber einer derart offen angestrebten Endlösung der Judenfrage durch den Islam entgegen? Ist das nicht die eigentliche Frage?

An dem Samstagmorgen, als ganze Familien in ihren Häusern und auf den Straßen vergewaltigt, verstümmelt, ermordet, enthauptet und sogar lebendig verbrannt wurden, befassten sich unzählige westliche Medien mit dem „Problem“ einer ausgewogenen Berichterstattung, indem sie den Massenmord in einen größeren Kontext stellten. Sie vollführten dazu einen perversen Eiertanz der „Ausgewogenheit“, unterdrückten die Berichte über massenhafte Bestialität, machten aus Vergewaltigern und Folterern militante Kämpfer oder Bewaffnete.

Über die Bilder des Blutbades, auf zahlreichen Social-Media-Kanälen von Hamas verbreitet, wurde schlichtweg hinweggeschaut, ein Großteil der Medien verbreitete die Lüge von der Gleichwertigkeit der Seiten, der Balance zwischen Mördern und Hingeschlachteten. Während die Nazis versuchten ihre Barbarei zu verbergen und zu vertuschen, lief das mediale und öffentliche Abfeiern der Massaker vor unseren Augen ab.

Linke Redakteure marschieren im Gleichschritt mit

Dass psychopathische Herumfahren eines ermordeten Mädchens auf der Ladefläche eines Pickups in Gaza, das Herumzerren von jüdischen Geiseln an ihren Haaren, sind die ultimative, medial inszenierte, triumphale Demütigung und Unterwerfung noch lebender und auch ermordeter Juden. Dieses Mal live und in Farbe, eine Drohung für das Judentum weltweit. Vor den Augen der um „Ausgewogenheit“ bemühten linken Redakteure, der Relativierer und Terror-Unterstützer, die wie „Greta“ und ihre Gemeinschaft ähnlich veranlagter Psychopathen, nicht nur geistig in ein und demselben wahnwitzigen Kosmos der Hamas-Barbaren vereint sind, sondern auch im Gleichschritt marschieren.

Westlich-europäische Maßstäbe werden längst von islamischen Horden bestimmt, die nach dem monströsen Juden-Massaker, nun in Märschen zu Zehntausenden, nach dem uralten Judenmord schreien und ihn als den richtigen Weg für die ganze Welt offerieren. Den Trend setzt die Mehrheit und er geht unumwunden Richtung Genozid. Die Auslöschung Israels als Synonym für die Endlösung der Judenfrage weltweit. Judenhass wird zum Lebensgefühl des Mobs, Anti-Zionismus und Anti-Israëlismus zum angesagten Massenphänomen, die Auslöschung des Judenstaates, gerne wahlweise auch des Judentums als richtige Geisteshaltung der bewegten Massen: „Tod den Juden“, „Tod Israel“.

Mit „From the River to the Sea, Palestine will be free“ wird sich der islamische Mob jedoch niemals begnü-

gen, der mit riesigen, schwarzen IS-ähnlichen-Fahnen, das islamische Kalifat einfordert. „Free Palestine“ ist in Wirklichkeit das Synonym für die „Befreiung“ des Westens nach islamischer Wertvorstellung, für Europas Unterwerfung unter den Islam. Auf den Bannern der Berlin-Demos: „Das Kalifat ist die Lösung!“. Noch ist es eine „Gesete“, eine islamische „Handreichung“, wie es auch bildlich dargestellt war. In Essen hieß es: „Eine Umma. Eine Einheit. Eine Lösung - Khilafah.“

Islamische Unterwerfungsdemos

Berlin, Essen, Malmö, Paris, Barcelona, Brisbane, London, Washington - unter hunderttausenden Fenstern verängstigter Bürger weltweit, die tief in ihren Herzen wissen, welche Barbarei hier darauf wartet, entfesselt zu werden, marschierten, die „Tod den Juden“-Rufer. Diese islamischen Unterwerfungsdemos der letzten Wochen zeigten unumwunden, dass man die ideologischen Erben der Nazis nur mit steigenden Geldzahlungen stillhalten kann. So sichert die deutsche Bundesregierung mit den Steuergeldern aus „echter deutscher Wertarbeit“ die Versorgung der islamischen „Heldenmütter“ und ihres mordenden Nachwuchses. Händeschüttelnd sieht man Frau Baerbock mit den Handlangern der Hamas, die sich aufopferungsvoll für den Dschihad einsetzen und den Juden am 7. Oktober jene „Sonderbehandlung“ angedeihen ließen, die das große Hamas-Vorbild Adolf Hitler nicht zur Vollendung brachte.

„Jedes Leben ist gleich viel wert“, betonte die Außenministerin bei ihrem Besuch am 11. Oktober in Ramal-

lah, „jeder Mensch in Israel und jeder Mensch in Palästina hat ein Recht darauf, in Frieden und Sicherheit zu leben.“ Darum schob sie den „Palästinensern“, die vor dem Juden-Massaker in Frieden und in Sicherheit lebten, erst 38 Millionen in die Jackentaschen und stockte diese Zahlungen für das laufende Jahr auf 160 Millionen auf. Für Entauptungen, Verstümmelungen, Vergewaltigungen, das Verbrennen von lebenden und toten Juden, von Babys, Kleinkindern, Müttern und Vätern: Eine sehenswerte Belohnung für alle am Juden-Mord beteiligten Barbaren.

Am 6. Oktober 2023 herrschte auf der Seite der Kibbuzim Kfar Aza und Beeri Frieden, auch auf dem Nova-Festival. In Gaza herrschte Frieden. Wer beendete ihn? Und wie sollen Millionen für Barbaren, nach dem Blutbad an 1400 friedlichen Israelis, jetzt plötzlich den Frieden und die Sicherheit wieder herstellen, der vorher schon da war? Anna-Lenas Millionen sind feste Verbündete der Hamas. Der weitaus größte Verbündete aber bleibt der Judenhass des Westens, er ist die Geheimwaffe der Hamas, diese moralische Verwerflichkeit westlicher Medien, Politiker, Kirchen und NGO, auf deren verderbte Verlässlichkeit der terroristische Islam fest zählen kann.

Hamas-Faschismus

Die westlichen Schulstreik-„Gretas“ wurden in dem Glauben erzogen, dass die ausgerottete jüdische Intelligenz und Kultur, mit der wunderbaren Lebensart von Millionen Muslimen ausgefüllt werden sollte. All dieser Wahnsinn sollte, durch Toleranz und Akzeptanz des Islam, Europa zu moralischer Erhabenheit führen. Jetzt ist die links-woke Welt einträchtig im Hamas-Faschismus unterwegs, solidarisiert sich mit archaischen Stammes-Ritualen, bei denen Körper verstümmelt, Köpfe auf Brei getrampelt und Leichen durch die Straßen geschleift werden.

Über die muslimischen Gewalt-Perversionen wird hinweggesehen, von Sarah Wagenknecht bis Greta Thunberg werden Wohlstandsverwahrloste ihrer erbärmlichen Verderbtheit mehr als gerecht, wenn linke Salon-Weltenverbesserer Israels Existenzkampf gegen die Hamas verurteilen. Es ist exakt diese Strategie der Hamas-Barbarei, die aufgeht, während die Gräueltaten an Mädchen, Frauen, Babys, alles mit Body-Cams gefilmt, genüsslich für die Hamas-Fans weltweit verbreitet werden, der Shit-Storm und eine Welle der Empörung aber ausbleiben. Unter blankem Entsetzen schauen wir normal gebliebenen, die von den Hamas-„Produzenten“ auf Social Media herausgeworfenen Szenen, die es problemlos mit primitivstem Splatter-Horror und Gewalt-Pornos aufnehmen könnten.

Die Leidenschaft, mit der daraufhin gegen den Judenstaat zu Felde gezogen wird, zeigt lediglich, dass die Orgie der Hamas-Gewalt auch die Bereitschaft für eine Orgie des Judenhasses in unzähligen westlichen Metropolen entfachte, als 5. Kolonne des islamischen Djihad, vereint in einer Art Liquidationslust. Der islamische Mob und „Fridays For Future“ finden eine gemeinsame Schnittmenge, eine Art finale Hass-Gemeinschaft, die sich mit einer Terrororganisation solidarisiert, die alle Juden weltweit vernichten will.

Bereits der originär islamische Judenhass und die verschwörungstheoretischen Elemente des europäischen Judenhasses ergeben eine toxische Mischung. Der Djihad, die religiös-weltanschauliche motivierte islamische Re-

volution und die Klima-Revolution, mit all ihren religiös anmutenden Weltuntergangsszenarien, treffen sich nun zum Endkampf gegen das ultimative Böse: Israel und die Juden. Die Blüenträume von der Unschuld und linken Progressivität der Massen sind ausgeträumt: Antimperialismus, Antikapitalismus, Antijudaismus und die Klima-Bewegung gehen Hand in Hand, man wähnt sich im gemeinsamen Märtyrer-Kampf. Ein apokalyptisches Untergangsszenario ist geboren: Der Judenstaat und der uralte „Welt-Zionismus“ als ultimatives Klima- und Gaza-Problem!

Steht ein Exodus nach Israel bevor?

Bei einem derartigen Irrsinn möchte man die Schultern zucken und die Augen verdrehen, wie auch das wirre Gebrabbel eines Adolf Hitler anfangs hilflos belächelt wurde. Die Zukunft der Diasporajuden in Deutschland ist besiegelt, der letzte Exodus steht kurz bevor. Wohin? Nach Israel! Nicht nur ist man dort als Jude unter seinesgleichen, man wird vom israelischen Staat bestmöglich geschützt, denn Judenmörder kommen dort ins Gefängnis, jüdisches Schicksal ist nicht fremdbe-

stimmt, sondern in israelischer Hand. Israel stellt sich der Endlösung der Judenfrage mit eiserner Faust entgegen.

Währenddessen schießen in Deutschland „liberale Gemeinden“ wie Pilze aus dem Boden, Orte an denen kürzlich liberal konvertierte „Juden“, also Biodeutsche, die in Israel nicht als Juden anerkannt werden, die aber ein wirres Faible für „Juden“ haben. Gedenk-Riten zu leiten genügen ihnen nicht mehr, sie glauben, wenn sie am Schabbat nicht telefonieren, Aufzug fahren, das Auto stehen lassen und nie mehr ein Wienerle essen, mache sie das zum Juden. Am 9. November nehmen sie eine gebückte Haltung ein, reden nie über die SS-Vergangenheit ihres Großvaters und spielen das „Jüdelein.“ Das Wort meschugge kommt in jedem zweiten Satz vor, sie werden fremdbestimmt, sind immer staatstragend, denn genau solche Funktionäre will die Politik haben: „Judentum“ als eine staatlich geförderte Attrappe.

Konvertiten sind aber eine deutsche Sackgasse, da sie keine jüdischen Kinder, keine Familie in Israel haben und auch keine Familie auf der Datenbank von Yad Vasehm, also verpufft die Maskerade zum Glück spätestens mit ihrem Ableben, denn es fehlen die wahrhaft jüdischen Inhalte, die Traditionen, eine jüdische Vergangenheit und Zukunft. Die wenigen echten Juden findet man in den kleinen Chabad-Gemeinden. Sie versuchen dem Konvertiten-Irrsinn zu entgehen, es ist mehr ein Überleben als echtes jüdisches Leben, ein Survival unter einer Welt von Wahnsinnigen.

Heldenmut und Tapferkeit

Trotz des islamischen Genozidversuchs hat Israel am 7. Oktober gezeigt, was Nicht-Unterwerfung bedeutet und wie stark dieses Gefühl in der israelischen Gesellschaft ist. Das jüdische Volk lebt und es ist ein Volk der Freiheit, der Menschlichkeit und der Solidarität untereinander. Einzelne Geschichten werfen unzählige Lichtblicke auf den „Schwarzen Schabbat“. Verstörende und traurige, aber auch

viele erstaunliche Geschichten, zeugen von der Nicht-Unterwerfung der Juden an diesem Tag.

Da ist die Geschichte von Enar Shapira, der auf der Nova-Party mit anderen Festival-Besuchern in einem Raum Schutz suchte. Die Hamas-Bestien warfen nacheinander acht Granaten in den Raum, Enar greift jede einzelne Granate und wirft sie mit der bloßen Hand den Terroristen zurück. Die Granaten töten, das ist gut so. Die letzte Granate aber explodierte in seiner Hand, er wurde getötet, während er für andere sein Leben riskierte.

Da ist auch die Geschichte von Liron Barda, die in den frühen Morgenstunden des Nova-Party-Massakers ihrem Vater noch schrieb, dass sie beschossen würden, sie aber unbedingt ihren verletzten Freunden helfen will: „Papa, sie schießen live auf uns.“ Es gibt unzählige solcher Heldengeschichten. Inbal Liebermann, eine junge Frau aus dem Kibbuz Nir ` Am, war früh wach an diesem Samstagmorgen. Sie erkannte die Lage, rannte von Haus zu Haus, weckte alle und organisierte ein bewaffnetes Einsatzteam an den Zäunen des Kibbuz, bereit zum Kampf, wehr-

ten sie den Angriff der Hamas ab und töteten 25 Terroristen.

Eine andere Geschichte handelt von Ben Binyamin Shimoni; sie ist es wert, dass die Welt von Ben erfährt. Der junge Mann schaffte es, in seinem Auto vier junge Leute vom Nova-Festival in Sicherheit zu bringen, danach floh er nicht etwa, sondern kehrte zurück, um noch weitere acht junge Leute zu retten. Als er ein drittes Mal zum Ort des Massakers zurückfährt, wurde ihm seine Menschlichkeit zum Verhängnis, er wurde mit noch drei Party-Gästen in seinem Auto ermordet.

Zusammenhalt und Humanität

Israels Geheimwaffe ist dieser Zusammenhalt, gerade diese jüdische Humanität. Eine wertebasierte Gemeinschaft, die darauf aufgebaut ist, dass selbst ganz junge Menschen den Wert jedes einzelnen Lebens um sie herum so sehr schätzen, dass sie bereit sind, ihr eigenes Leben für ein anderes Leben zu opfern. Das ist Israel, das ist das jüdische Volk. Das jüdische Volk lebt, in Israel.

Nach der Erschütterung sämtlicher Weltbilder, dem Verlust des Sicherheitsgefühls, rückt die Bevölkerung in Israel enger zusammen als jemals zuvor. Die politisch rechte Seite und die politische links stehende Seite, beide haben ihre Kinder im Krieg und alle kämpfen für das Überleben Israels, Seite an Seite für das Volk Israel. In beiden politischen Lagern sind die Menschen aufgewacht. Ehemals „fanatische“ Bibi-Wähler fühlen sich von „Mister Sicherheit“ im Stich gelassen, während linke Israelis von ihrer blinden Ideologie Abschied nehmen, die von einem Zusammenleben mit den „Palästinensern“ träumte. Diese bislang unterschiedlichen und in Teilen verfeindeten politischen Lager treffen sich nun in der Mitte, wo sie sich neu kennenlernen und zueinander finden. Eine Art inneres Erdbeben scheint das Land durchzogen zu haben, das die Seelen im Volk erschüttert hat, aber die Menschen zusammenführ-

te, sie einander wieder näher brachte und viele auch wieder näher zu Gott. Soldaten der IDF bauten eine provisorische Synagoge in Gaza, an einem Ort wo einst eine Synagoge stand, die zerstört wurde; in der 2015 geräumten Siedlung namens Gush Katif.

Der 7. Oktober, der als „schwarzer Schabbat“ in Israels Geschichte eingehen wird, hat die israelische Gesellschaft auf eine unfassbare Weise verändert, Brücken gebaut, Gräben geschlossen und eine lang ersehnte Geschlossenheit erzeugt. Mehr als 300.000 Israelis sind nach Kriegsbeginn zurückgekehrt, um Israel zu unterstützen, wo immer es nötig ist. Mehrere tausend orthodoxe Juden haben sich freiwillig zur IDF gemeldet, zwischen säkularen und gläubigen Juden wurde eine nie dagewesene Einheit hergestellt. Orthodoxe Frauen lernen schießen, kleine Humus-Restaurants wollen von Soldaten kein Geld nehmen, Bibisten und Anti-Bibisten kämpfen und sterben Seite an Seite.

Viele Israelis melden sich zu Landarbeit, um etwa Granatäpfel zu ernten, Jeshiwa-Studenten melden sich freiwillig, um ein Krankenhaus zu putzen, als die Raketenbeschüsse es den Mitarbeitern unmöglich machten zum Dienst zu kommen. Und immer wieder ist es diese Freiwilligkeit, die das Land ergriffen hat! Unzählige Geschichten wie die eines Schuhmachers, der kein Geld von israelischen Soldaten nimmt, um ihre Stiefel zu reparieren.

Wo sind Juden noch frei?

Deshalb ist die eingangs gestellte Frage vielleicht nicht ganz richtig formuliert. Sie sollte lauten: Wo in der Welt sind Juden heute als Juden wirklich frei? Israel ist das Land, das der Unterwerfung und dem Judenmord trotz, indem es sich wegen des brutalen Angriffs rächt, dabei aber nie vergisst, dass es immer auch ein Dilemma lösen muss: Die Gratwanderung zwischen Rache für den Mord an Juden und der Verteidigung seiner jüdischen Bürger, gegen monströse Verbrecher, ohne jemals selbst zum Monster zu werden. Dadurch ist Israel selbstverständlich niemals völlig sicher, aber als Jude und Israeli ist man vollkommen frei.

Frei, selbst und eigenständig als Volk und als Mensch zu entscheiden, was gut und was falsch ist. So geschieht es, dass Israel Babys seiner Feinde rettet, indem es Inkubatoren nach Gaza brachte und die Frühchen aus einem Krankenhaus holte, während Israels Feinde jüdische Babys verbrannten. Freiheit bedeutet nicht Sicherheit. Im Gegenteil. Freiheit bedeutet Unsicherheit, Verwundbarkeit, aber eben auch die Wahl zu haben und die Menschlichkeit zu wählen.

Eine von der Hamas frei gelassene Israelin soll gesagt haben, dass „Israel nach diesem Massaker im Süden und dem Trauma im Volk von vorne anfangen muss und den Staat neu aufbauen muss.“ Israel ist dazu prädestiniert genau das zu schaffen. Das Land wurde von Menschen gegründet und aufgebaut, die alles verloren hatten.

Juden haben über die Jahrhunderte gelernt, ihr Leben immer wieder neu aufzubauen, schöpferisch zu wirken, aus der jüdischen Geisteskraft heraus zu handeln und nicht nur zurückzublicken, sondern die Zukunft des Volkes Israels zu sichern.

Der Neuanfang wird auch dieses Mal gelingen.

Die zwei Jihads: Fataler Schulterschluss der woken Linken mit dem Islam

Nach den entmenschten Morden der Hams vom 7. Oktober sieht man auf unseren Straßen einen kaum nachvollziehbaren, auf längerer Sicht suizidalen, Schulterschluss der neulinken und Israel-feindlichen Bewegung und der queeren und übrigen Regenbogen-Gemeinden mit dem gerade diese zutiefst verachtenden und Juden-hassenden muslimischen Krawall-Mob. Die Fusionierung der woken Sektierer mit dem vom Islam kaschierten religiösen Weltbeherrschungsanspruch koppelt die Bedrohung von außen mit einer feindlichen Übernahme im Inneren: Die zwei Jihads, sowohl der woke als auch der islamische, wird auf die Dauer für die woke Bewegung fatal enden und stellt gegenwärtig eine unselige Allianz mit einander inkompatibler aber im Judenhass vereinter Blöcke. (JR)

Von Niels Betori Diehl

Wir erleben gerade die dystopisch verzerrte Realisierung von Herbert Marcuses Vision. Der Guru der Frankfurter Schule wollte den Zusammenschluss nicht-integrierter Minderheiten und radikaler Intelligenzija erreicht sehen, mit dem Ziel des totalen Umsturzes der bestehenden Ordnung. Im Jahr 2023 hat sich nun dieses neomarxistische revolutionäre Subjekt im ISIS-Fahnen schwingenden Mob aus Studentenzombies und importierten Jihadisten kristallisiert.

Die maoistische Terrorhelferin und pro-„palästinensische“ Aktivistin Angela Davis, eine ehemalige Studentin und Protegé Marcuses, pries 2005 in einer Würdigung ihres Professors dessen „philosophische Hartnäckigkeit“ - eine Hartnäckigkeit, die wir nun in ihrer unterkomplexen und unbändigen Form sowohl im kollektiven Drang nach Vorherrschaft der woken, identitären Linken, der Angela Davis' theatralische Radikalität als ästhetisches Vorbild dient, als auch im Islam als Ideologie der Eroberung wiederfinden.

Die vor etwa zehn Jahren von Dietmar Dath von oben herab formulierte Bezeichnung der digitalen Bohème als „Lumpenliberale“ greift in einem gewissen Sinne tatsächlich, insofern als sich die vorwiegend weiße neulinke Bourgeoisie und deren zur Creative Class hinstrebenden Sprösslinge vollkommen von Opfernarrativen haben vereinnahmen lassen, die den Kern der Haltung, die wir Wokeness nennen, bilden, und die auch das Weltbild der leicht zu empörenden Allahu-Akbar-Jungmänner bestimmen, welche den Straßen westlicher Hauptstädte zeitweilig einen gewissen Kabuler Charme verleihen.

Die Lust am Opferstatus

Lumpenliberale sind Fußknechte der akademisierten Eliten und sie werden alles fressen, was ihnen vorgeworfen wird, wenn es sie nur darin bestärkt, auf der richtigen Seite zu stehen. Nichts an dem kurzzeitig wieder omnipräsenten und viel belächelten Slogan „Queers for Palestine“ ist aus dieser Perspektive tatsächlich widersinnig, denn sowohl Männern mit lackierten Fingernägeln als auch den „Palästinensern“ kommt ein spezieller Opferstatus zu, dessen Anzweiflung als blasphemisch gilt.

Die Verbrüderung mit dem arabischen Vernichtungsantisemitismus ist für sogenannte Queerfeministen vor allem im Sinne der Intersektionalität zwingend, eine Ende der siebziger Jahre von einer Gruppe lesbischer schwarzer radikaler Feministinnen in Ansätzen bereits entwickelte Analyse der Überschneidungen und des Zusammenwirkens verschiedener Diskriminierungsformen, die eine Hierarchie der Unterdrückten konstituiert. Das von dieser Gruppe verfasste und von Angela Davis' Aktivismus beeinflusste Combahee River Collective Statement von 1977 veranschaulicht sehr



„Linke“ Gruppierungen vereinen sich oftmals im gemeinsamen Hass auf Israel.

klar den Übergang vom Marxismus zur Identitätspolitik - ein Begriff, der hier zum ersten Mal in geschriebener Form erscheint.

In einem Podcast der radikal antizionistischen pro-Assad Plattform Electronic Intifada beschreibt Angela Davis 2014 Intersektionalität als ein Paradigma für „einen Internationalismus, der uns stets dazu anhält, Bezüge zwischen Freiheitskämpfen herzustellen“. Die Solidarisierung mit anderen vermeintlich „unterdrückten“ Gruppen zwingt den Intersektionalisten dazu, Positionen einzunehmen, die nichts mit der eigenen Sache zu tun haben oder der eigenen Agenda aktiv feindlich gegenüberstehen. Wer auf „Queers for Palestine“ sarkastisch mit „Chickens for KFC“ antwortet, verkennt, dass sich die ganzen verunsicherten Antifada-Wohlstandskinder gar nicht in der Lage wähnen, eine Wahl treffen zu können: Die Solidarisierung mit „Palästina“ ist im Sinne der Intersektionalität obligatorisch. Wokeness ist als Kollektivismus zu verstehen, wenn auch als neoliberaler.

Zur Unterdrückterklasse, die das Combahee River Collective bereits klar als den westlichen, weißen, wohlhabenden Mann im Kapitalismus benennt, musste sich bald zwingend auch das „weiß gelesene“ Israel, der „kollektive Jude“ gesellen. Diesem Übel gegenüber stehen die Guten: Frauen, LGBTQ etc. -Menschen, PoCs aus dem globalen Süden und unter ihnen natürlich an erster Stelle die „Palästinenser“ als braune Opfer des Zionismus. Erst 1989 prägte Kimberlé Crenshaw offiziell den Begriff „Intersectionality“ in einem Aufsatz für das Uni-

versity of Chicago Legal Forum, in dem sie die Ansätze des Combahee River Collectives in die Rechtswissenschaften holte - ein wesentlicher Schritt hin zur Institutionalisierung von Identitätspolitik, die sich zwei Dekaden später unter Barack Obama vollziehen wird. Die Obama-Jahre, also die Zeit, als die breite Masse gar nicht wusste, was ihr geschah, und die sozialen Medien noch nicht ihr volles konsensersetzendes Potenzial entfaltet hatten, waren die heimliche Hochzeit der Wokeness, ihr ungestörter Brutkasten.

Obamas fragwürdige Vorbilder

Archivmaterial aus dem Jahr 1991 zeigt den jungen Jurastudenten Barack Obama, wie er während einer Kundgebung an der Harvard Law School vor Transparenten mit der Aufschrift „Diversity Now“ seinen Professor Derrick Bell vorstellt. Bell habe „die Maßstäbe dessen, was ein juristischer Text ist, verändert“, rezitiert Obama in seinem bereits damals schon gekünstelt autoritativ wirkenden Stakkato. In seiner darauffolgenden kurzen Rede erinnert Bell an seinen Status als Harvards erster fest angestellter afroamerikanischer Professor, bevor er beginnt, die Institution für ihre rassistische Vergangenheit zu tadeln. Bell, ein Bewunderer des schwarzen Suprematisten und fanatisch antisemitischen Anführers der Nation of Islam, Louis Farrakhan, der Juden mit Termiten vergleicht, bezeichnete seine konservativ eingestellten schwarzen Kollegen gerne als „Minstrels“ und brachte oft sein erklärtes Motto zum Besten: „Ich lebe, um Weiße zu schikanieren“.

Zusammen mit seiner Studentin Kimberlé Crenshaw, gehörte Bell zu den Pionieren der Critical Race Theory, eine Bewegung von Aktivisten, die unter dem Deckmantel einer pseudowissenschaftlichen Disziplin agiert und die Rassismus als den natürlichen Zustand der Gesellschaft betrachtet. Als Angehöriger einer „minorisierten“ ethnischen Gruppe ist man notwendigerweise Opfer des Systems, während Weiße nur Ausbeuter sein können - ob sie es wollen oder nicht. „Whiteness“ hat dabei nicht zwingend etwas mit Hautfarbe zu tun, sondern ersetzt das, wofür im Ur-Marxismus das Eigentum steht. Whiteness bezeichnet also lediglich eine privilegierte Position. Als Joe Biden im Wahlkampfjahr 2020 während eines Radio-Interviews mit dem schwarzen Moderator Charlamagne Tha God plötzlich ins Mikrofon brüllte, Schwarze, die Trump wählten, seien nicht schwarz, sprachen in Wirklichkeit Bell und Konsorten aus seinem armen Kopf.

Wie es zwei weitere Hauptvertreter der CRT, Richard Delgado und Jean Stefancic selbst formulierten, setzt sich ihre Disziplin zum Ziel, „die Grundlagen der liberalen Ordnung in Frage zu stellen, einschließlich der Theorie der Gleichheit, der Rechtslogik, des Rationalismus der Aufklärung und der neutralen Grundsätze des Verfassungsrechts“. Und wenn CRT als selbsternannte Bewegung von Aktivisten etwas „in Frage stellt“, so sollten wir dieses Infragestellen als den Willen zur totalen Zerstörung verstehen. Was mit einem Amerika geschieht, dessen oberste Führung von einer solch ra-

dikalen Ideologie der gesellschaftlichen Zersetzung beeinflusst ist, können wir gerade beobachten.

Die kontinuierliche Weigerung des FBI, die Muslimbruderschaft, zu der Hamas gehört, als Terrororganisation einzustufen, ist dabei aufschlussreich. Vor allem auch dank Obamas relativistischer außenpolitischer Doktrin, die der geballten Kraft eines vereinten Westens das Gleichgewicht zwischen den unterschiedlichen Weltmächten vorzieht, hat der Islam Amerika immer fester im Griff. Der an Naivität nicht zu übertreffende und von Biden wiederbelebte Atomdeal, der nie den Zweck hatte, Irans Atomwaffenprogramm Einhalt zu gebieten, sollte die Iraner gegenüber Israel stärken und somit motivieren, die regionalen Interessen der USA zu verwalten, damit diese den Nahen Osten hätten verlassen können, um sich Asien zuzuwenden. Die Tatsache, dass die Freigabe von eingefrorenem iranischem Vermögen durch die Biden-Regierung die Iraner aber gerade dazu anspornt, anhand ihrer Proxies im Mittleren Osten einen neuen Vernichtungskampf gegen die Juden zu führen, sollte als Grabstein für die Obama-Doktrin dienen.

Islam-Appeaser in höchsten Kreisen

Im Inneren der USA ist die Unterwanderung weit fortgeschritten. Gruppen wie die Democrat Social Alliance, BLM und Antifa unterstützen radikalislamische Ideen; im Pentagon, in den Geheimdiensten, im Nationalen Sicherheitsrat und im Weißen Haus sitzen Unterstützer dieser Gruppen und ihrer Ziele, wie Maher Bitar und Ariane Tabatabai; in den USA ansässige gemeinnützigen Organisationen und Menschenrechtsgruppen bewahren u.a. Hamas und die „Palästinensische“ Autonomiebehörde davor, für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen zu werden; interreligiöse Gruppen in den Moscheen unterstützen nicht nur die Muslimbruderschaft, sondern pflegen direkte Verbindungen zu ihr.

Im August dieses Jahres wurde der US-Sondergesandte für den Iran, Robert Malley, wegen Spionageaktivitäten für Teheran beurlaubt und seiner Sicherheitsfreigabe entzogen. Was genau geschah, ist nie an die Öffentlichkeit gedrungen. Die Mainstream-Medien haben sich, wie gewohnt, schnell anderen Themen zugewandt. Die pro-iranische Miliz Hisbollah verfügt in allen südamerikanischen Ländern über Terrorzellen und über die de facto offene US-Grenze sind unter Biden vorsichtig geschätzt bereits 8 bis 10 Millionen illegale Einwanderer ins Land gelangt. Vor dem Hintergrund eines Mehrfrontangriffs auf Israel, der droht, sich zu einem Weltkonflikt auszuweiten, erscheinen die USA nicht nur wirtschaftlich geschwächt und durch den Ukraine-Krieg militärtechnisch ausgelagert, sondern in allen Bereichen von Feinden infiltriert, zu denen auch China gehört. Xi Jinpings Solidaritätsbekundung mit „Palestine“ sendet dabei ein beunruhigendes Signal.

Institutionen, Akademien und Unternehmen unterliegen immer stärker dem Diktat von Diversity, Equity und Inclusion. Ziel von DEI ist es, anhand einer Armee von Kommissaren ein neo-sozialistisches System der Umverteilung zu schaffen, das Individuen Gruppen zuordnet und sie gleichstellt. Schon lange geht es nicht mehr um Chancengleichheit, sondern um Ergebnisgleichheit, und um das Zurückführen jeglicher Ungleichheiten auf Diskriminierung. DEI ist nichts anderes als die Bürokratisierung von CRT. Im Mittelpunkt steht die gewohnte Aufteilung der Welt in Un-

terdrücker und Unterdrückte, die unweigerlich Judenhass schürt. Im Jahr 2021 untersuchte die Heritage Foundation die Twitter-Feeds von 750 DEI-Beamten an 65 US-Universitäten und fand heraus, dass 96 Prozent ihrer Tweets zum Thema Israel entweder israelkritisch oder antisemitisch eingestellt waren.

Im Kern propagiert DEI das, was Obamas und Bidens desaströse Außenpolitik auszeichnet: einen Antisexzptionalismus, der mit der Idee Amerikas und dem Willen Israels, allen Widrigkeiten zum Trotz fortzubestehen, wenig anzufangen weiß, und der die bewusste Selbstauflösung des Westens vorantreibt. Wokeness ist ein bereits etablierter Kult, der sich vor dem Hintergrund der dramatisch schwindenden Bedeutung von traditioneller Religiosität just in einer Zeit als Ersatz aufdrängt, in der sich der Westen vor allem durch Massenmigration aus muslimisch geprägten Ländern mit einem spirituellen Krieg konfrontiert sieht, dessen Logik er nicht verstehen will. Die Fusionierung des woken Religionsersatzes mit dem Islam koppelt die Bedrohung von außen mit einer feindlichen Übernahme im Inneren.

Hamas, eine „soziale Bewegung“

Die einflussreiche jüdische Queer-Theoretikerin und Philosophin Judith Butler, die 2006 Hamas und Hisbollah als „soziale Bewegungen, die fortschrittlich sind“ und „die Teil einer globalen Linken sind“ beschrieb, wählt heute moderatere, fast mädchenhafte Töne: „Die Welt, die ich mir wünsche“, schreibt sie am vergangenen 19. Oktober in der London Review of Books, „ist eine Welt, die [...] den tiefsten Wunsch aller [Palästinenser und Israelis] nach einem Zusammenleben in Freiheit, Gewaltlosigkeit, Gleichheit und Gerechtigkeit verwirklichen kann.“ Man hat hier gleich das im Internet viral zirkulierende Wohlfühlbild der zwei sich küssenden Männer vor Augen - der eine Kippa, der andere Keffieh tragend.

Zu Gast im Van Leer Institute in Jerusalem, verfasste Herbert Marcuse 1972 einen vierseitigen Aufsatz, in dem er Israel ein begrenztes Existenzrecht zusprach, das nur einem Israel „für verfolgte Juden“ gelten sollte. Mit der Idee seines eigenen Jüdischseins habe Marcuse sich identifizieren können, „solange die Juden die Underdogs waren“. Jetzt, wo sie zu einem Volk geworden seien, „das auf einem Underdog sitzt“, falle ihm die Identifikation schwerer. Drei Jahre zuvor und kurz vor seinem Tod hatte Theodor W. Adorno Marcuse in einem Brief vor dem „Quanten Wahn“ warnen wollen, den er in der Studentenbewegung hatte aufblitzen sehen. Doch Marcuse, den Adorno „für einen durch Judentum verhinderten Faschisten“ hielt, formulierte weiter seine Ansichten in weitgehender politischer

Übereinstimmung mit dem Studententmob, der Adorno attackiert hatte.

Heute sind der blinde Aktionismus, der intellektuelle Konformismus und die Verachtung des kritischen Denkens, die Adorno in den Studenten erkannt hatte, zu einem Monstrum ungeahnter Proportionen mutiert, zu einer Zusammenrottung autoritärer und totalitärer Kräfte: Zwei Jihads, ein woker und ein islamischer, vereint in ihrem Hass gegenüber Israel. Nirgendwo im Westen ist diese Tendenz augenscheinlicher als in der Kunstszene, in der die Solidarisierung mit den „Palästinensern“ und die Dämonisierung Israels zum guten Ton gehören. Hatte die Documenta Fifteen im letzten Jahr einem breiten Publikum vor Augen geführt, wie systemisch der Antisemitismus im Kunstbetrieb verankert ist, so erleben wir gerade eine Jihadisierung unter den Kunstschaffenden, die nun den günstigen Moment gekommen sehen, alles frei rauszulassen, angefeuert von Mitstreitern und Rekordzahlen an Likes.

Kimberly Drew ist Associate Director und Kuratorin an der Pace Gallery, eine der weltweit renommiertesten Galerien für zeitgenössische Kunst. Am 9. Oktober, an dem Tag also, an dem die tatsächliche Anzahl der ermordeten Jugendlichen auf dem Supernova-Festival bekannt wurde, teilte sie eine Serie von Instagram-Posts, die das Massaker als „die größte jemals durchgeführte palästinensische Befreiungsaktion“ und als „Widerstandsaktion“ im Kampf „für Leben, Würde und Freiheit“ bezeichnete. Als ich Pace mit dem Material konfrontierte, erhielt ich vom Associate Director of Public Relations per E-Mail einen routiniert wirkenden Buchstabensalat als Antwort: „Pace unterstützt eine sinnvolle Redefreiheit und respektvolle Meinungsverschiedenheiten unter seinen Mitarbeitern.“ Welche Gespräche tatsächlich hinter den Kulissen einer Galerie stattfinden, die vom Juden Arne Glimcher gegründet und von seinem Sohn Marc Glimcher geführt wird, kann man sich denken.

BLM und Nation of Islam

Die von subventionierten Meinungsmachern kuratierte öffentliche Wahrnehmung spielt für Unternehmen auch in Personalentscheidungen eine immer größere Rolle: Nachdem die Pace Gallery 2020 inmitten des George-Floyd-Fiebers wegen der fehlenden Diversität ihrer Mitarbeiter in Erklärungsnot geriet, wurde eigens ein zweiköpfiges Team für „Culture & Equity“ zusammengestellt. Auf dieser Welle dürfte die schwarze Aktivistin Kimberley Drew 2022 zu Pace geschwappt sein - eine Welle, deren Hauptauslöser die Black Lives Matter Bewegung war, deren Multimillionen-Dollar Spendenimperium auf Falschinformationen über eine Epidemie von Po-

lizeigewalt gegen Schwarze basierte, die es nie gegeben hat.

BLM macht seit 2013 gemeinsame Sache mit der Nation of Islam und hat durch die Tarnorganisation Council on American Islamic Relations (CAIR) direkte Verbindungen zu Hamas. BLM-Aktivistinnen zogen 2020 durch Los Angeles um Synagogen, Schulen und jüdische Gedenkstätten mit antisemitischen und israelfeindlichen Parolen zu beschmieren, jüdische Geschäfte zu beschädigen und „Tod den Juden“ zu brüllen. Die Randalen, Anschläge und Morde des „Summer of Love“ im selben Jahr - hier in Deutschland vollkommen unkritisch rezipiert als Ausdruck berechtigter Wut - waren durchtränkt von blankem Judenhass.

Dem neuen Antisemitismus ist schwer beizukommen, weil er sich immer mehr die Unantastbarkeit gewisser Identitätsgruppen zunutze macht. Linke Juden sind oft selbst antizionistisch oder werden dazu genötigt, sich gegen ihre existentiellen Interessen zumindest öffentlich als israelkritisch zu geben, wenn sie nicht als Rassisten dastehen wollen. Selbst wer das Grauen als Linker direkt an seiner Haut erlebt hat, zieht womöglich die falschen Schlüsse. In einem Bild-Artikel, der davon berichtet, wie „palästinensische“ Zivilisten aus Gaza sich den Terror-Kommandos der Hamas angeschlossen haben, um mitzumorden und zu plündern, kommt ein Kibbuz-Bewohner zu Wort, dessen Welt seitdem zusammengebrochen ist. „Gaza hat uns betrogen“, sagt er. „Unser Kibbuz war immer sehr links, wir waren immer mit unseren Nachbarn in Kontakt, viele haben hier gearbeitet, wir sind zu ihren Hochzeiten gegangen, wir haben uns immer für ihre Rechte eingesetzt, der ganze Kibbuz hat für Gaza demonstriert - und sie sind uns so in den Rücken gefallen.“

Doch wirklich betrogen haben die „Palästinenser“ sie nicht. Es sind die Menschen aus dem Kibbuz, die sich selbst betrogen haben, weil sie sich aus ideologischen Gründen mit ihrem Todfeind emotional solidarisiert haben. Die Schaffung des „palästinensischen Volkes“ als eigenständige Einheit im Jahr 1967 durch den verdeckten Ermittler für den sowjetischen KGB Jassir Arafat, diente allein dem Zweck, den jüdischen Staat zu zerstören. In „Die Verdammten dieser Erde“ schrieb 1961 der einflussreiche Vordenker des Postkolonialismus Frantz Fanon: „Die Dekolonisation ersetzt ganz einfach eine bestimmte ‚Art‘ von Menschen durch eine andere ‚Art‘ von Menschen. Ohne Übergang findet ein totaler und vollständiger Austausch statt.“ Wer Israel als koloniales Projekt begreift, liest Fanon dementsprechend.

Niels Betori Diehl ist Künstler und lebt in Berlin.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Israels strategischer Imperativ gegenüber dem Iran

Der Anschlag der mörderischen Hamas vom 7. Oktober ist, wie immer deutlicher erkennbar wird, Teil eines strategischen Plans des Mullah-Regimes, den jüdischen Staat, wie seit Langem angedroht, zu vernichten. Die vom Iran finanzierte und militärisch ausgestattete Hisbollah wartet im Libanon auf den Startschuss aus Teheran, um Israel großflächig anzugreifen. Ihr Arsenal umfasst um die 150.000 Raketen und Flugkörper aller Reichweiten. Für Israel ist es überlebenswichtig, die Hamas im Gazastreifen zu vernichten, um eine weitere Bedrohung aus Gaza zu verhindern und der Hisbollah und dem Iran zu zeigen, dass ein Angriff schwerste Konsequenzen für die Angreifer haben würde. (JR)

Von Caroline Glick/JNS.org

Im Moment sieht es so aus, als ob Israel entweder auf Drängen der USA oder aufgrund der operativen Präferenzen der israelischen Verteidigungskräfte dazu neigt, das Problem des von der Hisbollah kontrollierten Libanon auf die lange Bank zu schieben, in der Hoffnung, nicht direkt gegen die mächtigste Stellvertretertruppe des Iran vorgehen zu müssen. Das Argument, das für diesen Ansatz angeführt wird, lautet, dass Israel die Hisbollah davon abhalten wird, es in absehbarer Zukunft anzugreifen, wenn es die Hamas vollständig besiegt und den Gazastreifen in Schutt und Asche legt.

Obwohl dies theoretisch einleuchtend ist, scheint diese Ansicht zwei wichtige Aspekte der strategischen Gleichung zu ignorieren. Erstens müssen wir verstehen, was es bedeutet, dass die Hamas und ihre Partner/Ausbilder/Lieferanten/Bosse im Iran und im von der Hisbollah kontrollierten Libanon diesen Krieg seit zwei Jahren geplant haben.

Da sie zwei Jahre Zeit hatten, sich vorzubereiten, sollten wir davon ausgehen, dass sie alle möglichen Szenarien durchgespielt und geplant haben, einschließlich Israels aktueller Operation im Gaza-Streifen. Israelische Kommentatoren betonen gerne, dass die Hamas zweifellos von der Heftigkeit der israelischen Reaktion auf ihren eintägigen Holocaust überrascht wurde. Angesichts ihrer minutiösen Planung ist diese Behauptung jedoch höchst unwahrscheinlich.

Der zweite Punkt, den wir berücksichtigen müssen, ist die Art unseres Feindes. Hamas, Hisbollah und das iranische Regime scheren sich nicht um die Gesellschaften, die sie kontrollieren. Sie sind Dschihadisten. In ihrem Religionskrieg sind alle Muslime zur Teilnahme verpflichtet. Einige sind dazu bestimmt, Kämpfer und Märtyrer zu sein. Andere sind dazu bestimmt, als menschliche Schutzschilde zu dienen. Der Hamas ist es egal, ob der Gazastreifen in Schutt und Asche gelegt wird, wenn ihr Ziel, Israel in Schutt und Asche zu legen, erreicht wird.

Hisbollah ist gut eingebettet

Das bringt uns zur Hisbollah. Die Kriegsmaschinerie der Hisbollah ist in das zivile Leben des Libanon eingebettet. In fast jeder Wohnung im Südlibanon gibt es einen Raum, in dem Raketen gelagert und gegen Israel abgefeuert werden. Das Gleiche gilt für Schulen, Moscheen und andere zivile Einrichtungen.

Die Hisbollah zeigte am 4. August 2020 ihre mutwillige Gleichgültigkeit gegenüber dem Wohlergehen des Libanon. An diesem Tag ereignete sich im Hafen von Beirut eine Explosion mit nuklearem Ausmaß, als 2.700 Tonnen Ammoniumnitrat, die in einem von der Hisbollah kontrollierten Hafenhanger gelagert waren, explodierten. Der Hafen wurde zerstört, 218 Menschen kamen ums Leben, 300.000 Libanesen wurden obdachlos, und der größte Teil der libanesischen Getreidereserven wurde zusammen mit dem, was von der libanesischen Wirtschaft übrig geblieben war, vernichtet. Die Hisbollah baute nichts wieder auf und zahlte keinen Schadenersatz. Wie üblich



Irans Oberster Führer Ayatollah Ali Khamenei strebt die Vernichtung Israels an.

drohte sie Ermittlern, die vorhersehbar nichts fanden.

Eine der zentralen Fragen im Zusammenhang mit dem 7. Oktober lautet: Warum hat sich die Hisbollah nicht beteiligt? Warum hat die Hamas Israel allein angegriffen?

Eine Erklärung, die von dem Islamexperten Professor Mordechai Kedar und dem Militärexperten Yair Ansbacher präsentiert wurde, besagt, dass die Hamas voreilig gehandelt hat. Das Nova-Musikfestival gleich hinter der Grenze, bei dem Tausende junger, schöner, unbewaffneter jüdischer Frauen und unbewaffneter jüdischer Männer gemeinsam feiern wollten, war für die Dschihadisten der Hamas ein zu verlockendes Ziel, um es zu übergehen.

Medienberichten zufolge besaßen mehrere der am 7. Oktober in Israel getöteten und gefangen genommenen Terroristen militärische Karten, auf denen ein strategischer Militärstützpunkt weit von der Grenze entfernt eingezeichnet war, den sie einnehmen sollten. Wäre der Stützpunkt gefallen, so die Reporter, hätte Israel eine strategische Katastrophe ungeahnten Ausmaßes erlebt.

Sowohl Kedar als auch Ansbacher argumentieren, dass es der Blutausch der Terroristen war, der sie aufgehalten hat. Die Dschihadisten der Hamas waren so begeistert vom Töten, Vergewaltigen, Verbrennen, Entführen und Foltern, dass sie den israelischen Verteidigern Zeit gaben, sich zu organisieren und sie zurückzuschlagen, wodurch sie am Vormarsch gehindert wurden. Indem sie den Vormarsch der Hamas blockierten, überzeugten Israels heldenhafte Ersthelfer die Hisbollah davon, nicht von Norden her anzugreifen.

Katastrophaler Schaden

Vieles spricht für diese Interpretation der Ereignisse. Dennoch spricht die Tatsache,

dass die Invasion zwei Jahre lang geplant wurde, dagegen und bietet zumindest eine andere Erklärung.

In einer in der Claremont Review of Books veröffentlichten Analyse von Israels strategischem Bedrohungsumfeld und -imperativen unterscheidet der Autor und Militäranalyst Mark Helprin die Bedrohung Israels durch die Hamas von der Bedrohung Israels durch den von der Hisbollah kontrollierten Libanon und den Iran.

Die Hamas, so Helprin, ist und war nie eine existenzielle Bedrohung für Israel. Die Hisbollah und der Iran sind existenzielle Bedrohungen für Israel. Das Arsenal der Hisbollah von 150.000 Raketen und Flugkörpern aller Reichweiten und Nutzlasten kann Israels strategische und militärische Infrastruktur sowie seine Wirtschaft dezimieren. Ihre Kurzstreckenraketen reichen aus, um ihre kampferprobte, völkermordende, gut bewaffnete und ausgebildete Radwan-Brigade in die Lage zu versetzen, in Westgaliläa einzufallen.

Wie Helprin feststellte, "hat der Iran die Bedrohung durch die Hisbollah nicht nur im Hinblick auf die von ihm erhoffte Endlösung [d.h. die Vernichtung des jüdischen Staates] aufgebaut, sondern um Israel davon abzuhalten, sich mit einem beginnenden iranischen Atomausbruch zu befassen".

Was diesen Ausbruch betrifft, so hat die Internationale Atomenergiebehörde der Vereinten Nationen Mitte November einen vernichtenden Bericht über das iranische Atomprogramm veröffentlicht. In den vergangenen zweieinhalb Monaten hat der Iran seine illegalen Bestände an 60 % angereichertem Uran um 6,7 Kilogramm aufgestockt. Der Iran verfügt nun über mindestens 128,3 Kilogramm 60% angereichertes Uran, das schnell auf Bombenqualität angereichert werden

kann und zum Bau von drei Atombomben ausreicht.

Darüber hinaus ist die IAEO davon überzeugt, dass der Iran an vier Standorten über nicht deklariertes Nuklearmaterial verfügt. Dem IAEO-Bericht zufolge kooperiert der Iran nicht mit den Inspektoren oder Untersuchungen seiner Nuklearoperationen und beabsichtigt auch nicht, in Zukunft zu kooperieren. Das iranische Regime verwehrt europäischen Nuklearinspektoren aus politischen Gründen den Zugang zu seinen Nuklearanlagen.

Ob mit oder ohne Atomwaffen, Helprin fasste die iranischen Raketenfähigkeiten folgendermaßen zusammen: "Irans mindestens 3.000 ballistische Raketen und landgestützte Marschflugkörper von mindestens 26 Typen, darunter 15 Arten, die Israel erreichen können, mit Sprengköpfen von 1.650 bis 2.200 Pfund. Der Iran scheut sich nicht, Teile dieses Arsenal für Angriffe auf Saudi-Arabien und amerikanische Militärbasen im Nahen Osten einzusetzen, und wird vermutlich noch weniger zurückhaltend sein, wenn es um Israel geht, das er mit der gleichen entmenslichenden Galle betrachtet wie Hitler die Juden in Europa. Israels Raketenabwehr kann zwar einen Raketenbeschuss abschwächen, aber katastrophale Schäden nicht verhindern."

Da die Hisbollah der Schutzschild des Irans gegen israelische Maßnahmen gegen die iranischen Raketen- und Nuklearanlagen ist, argumentiert Helprin vernünftigerweise, dass Israel zuerst die Hisbollah angreifen muss.

Damit sind wir wieder bei der Begründung für die Begrenzung des Krieges auf Gaza: Wenn Israel den Gazastreifen dezimiert und die Hamas vernichtet, wird es die Hisbollah und andere potenzielle Feinde, darunter den Iran, von einem Angriff abhalten.

Die schwächste Front

In den letzten Wochen haben sowohl die Hisbollah als auch die iranische Führung Erklärungen abgegeben, die darauf hindeuten, dass sie bereit sind, die Hamas im Stich zu lassen und ihr nicht zu Hilfe kommen werden. Israelische Analysten interpretieren diese Äußerungen als Beweis dafür, dass Israels Operation in Gaza sie tatsächlich davon abhält, sich zu engagieren.

Aber wir müssen darüber nachdenken, was der Angriff vom 7. Oktober im Rahmen des iranischen Plans für die Vernichtung Israels bedeutet, der seit zwei Jahren in Arbeit ist.

Am 7. Oktober wurde Israel von Wilden in die Knie gezwungen. Die IDF brauchten bis zu 12 Stunden, um kohärent zu reagieren, nachdem sie trotz wochenlanger eskalierender Angriffe der Hamas auf den Grenzzaun von Tausenden von Angreifern überrascht worden waren. Eines der operativen Ziele der Gaza-Operation besteht darin, die Demütigung dieses Tages zu tilgen und Israels Ansehen als mächtige und kompetente Macht in der Region wiederherzustellen. Das Abraham-Abkommen, Israels Friedensabkommen mit Ägypten und Jordanien und die Aussicht auf einen saudi-israelischen Frieden stehen auf dem Spiel.

Seit dem 7. Oktober hat Israel seine operative Kompetenz und nationale Entschlossenheit unter Beweis gestellt. Aber es hat auch seine völlige Unterwürfigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten gezeigt, einer Macht, die von den Nationen der Region weithin als schwindend und verräterisch gegenüber ihren Verbündeten wahrgenommen wird.

Die Biden-Administration untergräbt ihrerseits offen Israels Kampagne, indem sie von Israel verlangt, die Hamas mit so genannter "humanitärer Hilfe" zu versorgen, wozu auch Treibstoff gehört, den die Hamas ganz offen an ihre Streitkräfte weiterleitet. Die Regierung verlangt auch, dass Israel den Krieg auf eine Weise beendet, die den „Palästinensern“ keinen Preis für ihren Blutausch abverlangt.

Die Forderung der Regierung, Israel solle den Gazastreifen nach dem Krieg aufgeben, dem Juniorpartner der Hamas, der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde, erlauben, die Macht auf dem Rücken der IDF-Soldaten zu übernehmen, und sich zur Gründung eines „palästinensischen“ Staates im Gazastreifen, in Judäa und Samaria sowie in Jerusalem verpflichten, ist eine Forderung, mit der Israel den Anhängern und Partnern der Hamas einen strategischen Sieg für ihr Massengemetzel schenkt.

Druck von außen und von innen

Am 11. November wies der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu diese Forderung der USA zurück. Daraufhin teilten US-Beamte und ehemalige Beamte Reportern mit, dass sie die Ersetzung der Regierung durch "gemäßigere" Akteure anstreben. Mit anderen Worten: Um einen strategischen Sieg der „Palästinenser“ zu sichern, versuchen die USA, die israelische Regierung mitten im Krieg zu stürzen. Die plötzliche Ankündigung des Oppositionsführers Yair Lapid, Netanjahu stürzen zu wollen, deutete sofort darauf hin, dass die Erklärungen der USA Teil eines mit der politischen Linken Israels und verärgerten Likud-Abgeordneten

abgestimmten Versuchs sind.

Was den Libanon betrifft, so verzichteten Netanjahu und das Kriegskabinetten Berichten zufolge darauf, einen Präventivangriff auf die strategischen Einrichtungen der Hisbollah zu befehlen, da der Großteil der israelischen Streitkräfte in Gaza konzentriert ist und die USA Druck ausüben. Präsident Joe Biden und seine Top-Berater haben sich offen gegen jede nennenswerte Anstrengung der IDF ausgesprochen, die existenzielle Bedrohung, die die Hisbollah darstellt, zu verringern.

Jeder, der die offene Zusammenarbeit der Biden-Administration mit den oppositionellen Kräften beobachtet hat, die Netanjahu seit Bekanntwerden der Wahlergebnisse vom November 2022 von der Macht verdrängen wollen, konnte den aktuellen Stand der Dinge leicht voraussehen. Und sie wurden zweifellos von Israels Feinden in Betracht gezogen, als sie in den Monaten vor dem 7. Oktober den aktuellen Krieg ausspielten.

Viele, darunter auch Netanjahu, haben argumentiert, dass das strategische Ziel der Hamas-Invasion darin bestand, den aufkeimenden Frieden zwischen Israel und Saudi-Arabien sowie die vollständige wirtschaftliche und strategische Integration Israels in die Region zu untergraben. Er und andere haben argumentiert, dass der Erfolg dieser Integration vom Sieg Israels in diesem Krieg abhängt. Dies ist richtig.

Aber es stimmt auch, dass Gaza nur eine Front - und die schwächste - in Irans Krieg gegen Israel ist. Wenn Israel die Hamas und den Gazastreifen zerstört, aber die Hauptfronten unversehrt lässt, wird es keine Abschreckung gewinnen, weil

es nicht gewonnen hat. Um den Krieg zu gewinnen, kann Israel ihn erst dann beenden, wenn es die strategische Fähigkeit der Hisbollah dezimiert hat, den jüdischen Staat durch einen kombinierten Raketenangriff und eine Bodeninvasion zu zerstören. Und auch das muss als Sprungbrett zum Sieg über den Iran betrachtet werden, entweder indem das iranische Volk in die Lage versetzt wird, das Regime zu stürzen, oder indem die iranischen Raketen- und Nuklearkapazitäten massiv geschwächt werden, oder beides.

Helprins Behauptung, Gaza sei keine existenzielle Bedrohung, ist in einem Punkt falsch: Der Angriff, den Israel am 7. Oktober erlitt, war so massiv, dass er Israels Fähigkeit, sich zu verteidigen und zu überleben, in Frage stellte. Infolgedessen ist es für Israel von existenzieller Bedeutung, die Hamas vollständig auszulöschen. Um jedoch zweifelsfrei zu beweisen, dass Israel überleben wird, muss es der Hisbollah und dem Iran die Möglichkeit nehmen, das Land weiterhin zu vernichten. Jedes militärische Ergebnis, das nicht erreicht wird, wird dort nicht als Sieg gewertet werden, wo es darauf ankommt - in den Köpfen von Israels Partnern und Feinden.

Caroline B. Glick ist die leitende Redakteurin von Jewish News Syndicate und Gastgeberin der „Caroline Glick Show“ auf JNS. Außerdem ist sie diplomatische Kommentatorin für den israelischen Sender Channel 14 und Kolumnistin für Newsweek. Glick ist Senior Fellow für Angelegenheiten des Nahen Ostens am Center for Security Policy in Washington und Dozentin am Israel's College of Statesmanship.

IDF weitet Bodenoffensive auf südlichen Gazastreifen aus

Die israelischen Streitkräfte haben nach dem Bruch der Feuerpause durch die Hamas ihre Bodenoffensive am 2. Dezember im südlichen Gazastreifen, nördlich der Stadt Khan Yunis, begonnen. Dies ist die einzig konsequente Antwort auf die weiterhin andauernde Geiselnahme und den erneuten Raketen-Beschuss der Hamas auf Israel und seine Menschen. Da die Hamas keine weiteren Geiseln mehr frei ließ, und die Feuerpause verletzt, verstärkt die IDF nun den Druck auf die islamischen Terroristen. Anders als die Hamas, die ohne Vorwarnung unbeteiligte Zivilisten überfallen, über 1200 Menschen abschlachtete und sogar Baby ermordete, informiert Israel die Zivilisten in Gaza detailliert über ihre anstehenden Aktionen und zeigt und bietet ihnen sichere Korridore für ihre Flucht aus den jeweiligen Kampfzonen. (JR)

JNS.org

IDF-Bodentruppen haben am 2. Dezember damit begonnen, die terroristische Infrastruktur der Hamas im südlichen Gazastreifen, um die Stadt Khan Yunis, anzugreifen, sagte IDF-Stabschef Generalleutnant Herzi Halevi am 3. Dezember.

„Sie wird nicht weniger stark sein als [die Operationen im nördlichen Gazastreifen], sie wird keine geringeren Ergebnisse haben“, erklärte er und fügte hinzu: „Die Hamas-Kommandeure werden überall mit den IDF konfrontiert werden.“ „So wie wir im Norden des Gazastreifens kraftvoll und gründlich operiert haben, haben wir jetzt die Möglichkeit, dies auch im Süden des Gazastreifens zu tun“, so Halevi weiter.

Die israelischen Truppen lieferten sich am Samstag, 2. Dezember, schwere Bodenkämpfe in der Nähe von Khan Yunis, nachdem Geheimdienstinformationen aufgedeckt hatten, dass sich Hamas-Führer in der Stadt, dem zweitgrößten Stadtgebiet im Gazastreifen nach Gaza-Stadt, verschanzt hatten, so der IDF-Chef weiter.

Erneuter Raketenbeschuss aus Gaza

Die IDF nahmen am Morgen des 1. Dezembers die Kampfhandlungen im Gazastreifen wieder auf, nachdem die Hamas eine einwöchige Feuerpause gebrochen und Raketen auf den jüdischen Staat abgefeuert hatte.



Die IDF verstärkt den Druck auf die Terroristen der Hamas.

Verteidigungsminister Yoav Gallant sagte in der Nacht zum 2. Dezember, dass das Ziel Jerusalems, die Hamas zu zerschlagen, unverändert bleibe.

„In den letzten beiden Tagen haben wir in Gebieten operiert, in denen wir im letzten Monat nicht aktiv waren, und das wird sich ausweiten und intensivieren“, sagte er. „Diese Operation wird jeden Punkt erreichen, der erreicht werden muss. Wir streben die absolute Vernichtung der Terrororganisation Hamas an.“

„Die IDF hat den Kampf mit voller Kraft wieder aufgenommen - wir machen

genau da weiter, wo wir aufgehört haben“, so Gallant weiter. „Wir behalten die Ziele dieses Krieges im Auge: die Hamas zu besiegen, ihre Regierungs- und Militärcapazitäten zu zerstören - und der Hamas nicht zu erlauben, ihre Herrschaft über Gaza fortzusetzen - und die Geiseln in ihre Häuser zurückzubringen.“

Information der Zivilbevölkerung

Der arabischsprachige Sprecher der IDF, Oberstleutnant Avichay Adraee, sagte am Sonntag, 3. Dezember, dass das Militär die Evakuierung der „Palästinenser“ im

Vorfeld der Ausweitung der Bodenoperation auf den südlichen Gazastreifen fortsetze.

Die IDF hat eine Karte veröffentlicht, auf der das Gebiet in zahlreiche kleine Zonen unterteilt ist, die dazu dienen sollen, die Zivilbevölkerung über bevorstehende Kampfhandlungen zu informieren.

„Die Menschen in Gaza sind nicht unsere Feinde. Aus diesem Grund führen die IDF kontrollierte und gezielte Evakuierungen durch, um sie so weit wie möglich aus den Kampfgebieten zu entfernen“, so das Militär in einer Mitteilung an die Bewohner des Gazastreifens.

Wie die IDF am 3. Dezember mitteilte, hat eine Sondereinheit der israelischen Luftwaffe rund 10.000 terroristische Einrichtungen im Gazastreifen angegriffen, seit die Hamas den Krieg mit ihrer Invasion am 7. Oktober begann, bei der mehr als 1.200 Menschen im Südwesten Israels getötet wurden.

Zu den Luftangriffen am ersten Dezember-Wochenende gehörte eine „umfangreiche“ Welle von mehr als 50 Angriffen auf die Infrastruktur der Hamas im Gebiet von Khan Yunis.

Die israelischen Streitkräfte haben seit Beginn des Krieges mehr als 800 unterirdische Tunnelschächte ausfindig gemacht und rund 500 davon zerstört, teilten die IDF mit und fügten hinzu, dass viele Kilometer der Tunnelrouten gesprengt worden seien.

Israel-Mythen: Die größten Lügen im Faktencheck

Seit seiner Staatsgründung 1948 ist der jüdische Staat mit Angriffen auf sein Staatsgebiet und massiver anti-zionistischer und anti-jüdischer Propaganda konfrontiert. Geschichtsrevisionistische Lügen und der Mythos von einem „palästinensischen“ Volk sollen das Existenzrecht Israels in Frage stellen. Ein sachlicher Faktencheck entlarvt all diese Lügen. (JR)

Von Liyun Gothóni

Nach dem Zivilisationsbruch der Hamas am 7. Oktober und dem Massaker an 1.400 israelischen Männern, Frauen und Kindern, der Geiselnahme von ca. 240 Zivilisten und der direkten militärischen Antwort der Israel Defence Forces, sind anti-israelische Propagandamythen präsender als jemals zuvor. In diesem Artikel wurden die gängigsten anti-israelischen „Mythen“ aufgegriffen und diese widerlegt.

1. „Die ca. 7 Millionen Juden in Israel sind überwiegend weiße, europäische Siedler“

Fakt ist: Die meisten Juden in Israel sind Nachfahren der Mizrahi (arabischstämmige Juden, die 1948 aus den arabischen Ländern vertrieben wurden) oder sind aus „Mischehen“ der vielen jüdischen Gruppierungen entstanden und bilden so eine unglaubliche Diversität dar, wie es sie sonst nirgendwo auf der Welt gibt. Dazu kommen noch die etwa 2 Mio. arabischen Moslems, die ebenfalls israelische Staatsbürger sind.

2. „Israel will keinen Frieden“

Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Seit der erneuten Staatsgründung im Jahre 1948 und bereits zuvor gab es unzählige Angebote, um Land gegen Frieden zu tauschen. Seit 1920 gab es insgesamt 8 Angebote das britische „Mandatsgebiet Palästina“ zu teilen. Während die Juden sich mit lediglich 20 % des britischen Mandatsgebiets zufriedengaben, lehnten die Araber jeden Schlichtungsversuch ab und verübten immer wieder grausame und brutale Pogrome an jüdischen Mitbürgern. Alle weiteren Angebote wurden von israelischer Seite angenommen und von arabischer Seite abgelehnt, da ausnahmslos jede Führung oder autonome Regierung der „Palästinenser“ keinen jüdischen Staat als Nachbarn akzeptieren wollte und das ganze Land für sich beanspruchte – bis heute.

3. „Die Nakba ist die Vertreibung von 700.000 Palästinensern“

Die Wahrheit: Viele der arabischen Führer drängten die „Palästinenser“ dazu das Land „kurzfristig“ zu verlassen, um nach dem „glorreichen Sieg im Krieg“ wieder nach Hause zurückzukehren, welcher aber niemals kommen sollte. Israel gewann den Unabhängigkeitskrieg von 1948 und die falschen Versprechen der arabischen Führer waren schlussendlich nur leere Worte. Doch selbstverständlich muss man die Faktenlage betrachten.

Ende der 1940er-Jahre flohen nach UN-Angaben 750.000 Araber aus Israel, während zur selben Zeit fast eine Million Juden aus arabischen Ländern vertrieben wurden. Auch wenn die Zahl 750.000 wahrscheinlich komplett falsch ist, ist es dennoch korrekt, dass heute 5,5 Millionen Araber den Status als „Palästinensischer Flüchtling“ genießen und von der internationalen Gemeinschaft finanziert werden.

Jordanien, Syrien und der Libanon sorgen seit 75 Jahren dafür, dass die „Palästinenser“ in ihren Flüchtlingslagern bleiben und auf keinen Fall integriert werden. Während man in der arabischen Welt viel von „Solidarität“ hört, werden sie überall in der arabischen Welt de facto als Men-



Die jüdische Geschichte Jerusalems und der Region wird von vielen Arabern geleugnet.

schen 2. Klasse behandelt. Sie dürfen nicht wählen, oft nicht einmal legal arbeiten und haben nichtmal einen Pass. Wenn man sich dazu noch anschaut, was radikal-„palästinensische“ Terrorgruppen in den 1970er Jahren beispielsweise in Jordanien angerichtet haben, ist es kaum verwunderlich, dass der ägyptische Premierminister, Mustafa Madbouly, erst vor wenigen Wochen auf einer Pressekonferenz sagte, dass Ägypten bereit wäre „Millionen von Leben zu opfern“, um auch nur einen einzigen „palästinensischen“ Flüchtling aus Gaza an der Einreise nach Ägypten zu hindern. Böse Zungen mögen behaupten, dass die Worte des Premierministers und die komplette Schließung des Grenzübergangs in Rafah zu „radikal“ seien. Wenn man die komplexe Thematik aber etwas genauer betrachtet, ist diese ablehnende Haltung Kairo gegenüber den „Palästinensern“ durchaus nachvollziehbar. Die Hamas gehört zur Muslimbruderschaft, welche unter anderem in Ägypten regierte, bis eine der größten Protestbewegungen der Neuzeit sich gegen die Islamisten stellte und diese schlussendlich stürzte. Die arabische Welt mag sich mit leeren Phrasen womöglich mit den „Palästinensern“ solidarisieren, aber kommt es darauf an Worten auch Taten folgen zu lassen, sucht man vergeblich.

4. „Israel wurde nur wegen des Holocausts ein Staat“

Fakt ist: im Jahre 1917 hat der britische Diplomat Arthur Balfour die berühmte „Balfour-Deklaration“ geschrieben, die den Juden eine gesicherte Heimstätte in ihrer historischen Heimat „Eretz Israel“ versprochen hat. Auch in den 1920ern und 1930ern wurde intensiv über einen jüdischen Staat diskutiert – noch viele Jahre vor dem Holocaust. Die Idee einer gesicherten Heimstätte für Juden stammte von Theodor Herzl, der den wachsenden Antisemitismus mit Sorge

betrachtete und so mit seinem Werk „Der Judenstaat“ aus dem Jahre 1895 den Zionismus gründete. Bereits davor gab es jüdische Migrationswellen in das damals noch osmanisch-kontrollierte Land. Die Idee, dass die Vereinten Nationen den Juden nach der Shoa einfach so Territorium ohne ethnokulturellen und geschichtshistorischen Bezug „geschenkt“ haben, entzieht sich jeder Logik und Faktenlage.

5. „Israel ist ein imperialistischer Staat, der seine Staatsgrenzen immer aggressiver erweitern will“

Seit 1948 hat Israel sein Staatsgebiet tatsächlich vergrößert. Dieser territoriale Zuwachs war jedoch das Ergebnis wiederholter Aggression der arabischen Staaten gegen Israel: 1967 wurde das Land von einer gewaltigen Übermacht von 5 arabischen Armeen angegriffen und konnte, zur Überraschung der gesamten Welt, innerhalb von 6 Tagen sowohl Ostjerusalem als auch den Rest von Judäa und Samaria (Westjordanland), als auch die Golanhöhen und die Sinai-Halbinsel einnehmen. Die Sinai-Halbinsel wurde Jahre später im Tausch gegen Frieden an Ägypten zurückgegeben – trotz der massiven Ölvorkommen in der Region.

Hätten die arabischen Staaten keine Kriege angefangen, hätte Israel auch nicht die Kontrolle über diese Gebiete gewonnen, welche zudem noch eine wichtige historische Bedeutung für das jüdische Volk haben – insbesondere die Klagemauer und der Tempelberg in Ostjerusalem, die während der jordanischen Besatzung von 1948-1967 für Juden nicht zugänglich waren. Dazu noch weitere, wichtige jüdische Bezugspunkte wie beispielsweise Hebron befinden sich lediglich aufgrund arabischer Aggression unter israelischer Kontrolle.

Seit dem 7. Oktober sind die Rufe „From the River to the Sea - Palestine will be free“, was im Umkehrschluss die Zerstörung des Staates Israel und den Mas-

senmord an seinen jüdischen Bewohnern zur Folge hätte, immer lauter und radikaler geworden. Selbst wenn die jüdisch-israelische Bevölkerung bei einem solchen Szenario mit dem Leben davon kommen würde, gäbe es massenhafte Vertreibungen oder die Juden würden in einem arabischen Apartheidstaat unter massiver Unterdrückung leben.

6. „Jesus war ein Palästinenser“

Das ist vielleicht das Absurdeste von allen „Argumenten“. Jesus kam aus dem historischen Judäa und lebte unter römischer Besatzung – die Bezeichnung „Palästina“ zwangen die Römer der Region erst 100 Jahre nach Jesus' Tod im Jahre 135 auf, um die Rebellion der Juden zu bestrafen. Das Wort „Palästina“ bezieht sich auf die „Philister“, historische Feinde der Juden, von denen man schon im Alten Testament liest – sie haben nichts mit den Arabern zu tun, die sich erst seit den 1960er Jahren „Palästinenser“ nennen, welches uns gleich zum nächsten Mythos führt.

7. „Das sogenannte ‚palästinensische‘ Volk“

Ende der 1960er Jahre gelang es dem damaligen PLO-Chef und ägyptischen Terroristen Yassir Arafat mit der erfolgreichsten Propagandalüge der Geschichte den Begriff der „Palästinenser“ für die Araber in dieser Region einzuführen. Selbst in Papieren der Vereinten Nationen wird das „britische Mandatsgebiet Palästina“ als Land für die Juden und Muslime beschrieben. Abgesehen davon stammt der Name „Palästina“ aus dem römisch-lateinischen und wurde zum ersten Mal benutzt, als die Römer eine jüdische Revolte während ihrer Besatzung niederschlugen, die Juden in die Diaspora vertrieben und Judäa nach den größten Feinden der Juden benannten: Den Philistern, welche aber keine Araber, sondern europäische Invasoren waren. Diese Umbenennung Judäas in „Syria-Palaestina“ sollte eine zusätzliche Demütigung für die Juden darstellen und ihre Identität ein für alle Mal auslöschen. Ein weiteres Beispiel: Die Römer nannten die jüdische Stadt „Shechem“ in „Neapolis“ um - römisch-latein für „neuer Ort“ oder „neue Stadt“. Heute heißt die Stadt Nablus und ist Teil der „Palästinensischen Autonomiegebiete“. Ein weiteres Indiz dafür, dass eine „Palästinensisch-Arabische“ Identität und Geschichte erst seit relativ kurzer Zeit existiert.

8. „Israel blockiert den Gazastreifen und begeht einen Völkermord“

Die Blockade gegen Gaza ist eine nachvollziehbare Maßnahme – solange die Hamas fast wöchentlich Israel mit Raketen angreift und sich seit dem 7. Oktober mit Israel im Krieg befindet. Durch die gegebenen Umstände haben Israel und auch Ägypten keine andere Wahl als den Gaza-Streifen zu blockieren. Trotzdem schickte Israel bis zum 6. Oktober jeden Tag Unmengen an humanitären Lieferungen – trotz des bereits damaligen de-facto-Kriegszustandes mit der Hamas. Die Behauptung, Israel würde einen „Völkermord“ begehen, lässt sich nicht halten: Die Bevölkerung in Gaza wächst seit Jahren exponentiell und wenn Israel einen „Völkermord“ begehen wollen würde, wäre dieser Krieg

direkt am 7. Oktober vorbei gewesen und es würde kein einziger Mensch mehr im gesamten Gazastreifen leben. Israel hat sowohl die Lufthoheit als auch eine der modernsten Armeen weltweit. Der Krieg zieht sich nur so lange hin, weil Israel sich an höhere, moralische Standards hält und sich um Zivilisten kümmert, diese rechtzeitig informiert und evakuiert. Mit Mitarbeitern von Krankenhäusern kooperiert und Verwundete in sicherere Krankenhäuser transferiert. Israel führt diesen Verteidigungskrieg so „fair“, wie man einen Krieg überhaupt nur führen kann. Ob andere Staaten auf der Welt genauso reagieren würden, wenn sie auch nur einen Bruchteil des Terrors der letzten 75 Jahre durch die „Palästinenser“ durchgemacht hätten? Aber weil es sich hier um den einzigen, jüdischen Staat handelt, wird mit zweierlei Maß gemessen und Israel wird doppelt bis dreifach so kritisch beäugt - seitens der Medien, seitens der Vereinten Nationen und seitens der WHO.

9. „Die ‚Zionisten‘ kamen nach dem Holocaust, haben ‚Palästina‘ besetzt und keinerlei Anrecht auf das Land“

Fakt ist: „Palästina“ war nie ein souveräner Staat, sondern ein multiethnischer Landstrich unter verschiedenen Besatzungen (Lange Zeit unter Kontrolle der Osmanen und ab 1918 bis 1948 unter Kontrolle der Briten). Fakt ist: Israel ist der dritte jüdische Staat in der Region mit 3.000 Jahren Geschichte – im Vergleich dazu gab es noch nie einen arabischen oder muslimischen Staat in dieser Region.

10. „Durch die Besetzung des Westjordanlandes wurde den ‚Palästinensern‘ ihr Land gestohlen“

Auch das ist historisch falsch. Nach dem Teilungsplan für das britische Mandatsgebiet wurde durch die Gründung Jordaniens bereits ein arabischer Staat geschaffen. Ca. 75 % der Bevölkerung Jordaniens sind „Palästinenser“ und sind ethnisch gesehen absolut identisch. Wenn man so will, gibt es bereits eine „Zwei-Staaten-Lösung“: Israel und Jordanien.

11. „Die Israel Defence Force betreibt einen Genozid an den ‚Palästinensern‘“

Um auch diese Lüge zu widerlegen, eignet sich der aktuelle Krieg im

Gazastreifen und auch die vorherigen Verteidigungskriege. Vor jedem gezielten Schlag gegen ein durch Hamas-Terroristen infiltriertes Gebäude hat die IDF tausende Menschen in der unmittelbaren Nähe informiert, dass in der Nähe eine Bombe auf einem Terrorstützpunkt landen könnte, damit sie genug Zeit hatten, sich in Sicherheit zu begeben. Der Sprecher der IDF Daniel Hagari hat Tage vor dem kritischen Punkt der Bodenoffensive eine Ansprache an die „palästinensische“ Bevölkerung im Norden des Gazastreifens gehalten und sie darum gebeten, in den Süden Gazas zu fliehen. Die Evakuierung der dortigen Zivilbevölkerung wurde sogar durch die IDF durchgeführt. Noch nie in der Geschichte hat eine Armee ihre „Feinde“ im Vorfeld gewarnt und Zivilisten evakuiert, um möglichst viele Todesopfer zu vermeiden.

12. „Die Menschen im Gaza-Streifen sind allesamt unschuldige Opfer des Konflikts und keine Mittäter“

Selbstverständlich sind in erster Linie die Geldgeber im Ausland und die Hamas selbst verantwortlich für den Terrorismus, der die Region seit Ewigkeiten plagt. Doch gerade im Westen ist die Differenzierung zwischen politischen Verantwortlichen und der Bevölkerung auf einmal unglaublich wichtig. Doch wenn man einmal den historischen Vergleich zieht, hat es eine derartige Differenzierung zur Zeit der Nazi-Barbarei nicht gegeben. Geht es um den 2. Weltkrieg und den Holocaust ist stets von den „Nazis“ die Rede - maximal noch von „Mitläufern“, aber nie wirklich von unschuldigen Zivilisten, welche keinerlei Verantwortung tragen. Bereits in der Kindeserziehung wurde der Terrorismus gegen Israel jahrzehntelang als heldenhafter „Befreiungskampf“ zelebriert und die Terroristen der übelsten Sorte zu „Märtyrern“ ernannt.

13. „Israelis verletzen Menschenrechte, misshandeln ‚Palästinenser‘ und inhaftieren sie ohne Grund“

Die Organisation Amnesty International, welche durch starke anti-israelische Propaganda letztes Jahr berüchtigt wurde, beschuldigt Israel der „Apartheid“, der Diskriminierung und Folter arabischer Gefangener. Ein schwerer Vorwurf, wenn man an die schmerzhaften Erinnerungen der nicht-weißen Bevölkerung in Südafrika bevor 1994 zurückdenkt. In Wahrheit haben die ca. 2 Millionen Araber mit israelischer Staatsangehörigkeit die gleichen Rechte wie die jüdischen Israelis. In Israel kann ein arabischer Richter einen jüdischen Politiker ins Gefängnis schicken, was auch bereits geschah! Arabische Muslime haben hohe Ämter in der Politik, im Militär, in der Justiz etc. inne. Da stellt sich doch einem glatt die Frage: In welchem „Apartheidsstaat“ war so etwas jemals der Fall? Israel behandelt all seine Staatsbürger und all seine ethnischen Gruppierungen gleich. Das ist in folgenden Staaten, wie Indien, Russland, Myanmar, Afghanistan, China und in vielen weiteren nicht der Fall. Seltsamerweise hat man bezüglich dieser Staaten noch nie auch nur einen Vorwurf der „Apartheid“ gehört. Da stellt sich erneut die Frage: Warum ausgerechnet nur bei dem einen jüdischen Staat?

Vor allem ist aber anzumerken, dass israelische Araber mehr Rechte in Israel, wohl gemerkt einem jüdisch geprägten Staat, genießen, als in jedem anderen arabischen bzw. muslimischen Staat auf der Welt. Das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit wurde sehr deutlich, als Premierminister Netanjahu seine Justizreform durchsetzen wollte. Hunderttausende Israelis gingen auf die Straßen und mussten zu keinem Zeitpunkt befürchten, als politische Oppositionelle staatliche Repressionen zu befürchten. Wo ist so etwas sonst im nahen Osten möglich? Richtig. Nirgendwo.

14. „Deutsche Medien bevorzugen Israel oder berichten neutral über den Nahen Osten“

Insbesondere die öffentlich-rechtlichen Sender bemühen sich angeblich um eine „Neutralität“ in der Berichterstattung. Das führt dazu, dass Hamas-Sympathisanten ihre Plattform in Talkshows kriegen, um zu erklären, warum man sich über

die Massaker am 7. Oktober letztendlich doch sehr freuen oder diese zumindest nicht verurteilen werde. „Journalisten“ und politische Kommentatoren sprechen dann auch immer von „Freiheitskämpfern“ und nicht von „Terroristen“. Das ist nur ein Beispiel für die einseitige und anti-israelische Nahost-Berichterstattung vieler deutscher Medien. In den meisten Moderationen der Fernsehsender ist ein Misstrauen und gar eine Feindseligkeit deutscher Journalisten gegenüber dem jüdischen Staat Israel zu hören.

15. „Die Terroranschläge und der aktuelle Krieg sind lediglich ein Nahost-Problem und sie betreffen Europa nicht“

Wer Schriften und Reden der radikalen Islamisten studiert oder sich die Entwicklungen der letzten Jahre anschaut, kann nur zu dem Ergebnis kommen, dass der „ungläubige, dekadente Westen“ insgesamt als Feind seitens der muslimischen Welt betrachtet wird, den es gilt zu erobern. In Israel geht es immer wieder auch um die Zukunft des freien, demokratischen Westens. Deshalb gilt: Die Verteidigung des Westens beginnt in Israel, denn sollten Hamas und Hisbollah dort obsiegen, würde der Islamismus expandieren in einer Art und Weise, wie wir es uns kaum vorstellen können. Dann hätten wir in wenigen Jahren Zustände wie in Aschkelon, Eilat etc. auch in Paris, London und Berlin. Das kann unmöglich irgendjemand im Westen wollen.

Fazit:

Die Auflistung und die Widerlegung einer Vielzahl an anti-israelischer bzw. anti-jüdischer Propagandalügen sollte aufzeigen, welchen Erfolg die Anti-Israel-Lobby bereits hatte, aber dafür ist dies umso mehr ein Aufruf an alle Leser, diese Lügen nicht mehr zu glauben und Nachrichten bezüglich Israel grundsätzlich zu hinterfragen und selber noch einmal zu prüfen.

Liyun Gothóni kommt aus Berlin und arbeitet als Publizist und politischer Kommentator mit Schwerpunkt auf den Nahostkonflikt.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiost – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiost haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 4,25 Euro statt 4,95 Euro am Kiosk, das Jahresabo 49,75 Euro statt 57,50 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Der moralische Bankrott von IfNotNow

Die linke Organisation „IfNotNow“ ist amerikanisch, jüdisch und Israel-feindlich. Das selbsterklärte Ziel dieser antizionistischen Bewegung ist, „die amerikanische Unterstützung der israelischen Apartheid zu beenden“. Bei einem Webinar Ende November mit dem Titel „Jews for Ceasefire“ verharmlosten und legitimierten IfNotNow-Aktivist*innen den bestialischen völkermörderischen Angriff der Hamas auf israelische Zivilisten und die Ermordung und Enthauptung von Kindern am 7. Oktober als Akt des „Widerstands“. Zudem präsentierten sie einen ganzen Katalog erfundener israelischer Übergriffe auf die sogenannten „Palästinenser“, verschwiegen aber gleichzeitig die jüdischen Opfer tatsächlicher arabischer Angriffe. Diese Auslassung ist beabsichtigt und dient dem Ziel, die legitimierten militärischen Defensivoperationen der IDF im Gazastreifen als unberechtigt zu kriminalisieren und als unprovokierten Angriffsakt zu verleumden. (JR)

Von Paul Schneider/JNS.org

Ende November nahm ich an einem Webinar mit dem Titel „Jews for Ceasefire“ teil, das von den jungen jüdischen Antizionisten von IfNotNow präsentiert wurde. Es wurde von einer ersten jungen Frau namens Gen moderiert (IfNotNow-Aktivist*innen verwenden oft nicht ihre Nachnamen), die zunächst das bekräftigte, was die Gruppe als ihr Hauptziel bezeichnet: „die amerikanische Unterstützung der israelischen Apartheid zu beenden“. Sie fuhr fort zu betonen, dass alle von IfNotNow vertretenen Positionen „tief in der jüdischen Tradition verwurzelt“ seien. Um dies zu beweisen, rief sie Rabbi Monica Gomery auf, die ein Gebet sprach und die Arbeit der Gruppe enthusiastisch lobte.

Als nächstes war Noa an der Reihe, eine junge Frau, die sagte: „Ich werde uns im Moment verwurzeln“. „Der Moment“ beinhaltete jedoch nicht den völkermörderischen Angriff der Hamas auf israelische Zivilisten am 7. Oktober. Noa sagte dazu überhaupt nichts. Stattdessen präsentierte sie eine Litanei von angeblichen israelischen Übergriffen auf „Palästinenser“. Diese Auslassung schien beabsichtigt zu sein, denn sie trug dazu bei, die militärischen Defensivoperationen der IDF im Gazastreifen als unprovokierten Angriffsakt darzustellen.

Euphemismus für zweiten Holocaust

Nach Noa kam ein junger Mann namens Boaz zu Wort. Er gestand scheinbar, dass sein Großvater an der „Nakba“ beteiligt war. Was er meinte, war, dass sein Großvater Soldat im israelischen Unabhängigkeitskrieg war. Für Boaz war die Beteiligung seines Vaters an den erfolgreichen Bemühungen Israels, einen zweiten Holocaust zu verhindern, eine Quelle der Scham, nicht des Stolzes. Wie er erklärte, versuchte er, seine Schuld zu verarbeiten. Auf einem Plakat hinter ihm stand der Slogan „Palästina wird frei sein“, ein beliebter Euphemismus für diesen zweiten Holocaust.

Nach Boaz' Selbstgeißelung folgte der Höhepunkt des Webinars - ein Auftritt der Abgeordneten Rashida Tlaib. Tlaib ist schon seit einiger Zeit eine Verbündete von IfNotNow. Tatsächlich begann die Führung der Gruppe mit Tlaib zusammenzuarbeiten, bevor sie in den Kongress gewählt wurde. Während ihres Vortrags bezeichnete Tlaib sie als ihre „Geschwister“.

Mit einem T-Shirt mit der Aufschrift „Gerechtigkeit von Detroit bis Gaza“ - ein Slogan, der Israel fälschlicherweise mit den Kontroversen um Polizeibrutalität in den USA in Verbindung bringt - erklärte Tlaib, der Kongress müsse einen Waffenstillstand in Israels Krieg gegen die Hamas fordern und „die Finanzierung von Kriegsverbrechen einstellen“. Wie ihre IfNotNow-Unterstützer erwähnte auch Tlaib den Anschlag vom 7. Oktober oder die von der Hamas festgehaltenen Geiseln mit keinem Wort.



IfNotNow-Mitglieder riefen bei einer Kundgebung in Washington, D.C. am 18. Oktober zu einer Feuerpause im Krieg zwischen Israel und Hamas auf.

Es scheint die Führer von IfNotNow nicht zu stören, dass das Repräsentantenhaus Tlaib gerade für ihren völkermörderischen Aufruf zur Befreiung „Palästinas“ vom Fluss bis zum Meer gerügt hatte. Tatsächlich wiederholen die IfNotNow-Führer denselben Aufruf in ihren Schulungen. Diese Schulungen unterstützen auch die Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS), die darauf abzielt, Israel wirtschaftlich zu strangulieren, sowie das so genannte „Recht auf Rückkehr“, das darauf abzielt, den jüdischen Staat demographisch zu eliminieren.

Terror als „Widerstand“ verklärt

Es scheint die Führer von IfNotNow auch nicht zu stören, dass Tlaib den Amoklauf der Hamas mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit als gerechtfertigten „Widerstand“ gegen einen „Apartheidstaat“ bezeichnet hat. Diese Juden, so scheint es, sind vollkommen glücklich, sich mit jemandem zu verbünden, der die Ermordung einer großen Zahl von Juden unterstützt. Es stört sie auch nicht, dass Tlaib ein Video in den sozialen Medien gepostet hat, in dem es heißt: „Joe Biden unterstützt den Völkermord am palästinensischen Volk“ - ein Völkermord, der nicht stattfindet. Eine der Kampagnen von IfNotNow, die zu einem Waffenstillstand aufrufen, trägt den Titel „Kein Völkermord in unserem Namen“. Nachdem der völkermörderische Angriff der Hamas ausgelöscht wurde, scheint IfNotNow einen solchen fabriziert zu haben.

Darüber hinaus hat IfNotNow offiziell Tlaibs Aussage gebilligt: „Man kann nicht behaupten, fortschrittliche

Werte zu vertreten, und dennoch Israels Apartheid-Regierung unterstützen.“ Für sie und andere junge Juden, die Tlaib und ihren Landsleuten die Hand reichen, ist die Verurteilung Israels die *conditio sine qua non* eines fortschrittlichen Menschen, und jedem Juden, der nicht mitmacht, muss eine rassistische Ausgrenzungspolitik aufgezwungen werden. IfNotNow sieht in Tlaib eine Vorreiterin, auch wenn sie, wie Antisemiten im Laufe der Geschichte, gerne bereit ist, sie auszunutzen und schließlich zu entsorgen, wenn sie nicht mehr von Nutzen sind.

Am aufschlussreichsten ist, dass IfNotNow von Tlaibs offenem Antisemitismus unbeeindruckt geblieben ist, wie z.B. von ihrer Behauptung, dass amerikanische Unterstützer Israels „vergessen haben, welches Land sie vertreten“, womit sie sich eindeutig auf die Verleumdung der „doppelten Loyalität“ beruft. Sie hat sich auch auf antisemitische Verschwörungstheorien eingelassen und von den „Leuten hinter dem Vorhang“ gesprochen, die Opfer „von Gaza bis Detroit“ ausbeuten.

Forderung nach „Ende des jüdischen Staates“

Das Schlimmste ist, dass Tlaib das einzige Mitglied des Kongresses ist, das das Ende des jüdischen Staates fordert. Es sollte nicht überraschen, dass IfNotNow damit einverstanden ist, da sie stolz erklären, dass sie keine Position zum Existenzrecht Israels einnehmen.

Der Kolumnist der New York Times, Thomas Friedman, hat solche Leute treffend als „nützliche Idioten der Hamas“ bezeichnet.

Die Ursprünge der Ideologie von IfNotNow sind offensichtlich. Wie Tlaib und viele andere Ideologen der „sozialen Gerechtigkeit“ teilt IfNotNow die Menschen in zwei Gruppen ein: Unterdrücker und Unterdrückte. Je nach rassistischer oder ethnischer Identität gehört man per Definition zur einen oder zur anderen Gruppe. Es gibt keine Abstufungen, keine Nuancen und nur ein zulässiges Narrativ. So bleiben Jahrzehnte völkermörderischer arabischer Gewalt unerwähnt, einschließlich des Massakers vom 7. Oktober. Es gibt nur israelische Unterdrückung und „palästinensischen Widerstand“.

Es wäre ein Fehler zu glauben, dass IfNotNow ein unbedeutender Ausreißer ist. Sie haben neun Ortsgruppen in den Vereinigten Staaten und ein Büro in der K Street in Washington, D.C. Das Webinar, an dem ich teilnahm, hatte mehr als 1.600 Teilnehmer.

Sie haben auch mächtige Freunde und eine enorme Menge an Geld. Nach Angaben von NGO Monitor hat IfNotNow Zuschüsse vom wohlhabenden Rockefeller Brothers Fund, der Tides Foundation, dem Progressive Jewish Fund des New Israel Fund und der Foundation for Middle East Peace erhalten.

All das und die Unterstützung durch ein Mitglied des Kongresses. Es scheint, dass sich Rassismus, Hass und die Unterstützung von Völkermord auszahlen.

Paul Schneider ist Rechtsanwalt, Schriftsteller und Mitglied des Vorstands des American Jewish International Relations Institute (AJIRI), einer Tochtergesellschaft von B'nai B'rith International.

Pionierin der Moderne: Kunsthändlerin Grete Ring

Bei der Welle des gegenwärtigen Judenhasses vergisst man, welchen wertvollen Beitrag jüdische Menschen in Kunst, Kultur und Wissenschaft geleistet haben. Die leidenschaftliche Kunstliebhaberin Grete Ring war die bedeutendste Kunsthändlerin der Weimarer Republik. Mit ihrer tiefen Expertise entlarvte sie sogar einen Van-Gogh-Fälscher. Nun würdigt die, nach dem berühmten jüdischen Maler benannte, Liebermann-Villa am Wannsee die außerordentliche Position der deutsch-jüdischen Galeristin und promovierten Kunsthistorikerin. Die Ausstellung „Grete Ring – Kunsthändlerin der Moderne“ macht bis zum 22. Januar 2024 mit einer bemerkenswerten Frau bekannt. (JR)



Grete Ring und Alfred Fchtheim, um 1925/1926, Privatbesitz

Von Sabine Marie Wilke

1938 waren die Koffer gepackt. Das Schiff brachte sie samt ihrer Kunstsammlung nach England. In London baute sie dann eine Filiale der renommierten Kunsthandlung Paul Cassirer auf: Grete Ring. Welche Frau zu dieser Zeit konnte schon solch eine Leistung vorweisen? Grete Ring (1887-1952) war eine geachtete Fachfrau im Berliner und europaweiten Kunstbetrieb. Nachdem sie über die Jahrzehnte aus dem Blickfeld geraten ist, würdigt die Liebermann-Villa am Wannsee nun ihre außerordentliche Position in der Kunstgeschichte. Die Ausstellung „Grete Ring – Kunsthändlerin der Moderne“ macht mit einer bemerkenswerten Frau bekannt.

Der Name Cassirer stand für moderne Gegenwartskunst. Der Kunsthändler vertrat Größen wie Max Liebermann, Max Slevogt und Lovis Corinth und mit seinem Kunstsalon holte er die Arbeiten der französischen Impressionisten wie Claude Monet und Paul Cézanne nach Berlin. Werke der Expressionisten Max Beckmann und Oskar Kokoschka waren bei ihm ebenfalls

ausgestellt. Er engagierte sich zudem in der Künstlergruppe der Berliner Secession und veranstaltete Auktionen. In den 1920er Jahren gehörte sein Kunstsalon zu den einflussreichsten Europas.

1912 in Kunstgeschichte promoviert

Auf diesem internationalen Parkett bewegte sich Grete Ring. Für sie war es ein hervorragendes Aktionsfeld, wo sie ihre Kenntnisse und Fertigkeiten bestens nutzen konnte. 1912 hatte sie als eine der ersten Frauen in Kunstgeschichte promoviert. Da war sie 25 Jahre alt. Während des Ersten Weltkriegs konnte sie weiterhin im Kunstfeld tätig sein und außerdem als freie Kunstjournalistin agieren. Als sie 1918 einen Beitrag für einen Auktionskatalog von Paul Cassirer lieferte, entstand daraus eine Verbindung, die ihre Karriere prägte wie keine andere. So führte bald ihr täglicher Arbeitsweg zu Cassirers Kunsthandlung in der Viktoriastraße im Bezirk Tiergarten. (Die Straße gibt es heute nicht mehr). 1924 wurde sie gemeinsam mit ihrem Kollegen Walter Feilchenfeldt Teilhaberin des Kunsthandels und nach Cassirers Tod 1926

übernahm sie mit ihm sogar die Geschäftsleitung. Dass sie weit mehr als Geschäftsfrau war, macht die von Lucy Wasensteiner und Viktoria Krieger wunderbar kuratierte Schau deutlich. In mehreren kleinen Räumen stellen sie Grete Rings berufliche Leistungen, ihren Lebensweg sowie ihre aufgeschlossene, der Moderne zugewandte und lebensfrohe Persönlichkeit vor.

Grete Rings Expertise schrieb Kunstgeschichte. 1928 plante sie gemeinsam mit Feilchenfeldt eine van Gogh-Ausstellung. Darin sollten auch sechs seiner Werke aus der Sammlung von Otto Wacker gezeigt werden. Als diese nach ihrer Lieferung ausgepackt wurden, war für die Kunsthistorikerin klar: Das waren Fälschungen. Dies war am Pinselstrich abzulesen. Der Fall ging schließlich vor Gericht und Otto Wacker wurde verurteilt. Es handelte sich hierbei um Gemälde im Stile van Goghs, die als seine Arbeiten ausgegeben wurden. In der Ausstellung hier veranschaulichen Fotos den Gerichtsprozess und zwei Leihgaben der besagten Fälschungen den Fall. Es ist sehr beeindruckend.

Ein weiterer Höhepunkt ihres Schaffens war 1932 die Ausstellung „Lebendige Deutsche Kunst“. Sie eröffnete am 10. Dezember 1932 und lief bis Mitte Januar 1933. Es war bereits ein denkwürdiges Ereignis kurz vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten, so viele Gegenwartskünstler zu vereinen, die bald darauf als „entartet“ diffamiert wurden und das Land verlassen mussten. Zu den ausgestellten Künstlern gehörte die erste Garde der Kunstwelt wie Ernst Ludwig Kirchner, Wassily Kandinsky und Oskar Schlemmer. Zudem waren zum ersten Mal in Cassirers Kunstsalon Werke von George Grosz, Otto Dix und Lyonel Feininger zu sehen.

Schätze aus ihrer Sammlung

Während ihrer Jahre bei Cassirer gingen nicht nur Gemälde der Gegenwartskunst über ihren Tisch, sondern auch zahlreiche Papierarbeiten des 19. Jahrhunderts. Einige, besonders die kleinen Formate hatten es Grete Ring angetan, so dass sie allmählich eine Kunstsammlung aufbaute. Ein paar Schätze aus ihrer Sammlung, die sich heute im Ashmolean Museum in Oxford befindet, konnten als Leihgaben nach Berlin geholt werden. Darunter ein fein gezeichnetes Landschaftsbild von Caspar David Friedrich „Landschaft mit Obelisk“ (1803).

In zwei Räumen begegnet man Grete Ring als Privatperson. Sie wurde 1887 in Berlin in eine wohlhabende Familie hineingeboren. Ein Foto zeigt sie als 18-Jährige, selbstbewusst lächelnd unter einem Sonnenschirm. Die Auf-

nahme wurde vermutlich von Käthe Liebermann gemacht. Die beiden Cousinen verstanden sich prächtig. Käthes Mutter Martha, geborene Marckwald, war die ältere Schwester von Gretes Mutter, die jüdischer Herkunft war. Auf einem Foto von 1925/26 ist Grete Rings lebensfrohe Natur wieder deutlich erkennbar, als sie stolz, verschmitzt lächelnd mit Autofahrerkappe vor einem schwarzen Automobil steht. Auf einem anderen Bild ist sie als glückliche Bewohnerin eines Sommerhauses zu sehen, das zeitgemäß im Stil des neuen Bauens für sie entworfen wurde: schlicht und modern.

All das musste sie aufgeben, als London ihr neues Domizil werden sollte. Die Übersiedlung dahin erfolgte relativ spät. Feilchenfeldt hatte bereits 1933 eine Filiale Cassirers in Amsterdam etabliert. Es ist unklar, was sie als selbstständige, unabhängige Frau so lange in Deutschland hielt. Aber wer als Frau in einer Männerwelt solch eine bedeutende Position inne hatte und so leidenschaftlich den Beruf verfolgte, muss derart eingebunden gewesen sein, dass die Abwicklung und Vorbereitung zur Übersiedlung ungeahnte Zeit in Anspruch nahm. In London konnte sie weiter Ausstellungen organisieren, aber kriegsbedingt musste sie viel umziehen und es war schwierig. Über die Zeit nach dem Krieg schrieb der britische Kunsthistoriker Benedict Nicholson, dass ihr Haus Treffpunkt vieler internationaler Gelehrter und



Bela Balassa, Grete Ring u. Friedländer bei einer Auktion, 1931, Privatbesitz

Intellektueller war und sie stets im Zentrum der Party stand, weil sie klüger und geistreicher war als die, die sie umgaben. So, ist man der Liebermann-Villa dankbar, dass sie dem heutigen Publikum solch inspirierende Persönlichkeit vorstellt und einen guten Einblick in Grete Rings Leben und Wirken gibt. Die Ausstellung läuft bis 22. Januar 2024.

David Ben-Gurion – Staatsgründer und Pragmatiker

David Ben-Gurion, der Sohn des Löwen, träumte von einer besseren Zukunft für sein seit zwei Jahrtausenden geschundenes Volk. Er war beseelt vom jüdischen Pioniergeist und erfüllt von dem Wunsch auf ein Ende der jahrhundertlangen Verfolgung und der Wehrlosigkeit des jüdischen Volkes. Ben Gurion kam bereits erstmalig 1906 nach Palästina und rief am 14. Mai 1948, legitimiert durch das UN-Referendum vom 29. November 1947, die Unabhängigkeit des jüdischen Staates als dessen erster Ministerpräsident aus. (JR)

Von Simone Schermann

Plonsk 1886. Ein polnisches Städtchen, mit 361 Häusern, vorwiegend aus Holz, einer gepflasterten Straße, es ist die der Synagogen. Von 7.900 Einwohnern sind 4.500 Juden; Schneider, Händler, Handwerker, Inhaber kleiner Brauereien oder Sägewerke. In die Familie von Avigdor und Scheindel Grien (Grün) wird am 16. Oktober, als sechstes Kind, ein Junge geboren, David-Joseph.

Fast 62 Jahre später wird er am 14. Mai 1948, in seiner Funktion als israelischer Ministerpräsident und Verteidigungsminister, die Gründung des Staates Israel ausrufen. Damit führt er das Erbe aus, das der geistige Vater des Zionismus und des gerade entstandenen jüdischen Staates, Theodor Herzl, als Idee und pure Notwendigkeit in die Herzen der Juden gepflanzt hatte.

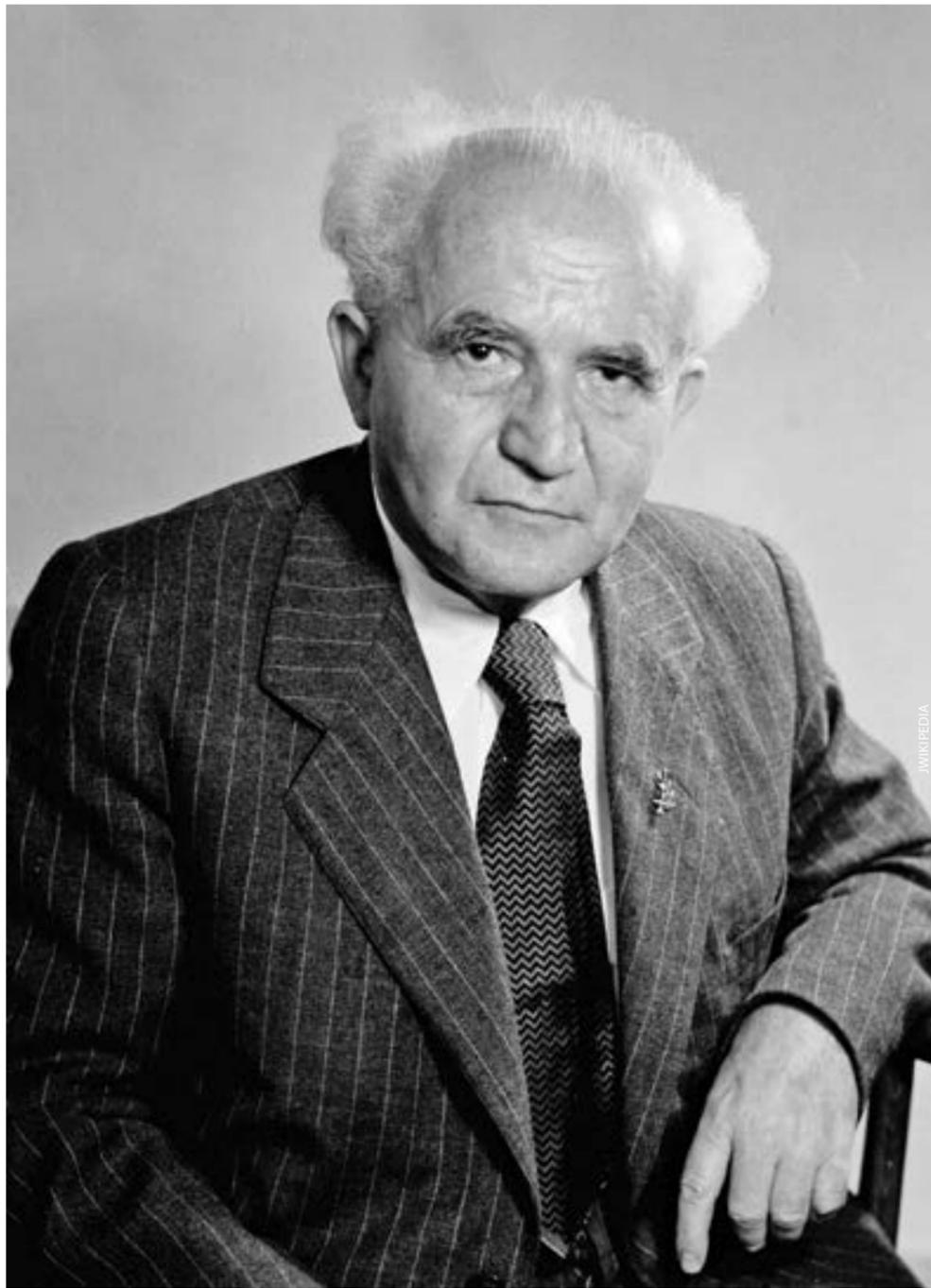
David Ben-Gurion wird als der Erbauer und Realisator in die Geschichte eingehen, ziemlich genau 50 Jahre nachdem Herzl in sein Tagebuch den berühmten Satz schrieb „in fünfzig Jahren“ werde jeder verstehen, dass er in Basel den „Judenstaat“ gegründet habe.

Liebe zu Zion

Avigdor Grün ist ein glühender Zionist, gründet den Ortsverein Chibbat Zion, der die Sehnsucht des Judentums nach der alten, biblischen Heimat und dem gelobten Land vertritt. Diese Liebe zu Zion überträgt sich auf David, der mit elf Jahren erstmals von jenem Mann aus Wien hört, der als „Messias“ gehandelt wird, von dem man sagt, er werde das Volk Israel in das Land der Väter führen.

Der Junge beschließt, den Ideen auch Taten folgen lassen und nicht in Polen zu bleiben, erhält eine klassische jüdische Erziehung im Cheder, der Großvater lehrt in Hebräisch; so ausgerüstet verlässt er das Holzhaus seiner Eltern in der Ziegengasse und erreicht mit der zweiten Auswanderungsselle 1906 Palästina. Er gehört somit zu den „Russen“, die mit drei großen aufeinanderfolgenden Einwanderungswellen, 1881/82, 1904/06 und 1919/21, ins Heilige Land kamen, nach den Pogromen in Kischinew, die wie schon 1882 jüdische Viertel im Zarenreich verwüsten.

Der Zwanzigjährige hatte das zionistische Bewusstsein mit der Muttermilch aufgesogen, ist Herzls glühendster Verehrer, der eine regelrecht katalytische Wirkung auf den schon früh geborenen Plan Davids hatte. Von der Sehnsucht erfüllt, die Rückführung des jüdischen Volkes in das von Gott gegebene Land in die Tat umzusetzen, ist der Zionismus die Erfüllung einer geradezu alles überlagernden Idee, die keine anderen Prioritäten duldet und die er mit Entschlossenheit angeht. „In meinen Augen“, so schreibt David an den Vater, „ist die Besiedlung des Landes der einzig wahre Zionismus. Alles



Israels Staatsgründer David Ben-Gurion

Übrige ist Selbsttäuschung, leeres Gerede und Zeitverlust.“

Er kommt als einer der Pioniere und Gründerväter, die die erste landwirtschaftliche Gemeinschaftssiedlungen bauen: Flüchtlinge vor der Oktoberrevolution, die nach der Balfour-Erklärung und dem Beginn des britischen Mandats das institutionelle Fundament Israels legen, die Hagana, die Histadrut, die Stadt Tel-Aviv.

Stolz und Freiheitsliebe

Davids Leidenschaft gilt nicht der Landwirtschaft und dem Kibbutz-Leben, er strebt nach der Partizipation bei der Schaffung von Ersetz Israel. Wie seinem Wiener Vorbild, fehlte es ihm nicht an Mut oder Selbstbewusstsein. Geistig vereinte sie das Schreiben und die Politik, es fehlte ihnen weder an Sendungsbewusstsein oder Pragmatismus noch an jüdischem Stolz oder der notwendi-

gen Freiheitsliebe, um für das jüdische Volk die Realisierung eines Traumes voranzutreiben. In beiden Zionisten steckte der perfekte Führungswille, um diese Pflicht zu erfüllen: ein Land für die Juden, das sich selbst verteidigen und die Juden aus aller Welt aufnehmen kann. Im alten Hafen von Jaffa angekommen, soll David gesagt haben: „Meine Füße im Staub, mein Haupt in den Sternen.“

Im Gegensatz zu unzähligen Visionären und Revolutionären wird Ben-Gurion nie die Bodenhaftung verlieren, trotz zeitweiliger Flirts mit kommunistischen Ideen bleibt der selbsternannte Sozialist doch Realist und Demokrat, der weder Privateigentum noch Privatinitiative ablehnt. Der leidenschaftliche Kämpfer und kühle Taktiker ist kein Salon-Revolutionär, sondern ein Arbeiterführer mit Schwielen an den Händen, der in seinen Tagebüchern

durchscheinende Stimmungsschwankungen, die er mit Theodor Herzl gemeinsam hat, für sein Umfeld in zutiefst beeindruckende Überzeugungskraft und leidenschaftliche Selbstsicherheit verwandeln konnte.

So schreibt er: „Ich voran, Ihr mir nach - denn ich verwandle für Euch abstrakte Gedanken in sicht- und fassbare Tat.“ Ein Erbe des berühmten Ausspruchs des zionistischen Übervaters Theodor Herzl: „Wenn Ihr wollt, dann ist es kein Märchen.“

Geschichte der Verfolgung und Pogrome

Ben-Gurion werden ähnliche Themen wie einst Theodor Herzl umtreiben. Beide problematisieren die „Ghetto-Mentalität“ der Juden, weil sie die Unfähigkeit der Diaspora beschreibt, sich aus ihrem angestammten Umfeld zu lösen und den zionistischen Weg zu gehen. Das alte jüdische Problem, sich nicht von alten Abhängigkeiten und somit der Unfreiheit verabschieden zu können.

Die jüdische Geschichte, ist die Geschichte einer Opferrolle, die nicht mit dem europäisch-christlichen Judenhass beginnt, sie ist eine sich fortsetzende Historie von Massakern, Vertreibungen, vom Hinschlachten durch Kreuzfahrer, Inquisition, russischen und ukrainischen Pogromen: die Shoa war ein Glied in dieser Kette und wird voraussichtlich nicht das Ende sein. So drohte auch die Arabische Liga 1947 für den Fall der jüdischen Staatsgründung mit nichts geringerem als einem „Vernichtungskrieg.“

Als Ben-Gurion ab Oktober 1945 in das zerstörte Deutschland reist, besucht er DP-Lager, auch Bergen-Belsen, Dachau. Sein Assistent Ehud Avriel notiert, dass ihm die Begegnungen an die Substanz gingen: „Er wirkt gealtert, war ganz grau, als habe er die Lebensfähigkeit verloren.“ Er befürchtet, dass diesen gemarterten Menschen, die nötige Widerstandskraft und Kampfbereitschaft genommen wurde.

Der Kampf um Israels Überleben begann mit dem Ende des britischen Palästinamandats, mit der Verlesung der Unabhängigkeitserklärung und mit den unmittelbaren Luftangriffen der Heere des Libanons, Syriens, Iraks, Transjordanien und Ägyptens, deren Operationsabteilung verkündete, dass „ein jüdischer Staat keine Überlebenschance“ habe und nun „alle Juden massakriert werden.“

Der Kampf der jungen Nation

Als die Briten am 15. Mai 1948 ihre Abschiedsparade halten, ist Ben-Gurion Chef der Hagana, der wichtigsten Untergrundorganisation, die weltweit altes Kriegsmaterial für den Aufbau einer Armee zusammenkaufte. Bis zum Ende seiner politischen Karriere sollten ihn Sicherheitsfragen nicht mehr loslassen, er machte aus einer provisorischen Untergrundgruppierung und einem provisorischen Staat eine schlagkräftige, jüdische Streitmacht und eine funktionsfähige Nation.

In den frühen Morgenstunden, als ägyptische Bomber die Zivilbevölkerung Tel-Avivs bombardieren schildert Ben Gurion den Angriff, gleich einem unerschütterlichen Feldherrn in einer Rundfunkansprache. Das israelische Volk lauscht seinem General, der von den Bombeneinschlägen, den Explosionen und Sirenen berichtet, die im Hintergrund allnächtlich zu hören sind. Und die Welt hört mit.

Waffen sind knapp, Kämpfer ebenfalls, denn die Rekruten, mit welchen die Hagana auskommen muss, sind keine erfahrenen Soldaten, da sie frisch von den Einwanderungsschiffen kommen, nie ein Gewehr in der Hand hatten und die hebräischen Befehle nicht verstehen. Der Yeshuv wird massakriert, jüdische Viertel sind eingeschlossen, mit abgeschnittenen Nachschubwegen. Wasser und Lebensmittel sind rationiert, sodass viele bereits Hunger leiden: das Land blickt in den Abgrund des eigenen Untergangs.

Seit 1920 hatte der Großmufti Amin el-Husseini in Palästina Pogrome organisiert und mit seinem Verbündeten Adolf Hitler am 28. November 1941 den gemeinsamen Plan eines Holocaust im Nahen Osten besprochen. Husseini war die treibende Kraft hinter dem pro-nazistischen Putsch im Irak, der im Juni 1941 als „Farhud“ bekanntes Massaker an Hunderten irakischen Juden führte.

Jetzt wandte er sich seinem Lebenstraum eines jüdenreinen Palästinas zu. Der Rest ist Geschichte. Nach Pogromen in Aden, Aleppo, in Isfahan, in Bahrain, Kairo und Beirut, wo seit Jahrhunderten Juden leben, flüchten mehr als 700.000 arabische Juden aus ihren Heimatländern nach Israel. Ben Gurion öffnet die Tore für die uneingeschränkte Zuwanderung und mutet dem jungen Land zu, alljährlich Hunderttausende Neubürger anzunehmen, eine gigantische Herausforderung. Der Realpolitiker weiß, dass internationale Politik vor allem auf die Durchsetzung nationaler Interessen abzielt. Israels Ziel war das Überleben, wofür es starke Partner brauchte, um lebensnotwendige Dinge zu sichern. Mit Spenden und Krediten konnten die steigenden Bevölkerungszahlen nicht ernährt werden.

Historisches Treffen

Die Gründungsväter Israels und der Bundesrepublik Deutschland, David Ben-Gurion und Konrad Adenauer, der eine 73, der andere 84 Jahre alt, begegnen sich, in einer regelrecht freundschaftlichen Atmosphäre. Der israelische Patriarch, legt seine Hand symbolträchtig auf den Arm des Bundeskanzlers der Deutschen. Der Beobachter fragt sich, ob sich da die Repräsentanten von Opfer- und Täternation begegnen, ein spektakuläres Treffen, der Beginn von „Aussöhnung“ und „Normalität“?

Die historische Begegnung sagt

weitaus mehr als das aus. In New York trafen sich zwei Staatsmänner auf Augenhöhe, als Repräsentanten ihrer Nation, ein Jude gleichauf mit einem Deutschen. Das machte am 14. März 1960, im Nobelhotel Waldorf Astoria, das Treffen zum Symbol einer Annäherung zwischen Ebenbürtigen: Israel und Deutschland. Hier entspringt die Wirkungskraft des Treffens, gerade einmal anderthalb Jahrzehnte nach der industriell organisierten Ermordung von mehr als sechs Millionen europäischen Juden. Angeregt von Ben-Gurion, der über den Zivilisationsbruch des von Deutschland begangenen Massenmordes hinweg, Kontakte zum Nachfolgestaat des Dritten Reiches knüpfte.

Israels stand vor immensen Herausforderungen und diese bedurften pragmatische Entscheidungen auf der großen politischen Bühne. Ben Gurion schlägt die maßgebliche Beteiligung Deutschlands an der wirtschaftlichen Entwicklung Israels vor. Investitionen in Industrie, Schifffahrt und Landwirtschaft legen den Grundstein für eine wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit, sogar für eine militärische Aufrüstung Israels durch die Bundesrepublik.

Im Waldorf Astoria liegt, neben der Forderung nach 500 Millionen Dollar in jährlichen Tranchen, auch eine präzise Wunschliste in Ben Gurions Reisegepäck: Fernlenkgeschosse, U-Boote, Schnellboote, Haubitzen, Hubschrauber, Transportflugzeuge, Panzer, Flagggeschütze und Raketen. Seine klare Haltung dazu, dass deutsche Zahlungen überlebensnotwendig waren, ist bezeichnend für Ben Gurions Pragmatismus. Mittelsmänner lehnt er kategorisch ab und schreibt am 13. Dezember 1951 in sein Tagebuch: „Ich bin dagegen, einen Shabbes-Goj zu benutzen. Wenn verhandelt werden muss (...) dann tun wir dies selbst oder überhaupt nicht.“ Das jüdische Volk sei nun eine souveräne und unabhängige Nation, mit Rechten und Pflichten, die Verhandlungen auf Augenhöhe führte, als Nation unter Nationen, die sich nicht hinter Moralvorstellungen versteckt.

Deutschland in der Pflicht

Und dennoch. Die Ermordung von sechs Millionen unschuldiger Menschen, darunter eine Million kleiner Kinder, sei nicht nur beispiellos in der Geschichte, sagt er zu Adenauer. Aus zionistischer Perspektive, habe Hitler nicht nur die Juden Europas vernichtet, sondern auch die Juden der Möglichkeit beraubt, ihren Staat aufzubauen. Wissen, Befähigung, Idealismus, aber auch materielle Mittel, seien vernichtet worden. Das europäische Judentum, sei das Rückgrat der zionistischen Bewegung gewesen, und da ganze Bevölkerungsgruppen verschwanden, gingen Millionen dieser Menschen verloren. Hitler hatte mit ihrer Auslöschung die Aufgabe der Staatsgründung ungleich schwerer gemacht. Deutschland sei daher in der Pflicht, einen Teil der Last bei der Wiederansiedlung jüdischer Emigranten zu tragen.

Eretz Israel stand vor einem gewaltigen Pionierwerk, dem Ben Gurion vorstand wie ein zu allem entschlossener General. Die Negev-Wüste machte einen beachtlichen Teil des Staatsgebietes aus und bot ein großes Reservoir für Siedlungen, industrielle Anlagen, landwirtschaftliche

Nutzfläche, deren Erschließung lebensnotwendig waren. Städte, Straßen, Eisenbahnwege, die komplette Infrastruktur musste geschaffen werden. Neben wirtschaftspolitischen trieben den Staatsmann auch sicherheitspolitische Erwägungen bei seiner Deutschlandpolitik an, für die er signifikante Hilfe von Adenauer erwartete, wie auch immer diese dann genannt werden sollte: Reparation, Wiedergutmachung oder „Schilumim“.

Neben dem Wiedergutmachungsabkommen 1952, dem Treffen in New York 1960, markiert das Jahr 1957 der Suezkrise ein epochales Ereignis in Israels Geschichte.

In einer Knesset-Rede sagt Ben Gurion, dass Israels Existenz entscheidend von guten Beziehungen zu Deutschland abhängen, weil man es „nicht mit der Welt von gestern, sondern mit der Welt von morgen zu tun haben“ würde „nicht mit Erinnerungen aus der Vergangenheit“, dafür aber mit konkreten und neuen Realitäten, nicht aber mit den entschwundenen Zeiten. Er setzt moralischen Erwägungen, der Absicht, Waffenlieferungen aus Deutschland anzunehmen, klar entgegen.

Die „Zionistische Spannkraft“

Mit der Aussicht konfrontiert, an der Seite Großbritanniens in den Zweiten Weltkrieg einzutreten, gleichwohl die Briten mit dem „Weißbuch“ die jüdische Einwanderung einschränkten, sagte der Pragmatiker Ben Gurion: „Wir werden den Krieg führen, als ob es kein Weißbuch gäbe, und wir werden das Weißbuch bekämpfen, als ob es keinen Krieg gäbe.“ Diese Widerstandskraft, den Kampfeswillen und die spezifisch jüdische Resilienz nennt er „zionistische Spannkraft“.

Der Drahtseilakt einer Zusammenarbeit mit den Briten und parallel dazu „patriotischen Zorn“ zu kultivieren, oder angesichts der Ermordung des europäischen Judentums, die Vorbereitungen für die Aufnahme der Überlebenden nach dem Krieg zu treffen, dass zionistische Aufbauwerk und den Existenzkampf im Unabhängigkeitskrieg parallel zu führen, all das war für ihn der Ausdruck für eben jene „zionistische Spannkraft“.

Über das Nationaljudentum, das endlich ein Ende der Diaspora und der „Ghetto-Mentalität“ einläuten sollte, sagte Theodor Herzl: „der Zionismus ist das jüdische Volk unterwegs.“ Die Ablehnung der Diaspora war auch Ben Gurions Credo, die Schuld an der Shoa lastete er eben diesem Exil an, das den Juden zum Verhängnis wurde. Die pure Machtlosigkeit, die Sprachlosigkeit vor der Shoa, die Indifferenz der Welt bezüglich der Nachrichten aus Europa, diverse Pläne zur Rettung einiger Hunderttausend jüdische Kinder, die auch daran scheiterten, dass die Briten die Einreise verweigerten, all das führte dazu, das er sich auf die Zeit danach fokussierte.

Kampf um jüdische Selbstbehauptung

Die Mandatsmacht paktierte mit den Arabern, versuchte alles um einen jüdischen Staat zu verhindern, und stoppte KZ-Überlebende, die Zuflucht in Palästina suchten. Ben Gurions Kampf hatte ständig eine zusätzliche Dimension, ein unausgesprochene. Israels Kriege wurden mit einer Verzweiflung geführt, die nicht allein dem Überlebenskampf im

Gefecht galten, die stattdessen um die Verhinderung einer weiteren oder gar endgültigen Vernichtung geführt wurden. Das Versagen, die Unmöglichkeit bis 1945 in Europa einzugreifen, wurde zwangsläufig auf die Zeit danach übertragen und seit dem Unabhängigkeitskrieg weitergeführt, im Kampf um jüdische Selbstbehauptung.

Hitler entgegen treten bedeutete für Ben Gurion die Stärke des zionistischen Aufbauwerks zu forcieren: „Jüdische Macht in Eretz Israel ist jedes jüdische Kind, jede jüdische Schule, jeder jüdische Baum, jede jüdische Ziege (...).“

Jüdische Spannkraft hieß für ihn: „Jüdischer Staat, Krieg gegen Hitler jüdische Armee, Krieg dem Weißbuch!“ Es war das exakte Gegenteil, wie der Wiener Oberrabbiner Moritz Gudemann „jüdische Spannkraft“ interpretierte. Der berühmte Gegenspieler Theodor Herzls und des Zionismus, beschrieb in seiner Replik „Nationaljudentum“, aus dem Jahr 1897, gerade die Diaspora, ewiges Exil und Assimilation als herausragende jüdische Lebensweise. Die Eigenschaft, sich jeder Qual des Exils demütig anzupassen, sei eine jüdische „Weltmission“, eben jene „jüdische Spannkraft“, die er im Dauerzustand der Anpassungsfähigkeit und Unterwürfigkeit als Erfüllung seiner religiösen Auffassung verwirklicht sah.

Den jüdischen Händler beschreibt er als „Träger prophetischer Ideen“, der sich „bereitwillig (...) mit jeder beliebigen Nationalität umhüllt“, eine „des nationalen Charakters entkleidete Eigenart“: Der ewige, heimatlose Jude, „zerstreut und vaterlandslos“, als prophetisches Ideal eines Wiener Funktionärs. „Dadurch“, so Gudemann, habe es (das Judentum sic!) seine Elastizität und Spannkraft bewahrt.“ Diese ewig staatstragende Elastizität sollte die Juden ins Verderben der Shoa führen.

„Wir wollen nicht in das Ghetto zurückkehren“

David Ben Gurion, der Sohn des Löwen, träumte von Zion, von jüdischem Pioniergeist, von Juden als Siegern, vom Ende der jüdischen Opferrolle und der jüdischen Wehrlosigkeit, die immer auf das Mitleid der eigenen Peiniger angewiesen war. Vom Wohlwollen der Regierenden abhängige, zerstreute jüdische Gemeinden, aus denen man die Ghetto-Mentalität wohl nie wird herausholen können.

In unzähligen hitzigen und von Schmerz erfüllten Debatten der 50er Jahre, als Mitglieder der Knesset ihre persönlichen Tragödien anführten, um Kontakte mit Deutschland zu verhindern, kam es zu dem seltenen Moment, da Ben Gurion seine Vergangenheit anführte, für ein gegensätzliches Argument: „Wir wollen nicht in das Ghetto zurückkehren mit den Gefühlen eines „Ghettojuden“ (...) ich selbst bin davon gerannt, als ich 19 war und ihr werdet mich nicht dorthin zurückbringen (...). Nicht Deutschen „hinterherlaufen“, um ihnen ins Gesicht zu spucken, sei seine Vorstellung; er wolle in seinem Land sein, um es aufzubauen.

Später wird er einmal die Wüste kultivieren und in der Negev-Wüsten in einfachen Verhältnissen leben, in einem Kibbuz Namens Sde Boker seinen Lebensabend verbringen, umgeben von Büchern und von der Wüste, die er so innig liebte wie Zion. Er stirbt am 1. Dezember 1973.

Helmut Schmidt – Vom Politiker zum Mahner

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt war Sozialdemokrat, ein Staatsmann mit Handschlagqualität, Soldat in der Wehrmacht und Enkel eines Juden. Seine jüdischen Wurzeln hielt „Der Lotse“ noch lange nach seiner aktiven Amtszeit verschwiegen – die Gründe hierfür sind persönlicher als auch politischer Natur. Während seiner aktiven Zeit als Bundeskanzler pflegte Helmut Schmidt ein sehr widersprüchliches Verhältnis zu Israel. In Deutschland bleibt er als, bis ins hohe Alter nicht verstummender, weitsichtiger Mahner vor den Gefahren einer verfehlten islamischen Migrationspolitik in Erinnerung. (JR)

Von Alexander Kumbarg

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, der das Land acht Jahre lang (1974-1982) führte, hatte jüdische Wurzeln. Hätten sich die Nazibosse so etwas träumen lassen?! Allerdings erfuhr das Land erst nach Schmidts Rücktritt von dieser biografischen Tatsache.

Das Geheimnis um seine Herkunft

Helmut's Vater - Gustav Schmidt - war der uneheliche Sohn eines jüdischen Bankiers und einer christlichen Kellnerin. Er wurde von einer deutschen protestantischen Familie adoptiert, die den gemeinsamen deutschen Nachnamen Schmidt trug. In der Zeit des Nationalsozialismus gelang es seinem Vater zu überleben, indem er Dokumente fälschte. Die nationale Herkunft war ein "Familiengeheimnis hinter sieben Siegeln", bis sie 1984 von Schmidts Freund, dem ehemaligen französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing, öffentlich gemacht wurde. Offensichtlich mit Helmut Schmidts Einverständnis. Es ist nur nicht klar, warum ein Franzose das tun musste. Oder sollte er es nicht tun? Auf jeden Fall ist es klar, dass solche Dinge besser von ihm selbst gesagt werden. Und auf jeden Fall hat sich Schmidt nicht von seinem jüdischen Großvater distanziert.

Der spätere Bundeskanzler wurde in eine Lehrerfamilie im Arbeiterviertel Barmbek in der Hansestadt Hamburg geboren. Als junger Mann war er in der "Hitlerjugend". In seinen autobiografischen Enthüllungen gibt er zu, dass er anfangs von den "sozialistischen Idealen der Gemeinschaft" begeistert war, die die Nazi-Propaganda unerbittlich verkündete. Er wurde jedoch schnell desillusioniert, was auch mit seiner vierteljüdischen Herkunft zusammenhing. Wegen einiger Äußerungen, die von der allgemeinen Linie der Partei abwichen, wurde er bald aus der HJ ausgeschlossen. Dem "erwachsenen" Nationalsozialismus (NSDAP) trat er nicht bei.

Wehrmacht

1937 meldete sich Schmidt freiwillig zur Wehrmacht. Während des Zweiten Weltkriegs diente er als Oberleutnant bei der Flugabwehr. Er kämpfte an der Ostfront (insbesondere nahm er an der Blockade von Leningrad teil) und an der Westfront, wo er von den Briten gefangen genommen wurde. War er von der Nazi-Ideologie fasziniert oder konnte er einfach nicht anders, als sich freiwillig am Krieg zu beteiligen? Ein nebulöser Schleier bedeckt diese Geschichte. Es gibt eine gefundene Beurteilung von 1942, die Schmidts "tadelloses nationalsozialistisches Verhalten" lobt. Es gibt aber auch Hinweise darauf, dass er Reichsluftfahrtminister Göring kritisierte und sich um das Schicksal derjenigen sorgte, die 1944 ein Attentat auf Hitler verübten. Dem Spiegel zufolge bezeichnete Schmidt selbst das Jahr 1942 als die Zeit, in der er sich von den Ideen und Praktiken des Nationalsozialismus abwandte, und das Jahr



Der verstorbene Alt-Kanzler Helmut Schmidt

1944 als die Zeit, in der er den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes erkannte. In Bezug auf seine Teilnahme am Krieg leugnete Schmidt übrigens, dass er etwas über den laufenden Völkermord an den Juden wusste.

Auf jeden Fall war Schmidt bei weitem nicht so eindeutig antinationalistisch eingestellt wie einige seiner späteren Weggefährten, etwa der Sozialdemokrat Willy Brandt. Aber man muss auch bedenken, dass Schmidt fünf Jahre jünger war als Brandt, und in einem jungen Alter kann das die Bildung einer Weltanschauung erheblich beeinflussen.

Dompteur der Elemente

Nach dem Krieg studierte Helmut Schmidt Volkswirtschaft und Politikwissenschaft an der Universität Hamburg und ging bald darauf in die Politik. Er trat der Sozialdemokratischen Partei (SPD) bei und machte schnell Karriere. In den 1950er und 1960er Jahren war er Mitglied des Bundestages. In der ersten Hälfte der 1960er Jahre arbeitete er als Innensenator im Senat der Stadt Hamburg. Bekanntheit erlangte er im Kampf gegen die schreckliche Flutkatastrophe von 1962, als die Elbe über die Ufer trat und riesige Wellen über die Straßen der Stadt schwappten - nicht nur Häuser und anderes Eigentum wurden beschädigt, es gab auch Tote. Zehntausende von Menschen waren bedroht. Schmidt handelte entschlossen, schnell und gekonnt. Er setzte alle verfügbaren Mittel ein, um

den Elementen zu trotzen. Für die Rettungsmaßnahmen wurden sogar mehr als 20 Tausend Soldaten eingesetzt, obwohl dies ein Verstoß gegen die Prinzipien des Grundgesetzes war. Durch vernünftiges und schnelles Handeln konnten die Zahl der Opfer und die Verluste durch die Naturkatastrophe erheblich verringert werden.

Einige Zeit später kehrte Schmidt in den Bundestag zurück, leitete dort die SPD-Fraktion und wurde stellvertretender Parteivorsitzender. In der Regierung von Bundeskanzler Willy Brandt bekleidete er von 1969 bis 1974 verschiedene Ministerämter: Verteidigung, Wirtschaft und Finanzen.

An der Spitze der Bundesrepublik Deutschland

Helmut Schmidt galt als zweiter Mann in der Partei nach ihrem Vorsitzenden Willy Brandt und wurde 1974 Bundeskanzler, als eine Spionageaffäre um Brandt ausbrach. Es stellte sich heraus, dass einer der Assistenten von Brandt ein Stasi-Agent war. Brandt wurde aus dem Amt gedrängt. In seinem Buch "Erinnerungen" betont er übrigens, dass Schmidt ihm nachdrücklich von diesem Schritt abgeraten hat.

Die Regierungszeit Helmut Schmidts war geprägt von zwei Weltwirtschaftskrisen, doch die BRD überstand die globalen Wirbelstürme besser als viele andere Länder. Das Staatsoberhaupt schenkte der Betreuung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen große Aufmerksamkeit. Un-

ter ihm sank die Arbeitslosenquote - Zehntausende von neuen Arbeitsplätzen entstanden. Das Arbeitslosengeld, die Renten und andere Zahlungen wurden erhöht. Familien mit Kindern erhielten Leistungen.

Kampf gegen den linken Terror

Ein großes Problem für Schmidt waren terroristische Anschläge. Militante Mitglieder der "Roten Armee Fraktion" entführten und töteten Politiker, hohe Beamte und Geschäftsleute. Deutschland hatte auch mit „palästinensischen“ Terroristen zu tun. Schon vor Schmidts Amtsantritt hatten sie 1972 während der Olympischen Spiele in München israelische Sportler entführt und getötet; weder diplomatische noch gewaltsame Versuche, sie zu befreien, waren erfolgreich. Danach konzentrierte sich Deutschland verstärkt auf den Kampf gegen den Terror. Und 1977 zeigten sich die Früchte der Arbeit. „Palästinensische“ Terroristen hatten Passagiere einer Lufthansa-Maschine als Geiseln genommen und wollten sie gegen in Deutschland und der Türkei inhaftierte Terroristenkollegen austauschen. Schmidt wagte einen riskanten Einsatz in Somalia, um sie zu befreien. Die Anti-Terror-Einheit erfüllte ihre Aufgabe erfolgreich und alle Passagiere des Flugzeugs überlebten. Es ist bekannt: Hätte es Todesopfer gegeben, wäre der Bundeskanzler zurückgetreten - er hatte bereits eine Erklärung vorbereitet.

In der internationalen Politik arbeitete Helmut Schmidt an der politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas. Er verbesserte die Beziehungen zu Frankreich deutlich und schloss sogar Freundschaft mit dem französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing. 1975 gehörte er zu den Initiatoren der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (dem Vorläufer der OSZE), die unter anderem die Helsinki-Vereinbarungen über die Aufrechterhaltung der Nachkriegsgrenzen und die Menschenrechte hervorbrachte. Er nahm aktiv an den Foren der Industrieländer der Welt teil, aus denen später die G7 hervorging. Er lehnte die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ab.

Er unterhielt relativ enge Beziehungen zu den USA. Um der UdSSR etwas entgegenzusetzen, regte er 1979 die Stationierung amerikanischer atomarer Mittelstreckenraketen Pershing-2 in Deutschland an, obwohl diese Idee in der deutschen Öffentlichkeit bei den Sympathisanten der einseitigen atomaren Abrüstung und sogar in den Reihen der SPD selbst viel Kritik hervorrief. Gleichzeitig setzte Helmut Schmidt die "neue Ostpolitik" Brandts fort, insbesondere im Bereich der Wirtschaft. Leonid Breschnew reiste nach Deutschland, und Schmidt statete der Sowjetunion einen Besuch ab. Es ist bekannt, dass sie sich im Allgemeinen mochten. Allerdings hatte er eine negative Einstellung zur UdSSR, die er einmal befugelt als "Obervolta mit Atomraketen" bezeichnete. Und nachdem die sowjetischen Truppen in Afghanistan einmarschiert waren, solidarisierte er sich mit dem Boykott der Olympischen Spiele in Moskau 1980.

Verhältnis zu Israel

Helmut Schmidt hatte ein schwieriges Verhältnis zu Israel. Anders als sein Vorgänger Willy Brandt und alle nachfolgenden Bundeskanzler der BRD besuchte er Israel nicht. Jedoch besuchte der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin 1975 zum ersten Mal die Bundesrepublik Deutschland. 1981, so schrieb die New York Times, sprach Schmidt während einer Reise nach Saudi-Arabien auf eine Frage zu den arabisch-israelischen Beziehungen von moralischen Verpflichtungen gegenüber den „Palästinensern“, betonte das Recht des „palästinensischen“ Volkes auf Selbstbestimmung, d.h. auf Staatlichkeit. Und dass er als Deutscher, der in einem geteilten Land lebt und einen moralischen Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes erhebt, dieses umso mehr anerkennen sollte. In einer Antwort verurteilte der israelische Premierminister Menachem Begin Schmidt: "Wir hören von dem Engagement derer, die zu Ende bringen wollen, was die Deutschen in Europa begonnen haben." Er erinnerte daran, dass Schmidt "in der deutschen Armee gedient hat, die zur Vernichtung der Juden beigetragen hat".

Schmidt wurde zweimal zum Bundeskanzler wiedergewählt - 1976 und 1980. Am Ende seiner Amtszeit kürzte er wegen der Wirtschaftskrise eine Reihe von Sozialleistungen. Unstimmigkeiten über die Sicherheitspolitik und Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben führten 1982 zum Bruch der Regierungskoalition, und bald darauf sprach der Bundestag Schmidt das Misstrauen aus, und ein anderer Helmut - der CDU-Vorsitzende Hel-

mut Kohl - wurde neuer Bundeskanzler.

Politik im Gespräch

Nach seinem Rücktritt schrieb Helmut Schmidt viel beachtete Bücher über Politik und Memoiren über sein Leben. Eines der letzteren mit dem Titel "Unser Jahrhundert", das 2010 veröffentlicht wurde, soll im Mittelpunkt stehen. Es besteht aus beiläufigen Gesprächen Schmidts mit dem Geschichtswissenschaftler Fritz Stern von der Columbia University, der in Deutschland geboren wurde, dessen jüdische Familie aber während der Nazi-Zeit gezwungen war, in die Vereinigten Staaten zu ziehen. Die Seiten des Buches werfen viele problematische Fragen der Geschichte des zwanzigsten und frühen einundzwanzigsten Jahrhunderts auf.

Eines der Hauptthemen ist Deutschland während der Zeit des Nationalsozialismus, die Entstehung fanatischer und hysterischer Massen, die Judenfeindlichkeit und die Ausrottung von Menschen in Konzentrationslagern. Schmidt stellt die schwierigen Fragen: "...Aus welchem Grund konnte der Antisemitismus in Deutschland in einem Völkermord an vielen Millionen Menschen gipfeln?...wie viel Hoffnung können wir Deutschen haben, die Gefahr solcher Psychosen in Zukunft zu vermeiden?...ist die deutsche Nation anfälliger für diese Versuchung als andere Nationen, und wenn ja, warum?". Der Ex-Kanzler gesteht, dass er keineswegs eine allgemeingültige Antwort kennt. F. Stern stellt fest, dass viele Nationen der völkermörderischen Versuchung unterworfen waren, aber sie haben nicht zugelassen, dass solche Ideen in die Praxis umgesetzt wurden.

Zu den Faktoren für den Erfolg von Hitlers Ideologie auf deutschem Boden zählt Schmidt die Wirtschaftspolitik der Nazis, die in den ersten Jahren ihrer Herrschaft etwa 6 Millionen deutsche Arbeitslose beschäftigten konnten, und die deutsche Tradition, "immer und in allem der Staatsgewalt zu gehorchen". Dieser bedingungslose Gehorsam gegenüber der Obrigkeit hatte zur Folge, dass Tausende von Deutschen den Befehl zur Massenvernichtung der Juden in den Konzentrationslagern ausführten. Vielleicht spielten auch die persönlichen Eigenschaften der Täter selbst eine Rolle, aber die erste Geige spielten die Befehle der Vorgesetzten. Der Politiker stellt fest, dass dies nur Teilerklärungen sind; das Fehlen einer vollständigen Erklärung "quält ihn innerlich".

Fritz Stern stimmt zu, dass es in Deutschland "immer an einer Tradition des Protestes gegen den Staat gefehlt hat" und dass es keine Solidarität mit den Opfern des politischen Terrors gegeben hat. Er glaubt, dass Hitler, der Nationalsozialismus und der Holocaust weder zufällig noch unvermeidlich waren. Der europäische Antisemitismus hat eine lange Vorgeschichte. Aber aus seiner Sicht waren die Nazis, die an die Macht kamen, selbst überraschend, "wie leicht sie damit durchkamen". Er spricht zum Beispiel von der Verbrennung zehntausender Bücher durch Studenten vor den Universitäten, die von der gebildeten Gesellschaft stillschweigend hingenommen wurde. Gleichzeitig erinnert F. Stern daran, dass es Deutsche gab, die die Moral und den Mut hatten, die Familie Stern bis zu ihrer Ausreise zu besuchen. Er verweist auch auf die Dänen, die ihre Juden während der deutschen Besatzung gerettet haben. Die Gesprächspartner betonen, dass in solch kritischen Momenten nicht jeder bereit war, Verfolgte zu retten, natürlich nicht jeder, sondern nur bestimmte Menschen, die sich ihre moralischen Grundsätze bewahrt hatten.

Schmidt berichtet von seinen Beobachtungen während seines Dienstes in der Wehrmacht während des Krieges: "Der einfache Soldat hatte Angst, von den Russen gefangen genommen zu werden, Angst, schwer verwundet zu werden. Diese psychischen Ängste quälten ihn, nicht die Frage nach dem Ausgang des Krieges".

Das Ende der DDR

Der Politiker und Wissenschaftler geht auch auf die Wiedervereinigung der deutschen Staaten im Jahr 1990 ein. Nach Schmidts Ansicht waren nicht Helmut Kohl, sondern Michail Gorbatschow und George Bush sen. die Hauptakteure der lang erwarteten Wiedervereinigung. Insbesondere der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU. Das Regime von Erich Honecker in der DDR hatte es schwer, sich der Perestrojka-Politik Gorbatschows zu widersetzen. Die schwierige wirtschaftliche Lage in der UdSSR spielte bei der deutschen Wiedervereinigung eine wichtige Rolle. Die DDR-Wirtschaft erhielt kein Erdöl mehr aus der Sowjetunion zum Nulltarif, und bald kam es zum wirtschaftlichen Bankrott des aufgebauten Systems. Schmidt merkt an, dass ihm der DDR-Führer manchmal leid tat, weil er die wirtschaftliche Lage seines Landes falsch einschätzte und "bei allen Entscheidungen von Moskau abhängig war".

Fritz Stern ist der Ansicht, dass die Sowjetunion Ende der 1980er Jahre bereits keine Lust mehr hatte, der DDR zu helfen, und sich deshalb nicht in den Fall der Berliner Mauer einmischte. Die Autoren des Buches weisen auf die Fehler hin, die bei der Wiedervereinigung gemacht wurden, auf die fehlende soziale und psychologische Einheit der Nation zu dieser Zeit, da sich die beiden Teile Deutschlands in den 40 Jahren der Trennung politisch, sozial und wirtschaftlich voneinander entfernt hatten.

Mit einer Zigarette in der Hand

Das Leben nach der Macht... Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Bundeskanzlers blieb Schmidt noch einige Zeit in der großen Politik und arbeitete im Bundestag. Gemeinsam mit Valéry Giscard d'Estaing initiierte er die Gründung der Europäischen Zentralbank und die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung. Er war Mitherausgeber der Wochenzeitung Die Zeit, die damals zu den maßgeblichen Zeitungen in Deutschland gehörte, sich aber inzwischen in ein linkes Flugblatt verwandelt hat. Er schrieb nicht nur Bücher, sondern trat auch häufig im Fernsehen zu Themen der deutschen und internationalen Politik auf und

war Berater von Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Interessant ist auch das nicht-politische Porträt von Helmut Schmidt. Er lebte sehr bescheiden. Davon kann man sich überzeugen, wenn man sein kleines Haus in Hamburg besucht, das für Ausflüge geöffnet ist. Mit seiner Frau Hannelore (Loki) lebte Helmut 68 Jahre lang in Ehe. Sie hatten zwei Kinder. Zwei Jahre nach dem Tod seiner Frau gab er bekannt, dass seine neue Favoritin die 14 Jahre jüngere Ruth Loah sei, die viele Jahre lang als seine Sekretärin gearbeitet hatte. Schmidt war zu diesem Zeitpunkt 93 Jahre alt. Der Altkanzler war bekannt für sein Klavierspiel, führte klassische Werke auf, war mit berühmten Politikern befreundet (z. B. dem ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger) und bewunderte den österreichisch-britischen Philosophen, den Juden Karl Popper. Ein fester Bestandteil von Schmidts Bild ist die Zigarette in seiner Hand. Als leidenschaftlicher Raucher verstieß er wiederholt gegen das Gesetz, das das Rauchen an öffentlichen Orten verbot. Darüber hinaus rauchte er sogar während Talkshows und Fernsehinterviews. Sogar seine beliebte wöchentliche Kolumne auf der Rückseite der "Zeit" trug den Titel "Gespräch bei einer Zigarette".

Helmut Schmidt ist in die deutsche Geschichte als einer der besten Krisenmanager und in die Weltgeschichte als eine der Führungspersönlichkeiten eingegangen, die das politische Gesicht Europas und der Welt geprägt und einen großen Beitrag zur europäischen Integration geleistet haben. Er hat viele Auszeichnungen und Ehrungen erhalten. Es ist bekannt, dass selbst viele politische Gegner ihm mit Respekt begegneten.

Ich frage mich, ob sich das Wissen um Schmidts jüdische Wurzeln negativ auf seine politische Karriere und seinen Beliebtheitsgrad im damaligen Nachkriegsdeutschland ausgewirkt hätte. Offensichtlich dachte er das, denn er hatte Angst, das Geheimnis zu lüften, selbst vier Jahrzehnte nach dem Sturz des Naziregimes und die ganze Zeit, in der er auf dem Kanzlerstuhl saß. Aber sein späteres Geständnis und seine wiederholten Erinnerungen an die Ermordung von 6 Millionen Juden in seinen Fernsehinterviews während seines politischen Ruhestands hinderten ihn nicht daran, in den Meinungsumfragen zu gewinnen. In seinen letzten Lebensjahren wurde Schmidt wiederholt zum beliebtesten Politiker der Nachkriegszeit gewählt, zu einer moralischen Instanz und zu einem der angesehensten Männer des Landes.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

• Für jede Ausgabe – 3 Briefmarken;

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Simcha Rotem: Vorkämpfer für die Menschlichkeit

Simcha Rotem kämpfte mit hunderten Widerstandskämpfern im Warschauer Ghetto 1943 gegen die Nationalsozialisten und rettete vielen Juden das Leben, indem er ihnen selbstlos und unter Einsatz seines eigenen Lebens zur Flucht verhalf. Nach dem Zweiten Weltkrieg zog er nach Israel und verteidigte den jungen jüdischen Staat im Unabhängigkeitskrieg gegen die arabischen Aggressoren. Vor fünf Jahren starb Simcha Rotem im Alter von 94 Jahren. Er war der letzte Überlebende des verzweifelten und heldenhaften jüdischen Aufstandes im Warschauer Ghetto. (JR)

Von Esther Ginzburg

Die Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1943 war eine Nacht, an die er sich für den Rest seines Lebens erinnern wird. Damals öffnete er, ein junger Kämpfer, Verbindungsmann der Jüdischen Kampforganisation (Zydowska Organizacja Bojowa, ŻOB), den Deckel des Kanalisationsschachtes unter der Prosta-Straße 51 in Warschau und sah mit sinkendem Herzen, dass die Straßen der Stadt, die in Trümmer und Asche verwandelt waren und auf denen sich Berge von Leichen türmten, völlig leer waren... "Ich bin der letzte Jude in der Stadt...", dachte er damals mit Entsetzen.

Viele Jahre später wird dieser jüdische Kämpfer, der bereits in Israel lebt, vom Premierminister des Landes als Held gefeiert, vom Präsidenten als "Mann der Tapferkeit" bezeichnet und von seinem Geburtsland Polen für seinen Mut mit Orden ausgezeichnet. Er war Szymon Ratajzer, genannt Kazik, der später seinen Namen in Simcha Rotem änderte, einer der letzten überlebenden jüdischen Kämpfer des Warschauer Ghettoaufstands. Er verstarb vor fünf Jahren.

Jugend unter deutscher Besatzung

Szymon wurde am 10. Februar 1924 in Warschau in die Familie des Baustoffhändlers Zvi Ratajzer und seiner Frau Miriam geboren. Shimek, wie der Junge in der Familie genannt wurde, war das älteste seiner vier Geschwister. Shimek erlebte als Kind Antisemitismus, weshalb er sich im Alter von 12 Jahren der zionistischen Jugendbewegung "Hanoar Hazioni" anschloss und davon träumte, nach Eretz Jisrael zu gehen. Ein Jahr später begann er sein Studium an einer technischen Schule, das jedoch durch den Zweiten Weltkrieg verhindert wurde.

Anfang September 1939, als die Deutschen in Polen einmarschierten, wurde Warschau aus der Luft schwer bombardiert. Nach und nach wurden die Straßen der Stadt in Schutt und Asche gelegt. Auch das Haus der Familie Ratajzer wurde zerstört. Sechs von Shimeks Verwandten starben, darunter sein Bruder Israel und seine Großeltern, während seine Mutter und er selbst schwer verletzt wurden. "Als ich wieder zu mir kam", erinnert sich Shimek, "sah ich, dass ich unter den Trümmern des Hauses lag. Unser Haus war völlig zerstört, und es gab keine Lebenszeichen mehr." Er erreichte das Krankenhaus zu spät, so dass das Schrapnell, das während der Bombardierung in seinen Körper eindrang, eine lebenslange Verletzung hinterließ.

Szymon sah die Nazi-Besatzer zum ersten Mal bei der Siegesparade in Warschau im Oktober 1939: "Bald darauf", so sagt er, "musste jeder Jude, wenn er einem Deutschen begegnete, vom Bürgersteig zurücktreten und seinen Hut abnehmen. Der Jude war wie ein Wurm, auf dem man herumtrampeln konnte. Wer das nicht erlebt hat, kann dieses



Simcha Rotem

Gefühl nicht verstehen." Die örtliche Bevölkerung begann sofort, mit den Besatzern zusammenzuarbeiten, indem sie sich freiwillig meldete, um ihnen bei der Durchführung antijüdischer Maßnahmen zu helfen.

Schon in den ersten Tagen des Krieges gab es Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Lebensmitteln. Um seiner Familie zu helfen, reiste der 15-jährige Shimek als „Pole“ getarnt in die umliegenden Dörfer und tauschte Dinge gegen Lebensmittel ein.

Errichtung des Ghettos

Im Herbst 1939 beschlossen die Nazis, das Warschauer Ghetto einzurichten, in das etwa 450.000 Einwohner der Stadt und ihrer Umgebung getrieben wurden. Die Juden wurden gezwungen, das Ghetto selbst aufzubauen. Jeder, der zu fliehen versuchte, wurde zum Tode verurteilt. In deutschen Dokumenten wurde das Ghetto offiziell als "das jüdische Wohngebiet in Warschau" bezeichnet. Es wurde als Zwischenarbeitslager auf dem Weg zum Vernichtungslager Treblinka eingerichtet. Während seines

Bestehens schrumpfte die Bevölkerung des Ghettos auf 37.000 Menschen. "Ist ein Mensch in der Lage, zu erkennen, dass jemand ihn wissentlich vernichten will, auch wenn er nichts Unrechtes getan hat?" - fragt Shimek.

In der Tat hatte er selbst eine Chance, außerhalb des Ghettos zu überleben: Mit blonden Haaren und blauen Augen sah er nicht „jüdisch“ aus. Und er sprach ohne einen jüdischen Akzent. "Es war nicht nur wichtig, wie man aussah und sprach, sondern auch, wie man sich verhielt", bemerkte Szymon. – „Ich konnte Juden schon von weitem erkennen: Sie bewegten sich durch die Straßen und schauten sich vorsichtig um, wie gejagte Tiere. Es war eine Manifestation der ständigen Vorahnung des Untergangs, wenn man sich außerhalb der Ghetto-mauern befindet“.

1940 waren die Ratajzers im Warschauer Ghetto gefangen und kämpften inmitten der schrecklichen Erniedrigung, des Hungers und der Krankheiten ums Überleben. Szymon wurde von seinen Eltern zu seinen Verwandten in Klwów bei Radom geschickt. Dort

arbeitete er als Schaffirte auf einem polnischen Bauernhof und gab vor, ein christlicher Pole zu sein. Wann immer möglich, lieferte er heimlich Lebensmittel an seine Familie im Warschauer Ghetto. Bevor das jüdische Ghetto in Klwów eingerichtet wurde, kehrte Szymon nach Warschau zurück, wo er sich etwa drei Monate lang aufhielt.

Während seiner Abwesenheit hatte Szymon das Glück, der ersten Massendeportation von Häftlingen des Warschauer Ghettos im Sommer 1942 zu entgehen. 35.000 alte Männer und Kinder wurden zur Vernichtung in das Konzentrationslager Treblinka geschickt, von dessen Existenz niemand im Ghetto wusste, und auch nicht von dem, was sie bald erwarten würde.

"Wir spürten, dass im Ghetto etwas passieren würde", erinnert sich Szymon, "aber wir konnten uns nicht vorstellen, dass es im Herzen Europas völlig zerstört werden könnte. Für die ältere Generation, die sich noch an die wohlwollende Haltung der Deutschen gegenüber den Juden während des Ersten Weltkriegs erinnerte, war es unmöglich, dies zu glauben. Ein Mitglied des Bundes, Sigmund Friedrich, reiste nach Treblinka und kehrte von dort mit unbestreitbaren Fakten zurück. Obwohl Treblinka sorgfältig im Wald versteckt war und niemand wissen konnte, was in dem Lager vor sich ging, ließen sich zwei Tatsachen nicht verbergen: der aufsteigende Rauch der brennenden Leichen und ihr eigentümlicher Geruch. Wie durch ein Wunder gelang es einigen Menschen, aus eigener Kraft aus Treblinka zu entkommen. Einer von ihnen war mein Cousin. Er kehrte ins Ghetto zurück und erzählte alles, was er gesehen hatte, aber meine Eltern glaubten ihm nicht."

Beginn des Aufstandes

Als im Januar 1943 die SS, die eine zweite Deportation nach Treblinka plante, neue Razzien im Ghetto durchführte, schlugen die ŻOB-Kämpfer zu und halfen den Ghettobewohnern, sich in vorbereiteten Unterkünften zu verstecken. Etwa 30.000 Juden wurden von ihnen versteckt. Auch Szymon versteckte seine Eltern bei polnischen Bekannten in der Nähe von Warschau und konnte ihnen so das Leben retten. Die Deportation wurde ausgesetzt und statt der geplanten 7.000 wurden nur 5.000 Juden in das Vernichtungslager geschickt.

Als Reaktion auf einen Akt der Selbstverteidigung richtete das Nazi-Kommando tausend Juden auf dem Hauptplatz hin. Der Untergrund des Ghettos begann mit den Vorbereitungen für einen Aufstand.

Ende 1942 kehrte der 18-jährige Szymon in das Warschauer Ghetto zurück und schloss sich der ŻOB unter dem Kommando von Mordechaj Anielewicz an. Im April 1943 wurde er Mitglied der Einheit von Marek Edelman, die zum Bataillon von Hanoch Gutman

gehörte. Gutman bemerkte bald, dass der junge Mann nicht jüdisch aussah, und beschloss, ihn als Verbindungsmann zwischen dem Bataillon und den Anführern des Aufstands - Mordechaj Anielewicz und Yitzhak Zukerman (Antek), dessen "rechte Hand" er später wurde - einzusetzen.

Zum Zweck der Tarnung erhielt Szymon den Kampfnamen Kazik, wie er später für den Rest seines Lebens genannt wurde. Mit einem polnischen Ausweis bewegte sich Kazik frei im "arischen" Teil der Stadt und gab sich als Mitglied des polnischen Untergrunds aus. Kazik fand polnische Freunde, die ihm unter Einsatz ihres Lebens halfen. "Jedem, der Juden half, drohte die Todesstrafe", erinnerte er sich. – „Ich bin mir nicht sicher, ob ich als Pole mein Leben und das Leben meiner Familie für Juden, die ich nicht kannte, riskieren würde". Zusammen mit Polen beteiligte er sich am Kauf von Waffen auf dem Schwarzmarkt für den Aufstand.

Der 19. April 1943 war der erste Tag des jüdischen Feiertags Pessach und der Vorabend von Hitlers Geburtstag. Der deutsche General Jürgen Stroop traf in Warschau ein und bereitete sich darauf vor, als Geburtstagsgeschenk für den Führer die Aufständischen in drei Tagen zu vernichten. Kazik erinnerte sich an den ersten Tag des Aufstandes, als eine Mine, die im Voraus vor dem Tor versteckt worden war, im Ghetto in der Nähe seines Postens explodierte. "Da sah ich zum ersten Mal, wie die Deutschen, das Volk, das Europa erobert hatte, flüchtete", erinnert er sich. – „Welche Chance hatten wir mit unserem spärlichen Vorrat an Schusswaffen, um die mit Maschinengewehren, Schützenpanzern und sogar Panzern bewaffnete deutsche Armee aufzuhalten? Mit Massen von Infanteristen, Hunderten, wenn nicht Tausenden von Soldaten! Mich überkam ein Gefühl der völligen Hilflosigkeit".

Kampf und Niederschlagung

Am 26. April berichtete General Strupp seinen Vorgesetzten in Berlin: "Der Widerstand der Juden kann nur durch den gnadenlosen Einsatz all unserer Kräfte und Energien bei Tag und Nacht gebrochen werden. Deshalb habe ich beschlossen, das gesamte jüdische Wohngebiet (Warschauer Ghetto) zu zerstören."

"Wir versteckten uns in Kellern und Bunkern", erinnerte sich Kazik. – „Von hier aus machten wir unsere nächtlichen Einsätze. Die Deutschen waren tagsüber im Ghetto und verließen es nachts. Ich weiß nicht, ob ich das Grauen beschreiben kann, das wir erlebten. Neben dem Kampf gegen die Deutschen hatten wir auch mit Hunger und Durst zu kämpfen. Irgendwann setzten die Deutschen das Ghetto überall in Brand. Dort zu bleiben, bedeutete für uns, bei lebendigem Leibe verbrannt zu werden."

Die deutschen Truppen brannten die Ghettos nieder und zwangen Tausende von Gefangenen und Kämpfern, sich in die Kanalisation zu flüchten, wo ein längerer Aufenthalt unmöglich war. Aus den Kanalisationsschächten waren oft Schreie auf der Straße zu hören. Aus Angst, bei lebendigem Leibe verbrannt zu werden, sprangen Juden oft aus den oberen Stockwerken und warfen Matratzen und andere Gegenstände aus brennenden Häusern auf die Straße. Verletzt versuchten sie vergeblich, in die Viertel der noch nicht in Brand geratenen Gebäude zu gelangen. In der Nacht zogen sie sich in die Ruinen zurück und suchten dort Zuflucht, bis sie von Patrouillen entdeckt wurden.

Die Niederschlagung des Aufstands endete offiziell am 16. Mai 1943 mit der Sprengung der Großen Synagoge in Warschau und der Deportation der Überlebenden in Konzentrationslager. "Wir hatten keine Hoffnung auf einen Sieg", sagte Kazik. – „Es ging nicht um einen 'ehrvollen Tod' für uns, wie viele Leute denken. Diejenigen, die in Treblinka starben, oder diejenigen, die im Ghetto verhungerten, waren Helden. Wir wollten einfach einen leichteren Tod als in der Gaskammer sterben."

"Während des Aufstandes", erinnert sich Kazik, "wurde ich von Marek Edelman, meinem unmittelbaren Kommandeur, angesprochen. Er fragte mich, ob ich bereit sei, auf der 'arischen' Seite die Rettung unserer Kämpfer aus dem brennenden Ghetto zu organisieren. Ich sagte ja - ich hatte nichts zu verlieren. Wir wurden zu zweit losgeschickt, um diese Mission zu erfüllen - ich und Sigmund Friedrich. Uns war klar, dass wir nur durch die Kanalisation der Stadt in das Ghetto zurückkehren und die Rettungsaktion durchführen konnten. Mit Hilfe eines Kriminellen konnten wir aus dem Fenster seiner Wohnung im Erdgeschoss klettern und in die Kanalisation hinabsteigen, ohne von den Wachen bemerkt zu werden. Aber ohne die Hilfe von Führern war es möglich, sich in dem labyrinthischen Netz von Kanalisationsrohren zu verirren".

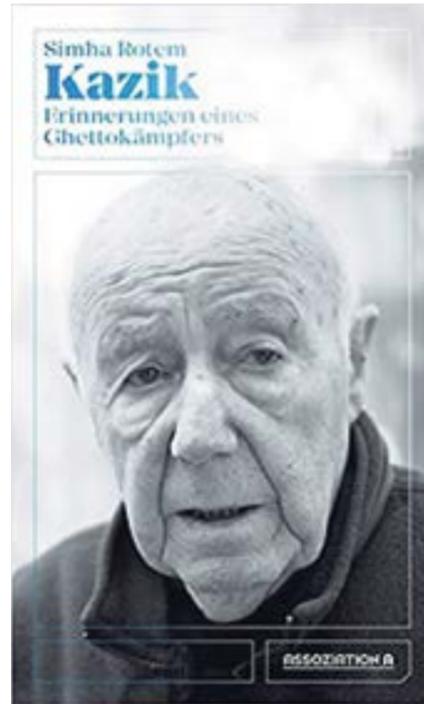
Rettung durch die Kanalisation

Genau zu dieser Zeit traf Kazik zwei polnische Kanalarbeiter. Sie erzählten ihm, dass man durch die Kanalisation vom Stadtzentrum bis an den Stadtrand von Warschau gelangen könne, und von dort aus sei es nur ein kurzer Spaziergang bis zum Wald, der ein sicherer Zufluchtsort für Flüchtlinge aus dem Ghetto sein könnte. Gegen hohe Geldsummen erklärten sie sich bereit, eine Gruppe von Menschen aus dem Ghetto zu holen. Kazik erinnert sich in seinen Memoiren: "Die Abwässer strömten in einem gewaltigen Strom herab, und alle paar Meter mussten wir nach links oder rechts abbiegen. Um durch die Seitenkanäle zu gelangen, mussten wir manchmal kriechen."

Die Rettungsaktion lief nach Kaziks Schilderung folgendermaßen ab: Unterwegs erklärte einer der Arbeiter, nachdem er den Grad der Gefahr eingeschätzt hatte, dass er zurückgehen wolle, der andere zögerte und wollte nicht weitergehen. Daraufhin drohte Kazik mit einem Gewehr, sie zu erschießen, und beide setzten ihren Weg fort, bis sie schließlich das Ghetto erreichten....

Kazik ließ Sigismund Friedrich und die Arbeiter an der vereinbarten Stelle in der Kanalisation warten. Dann kletterte er die Eisenleiter hinauf, hob den Kanaldeckel an und kletterte aus der Kanalisation... Erschrocken sah er ein schreckliches Bild vor sich: die Straßen des Ghettos waren leer, die Gebäude lagen in Trümmern, überall lagen die Leichen der Toten... "Als ich wieder ins Ghetto zurückkehrte, konnte ich nichts mehr erkennen", schrieb er. - Alles war zerstört... Überall lagen Leichenhaufen - auf den Straßen, in den Höfen und zwischen den Trümmern." Trotz allem versuchte Kazik vergeblich, die verbliebenen Kämpfer zu finden, aber es war unmöglich.

Als sich die Nazis am 8. Mai dem Bunker in der Mila-Straße 18 näherten, in dem sich etwa 300 jüdische Kämpfer befanden, wurde mehr als die Hälfte von ihnen sofort vernichtet. Um nicht erschossen zu werden, begingen 120 Männer, darunter der Kommandant Mordechaj Anielewicz, kollektiven



Selbstmord. Wie durch ein Wunder überlebten etwa 15 Menschen... Kazik konnte das nicht wissen.

"Ich weiß nicht, wie ich meinen emotionalen Zustand erklären soll", erinnerte er sich später. – „Ich saß mitten in den Trümmern. Ich wusste nicht, was ich tun sollte. Mein Leben lief vor meinen Augen ab wie ein Film, in rasendem Tempo. Ich sah mich als den letzten Juden des Warschauer Ghettos, der im Kampf gefallen war. Ich dachte nicht mehr ans Überleben und dachte, dass ich bis zum Morgen warten würde, wenn die Deutschen kämen, und dann würde es mir entweder gelingen, sie zu töten, oder sie würden mich töten, und das wäre das Ende der Geschichte... Plötzlich erinnerte ich mich daran, dass Sigmund und zwei Arbeiter noch in der Kanalisation auf mich warteten, und ich eilte dorthin zurück. Zum Glück waren sie da, und wir gingen langsam zurück, ohne etwas erreicht zu haben. Nichts. Auf dem Rückweg hörte ich Stimmen und dachte, dass es vielleicht die Deutschen waren. Und plötzlich, völlig unerwartet, trafen wir dort in der Kanalisation zehn bekannte Juden. Es war eine Wonne und Freude!"

So wurden am 10. Mai 1943 etwa 40 jüdische Kämpfer von Kazik an den Stadtrand von Warschau in Richtung des Lomianski-Waldes geführt. Dort bildeten sie eine Partisaneneinheit und kämpften in dieser bis zum Ende des Krieges.

Ende des Krieges und Auswanderung

Nach dem Aufstand im Warschauer Ghetto war Kazik weiterhin Verbindungsmann und nahm im August 1944 in den Reihen der Partisanen-Volksarmee am Warschauer Aufstand teil. Leider wurde der Aufstand von den Nazis in 63 Tagen niedergeschlagen.

Nach der Befreiung Warschaws im Januar 1945 gelang es Kazik, seine Eltern und seine jüngere Schwester aufzusuchen, die im Versteck überlebt hatten. "Obwohl wir uns all die Jahre des Krie-

ges auf die Befreiung gefreut hatten, gab es keine Freude in uns. Erst da begannen wir, das Ausmaß der Shoah zu begreifen, die das jüdische Volk und unsere Familie getroffen hatte", schrieb er.

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs engagierte sich Kazik in der Organisation Briha ("Flucht"), die europäischen Juden bei der Auswanderung ins Mandatsgebiet Palästina half. 1946 erfüllte sich Kazik schließlich seinen Kindheitstraum, mit Hilfe von Aliyah Bet, einer jüdischen Organisation, die Juden nach Palästina schmuggelte, illegal auszuwandern. Im November 1947 kamen auch seine Eltern und seine Schwester in Palästina an.

Kazik trat der jüdischen Selbstverteidigungsorganisation Haganah bei und nahm nach der Gründung des Staates Israel im Rang eines Leutnants am Unabhängigkeitskrieg sowie an allen nachfolgenden israelischen Kriegen teil.

1981 zog er in einen Kibbuz, der von einer Gruppe von Überlebenden des Warschauer Ghettos, darunter Yitzhak Zukerman und seine Frau Tzivia Lubetkin, gegründet wurde und in dem sich auch ein Gedenkmuseum befindet.

Kazik ließ sich dann in Jerusalem nieder, wo er zunächst im Baugewerbe arbeitete. Später heiratete er die Künstlerin Gina Olmer, wurde Vater von zwei Söhnen und später Großvater von fünf Enkelkindern und leitete 25 Jahre lang eine Supermarktkette.

Über sein Schicksal während der Shoah sprach er nicht. Nach dem ersten Bericht, der bereits 1946 veröffentlicht wurde, schwieg Simcha lange Zeit. Seine Heldentaten blieben unbekannt, bis der Filmemacher Claude Lanzmann ihn 1985 in seinem Dokumentarfilm Shoah vorstellte.

Rotems Erinnerungen an die Ereignisse im Warschauer Ghetto wurden erst 2012 unter dem Titel "Memories of a Warsaw Ghetto Fighter" veröffentlicht. "Es gibt hier und da Lücken in dieser Geschichte", stellt der Autor im Vorwort fest. – „Ich wollte die Erinnerungen nicht rekonstruieren und zog es vor, die Lücken zu lassen."

Am 13. Mai 2010 nahm Simcha an der Enthüllung eines Denkmals teil, das über einem Kanalisationsschacht in der Prosta-Straße 51 errichtet wurde, aus dem er heldenhaft jüdische Kämpfer herausgeführt hatte. Im Jahr 2013 wurde Rotem in Warschau, wohin er zur Feier des 70. Jahrestags des Warschauer Ghettoaufstands gekommen war, der Orden der Wiedergeburt Polens (Polonia Restituta) verliehen.

Simcha Rotem verstarb am 23. Dezember 2018 im Alter von 94 Jahren in Jerusalem. Er ist auf dem Friedhof des Kibbuz Arel neben seiner Frau begraben. Am Tag von Rotems Beerdigung wurden in allen Schulen in Israel Gedenkstunden abgehalten. Mit dem Tod von Simcha Rotem, "einem Mann der Tat", wurde das Kapitel der Geschichte des Aufstands im Warschauer Ghetto endgültig geschlossen. Es gibt keine Zeitzeugen mehr, die dieses Ereignis miterlebt haben....

**EU-Pass,
EU-Führerschein,
Auswanderung etc**
www.domizilchange.de
Tel.: 030 / 99 21 3440

Die Hamas ist der ungeschminkte Islam

Der Angriff der Hamas auf unschuldige israelische Zivilisten und das barbarische Morden hilfloser Kinder und Babys widerspricht keinesfalls der Lehre des Korans, die an zahlreichen Stellen das Töten der Ungläubigen legitimiert und von vielen Muslimen als verbindliche und gültige Referenzquelle und Legitimation angeführt wird. Ganz entgegen der Annahme einiger Teile nicht-jüdischer Menschen, richten sich die Pro-Hamas-Demos in Deutschland und anderswo keinesfalls nur gegen Israel und die Juden, sondern sind, wie es sich bereits jetzt deutlich zeigt, eine Kampferklärung an die gesamte freie westliche Welt. Die Anfeindung gegenüber den Juden ist nur der Lackmus-Test für die fortschreitende islamische Zerstörung unserer Demokratien und unserer schwindenden westlichen Lebenswerte. (JR)



Von Dr. Alfred Schlicht

Die Hamas beruft sich auf den Koran und ihren Propheten Mohammed.

Was steht im Koran über Nichtmuslime und was waren die Konsequenzen?

Gott befiehlt den Muslimen, Krieg gegen die Ungläubigen zu führen, bis sie sich unterwerfen und Tribut bezahlen. So hat er es in Sure 9, Vers 29 des Koran festgelegt. Diese Vorschrift bestimmt das Verhältnis der islamischen zur nichtislamischen Welt und zu Nichtmuslimen seit dem 7. Jahrhundert und praktisch bis auf den heutigen Tag. Denn, so der Koran in Sure 9, Vers 28: „Die Ungläubigen sind Schmutz.“ [In Koranübersetzungen bemühen sich Gelehrte, diese drastische wörtliche Passage abzumildern durch ‚vornehere‘ Formulierungen]. Folgerichtig warnt Gott die Gläubigen auch vor näheren Beziehungen zu Nichtmuslimen: „Ihr Gläubigen! Nehmt euch nicht die Juden und die Christen zu Freunden!“ [Sure 5, Vers 51]

Denn die Muslime nehmen eine Vorzugsstellung ein: „Ihr seid die beste Gemeinschaft, die jemals für die Menschen geschaffen wurde.“ [Sure 3, Vers 110]. Schließlich war Muhammad, der Stifter des Islam, „das Siegel der Propheten“ [Sure 33, Vers 40], seine Botschaft die endgültige. Die Welt teilen sie ein in das ‚Haus des Islam‘ [Dar al Islam] und das ‚Haus des Krieges‘ [Dar al Harb].

Unter diesen Zeichen brachen die

Muslime zu einem beispiellosen Eroberungszug auf, der zur Vernichtung des Perserreiches [651] führte, sie bis auf die iberische Halbinsel [711], nach Sizilien und Frankreich, bis an die Grenzen Chinas [750] und nach Zentralasien brachte. Sie plünderten 846 den Petersdom und stießen vom provenzalischen Fraxinetum 939 bis nach Genf in die Schweiz vor.

Über die Jahrhunderte verlor diese Lehre nichts von ihrer Wirksamkeit und die Muslime nichts von ihrer religiös motivierten Eroberungsdynamik. Sie gelangten zweimal bis vor die Tore Wiens [1529 und 1683], eroberten Kreta und Rhodos, setzten sich an der Rotmeerküste fest und stießen in den Indischen Ozean vor.

Im 20. Jahrhundert kamen zunehmend Muslime als Flüchtlinge nach Europa. Die Machtverhältnisse hatten sich geändert, die muslimischen Länder waren gegenüber Europa deutlich zurückgefallen. Viele gerieten unter Kolonial- oder Mandatsregierung westlicher Staaten. Die Gründung des Staates Israel 1948 auf ‚ihrem‘ Boden [den sie erst nach 630 gewaltsam erobert hatten] hatte die Muslime ganz allgemein, besonders aber die Araber in eine Krise gestürzt. Ihr Selbstbewusstsein und ihr Überlegenheitsgefühl einerseits, aber andererseits auch

Ressentiments und das Gefühl der Erniedrigung brachten viele Muslime in die Länder der vermeintlich unterlegenen Christen mit. Auch die Solidarität innerhalb der besten Gemeinschaft und die Abgrenzung gegen Nichtmuslime waren im mentalen Gepäck der Zuwanderer. So war von Anfang an die Integrationsbereitschaft nicht bei allen Muslimen ausgeprägt. Nach etwa 50 Jahren muslimischer Zuwanderung in Deutschland sind die Probleme heute – gerade weil sie lange verschleiert und ignoriert worden waren – größer denn je. In anderen europäischen Ländern hat die muslimische Migration viel früher begonnen und die Spätfolgen haben krisenhafte Dimensionen erreicht.

Muslimische Gewalt in Frankreich

Unser westlicher Nachbar hat seit den 1960er-Jahren, als nach einem traumatisierenden Unabhängigkeitskrieg Algerien sich vom ehemaligen Mutterland löste, unter großen Schwierigkeiten mit algerischen Zuwanderern zu leiden. Ein SPIEGEL-Artikel aus dem Jahr 1964 [Nr. 29] klingt eigentümlich aktuell, wenn er unter dem heute undenkbar Titel ‚braune Flut‘ gravierende Probleme in den Schwimmbädern Frankreichs thematisiert, wo Frauen sich von Algeriern

sexuell belästigt sahen. Dies wird in den zugehörigen Kontext eingeordnet: Algerier begingen 1963 in Paris 32% aller Morde. Bei bewaffneten Raubüberfällen lag der Algerieranteil in der französischen Hauptstadt bei 58%. In den folgenden 60 Jahren hat sich das Problem in Frankreich nicht etwa durch Akkulturation und Integration erledigt oder abgemildert, sondern im Gegenteil wesentlich verschärft. Insbesondere in den Jahren seit der Jahrtausendwende haben die Migrationsfolgen, die schon Ende des 20. Jahrhunderts bedrohlich geworden waren, fast apokalyptische Ausmaße erreicht. Aus den Banlieues, den tristen Sozialwohnungsghettos französischer Städte, wo längst Parallelgesellschaften entstanden sind, brechen mehr und mehr Gewalttäter mit meist islamischem Migrationshintergrund auf. ‚Normal‘-Kriminalität und politisch-religiös motivierter Extremismus gehen dabei Hand in Hand.

Gemeinsam ist ihnen die Ablehnung des Gastlandes, die Verachtung seiner Werte, die bewusste Übertretung seiner Gesetze und Regeln, die Schädigung der Mehrheitsgesellschaft und die demonstrative Abkehr von Europa und all den Normen und Bedeutungsinhalten, für die es steht. Zwar sind Anschläge wie die Attacke

auf die Satire-Zeitschrift Charlie Hebdo im Januar 2015, der Anschlag auf das Pariser Bataclan-Vergnügungsetablisement im November 2015 oder der LKW-Angriff auf Menschen, die 2016 den französischen Nationalfeiertag auf der Promenade des Anglais in Nizza begingen, weltweit noch in Erinnerung ebenso wie die Enthauptungen im öffentlichen Raum. Aber kaum jemand erinnert sich noch an die 4 Menschen, die im Oktober 2019 in den Räumen der Pariser Polizeipräfektur erstochen wurden.

Längst vergessen sind auch der 85-jährige Priester, der am 26. Juni 2016 in der Kirche Saint Etienne in Saint-Etienne-du-Rouvray während der Messe bestialisch ermordet wurde oder die beiden Cousinen, 20 und 21 Jahre alt, die im Sommer 2017 vor dem Bahnhof Saint-Charles erstochen wurden, von einem Migranten, der illegal im Land war und einige Tage zuvor kurz festgenommen, aber wieder freigelassen worden war. Die Auflistung ließe sich beliebig fortsetzen. Die Dichte islamistischer Mordtaten ist in Frankreich so hoch, dass sie schon zur Normalität gehören und im Europa der Provinzialismen außerhalb der französischen Grenzen kaum noch wahrgenommen werden. Die Politik in Paris schaut weg, solange Parteien aus dem rechten politischen Spektrum dem Establishment noch nicht wirklich bedrohlich werden.

Größte jüdische Gemeinde in Europa

Frankreich nimmt eine Sonderstellung ein: Es hat sowohl die größte muslimische als auch die größte jüdische Gemeinde in ganz Europa. Deshalb wendet sich hier muslimische Gewalt auch in besonderer Weise gegen Juden. Israels Premierminister Netanyahu hatte die französischen Juden aufgefordert, „heim“ nach Israel zu kommen. Denn in Frankreich gab es seit längerem bizarre Gewalttaten gegen Juden. Die Geiselnahme im jüdischen Supermarkt Hyper Marché, nur 2 Tage nach dem Charlie-Hebdo-Anschlag im Januar 2015, die 4 Menschenleben kostete, war nur ein weiterer Höhepunkt [nachdem der Täter bereits am Vortag eine Polizistin erschossen hatte]. Schon 2006 hatte der aufsehenerregende Mord an Ilan Halimi die Öffentlichkeit in Frankreich schockiert. Der junge Franzose jüdisch-marokkanischer Herkunft wurde von einer muslimischen Gang entführt, gefoltert und schließlich ermordet. Im Zuge der Ermittlungen wurde klar, dass die Täter stark von antisemitischen Motiven und Stereotypen geleitet waren und auch die einschlägigen Koranverse [Juden als Affen] heranzogen. Weitere Mordtaten aus Judenhass folgten. In Toulouse wurden Schulkinder und ein Rabbiner 2012 ermordet, nachdem der algerisch-stämmige Täter zuvor mehrere Soldaten erschossen hatte.

Auch Jüdinnen in der Hauptstadt blieben nicht verschont. Im einschlägigen Viertel Belleville wurde im April 2017 die pensionierte Ärztin Sarah Halimi von einem aus Mali stammenden behördenbekannten Islamisten in ihrer Wohnung ermordet. Knapp ein Jahr später, im März 2018, wurde im selben Stadtviertel die 85-jährige Holocaustüberlebende Mireille Knoll von einem Nachbarn getötet, der seine Tat schon mehrfach angekündigt hatte, weshalb das spätere Opfer auch die Polizei kontaktiert hatte. Der antisemitische Charakter der Tat wurde im Fall Knoll sofort eingeräumt, während dieser im Fall Halimi im Vorjahr wegen des Präsidenschaftswahlkampfes verschleiert

wurde, wohl damit nicht die ‚Front national‘ unter Marine Le Pen davon profitiere.

Damals schon schrieb selbst die ‚Süddeutsche Zeitung‘ von der ‚Eskalation eines lange verdrängten Problems‘. Verdrängt, verschleiert und verharmlost wurde weiterhin - in Frankreich wie in Deutschland.

Islamische Anschläge in Großbritannien

„Die Scharia ... wird kommen entweder kommen durch Konversion zum Islam, denn er ist die am schnellsten wachsende Religion im Land oder dadurch, dass ein islamisches Land Großbritannien erobert oder durch [Bevölkerungs-]Elemente, die den Islam annehmen und ihn dann durchsetzen.“ Mit diesen eindeutigen Worten legte in wünschenswerter Offenheit der britische Islamist Anjem Choudari die Ziele des radikalen Islam bereits 2008 dar, während bei uns die Feststellung, Muslime strebten die Islamisierung des Abendlandes an, immer noch als ‚Hetze‘ islamophober Rechtsradikaler gilt. Das Vereinigte Königreich hat wie Frankreich durch sein koloniales Erbe schon lange viele Muslime im Land und damit auch erhebliche Probleme. Seit vielen Jahren wird England von verheerenden islamistischen Attentaten heimgesucht. Am 7. Juli 2005 wurden durch eine Reihe von Anschlägen von al-Qa'ida über 50 Menschen in London ermordet – es war die erste Attacke dieser Tragweite, die Islamisten im UK verübten. Beim Anschlag auf das Ariana-Grande-Konzert in Manchester im Mai 2017 starben 22 Menschen, etwa 800 wurden verletzt. Messerattacken in der Londoner Innenstadt, die Todesopfer forderten, gab es immer wieder. Sie erregten vorübergehend internationales Aufsehen, sind aber inzwischen auch zur Routine geworden.

„Der Islam gehört zu Deutschland“

Dies ist seit über einem Jahrzehnt ein Leitsatz, der bei uns zur Staatsraison zu gehören scheint. Ernüchternd klingt dagegen eine Aussage von Boualem Sansal, Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels von 2011: „Deutschland war komplett naiv. Und langfristig ist Deutschland das Land, das am meisten bedroht ist.“ Gut gemeinte Treuherrigkeit, blauäugige Islamophilie, unreflektierte Toleranz kennzeichnen die Haltung des besten Deutschlands, das es je gab, gegenüber einer Religion, der bei uns zwar ca. 5 Millionen Menschen angehören, die jedoch durch ihre Lehre und aufgrund ihrer Geschichte und Gegenwart Grund zur Skepsis gibt. Zwar leben viele Muslime gut integriert, oft schon als Staatsbürger unseres Landes, vielfach als erfolgreiche Leistungsträger unter uns und mit uns. Andererseits gibt es hier aber auch viele Muslime, die eben noch nicht bei uns angekommen sind.

In einer Studie der renommierten Hamburger Rechtswissenschaftler Katrin Brettfeld und Peter Wetzels wird schon 2005 nachgewiesen, dass 46,7% der hier lebenden Muslime die Befolgung der Gebote des Islam über die Demokratie stellen. Weniger als die Hälfte der muslimischen Jugendlichen ist bereit, sich an die Mehrheitsgesellschaft anzupassen. Kein Wunder, dass diese Gruppen das Land, das sie oder ihre Eltern oder Großeltern gastlich aufgenommen hat und ihnen bessere Lebensbedingungen bietet, als man sie sich in den Herkunftsländern je hätte erträumen können, ablehnen. „Deutsche kann man nur vergasen“ oder „ich scheiß auf Deutschland“ sind Äußerungen, die

die Neuköllner Jugendrichterin Kirsten Heisig schon 2009 in einem SPIEGEL-Interview zitierte. In England liest man auf Plakaten bei Demonstrationen „Fuck the UK“ oder „Europe ist the Cancer, Islam is the Answer“.

Deutsch- und Judenfeindlichkeit

Nicht erstaunlich, dass Brettfeld und Wetzels eine „Tendenz, den Islam pauschal auf- und westliche, christlich geprägte Kulturen abzuwerten“ diagnostizieren und das angesehene Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen bei 30% der türkischen Jugendlichen „Deutschfeindlichkeit“ feststellt. Ansichten und Aussagen führen aber leider auch zu Aktionen und Taten. Von 2015 bis 2017 stieg die Zahl der an Tötungsdelikten beteiligten Migranten von 233 auf 447. Laut ARD-Tagesschau vom 31.8.2020 „geht damit nahezu der gesamte Anstieg zulasten tatverdächtiger Zuwanderer. Ihr Anteil an... Tötungsdelikten lag 2017 bei 15%.“ Aber bereits 2010, so belegt eine Studie, die die bekannte Expertin für empirische Sozialforschung Sonja Haug im Auftrag der Bundesregierung durchgeführt hat, wurden 28% der Tötungsdelikte von Ausländern begangen, wobei u.a. irakische, afghanische, türkische, marokkanische und libanesisch Täter im Vordergrund standen.

Auch Deutschland wird von islamistischem Terror im eigentlichen Sinn heimgesucht, vor allem seit der Einwanderungswelle von 2015.

Anis Amri, Krimineller und Islamist aus dem Musterland des arabischen Frühlings und Urlaubsparadies, Tunesien, beging am 19.12.2016 den bisher größten islamistischen Terroranschlag der deutschen Geschichte auf dem Breitscheidplatz in Berlin, der insgesamt 13 Todesopfer forderte. Er war den Behörden gut bekannt und auch schon in seiner tunesischen Heimat und in Italien straffällig geworden. Wie die Untersuchungen nach der Tat offenlegten, war der Fall Anis Amri ein Musterbeispiel für Politikversagen und die Überforderung der Behörden durch die Vielzahl radikalislamischer Zuwanderer, die weitgehend unkontrolliert ins Land gekommen waren.

Direkt auf Anis Amri berufen hat sich der „Palästinenser“ Ibrahim A., der am 25. Januar 2023 im Regionalexpress Hamburg-Kiel 2 Teenager ermordet und mehrere Menschen verletzt hat.

Am 25.6.2021 tötete ein 2015 [!] über das sichere Drittland Italien eingereister Somalier unter ‚Allahu akbar‘-Rufen in einem Würzburger Kaufhaus 3 Frauen und verletzte 5 weitere Personen schwer. Viele islamistische Einzeltaten werden auch bei uns kaum noch wahrgenommen. In der Aufregung über den Gaza-Krieg ging der Mord eines ‚radikalisierten‘ Jugendlichen an einem 7-jährigen Kind am 27./28. Oktober in einer Klinik in Regensburg unter.

Besonders problematisch sind – vor allem im historischen Kontext Deutschlands – antijüdische Verhaltensweisen von Muslimen, wie sie bei „Palästina“-Demonstrationen immer wieder auftreten. Beispielsweise wurde u.a. im Jahr 2014 skandiert: „Hamas, Hamas, Juden ins Gas“. Das hat nichts mit legitimer Israelkritik zu tun, sondern ist importierter Judenhass, der bewusst den Schulterschluss zum Antisemitismus der Nazis sucht. Auch unverhohlene Drohungen gegenüber Juden unter Bezugnahme auf die Behandlung der Juden durch den Propheten Muhammad in der Frühzeit des Islam gehören in diese Kategorie. Schon seit Jahren sind zudem „Palästina“-Demonstrationen immer

wieder von schwerer Gewalt begleitet. So wurden im Mai 2021 in Berlin bei „Palästina“-Ausschreitungen über 90 Polizisten verletzt.

„Das hat aber nichts mit dem Islam zu tun“

ist eine Phrase, die ähnlich einer Beschwörungsformel immer wieder von Islamapologeten benutzt wird, wenn es durch Muslime zu Rechtsbrüchen und Terror kommt. Die Formel kommt selbst dann zum Einsatz, wenn Muslime ihre Taten explizit mit Versen aus dem Koran, der ja das Wort Gottes darstellt, begründen oder Überlieferungen aus dem Ur-Islam zur Bekräftigung ihrer Taten heranziehen. Antideutsche oder antichristliche Haltungen werden gerechtfertigt mit Rassismus und Islamfeindlichkeit, denen Muslime bei uns angeblich immer wieder ausgesetzt sind. Für Gewaltexzesse im Namen des Islam wird Verständnis gezeigt, weil die Flüchtlinge traumatisiert seien. Waren die tamilischen Flüchtlinge aus Sri Lanka in den 80er-Jahren oder sind die heutigen Ukraine-Flüchtlinge nicht traumatisiert? Kommt es zu antisemitischen Exzessen, werden stets die Leiden der „Palästinenser“ angeführt, durch die solche Ausschreitungen zu rechtfertigen oder zumindest verständlich seien. Den feinen Unterschied zwischen zulässiger Kritik an Israel und dumpfem Judenhass wollen dabei viele nicht sehen. Gerne wird auch die [Schutz-]behauptung aufgestellt, es gebe einen deutlichen Unterschied zwischen dem [guten] Islam und dem [bösen] Islamismus. Wie sie diesen Unterschied definieren oder worin er genau besteht, können die selbsternannten Experten nicht erklären.

Seit dem 7. Oktober sind unsere Straßen Schauplatz von Volksverhetzung, Antisemitismus und Gewalt. Nachdem die Hamas durch die EU schon 2001 als kriminelle Vereinigung eingestuft worden war, kam es erst Anfang November 2023 [natürlich nach rechtzeitiger Vorwarnung] – also über 2 Jahrzehnte später – zu einem Verbot von Hamas und Samidoun.

Bei weitem nicht alle Muslime stellen eine Gefahr für unsere offenen Gesellschaften dar und bedrohen unser freiheitliches westliches Leben. Aber unbestreitbar beinhaltet der Islam ein hohes Gefahrenpotenzial, sind unter den Menschen aus Nahost viele schwer zu integrierende. Im Ozean der vielen Muslime verbergen sich einige islamistische Haie. Wir sind zweifellos der Dystopie von Michel Houellebecq heute näher als dies noch vor wenigen Jahren möglich schien. Kinder- und Zwangsehen, islamische Paralleljustiz sowie Ehrenmorde – Hatun Sürücü wurde 2005 zur Ikone - gehören längst bei uns zum Alltag, bei unseren Nachbarn [NL] werden Kronprinzessinnen und Regierungschefs bedroht, Journalisten ermordet. Die islamische Lobby inszeniert sich bei Islamkonferenzen auf Kosten des Steuerzahlers. Inzwischen erklingt der Ruf des Muezzins von der Erdogan-gesteuerten Ditib-Zentralmoschee über Köln [und von 250 anderen Moscheen in Deutschland].

Nicht nur Israel, nicht nur die Juden – wir alle sind durch Hamas und ihre Verbündeten weltweit bedroht. Bei Demonstrationen auf Deutschlands Straßen wurden IS-Flaggen und Plakate gezeigt ‚Das Kalifat ist die Lösung‘.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Dr. Alfred Schlicht ist Autor von ‚Gehört der Islam zu Deutschland?‘ [OrellFuessli 2017] und von ‚Die Araber und Europa‘ [Kohlhammer 2008]

115. Geburtstag von Simon Wiesenthal – „Ich werde dafür sorgen, dass man sie nicht vergisst“

Der 2005 verstorbene Simon Wiesenthal, der als „Nazi-Jäger“ weltberühmt werden sollte, überlebte im Zweiten Weltkrieg fünf Konzentrationslager. Nach dem Krieg verschrieb er sich dem Sammeln von Beweisen und dem Auffinden der Nazi-Verbrecher. Sein Antrieb, war stets „Recht, nicht Rache“. Seine unermüdlichen Recherchen führten zur Verhaftung von rund 800 schuldigen Nationalsozialisten. Durch Wiesenthals akribische und beherzte Nachforschungen, gelang es den an der sogenannten „Endlösung“ und der Ermordung von über 6 Millionen Juden maßgeblich verantwortlichen Nazi-Schergen Adolf Eichmann, in Argentinien zu enttarnen, ihn dort festzusetzen und ihm seiner Strafe in Israel zuzuführen. (JR)

Von Collin McMahon

Als Gefangener im KZ Janowska in Lemberg musste Simon Wiesenthal mit anderen Gräben für die Toten ausheben. „Wir wussten, dass die Gräben bald voller Leichen sein würden“, sagte er. „Sie ließen die Opfer schon aufmarschieren, Frauen und Mädchen. Ich machte Augenkontakt mit einem der Mädchen. ‚Vergiß uns nicht‘, sagte mir ihr Blick“, so Wiesenthal. Später würde er sich vorstellen, sie im Himmel wiederzutreffen. „Ich habe dich nicht vergessen“, würde er ihr sagen. Es wurde sein Lebensmotto.

An Silvester 1908 vor 115 Jahren wurde Simon Wiesenthal in Butschatsch, Galizien geboren, damals Teil der K. und K.-Monarchie. 870.000 Juden lebten in Galizien, 20% der Bevölkerung. Kaiser Franz Joseph hatte den Juden 1867 die Freiheit gewährt. „Wir liebten den Kaiser und waren eifrige Patrioten“, so Wiesenthal, dessen Vater im 1. Weltkrieg fiel. „Wir Juden waren die Vorreiter der deutschen Kultur im Osten“, so Wiesenthal, der zuhause Deutsch und Jiddisch sprach. Seine Mutter floh mit ihm und seinem Bruder vor den Russen, erst nach Lemberg und dann nach Leopoldstadt in Wien, der Stadt, die für ihn zur zweiten Heimat wurde.

Nach dem Krieg kehrten sie nach Butschatsch zurück, wo Wiesenthal sich in seine Mitschülerin Cyla Müller verliebte, eine entfernte Verwandte Sigmund Freuds, die 1936 seine Frau wurde. Er studierte in Prag Architektur und engagierte sich bei den Revisionistischen Zionisten um Jabotinsky, die eine „Eiserne Mauer“ zwischen Juden und Arabern in Palästina errichten wollen. Wiesenthal schloss sich später der weniger radikalen Judenstaatspartei von Meir Grossman an, doch blieb er sein Leben lang ein „rechter“ Zionist.

Wiesenthal zog 1932 nach Lemberg, heiratete Cyla und eröffnete ein Architekturbüro. In Lwiv engagierte er sich bei der zionistischen Studentengruppe Bar Giora, wo er in der Zeitung Omnibus Karikaturen veröffentlichte, die die Nazis auf die Schippe nahmen und gegen den britischen Teilungsplan für Palästina eintraten. Sein Schwager machte Alija, aber Cyla und Simon mussten an ihre Eltern denken, die sie nicht mitnehmen konnten. Auch nach dem Hitler-Stalin-Pakt blieben sie in Lemberg. Biograph Tom Segev nennt es „den größten Fehler ihres Lebens.“

„Hitler sagte offen, dass er die Juden vernichten wollte. Stalin log.“ Ende September 1939 kamen die Sowjets, und verhafteten oder verjagten all jene, die sie für Bourgeoisie hielten. Damals flohen manche Juden sogar ins Deutsche Reich. Wiesenthal wurde verhört und musste Bestechungsgeld zahlen, um in Lemberg bleiben



Simon Wiesenthal

zu dürfen. Später sollte Wiesenthal Hitler und Stalin, Kommunismus und Faschismus, gleichermaßen ablehnen. Der Unterschied zwischen beiden sei: Hitler sagte offen, dass er die Juden vernichten wollte, aber niemand glaubte ihm. Stalin log, dass er nichts gegen Juden hätte, und alle glaubten ihm.

Am 22.6.1941 begann Operation Barbarossa, die Rote Armee überließ die Stadt ohne Gegenwehr dem III. Bataillon des Gebirgsjäger-Regiments 98 der Wehrmacht. Die Russen hatten beim Abzug tausende inhaftierte ukrainische Nationalisten per Genickschuss hinrichten lassen, die Einheimischen gaben den Juden eine Mitschuld. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht begann die Bandera-Miliz OUN ein furchtbares Pogrom, bei dem etwa viertausend Juden ermordet wurden. Ein ukrainischer Mob machte mit deutscher Hilfe Jagd auf jeden, der jüdisch aussah. Juden wurden beim Spießrutenlauf mit rasierklingenbewehrten Prügeln geschlagen. Alte und Kleinkinder wurden erschlagen. Juden mussten Gräber für die getöteten ukrainische Nationalisten ausheben und wurden danach getötet.

Ein deutscher Soldat drang mit einer Dirne in Wiesenthals Haus ein und forderte seine Gespielin auf, sich Kleider aus Cylas Schank auszusuchen. Es war Wiesenthals erste Begegnung mit der Nazitaktik, Juden zu erniedrigen.

Zwei Tage später wurde Wiesenthal früh morgens verhaftet und wurde mit 100 anderen Juden unter Stockschlägen zum Ostbahnwerk gebracht, wo sie schwere Eisenbahnteile bewegen mussten.

Die Juden von Lemberg wurden ins Ghetto umgesiedelt, wo ganze Familien in Schuppen und Keller gepfercht wurden. Typhus, TBC und andere Seuchen grassierten. Das Ghetto wurde vom Judenrat regiert, die im Auftrag der Nazis eine eigene Polizei bildeten und den Schwarzmarkt beherrschten. Nach dem Krieg sollte Wiesenthal genauso auf jüdische Kollaborateure Jagd machen wie auf Nazis.

Im März 1942 begannen die Deportationen in die Gaskammern von Belzec, 200 km entfernt. Dabei gingen die Nazis streng bürokratisch vor: Es wurde z.B. angekündigt, dass gewisse Dokumente nur noch mit einem bestimmten Stempel gültig wären. Wer diesen innerhalb von wenigen Stunden nicht bei den überlasteten Stellen besorgen konnte, wurde abtransportiert. Dabei kam Cyla und Simon dessen künstlerisches Talent und Ausbildung zum Architekt zugute, die ihm eine gehobene Stellung bei der Ostbahn besorgt hatte und seine Talente als Dokumentenfälscher zu Tage brachte.

Im Sommer 1942 kam Wiesenthal nach Hause und seine Mutter war weg. Nachbarn erzählten, zwei Ukra-

iner hätten sie abgeholt. Wiesenthal erfuhr nie, was aus ihr geworden war.

„Wir sehen uns im Seifenregal“

Die Nazis umzäunten das Ghetto und richteten Arbeitslager wie das Lager Janowska ein, in dem 20 bis 30 000 Menschen rackerten. Misshandlungen und Massenhinrichtungen waren an der Tagesordnung. Der beißende Geruch von verkohltem Fleisch hing in der Luft, der schwarze Humor dominierte: „Wir sehen uns im Seifenregal“ war ein häufiger Gruß.

Wiesenthal selbst genoss hingegen ein relativ privilegiertes Leben als Ingenieur beim Ostbahn-Ausbesserungswerk (im Dienste eines „guten Deutschen“, Adolf Kohlrantz, für den Wiesenthal Pläne entwarf und im Büro arbeiten durfte. Kohlrantz half ihm, seine Frau Cyla aus dem Arbeitslager Janowska zu sich zu holen. Wiesenthal hatte sogar zwei Pistolen in seinem Schreibtisch und half dem Widerstand, Waffen zu besorgen. Er schmuggelte Pläne an den Widerstand – nicht die Kommunisten, sondern die der polnischen nationalen Exil-Regierung in London. Kohlrantz sagte ihm, die Deutschen würden eines Tages dafür büßen, was sie den Juden angetan hatten. Es prägte seine Überzeugung, dass nicht alle Deutschen gleich waren. Wiesenthal lehnte stets die Idee einer Kollektivschuld ab und konzentrierte sich Zeit seines Lebens,

die Übeltäter von den Unschuldigen zu trennen. So titelte er seine Erinnerungen später „Recht, nicht Rache.“

Wiesenthal arrangierte Cylas Flucht aus Lemberg nach Warschau, wo sie bis Kriegsende unter falschem Namen lebte. Ende September 1943 empfahl ihm Kohlrantz die Flucht, da das Lager Janowska bald aufgelöst werden sollte und gab ihm Dokumente, um das Lager zu verlassen. Wiesenthal verbrachte mit anderen sieben Monate in der Wohnung von Paulina Busch, für die er Dokumente gefälscht hatte. Er hohlte den Boden aus, damit sie sich zu dritt unter den Dielen verstecken konnten. Am 13.6.1944 wurden sie entdeckt und wieder nach Janowska gebracht, wo er versuchte, sich die Pulsadern aufzuschneiden, um der Folter zu entgehen.

Juden und SS-Männer gemeinsam auf der Flucht

Die Russen standen kurz vor Lemberg und die Nazis waren auf der Flucht. Plötzlich waren die Juden für fliehende SS-Männer ein wertvolles Faustpfand, um dem Frontdienst zu entgehen und als menschliche Schutzschilder zu dienen. SS-Hauptsturmführer Friedrich Warzok zog ihnen Blaumänner an und gab sie als als HiWis aus: 50 Gefangene und 30 SS-Männer, alle mehr darauf erpicht, sich selber zu retten als für den Endsieg zu sterben. Warzok verbot ihnen unter Androhung des Todes, sich als Juden zu Erkennen zu geben, und ließ sie bei Przemysl sinnlose Verteidigungsanlagen ausheben bis die Rote Armee am 27.7.1944 kam und sie weiter westwärts fliehen mussten.

Sie schliefen in verlassenen Arbeitsbaracken und wurden eine große Truppe von Kriegsobdachlosen, so Wiesenthal laut Segev. „Sie aßen und schliefen zusammen, und klauten Kartoffeln vom Feld, Juden und SS-Männer gemeinsam auf der Flucht. Sie hatten genug zu essen und die SS-Männer teilten ihre Zigaretten und Schnaps mit den Juden. Als sie Wehrmachtssoldaten auf dem Rückzug trafen, wurden sie beschimpft, sie sollten gefälligst an der Front kämpfen, anstatt mit Juden herumzulaufen.“

Er überlegte sich zu fliehen, beschloss aber, dass er bei den SS-Männern besser aufgehoben war. „Unsere Lage war hervorragend“, sagte er, „Sie schimpften uns nicht und schlügen uns nicht.“ Sie wurden nicht einmal bewacht.

Laut Biografin Hella Pick unterhielt sich Wiesenthal mit einem SS-Mann darüber, was er über die KZs sagen würde, falls er eines Tages in die USA kam. Er würde die Wahrheit sagen, so Wiesenthal. „Sie werden dich für verrückt erklären“, sagte der Mann. „Niemand wird dir glauben“. Wiesenthal beschloss, falls er überleben sollte, dafür zu sorgen, dass man ihm glaubte.

Im September 1944 wurde Warzok und seine Männer von einer Sonderinheit aufgespürt, die Wehrkraftzer-setzer jagte, und an die Front geschickt. „Es tat mir Leid für sie“, schrieb er. Warzok selbst wurde Leiter des KZ Neuengamme und verschwand nach dem Krieg. Wiesenthal und seine 33 Kameraden kamen ins berüchtigte KZ Kraków-Plaszów unter Oberst Amon Göth, bekannt aus Spielbergs Schindlers Liste, wo sie Leichen exhumieren und verbrennen mussten, um die Beweise der Gräueltaten vor den herannahenden Sowjets zu verbergen.

Die „Fallschirmspringer“ von Mauthausen

Als die Russen im Anmarsch waren, gingen Wiesenthal und seine Kollegen

davon aus, dass die Nazis sie als Mitwisser töten würden, doch sie wurden nach Groß-Rosen evakuiert, wo 100.000 Gefangene unter abartigen Bedingungen hausten. Wiesenthal musste im Steinbruch arbeiten, wo ihm ein Stein auf den Fuß fiel. Der Arzt amputierte zwei Zehen ohne Narkose mit einer Schere. Im Januar 1945 musste er humpelnd auf einem Besenstil gestützt nach Chemnitz laufen, ein Todesmarsch mit mehreren tausend anderen. Von dort ging es mit dem Zug nach Buchenwald. Unterwegs starben so viele Juden, dass sie die Leichen als Sitzmöbel verwendeten. Die Anwohner hatten sich beschwert, deshalb durften sie die Toten nicht vom Zug werfen.

Von Buchenwald ging es per LKW nach Mauthausen in Oberösterreich, eines der grausamsten KZs der SS. Die Insassen mussten im Steinbruch „Wiener Graben“ arbeiten, die über eine Steintreppe, die „Todesstiege“, mit dem Lager verbunden war. Die 50 Meter hohe, fast senkrechte Felswand oben an der „Todesstiege“ wurde von der SS dazu missbraucht, Häftlinge in den Tod zu stoßen.

„Juden in Mauthausen wurden selten erschossen. Für sie war der ‚Wiener Graben‘ bestimmt. An einem einzigen Tag, am 31. März 1943, wurden vor den Augen Heinrich Himmlers 1.000 niederländische Juden aus einer Höhe von über 50 Metern hinuntergeworfen. Die SS nannte sie ‚Fallschirmspringer‘. Das braune Volk amüsierte sich!“, so Wiesenthal. Am 5.5.1945 wurde Mauthausen von der 11. Panzerdivision der 3. US-Armee befreit. „Die Menschen rannten auf die Panzer zu“, so Wiesenthal. „Doch ich war zu schwach zu laufen. Ich musste auf allen vieren kriechen.“

Wenige Tage nach der Befreiung begann Simon Wiesenthal mit der Arbeit, die ihn den Rest seines Lebens beschäftigen sollten: Er machte eine 8-seitige Liste von beinahe 150 Namen von Nazi-Kriegsverbrechern, die er an den US-Kommandeur in Mauthausen schickte. So begann seine Beziehung zu den Amerikanern, die die Lagerkommandeure von Mauthausen finden wollten. Die Amerikaner waren von seiner Liste und seiner Hingabe beeindruckt und beschäftigten ihn als Dolmetscher. Er lernte rasch Englisch und arbeitete für den Vorläufer der CIA, das Office of Strategic Services OSS, das Ende 1945 aufgelöst wurde.

Zu dieser Zeit gab es 14 Mio. Flüchtlinge in Europa, darunter etwa eine Million Juden. Die meisten flohen vor den Sowjets nach Westen und landeten in Displaced Persons (DP) Lagern im Amerikanischen Sektor.

„Der Vorsitzende der Juden“

Im Frühjahr 1947 lebten 160.000 Juden als Displaced Persons in der US-Zone in Deutschland, weitere 40.000 in Österreich. Manchmal lebten sie in den Nazi-Lagern weiter. Wiesenthal etablierte sich in Linz als Leiter des Judenrates und arbeitete mit den Zionisten zusammen, die Soldaten für den Befreiungskampf in Israel anwarben. Jeder Jude in den Lagern war für ihn ein potenzieller Hinweisgeber bei der Nazijagd.

Er schickte einen Bekannten nach Warschau, um Cyla zu suchen, der einen Aushang in der jüdischen Gemeinde machte. Es meldeten sich gleich drei Damen, die in den Westen wollten und sich alle als Cyla Wiesenthal ausgaben. Der Bekannte wusste nicht, wie Cyla aussah, deshalb wählte er die

Hübscheste. Zum Glück die Richtige. „Wenn es nicht die Richtige ist, dann nehme ich sie“, so der Bekannte.

Simon und Cyla machten eine Liste der Verwandten, die sie verloren hatten, und kamen auf 89. Cylas Mutter war in Butschatsch von einem Polizisten erschossen wurde, weil sie ihm nicht schnell genug lief. Trotzdem waren Cyla und Simon überglücklich, wiedervereint zu sein. Ein Jahr später kam ihre Tochter Paulinka auf die Welt.

Wiesenthal druckte sich Visitenkarten, auf denen „Vorsitzender des österreichischen Verbandes der jüdischen KZ-Insassen“ stand, und fuhr 1946 auf den Zionistischen Kongress nach Basel, wo er den Anwalt und Lehrer Avraham Silberschein aus Butschatsch überzeugte, sein „Dokumentationszentrum“ zu finanzieren.

Er und Cyla spielten mit dem Gedanken, Alija zu machen, bleiben aber in Österreich, wo sie sich zuhause fühlten. In Israel gebe es schließlich keine Nazis oder Antisemiten zu jagen, sagte er, was soll er also da?

Die Jagd auf Adolf Eichmann

Simon Wiesenthal hörte im Juli 1945 zum ersten Mal von einem Offizier der Jewish Brigade der britischen Armee von Adolf Eichmann, der seit der Wannsee-Konferenz Hauptverantwortlich für die „Endlösung“ war. In Linz erfuhr er, dass Eichmanns Eltern dort ein Elektrogeschäft hatten. „Eines Abends“, als er in seiner Wohnung in Linz über seinen Listen saß, „kam die Vermieterin, Frau Sturm herein und schaute mir wie gewohnt über die Schulter: ‚Eichmann‘, sagte sie. ‚Das muss der SS-General Eichmann sein, der die Juden kommandiert hat. Wussten Sie, daß seine Eltern hier in der Straße wohnen, nur ein paar Häuser weiter auf der Nummer 32?‘ So begann Wiesenthals Jagd auf Adolf Eichmann.

„Eichmanns Fehler war sein Familiensinn“, schrieb Wiesenthal. „Er wollte die Verbindung zu seiner Frau aufrechterhalten, er wollte an Familienfeierlichkeiten teilnehmen, er wollte seine Kinder bei sich haben. Schließlich war er ein ganz und gar bürgerlicher, ganz und gar normaler, man könnte fast sagen sozial angepasster Mensch. Dass er den Tod von sechs Millionen Juden auf dem Gewissen hatte, resultierte nicht aus seinem kriminellen Charakter, sondern ganz im Gegenteil aus seiner Bereitschaft, in einer gemeinsamen Aufgabe aufzugehen, ihr mit seinem ganzen Talent und seinem ganzen Fleiß zu dienen: Er hätte auch sechs Millionen Zigeuner vergasen lassen, wenn es so viele gegeben hätte. Oder sechs Millionen Linkshänder.“

Wiesenthal machte Eichmanns Frau Veronika in Altaussee ausfindig, die behauptete, ihren Mann seit dem Krieg nicht gesehen zu haben. So gelangte Eichmann auf die österreichische Fahndungsliste, so Wiesenthal, „und langsam kristallisierte sich heraus, welche Bedeutung ihm zukam... Es wurde klar, dass die Befehle zur Deportation von ihm ausgegangen waren, und dass er der Hauptverantwortliche für das Funktionieren der Vernichtungsmaschinerie gewesen war.“ Wiesenthals Mitarbeiter Manus Diamant trieb ein Foto des Gesuchten auf. Nun hatte Eichmann ein Gesicht. Ende 1947 vereitelte Wiesenthal Veronika Eichmanns Versuch, ihren Mann für tot erklären zu lassen. „Dieser spektakuläre Schritt war wahrscheinlich mein wichtigster Beitrag zum Fall

Eichmann“, so Wiesenthal. „Dort, wo ich vielleicht ein ‚Jäger‘ hätte sein können, habe ich eher versagt.“

Ende 1949 erfuhr Wiesenthal von einem österreichischen Polizisten, dass Eichmann seine Familie über Weihnachten besuchen wollte, und lud ihn ein, bei der Verhaftung dabei zu sein. Ein junger israelischer Agent schloss sich an, verplapperte sich aber in der Wirtschaft beim Biertrinken mit den Dorfschönheiten. Rasch wusste ganz Altaussee, dass ein „Kommando des israelischen Geheimdienstes“ im Dorf war. Eichmann verschwand. Bald darauf seine Frau und Kinder auch.

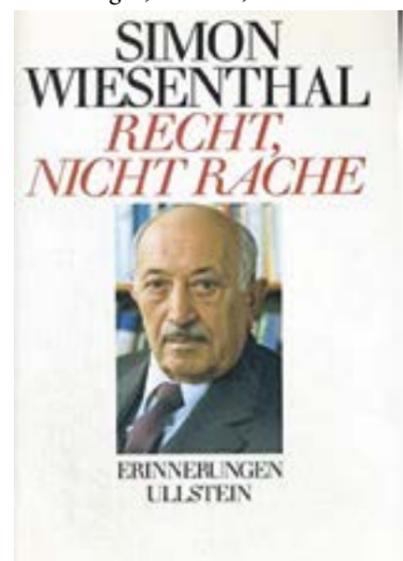
1953 erhielt Wiesenthal vom österreichischen Polizisten Valentin Tarra den Tipp, dass Veronika Eichmann in Südamerika sei „wo ihr Mann bei den Wasserwerken arbeitet.“ Wiesenthal informierte am 24.3.1953 den israelischen Botschafter in Wien, dass Eichmann in Argentinien sei. Erst Jahre später musste Wiesenthal erstaunt feststellen, dass diese wichtige Info beim Mossad lediglich zu den Akten gelegt wurde. Israel hatte ums Überleben zu kämpfen, niemand interessierte sich für flüchtige Nazis.

Und Wiesenthals anderer Auftraggeber, die CIA, war unter der Leitung von Allan Dulles eher damit beschäftigt, Nazis wie SS-General Karl Wolff und Generalmajor Reinhard Gehlen für den Kalten Krieg zu rehabilitieren, dessen Organisation Gehlen 1956 zum Bundesnachrichtendienst umbenannt wurde. „Die dümmsten Nazis waren die, die sich am Ende des Dritten Reichs umgebracht haben“, so Wiesenthal, da sie im Kalten Krieg im Dienste der CIA ein bequemes Leben hätten haben können. Wiesenthal gab frustriert auf. Er schloss sein Dokumentationszentrum in Linz 1953 und schickte es nach Yad Vashem. Er schätzte, dass er in acht Jahren zur Verhaftung von 800 Kriegsverbrechern beigetragen hatte.

Er dauerte bis zum 11.5.1960, bis zwei Mossad-Agenten Adolf Eichmann in der Garibaldi-Straße in Buenos Aires in ein Auto packten und nach Tel Aviv flogen, wo er im bis dato größten KZ-Verbrecherprozess zum Tode verurteilt werden sollte. Am 24.5. erhielt Simon Wiesenthal von Yad Vashem ein Telegramm: Herzlichen Glückwunsch zu der gut gemachten Arbeit. Noch nie hat ihn etwas so glücklich gemacht, sagte Wiesenthal.

Literatur

Simon Wiesenthal: *Recht, nicht Rache - Erinnerungen*, Ullstein, 1988



Hella Pick: *Simon Wiesenthal*, Rowohlt, 1997

Tom Segev: *Simon Wiesenthal - Die Biografie*, Pantheon, 2012

Besuch der jüdischen Gemeinde in Novi Sad, Serbien

In der zweitgrößten Stadt Serbiens Novi Sad blühte vor dem Schrecken der Shoah ein prosperierendes jüdisches Leben. Von einstmals insgesamt 86 Synagogen sind jetzt nur noch 11 übrig. Heute ist jüdisches Leben, dank engagierter Gemeindemitglieder aber wieder sichtbar. Die Jüdische Rundschau hat sich auf die Spuren des Judentums in Serbien begeben. (JR)

Von Filip Gašpar

Es ist ein warmer Dienstag Anfang November, als ich mich mit dem Schnellzug aus Belgrad Richtung Novi Sad mache. Auch wenn meine Mutter in der Nähe aufgewachsen und mein Großvater nicht weit von hier begraben liegt, habe ich es tatsächlich vorher noch nie in die zweitgrößte Stadt Serbiens geschafft. Novi Sad ist die Hauptstadt der Vojvodina, einer autonomen Provinz in Serbien, die einen Großteil Nordserbiens umfasst. Zur vollen Blütezeit jüdischen Lebens standen in der Vojvodina einst 86 Synagogen. Heute stehen nur noch 11 davon, doch die meisten werden nicht mehr als Gotteshäuser genutzt. Novi Sad war 2022 eine der drei Kulturhauptstädte Europas, neben der Stadt Kaunas in Litauen und Esch-sur-Alzette in Luxemburg. Novi Sad und die Vojvodina im Allgemeinen haben heute noch einen beachtlichen Anteil an Ungarn, was Ungarisch, neben Serbisch, zu einer weit verbreiteten Sprache macht.

Die große Synagoge

Und das sieht man der Stadt ebenfalls an, vor allem architektonisch. Vom Hauptbahnhof flaniere ich bei gutem Wetter keine halbe Stunde in die „Jevrejska“ (Jüdische) Straße, wo mich der Präsident der jüdischen Gemeinde von Novi Sad Mirko Štark und der ebenfalls aus Novi Sad stammende Ladislav Trajer, stellvertretender Präsident der Föderation der jüdischen Gemeinden Serbiens, zum Gespräch erwarten. Und da steht sie, die große Synagoge, eingebettet zwischen Backsteingebäuden. Anders als in Deutschland stehen keine bewaffneten Polizisten mit Maschinengewehren vor der Synagoge und der im Nachbargebäude untergebrachten Gemeinde. Zwar hat die Synagoge einen Wächter, doch Štark wird mir später mit Freude berichten, dass der Sicherheitsmann jedem Besucher Einlass zur Besichtigung gewährt. Etwas Ähnliches ist in Deutschland unvorstellbar.

Man kann die Synagoge schwer verfehlen, denn sie ist eine Touristenattraktion von Novi Sad. Die zentrale Kuppel fasst 130 Fuß, ist umgeben von einer ehemaligen jüdischen Schule und den Büros auf den anderen Seiten. Erbaut wurde sie zwischen 1906 und 1909 vom ungarisch-jüdischen Architekten Lipót Baumhorn im Jugendstil für bis zu 950 Gläubige, steht auf einem der Hinweisschilder draußen.

Mitgliederstarke Gemeinde

Trajer und Štark empfangen mich in Štarks Büro, nachdem mir Štark die Synagoge und die Räumlichkeiten der Gemeinde gezeigt hat, in den Chorproben, Filmvorführungen und kulturelle Veranstaltungen stattfinden, und das wöchentlich! Ich bin nach der Aufzählung der ganzen Aktivitäten nicht nur beeindruckt, sondern darüber hinaus erfreut und habe den Eindruck, dass die Gemeinde sogar ein wenig tiefstapelt, was ihr Engagement angeht. Trotz, dass die Gemeinde mit dem Überleben zu kämpfen hat, weil Mitglieder aufgrund wirtschaftlicher Not wegziehen, zählt



Vorderansicht der Synagoge von Novi Sad.

sie immer noch über 640 Mitglieder aus allen Altersgruppen.

Mirko Štark erzählt mir bei einer Tasse türkischen Mokka, Juden hätten sich erstmals im 17. Jahrhundert in Novi Sad niedergelassen, kurz nach ihrer Gründung im Jahr 1694 unter der Habsburgermonarchie. Weiter berichtet er, dass viele Menschen in die Grenzregion flüchteten, als das österreichisch-ungarische Reich, in dem größtenteils Askenasen lebten, neue Gesetze erließ, die den Juden das Leben in Städten untersagten. Dort in den Grenzregionen, wozu zudem Novi Sad zählte, wurden diese Gesetze nicht so streng durchgesetzt. Später, als die Serben, die Vojvodina eroberten, wurden diese Beschränkungen aufgehoben und die jüdische Gemeinde blühte auf.

Das Ende der Blütezeit

Nach dem Ersten Weltkrieg und der Gründung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen erlebte das jüdische Leben von Novi Sad eine kulturelle und wirtschaftliche Hochzeit, die zur Gründung eines jüdischen Gemeindezentrums, von Sportvereinen, Chören und ebenfalls mehreren jüdischen Zeitungen führte. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatte Novi Sad etwa 60.000 Einwohner, davon waren über 4.000 Juden. Die meisten davon waren wohlhabende Kaufleute, Anwälte, Ärzte und Professoren.

Diese Blütezeit endete abrupt im Jahr 1941, als die ungarische Armee mit Nazi-Deutschland kollaborierte und Novi Sad besetzte, was das Leben für Juden unerträglich machte. Innerhalb eines dreitägigen Zeitraums im Januar 1942, der heute als das Massaker von Novi Sad bekannt ist, trieben die Ungarn mehr als 1.400 Juden zusammen, beschlagnahmten ihr Eigentum, schossen ihnen in den

Rücken und warfen sie in die eiskalte Donau.

Nach der Kapitulation Ungarns vor Deutschland trieben bewaffnete Wachen die verbliebenen 1.800 Juden der Stadt in die Synagoge und hielten sie dort zwei Tage lang unter erbärmlichen Bedingungen ohne Nahrung und Wasser fest. Am 27. April 1944 führten die Nazis ihre ausgemergelten jüdischen Gefangenen zum Bahnhof und pferchten sie in einen Zug nach Auschwitz.

Nur 300 der Juden von Novi Sad überlebten die Shoah und mussten die Gemeinde im darauffolgenden Nach-

Männer, was es ihnen unmöglich machte, einen Minjan zu bilden, womit das Quorum von zehn oder mehr im religiösen Sinne mündigen Juden gemeint ist, die für einen vollständigen Gottesdienst nötig sind. Außerdem erfahre ich, dass niemand vor Ort sich an die koscheren Essensvorschriften halte, da es kein koscheres Fleisch zu erwerben gebe.

Viele der ortsansässigen Juden sehen in Serbien, das von wirtschaftlichen Turbulenzen heimgesucht wird, kaum eine Perspektive für sich. Der heutige Durchschnittslohn beträgt etwa 1.000 Euro brutto pro Monat. Ebenfalls ein Grund, warum vor allem jüngere Gemeindemitglieder mit dem Gedanken spielen, auszuwandern.

Engagierte Gemeindefarbeit

Trotz dieser wirtschaftlichen Herausforderungen ist es Serbien hoch anzurechnen, dass es 2017 zustimmte, in den folgenden 25 Jahren jährlich knapp über 1 Million US-Dollar an seine verbliebenen jüdischen Bürger als Entschädigung für deren Eigentum zu entrichten, das ihnen vom kommunistischen Regime weggenommen wurde. Die Hälfte dieses Geldes soll direkt an jüdische Gemeindeorganisationen gehen, 20 % an Überlebende der Shoah und die restlichen 30 % sollen in Projekte fließen, die sich mit der Bewahrung jüdischer Traditionen befassen.

Seit 2012 verdient die Gemeinde Novi Sad zusätzlich an Einnahmen durch die Vermietung ihrer Synagoge als Konzertsaal für klassische Musik. Im Gegenzug erhält die Stadt den Komplex als historisches Denkmal, reparierte das Dach und undichte Wasserleitungen. Einige der Gebäude waren einsturzgefährdet. Würde sich die Gemeinde nicht um den vernachlässigten jüdischen Friedhof kümmern, so würde dieser verwuchern. Deswegen hätten sie Bäume gefällt und sind dabei, Zäune aufzustellen.



Vorsitzender der jüdischen Gemeinde von Novi Sad, Mirko Štark.

kriegschaos praktisch von Grund auf neu aufbauen.

Štark und Trajer erklären mir, dass sie sechs bis zehn Leute zum Schabbat versammeln, möglicherweise sogar 15, aber weniger als die Hälfte davon seien

Obwohl antisemitische Vorfälle nicht allzu häufig vorkommen, beobachtet Trajer solche Vorkommnisse sehr genau. Vor allem nach dem mörderischen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Beilagen: Jugend-Rundschau / Jüd. Leben im Reich **Einzelnummer RM 0,25**

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Herausgeber bei der Redaktion monatlich 2- RM, vierteljährlich 5,75 RM. Bei Nichterschienen anläßlich Streiks oder höherer Gewalt besorgt kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung der Bezugsgebühren. — Auslandsabonnements werden in der Währung des entsprechenden Landes berechnet. Anzeigenpreis: Achtspaltiger Mittelzeile 0,30 RM, Sechsspaltiger 0,25 RM. Einzel-Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.	Redaktion, Verlag und Anzeigen-Verwaltung: Jüdische Rundschau G. m. b. H., Berlin W15, Meinekestr. 10. Telefon: 11 Bismarck 7165-70. Anzeigen-Annahme: Montag bis Freitag von 9-3 Uhr. Anzeigenabdruck: Dienstag, Nummer; Freitag nachmittags 3 Uhr. Freitag-Nummern: Dienstag nachmittags 3 Uhr. Redaktionsschluß Sonntag und Mittwoch nachmittags.	Aus dem Inhalt: Ein Jude betet um ein Kreuz — Antisemitische Reklame — Palästina-Abend in Berlin — Palästinafragen im Unterhaus — Deutsche Juden in Palästina — Um das Alte Testament
Nummer 101 Berlin, 19. XII. 1933		XXXVIII. Jahrg.

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. „Baseler Programm.“

Juden in der Wirtschaft

In einer für die Geschäftswelt entscheidenden Periode des Jahres ist die Stellung des jüdischen Kaufmanns in Deutschland besonders umkämpft. Die maßgebenden Männer der Regierung sind sich darüber im klaren, daß — unbeschadet des im deutschen Recht immer mehr zur Geltung kommenden Rassenprinzips — in wirtschaftlichen Dingen das Interesse der Wirtschaft voranzustellen ist. In der Wirtschaft aber bestehen so enge Verknüpfungen, daß nach Ansicht des Reichswirtschaftsministers eine unterschiedliche Behandlung nichtarischer bzw. jüdischer Kaufleute und Unternehmer nicht stattfinden kann. Von diesem Gesichtspunkt erhalten die letzten Verordnungen des Reichswirtschaftsministers über den unmittelbaren Anlaß hinaus grundsätzliches Interesse.

Reichswirtschaftsminister gegen Störung des Weihnachtsgeschäfts

Der Reichswirtschaftsminister hat in einem Schreiben an die Landesregierungen und die Spitzenverbände gebeten, alle Maßnahmen zu treffen, um die ungestörte Abwicklung des Weihnachtsgeschäfts sicherzustellen. Wie entnehmen der „Frankf. Zeitung“ vom 17. Dezember den Wortlaut dieses Schreibens:

„Die ungestörte Abwicklung des Weihnachtsgeschäfts wird vielfach durch die Maßnahmen zugunsten einzelner Gruppen des Einzelhandels gefährdet. Sonderaktionen gehen dahin, die anderen Gruppen, insbesondere die Großunternehmen des Einzelhandels, die Waren- und Kaufhäuser, Einzelhandels- und Filialgeschäfte usw., sowie nichtarische Einzelhandelsgeschäfte von dem Verkauf von Weihnachtsgüter und Christbaumschmuck auszuschließen und ihnen die weihnachtliche Ausschmückung ihrer Geschäftsbüros, ihrer Schaufenster und Waren z. B. mit Lametta, Tannengrün usw. zu untersagen. Zugleich sehen sich diese Unternehmen in der Benutzung der üblichen, ihren Wettbewerb zugänglichen Werbemittel beschränkt und zudem der Tatsache gegenüber, daß die Bevölkerung durch Warnungen, Flugblätter, Postzettel, Verkehrsankündigungen oder andere Belegungen vor einem Einkauf bei ihnen abgeschreckt wird.

Ich bitte dringend darum, Bestrebungen und Maßnahmen dieser Art ohne Verzug wirksam entgegenzutreten und insbesondere die ungestörte Verwendung weihnachtlichen Schmuckes, eine ungehinderte Werbung in dem Rahmen und in den Formen, wie sie für den Weihnachtverkauf hergebracht sind, ebenso sicherzustellen wie den freien Verkauf von Weihnachts- und Christbaumschmuck sowie von Weihnachtsgeschenken. Wo eine Abschreckung der Kundschaft u. a. durch Belegungen irgendwelcher Art versucht wird, sind darauf zielende Maßnahmen schon aus dem Grunde als unzulässig zu bekämpfen, weil sie erfahrungsgemäß die Kaufwilligkeit und Kaufkraft allgemein herabdrücken. Es ist auch dahin zu wirken, daß der Erfolg der einheitlichen Weihnachtswerbung, die vom Werber der deutschen Wirtschaft ausgeht, nicht durch örtliche Sonderveranstaltungen beeinträchtigt wird.

Öffentlich-rechtliche Körperschaften, wie Kommunalbehörden, Handelskammern, Handwerkskammern und andere Stellen, die einer Staatsaufsicht oder einer staatlichen Einflussnahme unterliegen, bitte ich ausdrücklich anzuweisen, sich von Maßnahmen fernzuhalten, die hieraus der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung nicht entsprechen.

Ich bitte, den Maßnahmen, die zur Sicherung einer ungestörten Abwicklung des Weihnachtsgeschäfts erforderlich sind, insbesondere aus folgendem Grunde besondere Aufmerksamkeit zu schenken und sie nachdrücklich zu betreiben:

Als es sich vor einigen Monaten darum handelte, dem Einzelhandel zu veranlassen, durch eine vertrauensvolle Herausgabe belangreicher Aufträge die Bestrebungen der Reichsregierung zur Hebung der Wirtschaft zu unterstützen, haben maßgebliche Vertreter der Reichsregierung, der Landesregierungen und der Partei erklärt, daß Störungen der Geschäftstätigkeit künftig unterbleiben würden. Wird gleichwohl jetzt das Weihnachtsgeschäft gestört, so hat das eine Vertrauensstörung und darüber hinaus eine empfindliche Störung des Wirtschaftsumlaufes zur notwendigen Folge. Ohne eine geordnete Abwicklung des Weihnachtsgeschäfts werden die betroffenen Teile des Einzelhandels nicht instand sein, ihren Abnahme- und Zahlungsverpflichtungen nachzukommen und des weiteren durch Erteilung neuer Aufträge neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.“

Einzelaktionen gegen jüdische Geschäfte verboten

Wie das in Wieners erscheinende „Oberbairische Wochenblatt“ mittelt, hat der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Brandenburg in einem Schreiben an die Wiener Polizeiverwaltung eindringlich darauf hingewiesen, daß Einzelaktionen gegen jüdische Geschäfte, Filialgeschäfte und dergleichen unerwünscht und unzulässig sind. „Der Betätigungsdruck allzufrüher oder jugendlicher Parteimitglieder“, heißt es in dem Schreiben, „muß unbedingt gerügt werden, soweit Anordnungen des Führers oder seiner engsten und vertrautesten Mitarbeiter ihm entgegenstehen. Andernfalls erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die Strafgerichte sich mit Fällen dieser Art beschäftigen müssen, was in jeder Beziehung unerwünscht wäre.“

Der jüdische Anwalt

Zu der Note „Anwaltsgebühren und Arbeitsprinzip“ in Nr. 98 der „Jüdischen Rundschau“ werden wir aus Anwaltskreisen darauf aufmerksam gemacht, daß bei manchen Lesern das Mißverständnis entstanden ist, als ob es sich bei dem dort zitierten Ausführungen von Dr. Paul Zerweck in der „Jüdischen Rundschau“ nicht um eine private Meinung, sondern um einen festgelegten amtlichen Standpunkt handelte. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß jene Ausführungen von uns nur als ein Beispiel dafür zitiert wurden, wie in privaten Äußerungen versucht wird, der Gleichstellung der im Amte verübenden nichtarischen Anwälte entgegenzutreten. Das Mißverständnis — so wird uns aus Anwaltskreisen geschrieben — wäre um so bedauerlicher, als manche jüdische Parteien der falschen Ansicht zu sein scheinen, als seien ihre Interessen bei nichtarischen Anwälten nicht so gut aufgehoben, weil sie nicht ausreichend Gehör bei Gericht finden. Demgegenüber lehrt die tägliche Erfahrung, daß die Gerichte, wie, insbesondere nach der Verordnung vom 1. Oktober 1933, nicht anders zu erwarten war, nur darauf abstellen, was der Anwalt vorträgt, nicht dagegen, welcher Abstammung der Anwalt ist. Auch hier entscheidet, abgesehen von der Rechts- und Sachlage, die Leistung, nicht die Person des Anwalts.

Die Ansicht, die Beauftragung eines nichtarischen Anwalts sei „zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung nicht notwendig“, findet im Gesetz keine Stütze. Nach § 91, II ZPO, sind die Gebühren eines Rechtsanwalts stets und ohne jeden Unterschied erstattungsfähig. Dasselbe bestimmt § 91 Abs. 2 der neuen Zivilprozessordnung vom 8. November 1933. Auch aus dem Beschluß des Kammergerichts vom 9. Oktober 1933 — 1b. X. 61331 —, der die Entlassung eines Testamentsvollstreckers wegen seiner nichtarischen Abstammung ablehnt, ergibt sich gleichfalls, daß über die ausdrücklichen gesetzlichen Bestimmungen hinaus im Rechtsverfahren die Frage der Abstammung keine Bedeutung hat. Bezüglich der Anwaltschaft hat die Verordnung vom 1. Oktober 1933 festgelegt, daß die weiter im Beruf verbliebenen nichtarischen Anwälte die vollen Rechte ihrer Stellung genießen und Anspruch auf die ihnen als Angehörige ihres Standes zukommende Achtung haben.

Judenfrage und Ärzteschaft

Das „Groß-Berliner Ärzteblatt“ vom 9. Dezember veröffentlicht einen Bericht über eine Sitzung einiger Gruppen des Bundes Deutscher Ärzte, bei welcher Dr. v. Leers einen Vortrag über „Judentum und Judenfrage“ hielt. In dem Bericht über diesen Vortrag heißt es u. a.:

„Aus tiefgründiger Erregung, gegenwärtig-ökologischer Betrachtung und gründlichem Vergleich der Geschichte im Allgemeinen, Mittelalter und in der Neuzeit ergab sich ein Preisbild der selbstbildeten Einseitigkeit dieses paritätischen Volkes, das sich, wie es sich durch seine Reichsärztlichen, Gesamtsitzungen und Kongresse zeigt, um einseitigen auf dem Los der Wirtschaft eine schließlichen sozialen Bestände zu betriebligen, umgeben von der gemeinsamen Lebensform. Kann man sich die unheimliche Einseitigkeit in der deutschen Volk und die unheimliche Einseitigkeit des Volkes im Krieg und besonders nach dem Krieg, die Isolation und Agonie des durch die Krieg veränderten Volkes, eine Irritation durch die Liberalismus der Verfassung und eine Verunsicherung durch die Meinungen nach dem Jahre des Sieges, und der Furcht, die sie allmählich auf allen Gebieten in gesellschaftlicher Weise manifest, bedauern, setzen, Glauben und Leben der deutschen Völker.“

Gegenüber dieser Betrachtungsweise der Judenfrage, die nach dem oben genannten Bericht bei den ärztlichen Zuhörern reichlich Beifall fand, ist ein Aufsatz erwähnenswert, der in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ vom 6. Dezember stand und sich mit Gustav Embden beschäftigte, dem im Jahr 1933 verstorbenen großen Gelehrten. Dieser Aufsatz, dessen Verfasser Gerhard Schmidt, Stockheim, ist, rühmt Embden als „Menschen, welcher, dem reinen, einsamen Suchen nach Wahrheit hingegen, Jahre hindurch trotz fehlender Resonanz in der übrigen Welt diese ihm innervoll wichtigen Probleme untersucht und andere Tagesfragen, deren Bearbeitung leichten Lorbeer gebracht hätte, hintangesetzt hat“. — Embden „gewann namentlich die Gefolgschaft der Jugend, die sich in ihren störrischen und stolzen Streben nach dem Absoluten von ihm verstanden fühlte“. — „Mit dem deutschen Lebensgefühl war er eins in seiner Ehrfurcht vor dem Uebernatürlichen, in seiner Ohnmächtigkeit, in seiner Abneigung gegen den flachen Rationalismus.“

Wissen all die jungen Mediziner, die heute die Juden als „parasitäres Volk“ betrachten, daß dieser Gustav Embden — ein Nichtarier war?

Was die Engländer sagen Palästina-Politik und Einwanderung Pariser Brief

K. K. Paris, den 16. Dezember 1933.

Die letzten Ereignisse in Palästina, vor allem die arabischen Demonstrationen, haben in der großen französischen Presse eine über das übliche Ausmaß hinausgehende Beachtung gefunden. Wenn man sich vor Augen hält, daß die inner- und außerpolitischen Spannungen, die die französische Politik jetzt bestimmen, im allgemeinen das Interesse an Vorgängen in Ueberrass übersteigen, so muß man in der Haltung der französischen Meinung gegenüber den Ereignissen in Palästina ein Zeichen erblicken, daß die verantwortliche französische Politik diese Vorgänge für bedeutsam genug hält, um der Presse einen Wink zu geben, damit diese dem stillstehenden Palästina Aufmerksamkeiten zuwenden. Ein deutlicher Beweis für die Wichtigkeit einer derartigen Annahme war ein Leitartikel im „Temps“ in der „Jüdischen Rundschau“ wiedergegeben, der gewohnt ist, seine Editoriale im Einklang mit dem Quai d'Orsay abzugeben. Auch die Zusammenkünfte in Tel-Aviv, bei denen die Hauptrolle nicht mehr Araber, sondern Juden waren, fanden in der französischen Presse Beachtung.

Das Problem der Erschwerung der jüdischen Einwanderung wird hingegen von der französischen Presse, die täglich erscheinend und den Zeitstrahlen, nicht behandelt. Um so größer ist das Interesse an dieser Frage auf Seiten aller jüdischen Kreise. Paris liegt bei der jüdischen Politik mitunter auf ihrem Rücken zu verschiedenen Konferenzen und Sitzungen. Man hat somit Gelegenheit, sich mit diesen Männern über die Frage zu unterhalten und ihre Ansicht über die Situation zu erfahren. Diese sind von mäßigenden zionistischen Persönlichkeiten umgeben, die seit 1920, den Tagen der arabisch-jüdischen Zusammenstöße, war die Lage sowohl im Zionismus, wie auch in Palästina nicht so schwer. Als im Jahre 1930 das Weißbuch von Lord Passfield erschienen war, bedeutete das einen Schlag für die zionistische Politik. Trotzdem hatte man damals sofort das höhere Gefühl, daß es, wenn auch unter stärksten Anstrengungen, gelingen werde, die englische Regierung von einer Revision der im Weißbuch zum Ausdruck gebrachten Ansichten zu bewegen. Diese Hoffnung stützte sich auf die Erkenntnis von der überaus Ungerechtigkeit des Weißbuches, welches in Ton und Inhalt in schrecklichem Gegensatz zu Balfour-Deklaration und Palästina-Mandat stand. Man konnte voraussehen, daß sich in der englischen öffentlichen Meinung ein erster Widerstand der besten Repräsentanten britischer Tradition von „Armen gegen das Weißbuch“ regen würde. Die jetzige Haltung der Palästina-Regierung in der Frage der jüdischen Einwanderung ist jedoch, trotz allen Unrechts gegenüber den Juden, die in dieser Haltung liegt, nicht geeignet, das öffentliche Interesse in England in solchem Maße zu erregen, wie während des Weißbuch. In Gesprächen mit dem Konsulatsattaché hat man nachstehend wiedergegebene Argumente:

Erstens: bisher sind im Jahre 1933 bereits 18000 Juden legal einwandert, und bis zum Ende des Jahres wird diese Zahl auf 20000 wachsen. In Wirklichkeit sind aber im Jahre 1933 ungefähr 20000 Juden nach Palästina einwandert. Man kann also von jüdischer Seite nicht mit Behaupten, daß die Einwanderung von der britischen Palästinaverwaltung gestoppt sei. Zweitens: zugegeben, daß die Prospekt Palästinas besonders wertvoll ist und eine starke Einwanderung ermöglicht; man muß jedoch auch beim stärksten Optimismus mit einer Steigerung der Kontrolle in Palästina, wenn nicht gar mit einem Rückschlag rechnen. Wenn auf jüdischer Seite in dieser Hinsicht ein Mangel an Voraussicht besteht, so entbehrt das nicht die verantwortliche Regierung, die das Wohl des Landes im Auge behält, von der Verpflichtung, vorsichtiger zu sein als die jüdischen Interessen. Drittens: die starke und überhöhte Einwanderung hat die palästinensische Spannungen im Lande in einem Maße erhöht, die die Palästina-Regierung zwingt, nicht zuletzt im Interesse der jüdischen Nationalheute, das Tempo der jüdischen Einwanderung und des jüdischen Aufbaus im abzumildern. Viertes: zu beaufichtigen, als es bisher geschah ist, vor allem: man kann auch von jüdischer Seite nicht bestreiten, daß die Anzahl der jüdischen Einwanderer Formen angenommen hat, die geeignet sind, die Autorität der Regierung in der Öffentlichkeit stark zu mindern. Im Interesse der Ruhe und Ordnung im ganzen Lande, die gegenüber Arabern und Juden nur von einer unparteiischen und starken Regierung gewahrt werden können, ist es unbedingt notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, welche beweisen, daß die Regierung nicht geneigt ist, sich diktiert zu lassen.

Es soll hier nicht auf eine Kritik dieser Argumente eingegangen werden. Sie sind nicht so stark, wie die Palästina-Verwaltung und das Konsulatsbüro glauben. Aber sie werden angeführt und es ist gut, auf jüdischer Seite zu wissen, wie die eigentliche Meinung der britischen Regierung in diesem Fragenkomplex ist. In Londoner Regierungskreisen überlegt man aber gelassenheitlich die Methoden, mit denen die Palästina-Verwaltung ihre Autorität gegenüber der überzogen Einwanderung durchzusetzen versucht. Soweit man imstande war, die in Frage kommenden Faktoren über die Rassen, das Präzedenzsystem und die vielen unberechtigten Verhaftungen in Palästina gegenüber angeblichen „illegalen“ jüdischen Einwanderern zu informieren, ist dies bisher geschah und hat bei allen loyal denkenden Engländern ein Gefühl zumindest der peinlichen Ueberraschung hervorgerufen. Das britische Empfinden für

Chanukka – Warum wir das Lichterfest feiern

„Chanukka“ bedeutet „Einweihung“ und bezieht sich auf die Restitution des jüdischen Tempels in Jerusalem nach dem erfolgreichen Makkabäer-Aufstand und dem Sieg über die syrisch-hellenistische Fremdherrschaft 164 v.d.Z.. Chanukka ist deshalb auch ein Fest der Freude, der Geschenke für die Kinder und des Wunders. In diesem schrecklichen Jahr müssen jüdische Menschen, darunter auch Kinder, das Chanukka-Fest in der grauenvollen Willkür der ruchlosen Mörder und Verbrecher aus Gaza fern von ihren Familien durchleben. Das stimmungsvolle und wunderschöne Lichterfest ist in diesem Jahr nicht denkbar, ohne dass alle Juden dieser Welt für eine schnelle und vollständige Befreiung der jüdischen Kinder und Erwachsenen beten und auf ein entsprechendes, sehr baldiges, neues Wunder von Chanukka hoffen. (JR)

Von Rabbiner Igor Mendel Itkin

Die Hintergründe der Ereignisse um Chanukka könnten Bibliotheken füllen. Ich versuche eine kurze Zusammenfassung mit dem Augenmerk auf Religion und Geschichte. Nach der Zerstörung des Tempels waren die Juden 70 Jahre im babylonischen Exil. Anschließend eroberten die Perser das babylonische Reich und ließen die Juden nach Israel zurückkehren. Dort angekommen bauten sie den 2. Tempel, das war um das Jahr 520 v.d.Z. Dann kam Alexander der Große aus Mazedonien und eroberte das ganze Perserreich, er kam sogar bis nach Indien. Sowohl Josephus als auch der Talmud berichten von Alexanders Begegnung mit den Juden. Die meisten Forscher halten sie jedoch aus historischen Gründen für eine Fiktion.

Alexander der Große starb plötzlich im Alter von nur 33 Jahren in Babylon, ohne einen Erben zu hinterlassen. Manche vermuten, dass er vergiftet wurde, andere, dass Malaria die Ursache war, wieder andere, dass er an einem Syndrom litt, das zu Nervenzerstörung und Muskelschwäche führte. Sein riesiges Reich wurde unter seinen Generälen aufgeteilt. Für Israel änderte sich nicht viel, es wechselte nur den Herrscher und musste seine Steuern nicht mehr an die Perser, sondern an die Griechen zahlen. Genauer gesagt an die Ptolemäer. Ptolemaios war ein General Alexanders des Großen, der einen Teil seines Reiches, das von Ägypten bis zum Libanon reichte, an sich gerissen hatte. Ein anderer Feldherr war Seleukos, der Syrien, den Irak und Kleinasien, die heutige Türkei, bekam.

Die Zeit der Hellenisierung

Es begann die Zeit der Hellenisierung. Die griechische Kultur und Lebensweise begannen einen großen Einfluss auf alle Kulturen auszuüben. Die Menschen des hellenistischen Kulturkreises, darunter auch Israel, sprachen, lasen und schrieben in den Städten des Mittelmeerraumes griechisch und machten sich mit griechischen Gegenständen, Praktiken und Sitten vertraut. Im modernen Sinne also eine Assimilation an die Kultur der Eroberer. Das Judentum als Religion blieb jedoch auch unter den hellenisierten Juden frei von griechischen Einflüssen. Die Hellenisierung war ein sozialer, kein religiöser Prozess. Zwar kam es in anderen Religionen zu einer Vermischung der lokalen Religion mit der griechischen, doch blieb das Judentum davon unberührt.

Das Zentrum der Hellenisierung waren die großen Städte. In Alexandria wurde die Tora ins Griechische übersetzt, da die Juden dort kein Hebräisch mehr verstanden. Auch in Jerusalem entwickelte sich eine Oberschicht von Juden, die der griechischen Lebensweise zugeneigt war. Im Zentrum der Jerusalemer Aristokratie stand die Familie der Tobiaden. Diese Familie hatte vom ptolemäischen König das Recht erhalten, die Steuern in Israel einzutreiben. Dadurch wuchsen die Macht und der Reichtum dieser Familie. Es kam zu einem Konflikt zwischen der Familie der Tobiaden und dem damaligen Hohepriester Onias II, dem Sohn des Schimon ha-Zadik. Der Hohepriester war nicht nur für die Religion zuständig, sondern auch

politischer Führer und diplomatischer Vertreter der jüdischen Gemeinde. Es ging

zum König Antiochos und machte ihm ein Angebot. Er bot ihm viel Geld, wenn



Mit den acht Lichtern wird an das Öl-Wunder erinnert.

also um Macht. Die Familie der Tobaiden war die Verliererin in diesem Konflikt.

Israel stand unter der Herrschaft der Ptolemäer, und den Juden ging es gut, doch das änderte sich im Jahr 218 v.d.Z. Der syrische König Antiochos III., dessen Großvater ein General Alexanders war, eroberte Israel und belagerte Ägypten. Die Juden in Jerusalem halfen ihm dabei, öffneten ihm die Tore und feierten seinen Sieg. Als Gegenleistung erließ er ihnen für drei Jahre die Steuern und bestätigte das Amt des Hohepriesters, der auf seiner Seite war, um die Familie der Tobiaden und ihre Steuereintreibung für den ptolemäischen König, also den Feind des Antiochos, zu beenden. Antiochos hatte auf Veranlassung des Hohepriesters verboten, unkeusche Tiere nach Jerusalem zu bringen, und hat generell die traditionelle Lebensweise der Juden gestärkt.

Nur ein kurzer Frieden

Doch es blieb nicht lange friedlich. Antiochos III. wollte sein Reich vergrößern, doch die Römer machten ihm einen Strich durch die Rechnung. Die Römer verlangten vom König viel Geld, das er nicht bezahlen konnte. Also plünderte er die Tempel seines Reiches. Das war keine gute Idee, denn als er einen Tempel im heutigen Iran plündern wollte, wurde er von der Volksmenge getötet. Und damit fingen die Schwierigkeiten an.

Sein Sohn Antiochos IV. bestieg 175 v.d.Z. den Thron. Er erbe die Schulden seines Vaters gegenüber dem wachsenden Römischen Reich, brauchte viel Geld und das so schnell wie möglich. Zu dieser Zeit war der Hohepriester in Jerusalem Onias III. Er hatte einen Bruder namens Jason. Wahrscheinlich hieß er Joschua, aber weil er dem Hellenismus anhing, nannte er sich Jason. Dieser Jason ging

er an Stelle seines Bruders Hohepriester würde. Antiochos war erfreut, willigte ein und nahm das Angebot an. Der König erlaubte auch, dass Jerusalem eine griechische Polis wurde, in der nur die hellenisierte Oberschicht das Bürgerrecht erhielt. Außerdem baute Jason ein Gymnasium, das ist ein Ort an dem man nackt Sport treibt, das griechische Wort gymnos bedeutet nackt. Das Buch der Makkabäer berichtet, wie die Priester ihren Dienst im Tempel verließen, um im Gymnasium Leibesübungen zu machen. Die Griechen verspotteten die Juden, weil sie ihre beschnittenen Penisse sahen, die Juden schämten sich und stellten ihre Vorhaut durch einen schmerzhaften Prozess wieder her.

Jason wurde durch Antiochos zum Hohepriester erhoben und hatte damit das höchste Amt inne, was er dazu nutzte, Jerusalem mit Unterstützung der jüdischen Aristokratie zu einer griechischen Polis zu machen. Jason hatte einen Diener, der Menelaus hieß. Dieser Menelaus tat das selbe, was Jason getan hatte. Er ging zum König Antiochos und sagte: „mach mich zum Hohenpriester und dafür zahle ich dir mehr als Jason“. Und so geschah es. Jason wurde verjagt und an seiner Stelle wurde Menelaus zum Hohepriester ernannt. Das Problem war nur: Menelaus stammte gar nicht aus einer Priesterfamilie, er war kein Kohen. Aber das war dem König völlig gleichgültig. Jetzt hatte Menelaus ein Problem: Er konnte dem König nicht so viel Geld zahlen, wie er versprochen hatte. Da tat er etwas, was man nicht tun sollte. Er raubte den Tempel aus. Ein Hohepriester, der nicht einmal ein Kohen ist, bedient sich am Tempelschatz, um seine privaten Schulden zu begleichen.

Das Judentum stand im Weg

Im Jahre 170 v.d.Z. wollte König Antiochos die Schwäche Ägyptens ausnutzen. Er sammelte seine Soldaten und marschierte los. In der Zwischenzeit sammelte Jason, der alte Arbeitgeber des Menelaos, seine Truppen und nahm Jerusalem ein. Die Bevölkerung unterstützte ihn gegen den verhassten Menelaos. Wie schon bei seinem Vater griffen die Römer in den Konflikt ein und zwangen Antiochos, sich aus Ägypten zurückzuziehen.

Gedemütigt und zornig kehrte der König nach Hause zurück, und als er hörte, dass Jerusalem sich gegen ihn auflehnte, platzte er fast vor Wut. Er eroberte Jerusalem zurück, tötete Tausende von Juden, setzte den Menelaos wieder ein, raubte aus dem Tempel die Menora, den goldenen Tisch und den Altar und baute neben dem Tempel eine Festung, in die er griechische Soldaten postierte. Diese Festung war höher als der Tempelberg, so dass die griechische Garnison das Geschehen um den Tempel herum kontrollieren konnte. Den Makkabäern gelang es, die Festung erst im Jahr 142 v.d.Z. einzunehmen und zu zerstören; das sind 25 Jahre nach ihrer Errichtung.

Wie kam es eigentlich dazu, dass Antiochos 167 v.d.Z. das Religionsedikt erließ, in dem er alles Jüdische, wie Tora-Lernen, Beschneidung usw., unter Todesstrafe stellte? Elias Bickermann war einer der bedeutendsten jüdischen Historiker des 20. Jahrhunderts. 1937 schrieb er in Berlin ein Buch, das die gesamte Altertumswissenschaft auf den Kopf stellte. Er nannte es »Der Gott der Makkabäer«. Bickermann zeigte, dass nicht Antiochos die Idee hatte, die jüdische Religion zu verbieten, sondern Menelaus, der Hohepriester. Menelaus hatte viele Anhänger in der Jerusalemer Aristokratie. Sie sahen im Judentum ein Hindernis, das sie von den Griechen trennte. Kulturell waren sie schon Griechen, aber das Volk hing noch an der Religion der Väter, und genau das, so hatte Menelaus gegenüber Antiochos beklagt, sei die Wurzel allen Übels, die Anhänger der Religion seien für den Aufstand verantwortlich, man könne ihn nur brechen, indem man die Religion verbiete. Wie konnten diese jüdischen Verbrecher so skrupellos gegen die Religion ihrer Väter vorgehen?

Bickermann schreibt: „Der Verzicht auf die Tora wurde den hellenisierten Juden dadurch erleichtert, dass sie das Gesetz des Menschen Moses war. Schon die vergleichende Religionswissenschaft der Griechen lehrte, dass sich viele Gesetzgeber von Zarathustra bis Lykurg in gleicher Weise wie Moses auf göttliche Inspiration berufen hatten. Wenn man sich also den Heiden anschloss, verstieß man nicht gegen ein göttliches Gebot, sondern nur gegen eine menschliche Vorschrift“. Mit anderen Worten, sie erklärten ihre Religion rational: Wir sind nichts Besonderes, andere Religionen hatten auch große Männer als Gründer. Alles Märchen und Mythen.

Im Banne einer nichtjüdischen Umwelt

Bickermann zieht Parallelen zu seiner Zeit und sieht eine Ähnlichkeit zwischen den hellenisierten Juden und den liberalen Juden: „Ein hellenisierter Jude konnte diesen Ergebnissen der griechischen Wissenschaft ebenso wenig ausweichen wie ein aufge-

klärter Jude von heute den Ergebnissen der wissenschaftlichen Bibelkritik... Die Reformatoren unter Antiochus Epiphanes erinnern an die jüdische Reformbewegung der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts, als Männer wie G. Riesser, A. Geiger und I. Einhorn die Sabbatreform, die Aufhebung der Speisegesetze vorschlugen und die Beschneidung für unverbindlich erklärten. Auch sie standen im Banne einer nichtjüdischen Umwelt und waren beeindruckt von den Theorien der (protestantischen) Wissenschaft über die Entstehung des Pentateuch“.

Menelaus und seine Anhänger wussten genau, wo sie die Juden treffen mussten. Alle Juden wurden gezwungen, Schweine zu opfern, die Torarollen wurden verbrannt und die Einhaltung des Schabbats verboten, was die griechischen Autoren ohnehin als törichte Nichtstuerie verurteilten. Auch die Beschneidung, das Zeichen des Bundes zwischen Juden und Gott, wurde verboten. Die jüdische Religion war Antiochos gleichgültig, er sah in der Ablehnung der Juden eine Ablehnung der seleukidischen Herrschaft und nur darum ging es ihm, so Bickermann: „Einem Antiochos Epiphanes, der die Lehrvorträge der Epikureer Besuchte, wird es ziemlich gleichgültig gewesen sein, ob man sich in Jerusalem wie in Hierapolis des Schweinefleisches enthielt oder diese Kost, dem griechischen Geschmack entsprechend, bevorzugte. Den Reformisten, die aus dem Judentum hervorgegangen waren, erschien aber naturgemäß jedes Jota im Gesetz nicht weniger bedeutsam als den Orthodoxen, und sie übertrafen wie alle Religionsreformatoren an Intoleranz die Altgläubigen, indem sie die »Rückständigen« blutig verfolgten“.

25 Jahre Aufstand

Damit ist Chanukka kein Konflikt zwischen allen Juden und allen Griechen, es ist kein Konflikt zwischen Judentum und Hellenismus. Als der Aufstand 176 v.d.Z. ausbrach, lebten die meisten Juden nicht in Judäa. Sie lebten überall in der hellenistischen Welt. In Nordafrika, in Kleinasien,

in Babylonien und waren von der Verfolgung nicht direkt betroffen. Die Anführer des Aufstandes waren die Priesterfamilie der Hasmonäer. Am Ende des 25 Jahre dauernden Aufstands errichteten sie einen autonomen jüdischen Staat, der größer war als das Reich König Salomos. Sie waren es auch, die ihn regierten. Die erste Person aus der Familie, die den Aufstand anführte, war Matisjahu. Seine 5 Söhne waren Jehuda, Elazar, Jonathan, Schimon und Jochanan. Die Hasmonäer sind auch unter einem anderen Namen bekannt, nämlich Makkabäer. Makkabäer ist der Beiname von Jehuda und kommt vom hebräischen, was Hammer bedeutet. Später wurde der Beiname Jehudas auf die ganze Familie übertragen.

Die Errungenschaften der Hasmonäer waren nicht nur für die jüdische Geschichte von großer Bedeutung, sondern hatten auch Auswirkungen auf die gesamte Menschheit. Der erfolgreiche Aufstand der Hasmonäer sicherte den Fortbestand der jüdischen Religion und trug zum entscheidenden Einfluss des Monotheismus auf die abendländische Kultur und Geschichte bei. Durch die Politik der Hasmonäer nach dem Aufstand hörte das jüdische Volk auf, eine Nebenrolle in der Geschichte zu spielen, und übte seinen Einfluss über Generationen hinweg aus.

Matisjahu weigerte sich, in Modi in ein heidnisches Opfer darzubringen, und löste damit einen Aufstand gegen den Erlass des Antiochus IV. aus, der die Einhaltung des jüdischen Gesetzes unter Androhung der Todesstrafe verbot. Nach dem Tod von Matisjahu 166 v.d.Z. übernahm sein Sohn Jehuda die Führung des Aufstandes. Er errang eine Reihe von Siegen gegen das seleukidische Heer.

Triumph und Fest

Aufgrund des ungleichen Kräfteverhältnisses zu Beginn des Aufstandes verfolgte Jehuda die Strategie, direkte Konfrontationen mit dem regulären Heer der Seleukiden zu vermeiden. Stattdessen griff er den Feind aus dem Hinterhalt an, um Verwirrung zu stiften. In einer frü-

hen Schlacht gelang es ihm, eine kleine syrische Streitmacht unter dem Befehl von Apollonius zu besiegen, der dabei sein Leben verlor. Jehuda übernahm Apollonius' Schwert, das er bis zu seinem eigenen Tod als ein Symbol der Rache führte. Später gelang es dem jüdischen Anführer, den zahlenmäßig überlegenen Feind in einer entscheidenden Schlacht bei Beth-Zur zu bezwingen. Dieser Triumph ebnete den Weg nach Jerusalem, wo Jehuda an der Spitze seiner Armee einzog. Dort reinigte er den entweihten Tempel und feierte am 25. Kislew des Jahres 164 v.d.Z. ein achttägiges Fest. Dieses Fest entwickelte sich später zum dauerhaften Fest, Chanukka.

Jehuda setzte sich weiterhin für die Autonomie Judäas ein und errang weitere Siege gegen die seleukidischen Truppen. Im Jahr 161 v.d.Z. schloss er ein Bündnis mit Rom. Obwohl sein Tod in einer Schlacht die Fortschritte auf dem Weg zur Unabhängigkeit verlangsamte, setzten seine Brüder Jonathan und Schimon seine politische Agenda fort. Zwischen 143 und 142 v.d.Z. erkannte der griechische König Demetrius II. die Unabhängigkeit Israels an. 140 v.d.Z. wurde Schimon zum Hohenpriester, Herrscher und Befehlshaber des jüdischen Volkes und machte diese Ämter erblich. Sein Sohn Jochanan Hyrkanos (134-104 v.d.Z.), setzte die territoriale Expansion fort. Er eroberte Idumäa, Samaria und Teile Transjordaniens und zwang die Idumäer gewaltsam zum Judentum.

Römische Annexion und Zerstörung des Tempels

In seiner Regierungszeit fiel das jüdische Reich in eine innere Krise, ausgelöst durch die Spaltung zwischen den Hasmonäern und den Pharisäern, von denen die Rabbiner mehr oder weniger die Nachkommen waren. Jochanans Sohn Aristobulos I. (104-103 v.d.Z.) war der erste Hasmonäer, der sich den Königstitel verlieh. Unter seinem Bruder Alexander Jannai (103-76 v.d.Z.) erreichte der hasmonäische Staat seinen Höhepunkt an Macht. Jannai an-

nektierte die gesamte Meeresküste von der ägyptischen Grenze bis zum Berg Karmel, mit Ausnahme von Aschkelon. Er dehnte seine Herrschaft auch auf einige griechische Städte in Transjordanien aus und strebte nach absoluter Autorität sowohl als König als auch als Hohepriester. Diese Doppelrolle brachte ihn in einen offenen Konflikt mit den Pharisäern. Die Frau von Jannai, Salome Alexandra oder Schlomzion (76-67 v.d.Z.), setzte die Außenpolitik ihres Mannes fort, schloss jedoch in inneren Angelegenheiten Bündnisse mit den Pharisäern, um die Spaltung im Reich zu mildern.

Das Hasmonäerreich endete mit der römischen Annexion 63 v.d.Z. durch den Feldherrn Pompeius, ausgelöst durch einen Bruderzwist zwischen den Söhnen Jannais. Für die Juden begann unter römischer Herrschaft ein neues Kapitel, das über zahlreiche Konflikte zum Krieg und schließlich zur Zerstörung des Zweiten Tempels führte. Heute steht nicht mehr der militärische Sieg der Makkabäer im Mittelpunkt, sondern das Ölwunder, das sich bei der Restaurierung des Tempels ereignete, als ein Krug Öl für acht statt nur für einen Tag reichte. Das Ansehen der Makkabäer geriet mit der Zeit in Verfall. Sie kämpften für die Freiheit, wurden aber selbst zu Unterdrückern ihres Volkes. Das höfische Leben machte sie machthungrig und korrupt, was schließlich zum Verlust der Unabhängigkeit für 2000 Jahre bis zur Staatsgründung 1948 führte. Trotzdem sind sie dem jüdischen Bewusstsein als Helden in Erinnerung geblieben. Dank ihnen feiern wir heute ein schönes Fest und danken Gott, dass wir wieder in Unabhängigkeit und Freiheit leben können.

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
 Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
 Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
 Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601
 E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
 Redaktion: Laila Mirzo (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de
 • per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) • per Fax: (03222) 13 24 601 (Aboverwaltung)
 • per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel »AFP« gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

- Unsere Kontaktadressen**
-  J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
 -  (030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)
 -  redaktion@juedische-rundschau.de
 -  (03222) 13 24 601
 -  www.juedische-rundschau.de
 -  www.facebook.com/jrundschau
 -  @JuedRundschau

COUPON
 ABO-
 BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

- 57,50 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 67,50 €, in Israel zum Preis von 89,50 €)**
- 69,50 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**
- 99,75 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**
- 47,50 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname _____
 Strasse, Hausnummer _____
 PLZ _____ Wohnort _____
 Geburtsdatum _____ Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ Unterschrift  _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Tuvia Tenenbom: „Gott spricht Jiddisch – Mein Jahr unter Ultraorthodoxen“

Mea Shearim, die Stadt der 100 Tore, ist Heimat der charedischen Gemeinde, die selbst für viele säkulare Israelis verschlossen bleibt – doch der bekannte und beliebte jüdische Schriftsteller Tuvia Tenenbom hat den passenden Schlüssel: Er spricht Jiddisch. Als junger Mann verließ der Sohn eines Rabbiners das orthodoxe Stadtviertel Jerusalems und suchte in New York nach Antworten auf seine Lebensfragen. Dort studierte er zahlreiche Universitäts-Fächer förmlich rauf und runter, eröffnete ein jüdisches Theater und schrieb mehrere Bestseller wie „Allein unter Deutschen“ oder „Allein unter Juden“, um nur zwei davon zu nennen. Für sein aktuelles Buch „Gott spricht Jiddisch – Mein Jahr unter Ultraorthodoxen“ begab sich Tenenbom wieder zurück auf die Straßen seiner Kindheit in Mea Shearim. (JR)

Von Filip Gašpar

Der israelisch-amerikanische Autor Tuvia Tenenbom hat es wieder getan. Nach den Deutschen, Israelis, Amerikanern, Flüchtlingen und Briten kommt nun sein wahrscheinlich persönlichstes Buch bei Suhrkamp mit dem Titel „Gott spricht Jiddisch“.

Warum Jiddisch und nicht Hebräisch? Die Antwort gibt der Autor in seinem typisch schwarzen Humor: „In welcher Sprache, fragen Sie sich vielleicht, redete Abraham der Patriarch mit seinem weißen Esel? Jiddisch natürlich. In welcher anderen Sprache, seien wir ehrlich, könnte sich ein Schtreimel-bewehrter Jude, der in Ägypten lebt, mit seinem weißen Esel verständigen? Nur auf Jiddisch.“

Hühner mit der Macht einer Atombombe

Es ist sein sechstes Buch, aber dennoch anders als die restlichen Werke aus der „Allein unter...“-Reihe. Für den Dramatiker und Gründer des Jewish Theater of New York, Tuvia Tenenbom, ging es nach Mea Sharim, den Ort seiner Kindheit, wo nicht nur Jiddisch gesprochen wird, sondern die dort ansässigen Hühner mehr Macht als eine Atombombe haben. Im Jerusalemer Stadtteil Mea Sharim, der größtenteils von Ultraorthodoxen bewohnt wird, musste er sich nicht verstellen, seine Identität wechseln oder leugnen und sich als „Tobi der Deutsche“ ausgeben, sondern er durfte bzw. musste gar sein, was er ist: Tuvia Tenenbom, der in eine ultraorthodoxe Familie geboren worden ist, die er später verließ, um nach New York zu gehen, und damit auch diese ultraorthodoxe Welt hinter sich zu lassen. Dabei war Tenenbom eine große Zeit als Rabbi prophezeit worden, nachdem er Tora und Talmud an einer Jeschiwa, also einer religiösen Hochschule studiert hatte. Doch es sollte anders kommen. Mea Sharim bedeutet „Hundert Tore“ und Tenenbom nimmt den Leser mit auf die Reise, nicht nur in seine eigene Kindheit, sondern auch in eine andere Welt.

Jüdische Freunde warnten ihn vor seinem einjährigen Rechercheaufenthalt für das Buch vor den Einwohnern Mea Sharims: „Das hältst du keine Nacht lang aus“, sagte mir ein gläubiger Jude. „20 Charedim werden sich um dein Hotel versammeln, sobald du es bezogen hast, Steine nach deinem Fenster werfen und brüllen: ‚Raus hier, Ungläubiger!‘.“ Dass es ganz anders kam, wird schon auf den ersten Seiten deutlich.

Sexuelle Prüderie in New York

Das einst progressive und weltoffene New York, in das Tenenbom flüchtete, ist heute nicht mehr offen und unter seiner Progressivität versteht man eher eine Intoleranz, die viele westli-

che Leser auf geschlossene Gemeinschaften, wie die der Ultraorthodoxen, projizieren. Tenenbom beschreibt dies am Umgang mit den Frauen und der Metoo-Debatte.: „Und wenn Sie heute in New York City ein Mann sind und Ihren guten Namen behalten wollen, dann vermeiden Sie am besten jeden Kontakt mit den Ladies der Stadt. Wenn meine charedischen Rabbis von einst jetzt nach New York kämen, würden sie sich bei den glühendsten Atheisten der Stadt wie zuhause fühlen. Komische Welt.“

Das Buch ist in Tenenboms typischer Reportageform geschrieben, bei der der Humor nicht zu kurz kommen darf. Er zeigt die orthodoxe Gemeinschaft in all ihren Facetten, aber auch Widersprüchlichkeiten. So begegnen Tenenbom beim Spazieren durch Mea Sharim Graffitis wie „Zionisten – euer Ende ist nah“, „Tod den Zionisten“, „Zionisten sind Nazis“ oder „Wir fordern: Holocaust für die Zionisten“ und das sind nur einige der Graffitis. Das Interesse westlicher Medien an Mea Sharim fokussiert sich, wenn überhaupt auf diesen zur Schau jüdischen Antizionismus. Etwas, das Tenenbom bereits zur Genüge in „Allein unter Juden“ kritisierte, und zwar, dass es für westliche Medien doch nichts Schöneres gibt als sich selbst hassende Juden, die Israel kritisieren. Zum Beispiel der Reb Israel Meir, der zu Hause aufgesucht wird: „Er (Reb Israel Meir) glaubt nicht an den Staat Israel, und die Zionisten sind für ihn ein Ausdruck des Bösen, was ihn zu einem Liebling jener Auslandsjournalisten macht, die Israel verunglimpfen wollen.“

Doch das Buch versucht nicht Kronzeugen gegen den jüdischen Staat zu finden, noch besonders abwegige religiöse Ansichten aufzuzeigen. Der Autor ist mehr daran interessiert, wie die Gemeinschaft heute funktioniert und tickt. Er nimmt die Gastfreundschaft an, taucht bewusst in die Gemeinschaft ein, isst, trinkt, betet und singt mit ihnen und verlässt die Distanz eines Reporters, ohne jemals die kritische Distanz nicht zu wahren. Er schreibt auf, was er sieht und hört – schon lange keine Selbstverständlichkeit mehr unter Journalisten.

Fragen über Fragen

Dieses Mal betritt Tenenbom erstmals einen eher homogenen Kosmos und



bevordert sich auch örtlich in kleinerem Rahmen, wenn es um eines seiner Bücher geht und nicht wie in früheren Büchern, wo es ihn durch ganze Länder führte, wie beispielsweise nach Deutschland, die USA oder Großbritannien. Auf der einen Seite ist die große Herzlichkeit und Gastfreundschaft der Einwohner von Mea Sharim, auf der anderen Seite irritiert die extreme Frömmigkeit und der teils blinde Gehorsam dem eigenen Rabbi gegenüber, der eine kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Glauben manchmal im Wege steht.

Neue Einigkeit

Das Buch ist vor dem „Schwarzen Shabbat“, also dem 7. Oktober 2023 fertiggestellt worden und die Reaktionen der Ultraorthodoxen auf den Überfall der Hamas kommen somit nicht mehr im Buch vor. Tenenbom erläuterte bei der Buchvorstellung am 29. November im Roten Salon der Berliner Volksbühne, wie er den 7. Okto-

ber in Israel erlebte und welche Auswirkungen es auf die Einwohner Mea Sharims hatte. Er führte aus, dass diese Ereignisse eine einende Wirkung gehabt hätten, der den Antizionismus aus den Köpfen der Ultraorthodoxen getrieben hätte, was dazu führte, dass sich einige nun sogar zum Militär meldeten. Vorbei werden somit in Zukunft Szenen wie im Buch sein, wenn die israelische Polizei von den Ultraorthodoxen als „Nazipolizei“ bezeichnet wird, während sie diese vor arabischen Steinewerfern beschützt.

Am Ende wirft Tenenbom einen versöhnlichen Blick zurück auf seinen Aufenthalt: „Ich fühle mich hier mehr zuhause, als ich es je in New York oder Berlin getan habe, und würde das auch nie bestreiten. Hier ist der einzige Ort auf Erden, wo niemand mich hasst, weil ich ein Jude bin. Nicht nur das, sondern man liebt es sogar, dass ich jüdisch bin, was sich fantastisch anfühlt.“ Wir können alle nur hoffen, dass es so bleibt.

Tuvia Tenenbom, „Gott spricht Jiddisch. Mein Jahr unter Ultraorthodoxen“, 575 S., Suhrkamp, 2023, ISBN: 978-3-518-47335-1, 20 Euro, E-Book 16,99 Euro

Oder auch die Frage nach den Klei-